Zwischen Revolution und Reform
Vom Zarenreich zur Sowjetunion (1900–1925)

UNTERRICHTSMATERIALIEN
ZUR DEUTSCH-RUSSISCHEN GESCHICHTE
– Teil I –

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR BILDUNGSMEDIEN | Georg-Eckert-Institut

NORD OST INSTITUT an der Universität Hamburg

VGD Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Impressum

Herausgeber:
Dr. Helge Schröder und Prof. Dr. Joachim Tauber

Autoren:
Ines Stelljes, Dr. Helge Schröder, Dr. Peter Stolz

Koordinierung und redaktionelle Unterstützung:
Lena Radauer M.Sc. und Florian Coppenrath M.A.

Wissenschaftliche Beratung:
Dr. Sandra Dahlke und Prof. Dr. Jörg Baberowski

Layout und Redaktion:
Beate Kortmann (Das Herstellungsbüro, Hamburg)

Übersetzung in das Russische:
Dr. Svetlana Kryukova

Druck:
A&C Druck und Verlag GmbH Hamburg

1. Auflage April 2025

ISBN 978-3-00-082555-2

Titelbilder (von links oben im Uhrzeigersinn): 1) Zar Nikolaus II. in den Gewändern von Zar Alexei I. (17. Jahrhundert). Wikimedia Commons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1903_ball_-_tsar_Nikolay.jpg. 2) 9. Januar 1905 auf der Wassiljewski-Insel von Wladimir Makowski (1846–1920). Quelle: Kunstkopie.de. Gemeinfrei. URL: https://www.kunstkopie.de/a/makowski-wladimir-jegorow/derblutsonntag9januar1905.html. 3) Lenin am 1. Mai 1920. Gemälde aus dem Jahr 1927 von Isaak Brodsky. Wikimedia. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vladimir_Lenin_1_May_1920_by_Isaak_Brodsky.jpg. 4) Alexander Kerenskij, on the background of the map where there is already a Ukrainian People's Republic, after the proclamation of autonomy. Datum: vor dem 7. November 1917. Wikimedia Commons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KerenskijEnDespacho.jpg

Zwischen Revolution und Reform

Vom Zarenreich zur Sowjetunion (1900–1925)

Unterrichtsmaterialien zur deutsch-russischen Geschichte – Teil I –

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR BILDUNGSMEDIEN | Georg-Eckert-Institut

NORD OST INSTITUT an der Universität Hamburg

VGD Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Zur Arbeit mit den Materialien:

Q1 Das Q-Symbol steht für Quellen: Texte, Fotos und Gegenstände, die aus der Vergangenheit überliefert sind.

D1 Das D-Symbol steht für Darstellungen von Geschichte: Berichte heutiger Forscherinnen und Forscher, Grafiken oder Karten.

QR-Codes: Hinter den QR-Codes finden sich ergänzende Materialien zu den Kapiteln.

Inhalt

Einleitung 4

Dr. Helge Schröder, Dr. Peter Stolz, Prof. Dr. Joachim Tauber

1. Das zarische Russland um 1900: Avantgarde-Macht oder rückständiges Agrarland? 6

Peter Stolz

2. Der japanisch-russische Krieg, der „Blutsonntag“ und die Revolution von 1905: der Anfang vom Ende des autokratischen Systems in Russland? 16

Peter Stolz

3. Die Duma, die Parteien, die Zivilgesellschaft (1905–1914) – Demokratisierung und Parlamentarisierung oder „Scheinkonstitutionalismus“? 37

Peter Stolz

4. Das zarische Russland im Ersten Weltkrieg (1914 – Februar 1917) – das Ende des Zarenreichs und ein demokratischer Aufbruch? 56

Peter Stolz

5 Die Februarrevolution von 1917 – eine reale Chance für demokratische Entwicklungen? 75

Ines Stelljes, Helge Schröder

6 Ein demokratisches Zwischenspiel? Der Weg in die „Oktoberrevolution“ 88

Ines Stelljes, Helge Schröder

7 In den Trümmern eines Imperiums: Brest-Litowsk, Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und NÖP 109

Ines Stelljes, Helge Schröder

8 Von Lenin zu Stalin – Festigung der Einparteiendiktatur 126

Ines Stelljes, Helge Schröder

Einleitung

Dr. Helge Schröder, Dr. Peter Stolz, Prof. Dr. Joachim Tauber

Der zündende Funke zur vorliegenden Geschichte Russlands ist aus einer besonderen Verbindung von Wissenschaft, Didaktik und Schulpraxis entstanden: Die Initiative ging gemeinsam vom Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg, den deutschen Mitgliedern der Deutsch-Russischen Geschichtskommission (DRGK), dem Georg-Eckert-Institut in Braunschweig und dem Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands (VGD) aus. Ermöglicht wurde das Projekt schließlich auch durch die Förderung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und vor allen Dingen durch den besonderen Einsatz der Beteiligten. Am Nordost-Institut übernahmen Lena Radauer M.Sc. und Florian Coppenrath M.A., die bis Dezember 2024 die deutsche Geschäftsstelle der DRGK bildeten, die Koordinierung des Projekts. Dr. Sandra Dahlke und Prof. Dr. Jörg Baberowski standen für die wissenschaftliche Beratung zur Verfügung. Ihnen allen ist zu danken.

Eigentlicher Auslöser und Anlass war der militärische Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022, der in einer Kette von zunehmender Aggression (erinnert sei nur an die russische Okkupation der Krim im Jahre 2014) steht, in deren Zentrum sich ein autokratisch und autoritär bestimmtes und gegenüber den demokratischen Staaten feindlich-abweisendes Russland befindet. Dieser neue Konflikt zwischen Demokratien und autokratischen Herrschern – Anne Applebaum nennt sie die *Autocracy, Inc.*, eine kleptokratische, antidemokratische „Achse der Autokraten", vgl. Anne Applebaum: „Die Achse der Autokraten" (2024) – scheint nur vordergründig ein neuer Ost-West-Konflikt zu sein, denn dieser aktuelle Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien ist ein hybrider, asymmetrischer oder im Fall der Ukraine realer Krieg zwischen dem Anspruch auf Einflusssphären bzw. imperialistischer Machtausübung und dem Streben nach internationaler Kooperation und freiem Austausch von Ideen und Produkten und vielen weiteren antagonistischen Feldern.

Doch, wie schon Thomas Nipperdey feststellte, ist Geschichte nicht nur weiß und schwarz, sondern grau, in unendlich vielen Schattierungen. Der Überfall und die unmenschliche Kriegsführung des Putin-Regimes verdecken, dass die russische Geschichte keineswegs eine zwangsläufige Einbahnstraße hin zu Despotie und Selbstherrschaft darstellt, sondern dass es immer Möglichkeiten und Chancen für andere Entwicklungen gab und sicherlich in Zukunft auch geben wird. Dazu möchte der vorliegende erste Band, der für den Einsatz im Geschichts- und Politikunterricht an weiterführenden Schulen entwickelt wurde, einen Beitrag leisten. In ihm lernen die Schülerinnen und Schüler Grundzüge einer konstitutionellen und ansatzweise parlamentarischen Entwicklung Russlands in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in multiperspektivischen, quellengestützten und mit gezielten Darstellungstexten ergänzten Kapiteln kennen. Dabei entwickeln sie narrative Kompetenzen, die durch Analysen und Erschließungsimpulse sowie andere didaktische Werkzeuge ergänzt werden. Dazu wurde das Quellenmaterial bewusst vielfältig, von unterschiedlichsten Perspektiven getragen und in Verbindung von Texten, Fotografien und anderen Abbildungen, ausgewählt. Die Schülerinnen und Schüler – und sicherlich in bestimmten Bereichen auch ihre Lehrkräfte – erkunden so die historischen Schattierungen.

Zum historischen Hintergrund

Der vorliegende Band bezieht sich auf eine Umbruchphase der russischen Geschichte, die alle Bestandteile einer grundstürzenden Zeitenwende aufweist: äußere und innere Kriege, revolutionäre Umstürze, soziale und politische Reformansätze und Utopien. Die Revolution von 1905 brachte das jahrhundertealte autokratische System des Russischen Reichs ins Wanken: Es entstand erstmals ein Parlament, die Duma, zahlreiche Parteien wurden gegründet. Auch die Zivilgesellschaft entwickelte sich deutlich stärker und differenzierter als vor 1905. Aus der Defensive heraus sah sich der unwillige Zar zu Konzessionen gezwungen. Das Oktobermanifest beendete die autokratische Herrschaft und stellt die erste große Weggabelung der folgenden knapp zwanzig Jahre dar. Doch der Weg zu einer konstitutionellen Monarchie war von Anfang an gefährdet, umso mehr als das zarische Regime die Zugeständnisse des Oktobers 1905 an zentraler Stelle bald durch ein restriktives Wahlrecht zurücknahm.

Der letzte Reformversuch galt vor allem den brennenden sozialen Problemen auf dem Land und der Agrarfrage. Er wurde nie zu Ende geführt, denn der Ausbruch des Ersten Weltkrieges stürzte das alte Russland in seine letale Krise. Zum einen delegitimierten die Niederlagen das Herrschaftssystem, zum anderen verschärften die Kämpfe die sozialen Spannungen und zum Dritten stieg die Kriegsmüdigkeit an der Front und in der Heimat mehr und mehr an.

Im Februar 1917 war es dann so weit: Am Tag der Frauen streikten in Petrograd Arbeiterinnen gegen die mangelnde Versorgung, die Männer in den Fabriken gingen mit ihnen auf die Straße. Als sich Soldaten der Petrograder Garnisonen den Streikenden anschlossen, fiel das Ancien Régime wie ein Kartenhaus zusammen. Die Situation war völlig offen: Die provisorische Regierung, die die Macht übernahm, war nicht alleine, denn neben ihr stand der Petrograder Sowjet (‚Doppelherrschaft'). Zu einer auf freien Wahlen beruhenden verfassungsgebenden Nationalversammlung sollte es nie kommen, die Fortführung des Krieges, die immer unruhigere Lage unter den Bauern und die nationalen Autonomiebestrebungen an der Peripherie des Reiches führten zum

entscheidenden Machtverlust der provisorischen Regierung und zum Anstieg der noch im Februar 1917 eher unbedeutenden sozialdemokratischen Splitterpartei, deren Mitglieder sich selbst als Bolschewiki bezeichneten. Im Oktober 1917 eroberten sie mit einem Staatsstreich, der später zur Oktoberrevolution glorifiziert wurde, die Macht. Zwei Parolen Lenins zerschlugen die alte Ordnung: „Frieden“ und „Das Land den Bauern“.

So unwahrscheinlich ein Erfolg der Bolschewiki noch im Februar 1917 schien, so wenig war der Sieg im anschließenden Bürgerkrieg ausgemacht. In der Brutalität sucht diese Auseinandersetzung ebenso ihresgleichen wie in der Intervention ausländischer Mächte. Doch die Bolschewiki konnten sich behaupten, so dass schließlich Ende 1922 keine Alternative zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (deutsch als „UdSSR“ abgekürzt) mehr übrig blieb.

Grenzen

Das vorliegende Unterrichtsangebot wurde auf dem aktuellen Stand der historischen Forschung entwickelt. Es ist aber, seinem begrenzten Umfang und dem Einsatzort Schule geschuldet, naturgemäß auch durch Reduktion, Vereinfachung und Weglassen geprägt. Daher konnte der aktuelle Stand der Forschung nicht überall und erschöpfend berücksichtigt werden, vor allem neue Arbeiten aus den USA wurden nicht herangezogen. Die technische Seite der Macht, das Imperium, die Frage nach Nationalismus und Kolonialismus werden nur am Rande thematisiert. Das gilt auch für die soziale und ethnische Struktur des Imperiums. Die interessierten Leser seien daher auf neuere Gesamtveröffentlichungen verwiesen, wie beispielsweise Jörg Baberowskis Darstellung „Der sterbliche Gott: Macht und Herrschaft im Zarenreich“ (2024), Manfred Hildermeiers „Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution“ (2016) sowie Dietmar Neutatz’ „Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert“ (2013).

Zur narrativen Kompetenz

„Narrative Kompetenz ist die Fähigkeit, aus zeitdifferenten Ereignissen durch Sinnbildung eine kohärente Geschichte herzustellen und mit erzählter Geschichte umzugehen.“ (Hans-Jürgen Pandel) Die Schülerinnen und Schüler gewinnen durch Analyse, Interpretation und Beurteilung von Quellen und Darstellungen die Erkenntnis, dass Geschichte wesentlich über Narrationen, also erzählende Darstellungen von Geschichte, vermittelt und von handelnden Subjekten gestaltet wird. Die narrative Kompetenz hat somit zwei Dimensionen: Zunächst eine erkenntnistheoretische, dass Geschichte immer eine Konstruktion von Vergangenheit ist, und eine konkrete, dass das Verstehen, Erklären und Verfassen von Texten im Zentrum der Konstruktion von Vergangenheit steht.

Im Geschichtsunterricht und in der Aufgabenkultur dominiert die zweite, d.h. die konkrete Bedeutungsdimension: Die Schülerinnen und Schüler erkennen Narrationen als erzählende Darstellungen von Geschichte. Sie erschließen sich deren Bedeutung, indem sie ihnen kriterienorientiert Informationen entnehmen, und sie bewerten deren Aussagekraft, indem sie u.a. die Perspektive der Darstellung berücksichtigen (sachliche Schilderung, subjektiver Tagebucheintrag etc.).

Daneben rekonstruieren sie Geschichte zunehmend auch selbst aus Quellen. Außerdem erstellen sie auf der Grundlage von Quellenanalysen und der Auswertung von Darstellungen selbst Narrationen und reflektieren diese kritisch. Sie konstruieren bspw. personale Perspektiven, indem sie einen gegebenen Korpus an Quellen und Darstellungen analysieren, interpretieren und daraus Informationen ziehen, um damit perspektivierte Personen oder Rollen zu konstruieren. Sie können beim Erstellen eigener Narrationen auf verschiedene Präsentationsformen zurückgreifen. Auch dadurch wird ihr Geschichtsbewusstsein weiter ausdifferenziert.

Genau dies geschieht im vorliegenden Band. U.a. werden anhand der beiden fiktiven Personen Fjodor Michailowitsch Gontscharow, ein junger russischer, bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der kritischen russischen Intelligenz, und seiner Verlobten und späteren Ehefrau Irina Andrejewna Karenina zwei Personen vorgestellt, die sich dem zarischen Machtsystem gegenüber kritisch positionieren, liberale Positionen – ähnlich wie einige Duma-Parteien ab 1906 – vertreten und zudem in der wachsenden Rolle der Zivilgesellschaft für Russlands Demokratisierung aktiv sind. Beide Personen sind zwar fiktiv, aber hätten damals auch historische Personen sein können. Diese Wahrscheinlichkeit gibt ihnen eine hohe Authentizität, so dass die Schülerinnen und Schüler im Sinne der Verbesserung ihrer narrativen Kompetenz mit ihnen personale Perspektiven konstruieren. Die Arbeitsaufträge leiten die Schülerinnen und Schüler durch klare Konstruktionskriterien dazu an: Verfassen Schülerinnen und Schüler kriterienorientiert aus Quellen und Darstellungen eigenständige Narrationen, dann üben sie die Tätigkeit einer Historikerin, eines Historikers ein. Sie erkennen am Verfassen der Perspektiven bspw. von Fjodor Michailowitsch Gontscharow und der seiner Ehefrau Irina Andrejewna Gontscharowa in einem Petersburger Café im Mai 1914 – kurz vor dem Ersten Weltkrieg –, wie Geschichte funktioniert, wie sie faktenbasiert und kriterienorientiert konstruiert wird und wie man über diese Konstruktionen reflektieren kann. Sie vertiefen dadurch u.a. auch ihr Geschichtsbewusstsein.

Durch diese rekurrente Struktur zur narrativen Kompetenz im vorliegenden Band lernen die Schülerinnen und Schüler im Unterricht auch, wie Geschichte entsteht: Denn sie erhalten Quellen, Darstellungen und Überreste, aus denen Geschichte als solche noch erschlossen werden muss, per se liegt sie nicht vor. An dieser Stelle wird das Problem der historischen Referenzialität deutlich: Es hängt maßgeblich davon ab, was man aus diesen Primär- und Sekundärquellen macht. Schon über die Auswahl der Unterrichtsgegenstände werden Thema und Ergebnis maßgeblich gelenkt – dies gilt auch für Gesamtdarstellungen, Verfassertexte und Historikermeinungen. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass es nicht die eine Wahrheit von Geschichte – „so wie sie gewesen ist“ – geben kann, sondern – auch im Unterricht – immer nur verschiedene faktenbasierte und multiperspektivische Darstellungen über sie, d.h. diskrepante „Geschichten“ im Sinne von historischem Erzählen.

1. Das zarische Russland um 1900: Avantgarde-Macht oder rückständiges Agrarland?

Peter Stolz

Das zarische Russland präsentierte sich 1900 auf der Pariser Weltausstellung als Avantgarde-Macht. Der russische Finanzminister Sergej Witte dachte über eine Eisenbahnverbindung zwischen Russland und den USA über die Beringstraße nach, der Bau der Transsibirischen Eisenbahn nahm zu dieser Zeit Fahrt auf. Die Städte an der Transsib erlebten durch diese neue Eisenbahnlinie einen wirtschaftlichen Aufschwung; mit der Fertigstellung der Transsibirischen Eisenbahn 1903 entwickelte sich ihr Endpunkt, Wladiwostok, zu einem internationalen Handelszentrum. Russland schien den Anschluss an Europa geschafft zu haben, doch die Revolution von 1904/05 brachte die autokratische Herrschaft ins Wanken: Der Zar stimmte nur ungern der Bildung der Duma, des ersten russischen Parlaments, und der von Parteien zu. In den Wirren des Ersten Weltkriegs spitzten sich die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Probleme zu. Entwicklungsland stand neben internationaler Großmacht, Blutsonntag neben Parlamentarisierung. Russland um 1900: Fortschrittsmacht und europäische Avantgarde oder weiterhin ein despotisches Agrarland?

Zeittafel

Februar 1891	Bau des 1. Abschnitts der Transsibirischen Eisenbahn zwischen Wladiwostok und Tscheljabinsk; Grundsteinlegung: am 31. Mai 1891 durch Zar Nikolaus II.
1. November 1894	Nikolaus II. wird Zar
15. April 1900 – 12. November 1900	Pariser Weltausstellung 1900

Q1 Pierre Méjanel: Der russische Pavillon auf der Weltausstellung von 1900 in Paris, 1900

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Bild von Russland wird hier vermittelt?

Pierre Méjanel war ein französischer Maler, der am 11. März 1837 in Paris geboren wurde und dort am 15. Dezember 1905 starb. Er lebte und arbeitete lange Zeit in London und war nicht nur Maler, sondern auch als Illustrator in den Pariser Salons von 1878 bis 1898 tätig. Für die Weltausstellung in Paris 1900 entwarf er mehrere Werbeplakate, u.a. auch für den russischen Pavillon.

Le Petit journal. Supplément du dimanche Nr. 484, 25. Februar 1900, S. 61. Gallica/BnF. Gemeinfrei.
URL: https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k716370n/f5.item

D1 Russland um 1900 (1): Grundcharakteristika

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum erscheint die Vision auf der Weltausstellung so anders?

Der Welt zeigte sich das Zarenreich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert als eine Avantgardemacht der Internationalisierung. Russlands Präsentation auf der Pariser Weltausstellung von 1900 offenbarte, welche Fortschritte das Land in seiner Selbstdarstellung seit der ersten Weltausstellung in London 1851 gemacht hatte. Galt das Zarenreich […] von 1851 noch als despotisches und agrarisches Land, das seinen Reichtum im Schmuck und Gepränge von Hof und Aristokratie nutzlos verprasste, so staunten die Besucher des russischen Pavillons 1900 nicht schlecht über die kühnen Ambitionen Russlands im Weltverkehr. In einigen ausgestellten Eisenwahnwaggons erlebten die Besucher die Illusion einer Eisenbahnreise von Moskau durch Sibirien bis nach Peking. Der russländische Finanzminister Sergej Witte dachte gar an eine Eisenbahnverbindung zwischen den USA und Russland über die Beringstraße. Diese Verbindung, so Wittes kühne Hoffnung, sollte einen Großteil des transatlantischen Schiffsverkehrs zwischen Europa und Amerika auf den russischen Schienenstrang umleiten.

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 23.

Q2 Plakat der Internationalen Schlafwagengesellschaft CIWL für die Weltausstellung von Paris 1900

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum ist die Eisenbahn hier ein Gamechanger?

Raphael de Ochoa y Madrazo (1858–1935) für die Druckerei Lemercier, Paris. Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Transsiberian_expo_paris_1900.jpg

D2 Die Transsibirische Eisenbahn

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Folgen hatte die „kleine Völkerwanderung“?

In der Hochphase des Baus 1895 bis 1896 arbeiteten rund 80.000 Männer gleichzeitig an dem gewaltigen Infrastrukturprojekt. Unter ihnen waren chinesische Tagelöhner, russische Bauern, ausländische Spezialisten und Strafgefangene. Letztere waren mit dem Versprechen an die Baustellen gelockt worden, durch Mitarbeit an der Transsib die Haftzeit zu verkürzen. Gefeiert wurden später vor allem russische Ingenieure, die gewaltige Stahlbrücken zur Querung der sibirischen Flüsse entworfen hatten.

Von Anbeginn betrachtete die Reichsregierung die Bahn als nationales Prestigeprojekt mit hohem symbolischem Wert. Die Transsib sollte aber auch wirtschaftlich dazu beitragen, dem agrarisch geprägten und den westlichen Großmächten wirtschaftlich eindeutig unterlegenem Land industriellen Schwung zu geben. Die neue Bahnlinie sollte nicht nur russische Stahl- und Lokomotiv-Fabriken mit Aufträgen versorgen. Sondern gleichzeitig träumte der größte Verfechter des Projekts, Finanzminister Sergej Witte, davon, die Weiten Sibiriens aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und ökonomisch zu erschließen. Der asiatische Teil des Imperiums galt vielen nur als „Reich der Kälte“ und aufgrund der russischen Verbannungspraxis als „größtes Gefängnis der Welt“. Mit Hilfe der neuen Bahn sollten in großer Zahl bäuerliche Kolonisten in die unerschlossenen Gegenden Sibiriens und des Fernen Ostens gebracht werden.

Das Ergebnis war eine kleine Völkerwanderung: Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs fanden knapp vier Millionen russischer, belorussischer und ukrainischer Bauern in Sibirien und Russisch-Fernost eine neue Heimat. Wie Pilze schossen Städte an Kreuzungspunkten der neuen Bahnlinie mit den sibirischen Wasserwegen aus dem Boden.

Der Bau der Transsib war nicht nur ein aufwändiges, sondern vor allem ein teures Unterfangen. Für die Finanzierung war der mittelarme russische Staat auf Anleihen am internationalen Geldmarkt angewiesen. Die pompösen Präsentationen des Infrastrukturprojektes auf den Weltausstellungen von Chicago im Jahr 1893 und Paris im Jahr 1900 sind nicht zuletzt als Werbemaßnahme für internationale Kreditgeber zu verstehen.

Besucher der Weltausstellung von Paris konnten sich auf eine virtuelle Reise in einem Luxuszug von Moskau nach Peking begeben. Vor den Fenstern des Zuges sahen Besucher ein gewaltiges Panoramen-Gemälde vorbeiziehen, auf dem Maler der Pariser Oper die Weiten Sibiriens gebannt hatten. Die „Fahrt“ dauerte 45 Minuten und war ein großer Publikumserfolg. Schon bald buchten die ersten westlichen Reisenden eine Fahrt auf der längsten Bahnlinie der Welt. Journalisten priesen Sibirien als „Zukunftsland“ und die Bahn als das „erste große Bauwerk des 20. Jahrhunderts“. Der „Mythos Transsib“ war geboren.

Frithjof Benjamin Schenk: Transsibirische Eisenbahn, Dekoder.org, 9. August 2018, URL: https://www.dekoder.org/de/gnose/transsibirische-eisenbahn-mythos-ferner-osten. Stand 15.09.2024.

D3 Russland um 1900 (2): Der Zar

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum enttäuschte Nikolaus II. die Erwartungen der Menschen?

Die Zeit um 1900 offenbarte jedoch auch, welchen immensen Herausforderungen sich Russland gegenübersah – und welche Gruben die Reichsführung sich selber zu graben imstande war, ohne es zu bemerken. Die Krönungsfeierlichkeiten Nikolaus’ II. 1896 sahen neben der traditionellen Krönung in der Mariä-Entschlafens Kathedrale im Moskauer Kreml auch ein großes Volksfest […] vor den Toren der Stadt vor. Dort ereignete sich ein Unglück, auf das Nikolaus II. in bezeichnender Weise nicht reagierte. Als die Tribüne einstürzte, brach unter den auf die Speisung des Kaisers wartenden Massen eine Panik aus. Mehr als tausend Menschen fanden den Tod. Nikolaus II. sah darin keinen Grund, die Krönungsfeierlichkeiten zu unterbrechen. Hier offenbarte sich eine duldende Demut gegenüber den Zeitläufen, die sich noch oftmals in seiner weiteren Regierungszeit beobachten lassen sollte. Sie war nicht Resultat mangelnden Intellekts oder ungenügender Bildung, sondern ging aus seiner Sozialisation hervor. Sein englischer Erzieher Charles Heath hatte Nikolaus eine gentlemanartige Beherrschtheit gelehrt, die es ihm erlauben sollte, auch in schwierigsten Situationen unerschüttert façon und contenance zu wahren. […] Für Nikolaus war […] in der Welt der Politik Gehorsam gegenüber dem Monarchen die oberste Regel. […]. Der Hof schloss ihn von jeglichem Kontakt mit Gleichaltrigen und allen damit verbundenen Erfahrungen von Austausch und Selbstbehauptung aus. Es kam also nicht von ungefähr, dass Nikolaus Ereignissen der Außenwelt wie der (o.g.) Katastrophe […] mit absonderlich anmutender Entrücktheit begegnete.“

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 24.

Mit „façon“ und „contenance wahren“ ist hier gemeint: In allen Situationen – egal wie existentiell sie sein mögen – selbstbeherrscht und gelassen zu bleiben, Ruhe und Frieden zu bewahren und seine anerzogene Lebensart nicht aufzugeben.

Leo Tolstoi (1828–1910) war ein bekannter russischer Schriftsteller; seine Werke *Anna Karenina* und *Krieg und Frieden* zählen zur Weltliteratur und sind Klassiker des realistischen Romans. Religiöse und pazifistische Fragen waren in seinem Spätwerk dominant; er kritisierte deutlich die Praxis der orthodoxen Kirche in Russland, setzte sich aber gleichzeitig für die christliche Nächstenliebe und für eine radikale Gewaltlosigkeit im zarischen Russland ein.

Q3 Der Schriftsteller Leo Tolstoi richtete einen warnenden Brief an seinen Zaren (16. Januar 1902)

Möglicher Erschließungsimpuls: Was sollte der Zar nach dem Wunsch Tolstois tun?

Lieber Bruder!
Diese Anrede halte ich deswegen für die passendste, weil ich mich in diesem Briefe weniger an den Zaren, als an meinen Mitmenschen wende. […]. Ich möchte nicht sterben, ohne Ihnen gesagt zu haben, was ich über Ihre jetzige Tätigkeit und darüber denke, wie sie hätte sein, welch großes Glück sie Ihnen und Millionen von Menschen hätte bringen können, und welch großes Unglück sie den Menschen und Ihnen bringen kann, wenn sie dieselbe Richtung beibehält, in der sie jetzt vor sich geht.
Ein Drittel Russlands befindet sich im Zustande des verstärkten Schutzes, d.h. steht unter Ausnahmegesetzen. Das Heer von Polizisten […] wird immer größer und größer. Die Gefängnisse, Verbannungsorte und Zuchthäuser sind überfüllt; es gibt über hunderttausend Kriminal- und politische Verbrecher, zu denen jetzt auch die Arbeiter gerechnet werden. Die Zensur greift zu solch absurden Maßregeln, wie in der schlimmsten Zeit […] nicht. In allen Städten und Fabrikzentren werden Truppen konsigniert [= hingeschickt] und mit scharfen Patronen gegen das Volk ausgerüstet. […]
Das Selbstherrschertum bildet eine überlebte Regierungsform, die […] nicht aber den Bedürfnissen des russischen Volkes [entsprechen mag], das infolge der Aufklärung, die die ganze Welt ergriffen hat, immer gebildeter wird. […]
Durch Gewaltmaßregeln kann man ein Volk bedrücken, aber nicht regieren. […]
Ich wünsche Ihnen aufrichtig wahres Glück.
Ihr Bruder Leo Tolstoi.

Leo Tolstoi: Brief an Zar Nikolaus II. vom 16. Januar 1902. Übersetzung nach: Leo N. Tolstoj: Briefe 1848–1910. Reihe B | Band 10, hrsg. v. Peter Bürger. Düsseldorf 2023, S. 410–417. Tolstoi-Friedensbibliothek.de. URL: http://Tolstoi-Friedensbibliothek.de

Q4, Q5 Maskenball im Petrograder Winterpalast (1903)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Botschaft sendet der Zar durch die Auswahl seiner Kleidung auf dem Maskenball?

Thema des Balls war die Zeit vor Peter dem Großen: Der Zar und seine Frau Zarin Alexandra Fjodorowna (geb. *Großherzogliche Hoheit Prinzessin Alix Viktoria Helene Luise Beatrix von Hessen und bei Rhein*) in den Gewändern von Zar Alexei I. (17. Jahrhundert) und seiner Frau Zarin Marija Iljinitschna Miloslawskaja verkleidet. Bilder des Hoffotografen Lew Sergejewitsch Lewizki (1847–1914).

Q4 Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alexandra_Fjodorowna_and_Nicholas_II_of_Russia_in_Russian_dress.3.jpg

Q5 Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1903_ball_-_tsar_Nikolay.jpg

Q6 Soziale Struktur Russlands 1897 und 1913

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum befand sich Russland in einer dauerhaften „sozialen Schieflage“?

SOZIALE GRUPPEN	1897 (in Mio.)	%	1913 (in Mio.)	%
Großbourgeoisie, Gutsbesitzer, höhere Beamte usw.	3,0	2,4	4,1	2,5
Wohlhabende Besitzer	23,1	18,4	31,5	19,0
Ärmere, kleine Besitzer	35,8	28,5	42,0	25,3
Halbproletarier	41,7	33,2	55,6	33,6
Proletarier	22,0	17,5	32,5	19,6
Insgesamt	125,6		165,7	

Die Daten stammen aus: Rossija 1913 god. Statistiko-dokumental’nyj sprawotschnik, Sankt Petersburg 1995, S. 221. Die Daten für 1897 sind die der ersten allgemeinen Volkszählung, die in Russland im Januar 1987 durchgeführt wurde. Die Daten für 1913 sind einer Forschungsarbeit des sowjetischen Demographen Innokenti Pissarew entnommen.

Q7 Verteilung der Bevölkerung nach Volkswirtschaftszweigen (ohne Studenten) 1913

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war Russland trotz der industriellen Zentren kein Industriestaat?

Industrie und Bauwirtschaft	9 Prozent
Land- und Forstwirtschaft	75 Prozent
Transport und Nachrichten	2 Prozent
Handel, öffentliche Ernährung, materiell-technische Versorgung und Absatz	9 Prozent
Gesundheitsschutz, Kultur, Wissenschaft	1 Prozent
Staatsapparat, Kooperations- und Gesellschaftliche Organisationen und übrige Zweige	4 Prozent

Die Daten stammen aus: Jubiläumsausgabe des statistischen Jahresheftes Narodnoje Chosjastwo v SSSR 1922–1972, Moskau 1972, S. 343.

D4 Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft als strukturelles sozio-ökonomisches Problem

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie könnten die Probleme der Landwirtschaft angegangen werden?

Die Schwierigkeiten der Modernisierung kamen nirgendwo klarer zutage als in der Landwirtschaft. Am Vorabend der Revolution waren immer noch drei Viertel der russischen Bevölkerung Bauern und Landarbeiter. Russland hatte zwar, als letztes Land in Europa, 1861 die Leibeigenschaft abgeschafft, aber die Bauern fühlten sich durch diese Reform betrogen, da der Landadel ungefähr ein Sechstel des Landes – in der Regel die besten Böden – behalten hatte und die Bauern für das Land, das sie erhielten, einen Preis bezahlen mussten, der über dem Marktwert lag. Zwischen 1860 und 1914 wuchs die Bevölkerung des Reiches rapide von 74 auf 164 Millionen Menschen. Dadurch wurde das Land knapp, insbesondere in Zentralrussland und der Wolgaregion, deren schwarze Erde sehr fruchtbar war. Die durchschnittliche Größe der Grundstücke, die von den Bauern bewirtschaftet wurden, sank zwischen 1861 und 1900 um ein Drittel. […]. Trotz des wachsenden Landhungers steigerte sich der Lebensstandard der Bauern nach 1891 nur sehr wenig, was allerdings nicht für die fruchtbaren zentralen Provinzen zutraf. Die durch den Eisenbahnbau stimulierte rapide Ausweitung des Marktes ermöglichte es den Bauern, ihre Einkünfte aus den Höfen durch Arbeit in der Industrie, im Handel, im Handwerk oder auf den Höfen der Wohlhabenden aufzubessern. Die Ausweitung der Märkte förderte zudem die Wirtschaftlichkeit des Getreideanbaus: 1913 war Russland das führende Getreideexportland der Welt. Gleichwohl aber war das Leben der durchschnittlichen Bauern von Armut, Elend und Unterdrückung geprägt. Ein Indikator dafür ist, dass die Kindersterblichkeit die höchste in Europa war. Außerdem war die Landwirtschaft trotz der Ausweitung der Produktion für den Markt technisch nach wie vor primitiv. […]. Trotz deutlicher Zeichen, dass die Landwirtschaft am Beginn einer Kommerzialisierung stand, war das landwirtschaftliche System insgesamt rückständig und die Bauernschaft der Gesellschaft stark entfremdet.

Steve A. Smith: Die Russische Revolution, Stuttgart 2011, S. 15–17.

D5 Gesellschaftliche Entwicklung um 1900 (1)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war der Bevölkerungsanstieg nicht nur ein Segen, sondern auch eine Belastung?

Die wohl folgenreichste und komplizierteste Reform stellte die Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) dar. […]. Die Bauern mussten an ihre oft verarmten oder verschuldeten Gutsherrn Entschädigungsleistungen für die Landüberlassung und die nun wegfallenden Dienste bezahlen, wozu sehr viele nicht in der Lage waren. Die bäuerlichen Dorfgemeinschaften („Mir“) mussten ihre staatlichen Steuern kollektiv entrichten. Diese Dorfgemeinschaften verteilten regelmäßig entsprechend der jeweiligen Familiengröße das Land neu. Die Bauern bearbeiteten also ständig andere Flächen. Da die russische Bevölkerung im 19. Jahrhundert beständig wuchs, stand den Bauern immer weniger Land zur Verfügung. Um Anspruch auf eine größere Fläche zu erlangen, war also eine größere Kinderzahl notwendig. Damit verschärfte sich der fatale Teufelskreis der ländlichen Armut. Dieses System wurde auch nach der Bauernbefreiung beibehalten. Die Dorfgemeinschaften hafteten kollektiv für die aufzubringenden Steuern. Auf diese Weise konnte der Staat auf den Aufbau einer jeden einzelnen Bauern umfassenden Steuerverwaltung verzichten.

Hartmann Wunderer: Die Russische Revolution, Stuttgart 2014, S. 18f.

Q8 Finanzminister Sergej Witte legt Zar Nikolaus II. in einem streng geheimen Vortrag seine Einschätzung der Entwicklungsaufgaben der Regierung vor (1899)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Rolle spielen „Kapital, Wissen und Unternehmergeist“ für die Zukunft Russlands?

[…] Russland ist auch heutzutage ein im wesentlichen agrarisches Land geblieben. Für alle seine Verpflichtungen gegenüber Ausländern zahlt es mit der Ausfuhr von Rohstoffen, hauptsächlich von landwirtschaftlichen Produkten, vornehmlich von Getreide. Seinen Bedarf an Fabrikerzeugnissen, metallurgischen Produkten deckt es in hohem Maße durch die Einfuhr vom Ausland. Die wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zu Westeuropa entsprechen völlig den Beziehungen der Kolonialländer zu ihren Metropolen […]. Russland ist auch heutzutage in einem gewissen Grade eine solche gastfreundliche Kolonie für alle wirtschaftlich entwickelten Staaten, die sie großzügig mit billigen Erzeugnissen ihres Landes versorgt und teuer für ihre Arbeitszeugnisse bezahlt. Es gibt aber einen grundsätzlichen Unterschied von der Lage der Kolonien: Russland ist eine politisch unabhängige, starke Macht; […].

Die Schaffung unserer eigenen Industrie ist die Kernaufgabe, eine nicht nur ökonomische, sondern auch politische Aufgabe, welche der Eckstein der Begründung unseres protektionistischen Systems ist. […] Die neue Industrie kann nicht in kurzer Zeit heranwachsen. Deshalb müssen die Schutzzölle zehn Jahre beibehalten werden […].

Die Binnenproduktion wächst, aber die Bedürfnisse der Bevölkerung entwickeln sich schneller, deshalb können sie noch nicht anders als durch eine beträchtliche Einbeziehung von Einfuhr ausländischer Waren befriedigt werden. Diese wächst daher trotz der Entwicklung der Binnenproduktion […]. Wir bezahlen den Ausländern für ihre Waren fast so viel, wie unser Staat jährlich an indirekten Steuern vom Volk erhebt. […] so stellt dieser zusätzliche Tribut, der den Ausländern gezahlt wird, geradezu eine kaum erträgliche Belastung dar, besonders für die agrarische Bevölkerung. […]

So bleibt die aktuelle Aufgabe der Handels- und Industriepolitik unverändert schwierig. Man muss nicht nur die Industrie aufbauen; es ist auch notwendig, dass sie billig arbeitet, dass sich in der entstehenden Industrie ein aktiveres und zielbewussteres Leben entwickelt […].

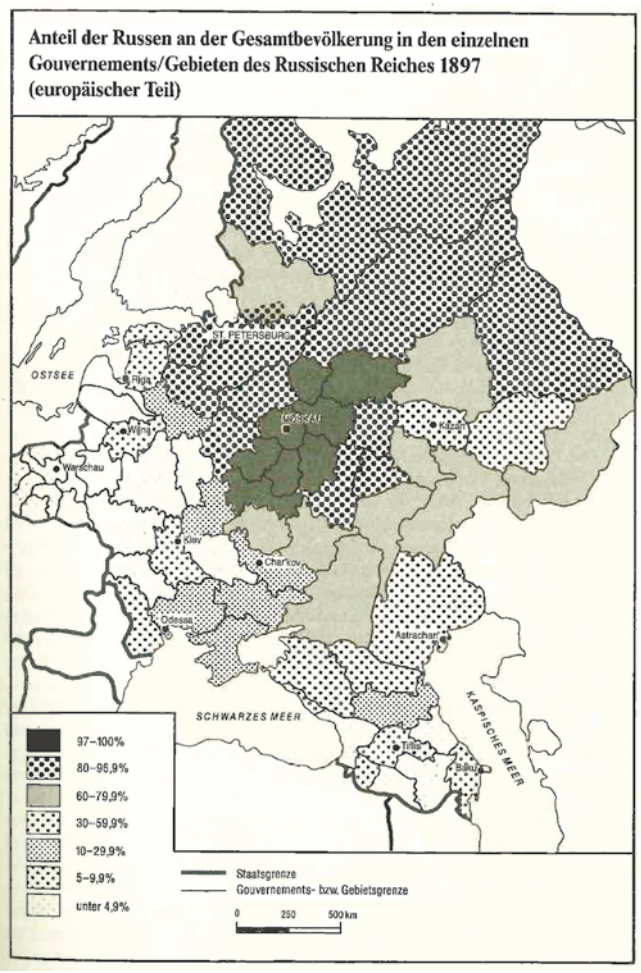
Was ist dafür notwendig? Kapital, Wissen und Unternehmergeist. Nur diese drei Kräfte können den Prozess der Bildung einer völlig unabhängigen nationalen Industrie beschleunigen. Leider lassen sich alle drei nicht künstlich aufpfropfen. […] In Russland ist das Wachstum trotzdem ziemlich langsam, weil es in ihm immer noch zu wenig Industrie, Kapital, Unternehmergeist gibt. […] Aber selbst die stärkste Regierung verfügt nicht über die Kraft, Kapital zu schaffen […].

Der Zufluss ausländischen Kapitals ist nach tiefer Überzeugung des Finanzministers die einzige Möglichkeit, um unsere Industrie in die Lage zu bringen, bei der sie unser Land mit ausreichenden und billigen Produkten versorgen kann.

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 244–248.

D6 Verteilung der russischen Bevölkerung auf das Gesamtreich: 1897

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum waren die Russen „Kolonialherren im eigenen Land“?



Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992 (2. Auflage), S. 237.

D7 Das spätzarische Vielvölkerreich zwischen Modernisierung und Tradition

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern waren die Russen schlechter gestellt als viele der von ihnen beherrschten Völker?

Die beschleunigte Modernisierung, die das Russiche Reich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte, veränderte auch seinen Charakter als Vielvölkerreich. Die Reformen, besonders die Bauernbefreiung, und die Industrialisierung mobilisierten neue soziale Schichten und ethnische Gruppen. Die mit der Modernisierung eng verknüpften nationalen Bewegungen formten die hortizontal nach Ständen gegliederten Gesellschaften allmählich in vertikal integrierte, kulturell bewußte Nationen um, die politische Ansprüche erhoben.

Die Prozesse der sozialen und nationalen Mobilisierung, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die einzelnen Regionen des Russischen Reiches mit unterschiedlicher Intensität erfaßt hatten, verstärkten seine Heterogenität. […]

Im Ganzen blieb die Struktur des Vielvölkerreichs Rußland kompliziert und uneinheitlich. […]

Zwar hatten sie [= die Russen] gegenüber der Vormoderne aufgeholt, doch lagen sie im Grad der Urbanisierung und Alphabetisierung weiter hinter einer ganzen Reihe anderer Ethnien zurück. Zwar gab es jetzt eine breite russiche Intelligenz, doch noch immer waren hier die Deutschen, Polen und Juden besser vertreten. Die Masse der russischen Bauern lebte weiter schlechter als die meisten Bauern in anderen Regionen des Reiches, wobei allerdings bei einigen Ethnien im Westen die Schicht des ländlichen Proletariats ohne Grund und Boden breiter war. Wenn man als Faktor für den Lebensstandard einer Ethnie die mittlere Lebenserwartung heranzieht, dann lagen die Russen hier […] nicht nur hinter den Letten, Esten, Litauern und Juden, sondern auch hinter den Ukrainern, Weißrussen, Tataren und Baschkiren zurück. Die Modernisierung Rußlands und der Russen verlief also regional und sozial noch ungleichmäßiger als die der meisten anderen Regionen und Ethnien. Die Zarenregierung hatte zwar das russiche Zentrum und die russischen Machteliten gefördert, die Masse der Russen in der Provinz bleib aber eine vernachlässigte Mehrheit.

Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992 (2. Auflage), S. 230, 264, 266.

D8 Bildungsgrad der wichtigsten ethnischen Gruppen des Reiches 1897 (Personen älter als 10 Jahre, in % aller über Zehnjährigen)

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern spaltete der Bildungsgrad das Land?

	Insgesamt	Lesefähig männlich	Lesefähig weiblich	Mehr als Elementarschule		
				insgesamt	männlich	weiblich
Gesamtbevölkerung	27,7 %	38,6 %	17,0 %	1,51 %	1,87 %	1,14 %
Russen	29,3 %	44,9 %	14,7 %	2,28 %	2,80 %	1,78 %
Ukrainer	18,9 %	32,4 %	5,3 %	0,36 %	0,47 %	0,25 %
Weißrussen	20,3 %	31,0 %	9,8 %	0,49 %	0,83 %	0,15 %
Polen	41,8 %	44,7 %	38,9 %	2,77 %	3,96 %	1,60 %
Litauer	48,4 %	49,3 %	47,6 %	0,27 %	0,54 %	0,02 %
Letten	85,0 %	84,8 %	85,3 %	0,63 %	1,13 %	0,17 %
Esten	94,1 %	93,8 %	94,4 %	0,59 %	0,98 %	0,23 %
Deutsche	78,5 %	79,7 %	77,3 %	6,67 %	7,51 %	5,26 %
Juden	50,1 %	64,6 %	36,6 %	1,20 %	1,18 %	1,22 %

Die Daten stammen aus: Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992 (2. Auflage), S. 331.

D9 Gesellschaftliche Entwicklung um 1900 (2)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum schwächte der Einfluss des Westens trotz aller Vorteile das System?

[…] Bei alledem blieb das genaue Verhältnis der Selbstverwaltung zum Staat ungeklärt. […]. Dies trat unter anderem in der Bestimmung, dass die gewählten Stadtoberhäupter in den Hauptstädten durch den Zaren, ansonsten durch die Gouverneure zu bestätigen seien, deutlich zutage. […] Konflikte zwischen Staat (einschließlich der Polizei) und Stadtduma entschied nicht mehr der Gouverneur allein, sondern eine neue „Gouverneursbehörde für städtische Angelegenheiten“, die sich […] unter seiner Leitung aus Vertretern der Provinzialverwaltung […] zusammensetzte. […] Bis zur Jahrhundertwende achtete die zarische Verwaltung peinlich genau darauf, dass kein Stadtoberhaupt es wagte, sich mit anderen in Verbindung zu setzen, um so etwas wie ein überregionales Koordinationsgremium von parlamentarischer Qualität auf den Weg zu bringen. Dies änderte sich erst nach der Jahrhundertwende […].

[…] Konsens herrscht darüber […], dass dem *ausländischen Engagement* im russischen Industrialisierungsprozess eine Schlüsselrolle zukam. Besonders Deutschland, Frankreich und in geringerem Maße England standen dabei in Konkurrenz oder lösten einander ab. […]

An vorrangiger Stelle lieferte das Ausland dringend benötigtes Kapital. Es war westeuropäisches Geld, das in ein Land floss, in dem man noch weitgehend brachliegende, riesige natürliche und menschliche Ressourcen vermutete. […] Dieses ausländische Engagement galt vor allem der neuen Stahl- und Eisenbranche; um 1900 arbeiteten sechzehn von achtzehn Unternehmen mit ausländischem Kapital. […]

Mit ihrem Geld importierten ausländische Unternehmen moderne Techniken und Organisationsformen. Sie achteten auf hohe Produktivität und transferierten, besonders sichtbar in der Chemie- und Elektroindustrie, die neusten Verfahren ins Zarenreich. […]

Aber nicht nur die Dynamik und ihre soziale Dimension allein rücken diesen Wandel in den Kontext der ‚Verwestlichung‘ des Zarenreichs im letzten halben Jahrhundert seines Bestehens. […] Denn in Gestalt der Intelligenz und besonders ihrer jungen, selbstbewussten Mitglieder wuchs eine Schicht heran, die erstmals aktive Mitwirkungsrechte einer ‚Staatsbürgergesellschaft‘ nicht nur einklagte, sondern in den gegebenen Grenzen einer faktisch zunehmend beschränkten Autokratie oft und in wachsendem Maße auch praktizierte. In dieser Hinsicht bildeten die Berufsverbände der Intelligenz gleichsam ein Muster für Vereine und Klubs verschiedenster Zielsetzung, die besonders nach der Revolution von 1905/06 unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Klientel wie Pilze aus dem Boden schossen.

Manfred Hildermeier: Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen, München 2022, S. 110–111, 126–127, 146–147.

D10 Ein Reich in der Krise

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war Nikolaus der „falsche Zar zur falschen Zeit“?

Nikolaus II. hatte nicht die Absicht, sich auf Kompromisse und politische Reformen einzulassen. Bei seiner Thronbesteigung im Jahr 1894 hatte er geschworen, die autokratischen Prinzipien seines Vaters zu verfolgen. Er war ein überzeugter Anhänger des mittelalterlichen Mythos vom Zaren als Werkzeug Gottes, der dazu ausersehen sei, über Russland als sein persönliches Eigentum zu herrschen. […]. Er erkannte nicht die Notwenigkeit, seine Herrschaft an die Anforderungen der modernen Welt anzupassen.

Darin lagen die Wurzeln der revolutionären Krise: in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen einer dynamischen öffentlichen Kultur und Gesellschaft auf der einen Seite und einer reaktionären Monarchie auf der anderen, versteinert in ihrer mittelalterlichen Auffassung der Autokratie, die sich gegen die aufkeimenden Forderungen der Öffentlichkeit nach stärkerer Beteiligung an der Regierung wehrte, bis es zu spät war.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 236–237.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Vgl.: https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 25.10.2024.

Narrative beeinflussen die Alltags-Wahrnehmung, da sie oft unausgesprochen Emotionen und Werte transportieren, die meistens auf einen Nationalstaat oder einen Kulturkreis bezogen sind. Sie unterliegen dem zeitlichen Wandel und sind etablierte Erzählformen, die mit einer **Deutungs-Legitimität** ausgestattet sind und dadurch andere Deutungen möglichst ausschließen oder verhindern möchten.

Autorentext

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Skizziere** und **erläutere** – unter Zuhilfenahme der Kriterien aus dem Kasten „Ein Narrativ“ – das ***Narrativ*** der zarischen Regierung um 1900 auf der Pariser Weltausstellung für die Gesellschaft im zarischen Russland (D1, Q1 und Q2).

2. **Dekonstruiere** dieses ***Narrativ*** mit den Argumenten und Elementen anderer Perspektiven (D2, D3 und Q3, Q4, Q5).
   a) **Untersuche** die Standortgebundenheit und die Perspektive des Narrativs (D1–D3 und Q1–Q3).
   b) **Analysiere** die Einzelheiten, die im Narrativ erwähnt werden und in welcher Art und Weise – auch sprachlich – sie benannt werden (D1–D3 und Q1–Q3).
   c) **Arbeite heraus**, welche narrativen Zusammenhänge zwischen den erwähnten Einzelheiten hergestellt werden, und **erläutere**, welche Einzelheiten im Narrativ nicht erwähnt werden (D1–D3 und Q1–Q5).
   d) **Setze** dich mit den Intentionen und Aussagen des Narrativs **auseinander** und **bewerte** die Aussagen des Narrativs an historischen Sachverhalten auf ihre Angemessenheit und Triftigkeit (D1–D3 und Q1–Q5).

3. **Analysiere** und **erläutere** (D4–D9, Q3–Q7) die gesellschaftlichen, ethnischen und politischen Probleme der russischen Gesellschaft um 1900 im historischen Kontext.

4. **Beschreibe**, **analysiere** und **erläutere** die wirtschaftliche Situation Russlands um 1900 (D2–D9, Q3, Q8).

5. Wähle eine Perspektive:
   a) **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, ein junger russischer, bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der russischen Intelligenz (vgl. D4, D8) besucht die Pariser Weltausstellung und dort auch den russischen Pavillon. Er nutzt ebenfalls die 45-minütige Präsentationsfahrt mit der „Transsib“. Danach schreibt er einen sehr differenzierten Brief an seine Verlobte **Irina Andrejewna Karenina**.

      Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieses kritischen jungen Anwalts an seine Verlobte. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.
   b) **Irina Andrejewna Karenina**, eine junge gebildete Frau aus Sankt Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz (vgl. D4, D8) hat die beiden Plakate der Pariser Weltausstellung (Q1 und Q2) in Farbe in einer russischen Zeitung gesehen und schreibt ihrem jungen Verlobten, **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, einem bekannten, liberalen Rechtsanwalt, der gerade die Pariser Weltausstellung besucht, um seine Meinung zu den beiden Plakaten und der Wirklichkeit im zarischen Russland zu hören.

      Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieser jungen, gebildeten Frau an ihren Verlobten. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.

6. **Argumentiere und nimm Stellung**: *Russland um 1900 – eine Avantgarde-Macht oder ein rückständiges Agrarland?* Benutze dazu alle Materialien (D1–D10, Q1–Q8).
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die beiden Begriffe in der Leitfrage.
   b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den beiden Begriffen zu, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

2. Der japanisch-russische Krieg, der „Blutsonntag“ und die Revolution von 1905: der Anfang vom Ende des autokratischen Systems in Russland?

Peter Stolz

Das zarische Russland wurde 1904/05 innenpolitisch von Arbeiterstreiks, Bauernunruhen und anarchistischen Anschlägen erschüttert, außenpolitisch empfahl Innenminister Plehwe dem Zaren das Wagnis, den japanisch-russischen Krieg als Ablenkungsmanöver zu führen und damit möglicherweise die pazifischen Territorien zu erweitern. Diese Bestrebungen des Zaren, im Pazifikraum sein Imperium zu erweitern, trafen 1904/05 auf ein von verschiedenen Krisenphänomenen gezeichnetes Land: Meutereien, Streiks, Aufstände auf dem Land und in den Städten, Morde an Grundbesitzern und Industriellen waren an der Tagesordnung. In weiten Teilen des Landes erhob sich das Volk gegen die Obrigkeit; es entstand eine stark anwachsende, landesweite Protestwelle gegen die Politik des Zaren. Nach der Niederschlagung einer großen, friedlichen Demonstration am 9. Januar 1905, dem „Blutsonntag“, in Sankt Petersburg, bei der zahlreiche Menschen zu Tode kamen, intensivierte sich die allgemeine Krise im Land. War dies der Anfang vom Ende des autokratischen Systems in Russland?

Zeittafel

1904–1905	Japanischer-russischer Krieg
1. August 1904 – 2. Januar 1905	Erste Niederlage des zarischen Russlands in der Seeschlacht vor Port Arthur und Besetzung durch Japan
20. Februar – 10. März 1905	Schlacht bei Mukden (heute Shenyang): Die letzte größere Feldschlacht des japanischen-russischen Krieges in der Mandschurei
27. und 28. Mai 1905	Zweite Seeschlacht mit der japanischen Flotte unter Admiral Tōgō Heihachirō bei Tsushima in der Meerenge von Korea und Japan. Die russische Flotte wird vernichtend geschlagen.
5. September 1905	Unterzeichnung des Friedensvertrags mit US-amerikanischer Vermittlung in Portsmouth, New Hampshire (US-Präsident Th. Roosevelt)

D1 Berthold Seewald: Japanisch-russischer Krieg 1904/5 – „Die russische Armee ist noch weniger gut, als man meinte“

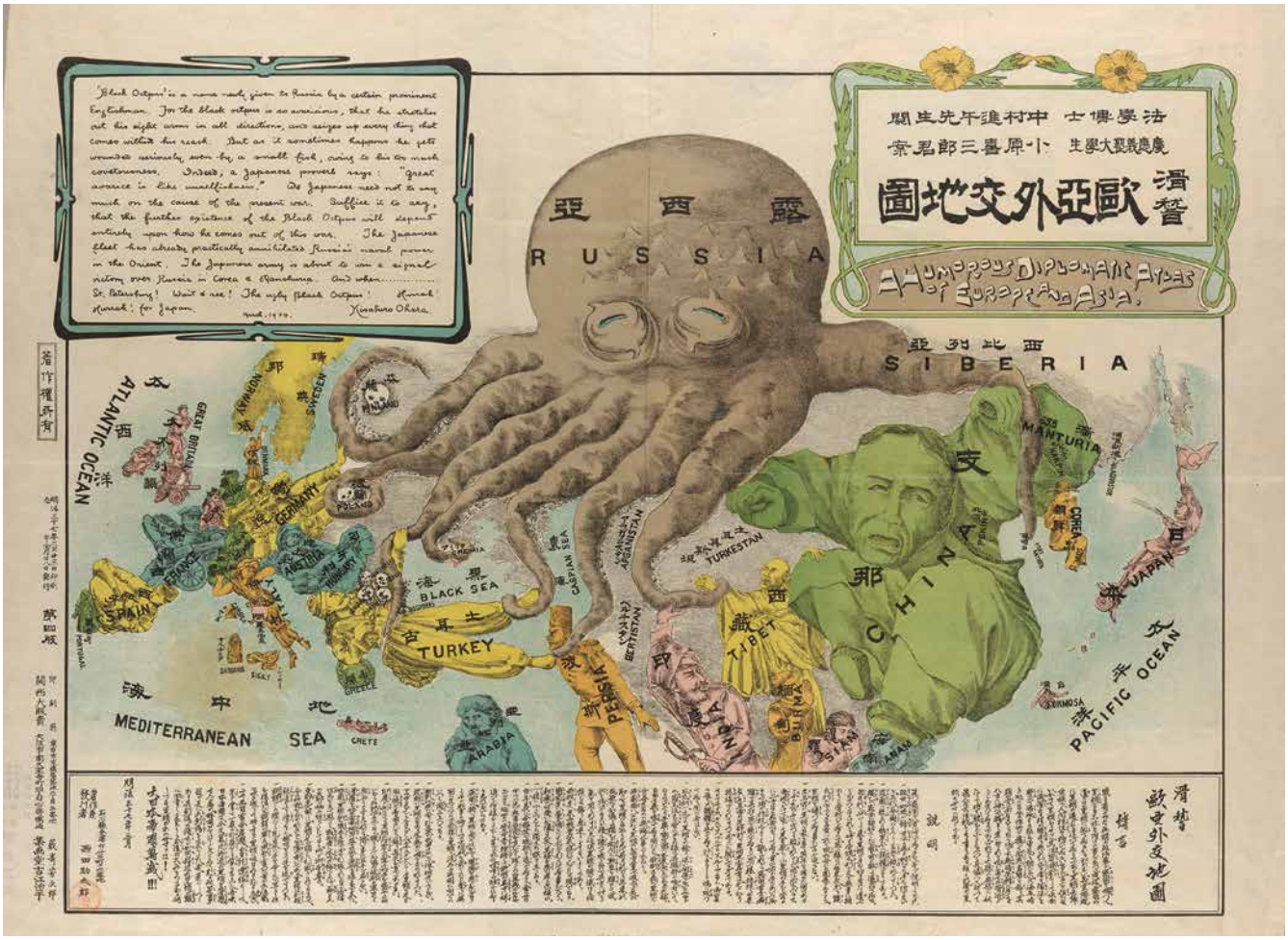
Möglicher Erschließungsimpuls: Welche negativen Aspekte kennzeichnen das russische Japan-Bild?

Als im Februar 1904 die japanische Kriegserklärung in St. Petersburg einging, war für die russische Öffentlichkeit der Fall klar. Von einem Kreuzzug gegen die „unverschämten Mongolenhorden“ war die Rede. Die Japaner wurden als kleine Äffchen mit Schlitzaugen und gelber Haut dargestellt, die in Panik vor der riesigen weißen Faust eines kräftigen russischen Soldaten flohen. Und Kriegsminister Alexei Kuropatkin (1848–1925) erklärte, er brauche nur zwei russische Soldaten gegen jeweils drei japanische, um mit dem Gegner fertig zu werden. Das zu beweisen erhielt er bald Gelegenheit […].

Berthold Seewald: Russisch-Japanischer Krieg 1904/5 – „Die russische Armee ist noch weniger gut, als man meinte“, Welt.de, 21.05.2024. URL: https://www.welt.de/geschichte/kopf-des-tages/plus237002499/Russisch-Japanischer-Krieg-Japaner-wurden-als-Aeffchen-mit-Schlitzaugen-und-gelber-Haut-dargestellt.html. Stand 29.10.2024.

Q1 Russland als Krake: antirussische japanische Karikatur aus dem Jahr 1904

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche negativen Aspekte kennzeichnen das japanische Russlandbild in der Karikatur?



Autor: Kisaburō Ohara. Quelle: Cornell University Library. PJ Mode Collection of Persuasive Cartography. Gemeinfrei. URL: https://digital.library.cornell.edu/catalog/ss:3293791

D2 Japanisch-russischer Krieg 1904/05

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Rolle spielte das Deutsche Reich in dem Konflikt?

Das ausgehende 19. Jahrhundert war von einer heftigen Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten in China und Korea geprägt. Dies galt insbesondere für Japan und Russland. Nachdem es im Krieg von 1894/95 einen bedingungslosen Sieg über China errungen hatte, meldete Japan seinen Anspruch auf die Errichtung eines Protektorats über Korea und die Anerkennung seiner „besonderen" Interessen im Reich der Mitte an […]. Im offiziellen Sankt Petersburg wiederum betrachtete man die Konsolidierung an den Ufern des Stillen Ozeans sowohl als eine „lebenserneuernde Mission", zu deren Erfüllung in den „unübersehbaren Gefilden der aussterbenden östlichen Zivilisation" Russland von der „Vorsehung selbst" bestimmt worden sei, sowie als nahezu wichtigste Großtat der Regentschaft des 1896 zum Zaren gekrönten Nikolaus II. Nicht weniger bedeutend erschien, sich auch im Norden und Nordosten Chinas wirtschaftlich zu behaupten – in der Mandschurei.

Bereits im Jahr 1891, während der Regierungszeit Alexanders III., des Vaters von Nikolaus II., war mit dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn begonnen worden, die in Absprache mit Peking zum Teil durch chinesisches Territorium verlief […]. Die Transsib, die 1903 fertiggestellte längste Eisenbahnstrecke der Welt, verband das Europäische Russland mit dem russischen Fernen Osten und danach mit der 1898 auf 25 Jahre von China gepachteten Südspitze der Halbinsel Liaodong (1895 hatten Russland, Frankreich und Deutschland Tokio dazu gezwungen, diese Kriegstrophäe an China zurückzugeben). Hier auf der Halbinsel Kwangtung befanden sich die in den Stützpunkt der russischen Pazifikflotte umgewandelte Festung Port Arthur (chinesisch: Lüshun) sowie die Stadt Dalni (Dalian) – ein von Russland an der Stelle eines chinesischen Dörfchens errichteter großer Handelshafen. Im Sommer 1903 wurde die Fernöstliche Statthalterschaft gegründet, die sowohl russische als auch gepachtete chinesische Ländereien umfasste. In Japan wurde all dies als direkte Bedrohung ▶

und Infragestellung der eigenen nationalen Interessen betrachtet.

Im Bestreben, Russland von der Lösung westeuropäischer Probleme abzulenken, förderte Deutschland die Aktivitäten Russlands im Fernen Osten auf jede erdenkliche Weise. In den 1890er Jahren verbreitete das offizielle Berlin Gerüchte über eine „gelbe Gefahr“, die in Gestalt des 400-Millionen-Volkes der Chinesen sowie des sich rasant modernisierenden Japans angeblich der gesamten europäischen Zivilisation drohe. Bei einem Treffen mit dem Zaren in Reval (Tallinn) im Juli 1902 versicherte Kaiser Wilhelm II. gegenüber seinem Cousin, dem russischen Imperator, in verwandtschaftlicher Vertrautheit, die russischen Westgrenzen seien ungefährdet, und grüßte Nikolaus II. demonstrativ als „Admiral des Stillen Ozeans“. […]

Der Japanisch-Russische Krieg begann im Februar 1904. Die Entscheidung für einen Krieg mit Russland war in Tokio bereits Ende 1903 getroffen worden, seit dem 28. Dezember befand sich seine Kriegsmarine in voller Kampfbereitschaft. Nachdem es Sankt Petersburg beschuldigt hatte, die seit Sommer 1903 laufenden Verhandlungen über die Aufteilung der Einflusssphären in Korea und der Mandschurei absichtlich hinauszuzögern, erklärte Japan am 6. Februar 1904 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und entsandte bereits am Tag darauf ohne Kriegserklärung die Vereinigte Flotte […] an die Küsten Koreas und Chinas. Die Kampfhandlungen begannen am 8. Februar [27. Januar] 1904. […]

In Russland führte das […] Verhalten Japans zu allgemeiner Empörung, man glaubte […] fest an den schlussendlichen Kriegserfolg. Als jedoch am 2. Januar 1905 Port Arthur nach achtmonatiger japanischer Belagerung aufgegeben werden musste, hatte der Krieg seinen Wendepunkt erreicht. Die Vernichtung des aus der Ostsee zur Rettung von Port Arthur entsandten Zweiten Pazifikgeschwaders […] in der Schlacht bei Tsushima im Mai 1905 ließ das Nichtvorausgesehene Wirklichkeit werden: Das von der Revolution erschütterte Russland hatte nicht die Kraft, den Sieg zu erringen – die patriotische Stimmung hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst verflüchtigt. Japan, obwohl beflügelt durch seine Siege und immer noch im Besitz beträchtlicher militärischer Ressourcen, war im Sommer 1905 finanziell und physisch ausgeblutet und ebenfalls nicht mehr in der Lage, die Kampfhandlungen fortzusetzen. […]

Unter Beibehaltung ihrer Neutralität versuchte die deutsche Diplomatie, die bestehende Situation für eine Annäherung an seinen östlichen Nachbarn (= Russland) zu nutzen. Frankreich, das mit Sankt Petersburg verbündet war, erklärte – entgegen dessen geheimen Hoffnungen – ebenfalls seine Neutralität, leistete Russland jedoch während der gesamten Dauer des Krieges finanzielle, diplomatische und propagandistische Unterstützung.

Hinter Japan als dessen Hauptkreditgeber sowie Lieferant von Waffen, Kriegsmaterial und Geheiminformationen über den Gegner stand Großbritannien, größter Kontrahent Russlands in Asien und offizieller Verbündeter Tokios seit 1902. […]

Zwischen dem Krieg und der Russischen Revolution von 1905 bis 1907 bestand ein offensichtlicher und untrennbarer Zusammenhang – trotzdem bedingten sich diese beiden Ereignisse nicht wechselseitig. So wenig man den Grund für die Revolution im unglücklichen Kriegsverlauf sehen kann, so unwahr wäre es zu behaupten, dass die inneren Wirren im Russischen Imperium zu dessen militärischem Scheitern im Fernen Osten geführt haben. Der Versuch Tokios, die innenpolitische Situation in Russland durch die heimliche Subventionierung von russischen Revolutionären und Oppositionellen zu beeinflussen, führten weder zur Konsolidierung der regierungsfeindlichen Parteien noch zu einer nennenswerten Eskalation der russischen Revolution […].

Die russischen Revolutionäre verbanden mit dem Krieg im Fernen Osten als Minimalziel den Sturz der Selbstherrschaft; die in Deutschland gedruckte und illegal nach Russland gelieferte sozialdemokratische Zeitung „Iskra“ prophezeite, dass sich dieser Krieg zu einem Weltkrieg auswachsen würde. […] Aber nicht die Kapitulation von Port Arthur, sondern die Schüsse der Staatsorgane auf eine friedliche Arbeiterdemonstration in Sankt Petersburg am 22. [9.] Januar 1905, der als „Blutsonntag“ in die Geschichte einging, markierten den Übergang zu Massenprotesten und der Einforderung grundlegender Bürgerrechte und politischer Freiheiten. So begann die russische Revolution.

Aus: Dmitri Pawlow: Der japanisch-russische Krieg und die erste russische Revolution 1904/1905. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 309–311, 315–318.

D4 Situation in den Fabriken

Möglicher Erschließungsimpuls: Wieso gab es in Russland mehr Streiks, obwohl sie verboten waren?

Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken waren grauenhaft. […]. Es gab so gut wie keine Regelung der Fabriken. Die Erträge, die britische Arbeiter in den 1840er und deutsche in den 1880er Jahren erzielten, waren weit jenseits der Löhne russischer Arbeiter um die Jahrhundertwende. Die beiden wichtigsten Gesetze für Fabrikarbeit – eines von 1885, das Nachtarbeit von Frauen und Kindern untersagte, und das zweite von 1897, das den Arbeitstag auf elfeinhalb Stunden begrenzte – mussten der Regierung abgerungen werden. Kleine Betriebe wurden von der Gesetzgebung ausgenommen, obwohl sie die Mehrheit der Arbeiterschaft beschäftigten, insbesondere was den Frauenanteil betrifft. Nicht belüftete Arbeitshallen waren mit schädlichen Dämpfen gefüllt, die Werkstätten mit gefährlichen Maschinen vollgestopft. Streiks waren illegal, Gewerkschaften verboten. Dennoch gab es in Russland mehr Streiks als in jedem anderen Land Europas.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 232–233.

Q2 Am Meer sitzen und das Wetter abwarten

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Selbstbild Russlands wird hier gezeichnet?

Mit der Blockade der russischen Marinefestung Port Arthur am Gelben Meer begann im Februar 1904 der japanisch-russische Krieg um die Vorherrschaft in Nordost-Asien. Ein russischer Bilderbogen aus dem ersten Kriegsmonat strotzt vor Siegesgewissheit. Die ganze Region zwischen Wladiwostok und Port Arthur wird von einem überdimensionierten Kosaken beschützt – Japan tritt als ungefährlicher Gegner auf, der von Großbritannien und den USA vorgeschoben wird.

Bild: Chromolithografie, E.I. Konovalova 1904. Quelle: Library of Congress, Kontrollnummer 2018689390. Gemeinfrei. URL: https://www.loc.gov/resource/gdclccn.2018689390/?r=-0.357,-0.129,1.653,0.996,0

Beschreibungstext: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 320.

Q3 Arbeiterstreiks und Bauernrevolten 1905

	Zahl der streikenden Arbeiter	Zahl der Bauernrevolten
Januar	443.900	17
Februar	292.900	109
März	73.100	163
April	104.600	144
Mai	220.500	299
Juni	155.700	492
Juli	152.500	248
August	104.100	155
September	37.900	71
Oktober	518.800	219
November	325.500	796
Dezember	433.400	575
INSGESAMT	**2.863.200**	**3228**

Die Daten stammen aus: Sergej Dubrowski: Krest'janskoe dviženie v revoljucii 1905–1907 gg., Moskau 1956, S. 41.

D3 Innenpolitische Situation um 1904

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche innenpolitischen Absichten verfolgte der Innenminister mit dem japanisch-russischen Krieg?

Arbeiterstreiks, Bauernunruhen und anarchistische Anschläge erschüttern das Land und die Städte, Morde an Grundbesitzern und Industriellen waren an der Tagesordnung. Eine gewaltige Protestwelle gegen die Politik des Zaren entstand, in weiten Teilen erhob sich das Volk gegen die Obrigkeit – das zarische Reich wurde 1904/1905 tief erschüttert: Die Wohnverhältnisse und die Ernährung der Bauern waren trotz der Bauernbefreiung von 1861 überwiegend schlecht, ihre durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 40 Jahren. Der Lebensstandard der Großgrundbesitzer war dagegen relativ hoch. Sie verpachteten ihr Land an die Bauern zu einem hohen Pachtzins, die Fläche des durch Gutsbesitzer bewirtschafteten Ackerlandes im zarischen Russland vergrößerte sich bis 1904, da viele Großgrundbesitzer aufgrund der steigenden Getreidepreise ihr Land wieder selbst bewirtschaften. Dadurch verringerten sich die gepachteten Flächen vieler Bauern, ihre Einkommensmöglichkeiten verringerten sich, sie rutschten immer stärker in die Armut. Durch ein hohes Bevölkerungswachstum besonders in den ländlich-bäuerlichen Regionen des zarischen Russlands verschärfte sich diese ökonomische Problemlage der Bauern. Zahlreichen Bauern ging es 1904 deutlich schlechter als in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.

Deshalb zogen viele Bauern in die Städte und erhofften sich dort in der beginnenden Industrialisierung durch eine Arbeit in den Fabriken ökonomisch besser zu stellen. Diese Binnenwanderung vieler Bauern in die urbanen Zentren führte dazu, dass sich innerhalb eines halben Jahrhunderts – bis 1904 – die Bevölkerung in den Städten verdreifachte. Dadurch erhöhten sich dort die sozialen Spannungen. Die Arbeiter lebten meist in Elendsvierteln, der Wohnraum wurde durch die Binnenmigration immer knapper, die Mietpreise stiegen, die Lebensverhältnisse vieler Arbeiter waren katastrophal: In den Wohnungen mussten sich oft mehrere Personen ein Zimmer teilen. Die engen Wohnverhältnisse, die ungeregelten Arbeitszeiten und Arbeitswochen mit 50 oder mehr Stunden wurden zum sozialen Sprengstoff: Bereits zu Beginn des Jahres 1904 gab es in ganz Russland fast 500.000 streikende Arbeiter, Ende 1904 waren es fast 2,9 Millionen.

Der russische Innenminister wollte dem Zaren „ein bisschen Luft“ verschaffen und sah im japanisch-russischen Konflikt ein geeignetes Mittel, um das Land durch einen „kleinen siegreichen Krieg“ im Innern zu entlasten. Dieser Ausdruck stammt vom Innenminister Wjatscheslaw Konstantinowitsch von Plehwe, der bereits 1903 den Finanzminister Sergej Witte beim Zaren als Teilnehmer einer angeblich jüdischen Verschwörung denunziert hatte, was zu dessen Absetzung führte. Sergej Witte setzte sich bis 1903 für Reformen und für eine Modernisierung des zarischen Reichs ein, er wollte die soziale Situation der Bauern und Arbeiter verbessern, der konservative Plehwe wollte keine Veränderung im zarischen Russland und deshalb das Reformprogramm Wittes durch seine Absetzung verhindern.

Daher war der neue Innenminister Plehwe bei den Arbeitern verhasst, die sozialrevolutionäre Parteizentrale warf ihm in einem Manifest „Verbrechen gegen Volk und Vaterland, gegen Zivilisation und Menschheit“ vor und beklagte, dass er „viele tapfere Vorkämpfer des Rechts und der Freiheit aufs Schafott geschickt oder lebendig in den Grüften unserer Bastillen begraben“ habe. Weiterhin hieß es im Manifest, Plehwe habe „das Pflaster unserer Industriezentren mit Proletarierblut […] überschwemmt“ und neben der Verfolgung von Minderheiten (Polen, Armenier, Juden-Pogrom von Kischinew) auch den japanisch-russischen Krieg initiiert.

Am 28. Juli 1904 wurden Plehwe und sein Kutscher in Sankt Petersburg durch eine Bombe getötet.

Autorentext

Q7 Im Dezember 1904 schrieb der ungarische Rittmeister Alexander Spaits über seine Eindrücke in Sankt Petersburg

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum beruhigt die „Normalität“ in Sankt Petersburg Alexander Spaits?

Alles geht hier im gewohnten Gleise; ruhig und ernst. Würde das helle Schellengeklingel von hunderten und hunderten kleiner Schlitten – dem eigentümlichen Verkehrsmittel Petersburgs – nicht bis spät nachts hinein fröhlich durch die breiten Straßen und über die endlos weiten Plätze schallen, das vom Lärm unserer Großstädte betäubte Ohr könnte kaum glauben, in einer Millionenstadt zu sein. […]

Jeder Soldat erhält eine Blechbüchse, worin er Zucker, Tee, Schokolade, Tabak, eine Pfeife, Nähzeug, etwas Wäsche, geräuchertes Fleisch und ein Stück Seife finden wird. […]

Ich muss gestehen, daß beim Verlassen des Winterpalais sich meine Sympathie für Rußland wieder stark gefestigt hatte.

Alexander Spaits: Mit Kosaken durch die Mandschurei. Erlebnisse im russisch-japanischen Kriege, Wien 1906, S. 15–16, 19; 20.

Q4 Ermordung von Herrn Plehwe 1904

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie bewertet der Zeichner das Attentat?

Herr Plehwe war auf dem Weg zum Bahnhof, als seine Kutsche sich einer Brücke näherte und eine Person, die das Restaurant „Terminus“ verließ, eine Dynamitbombe warf, die unter dem Fahrzeug explodierte. Die Auswirkungen waren schrecklich: der Minister, der Kutscher, die Pferde und der Karren wurden in Stücke gerissen und weit weggeschleudert. Schrecklich!

Bild und Beschreibung: Angelo Agostini (1843–1910) in: O Malho Nr. 99, 6. August 1904. Quelle: Brasilianische Nationalbibliothek. Gemeinfrei. URL: https://memoria.bn.gov.br/DocReader/docreader.aspx?bib=116300&pasta=ano%20190&pesq=&pagfis=3081

Q5 Der Finanzminister Sergei Witte schrieb an Zar Alexander III. 1893 über die Grundlagen russischer Macht

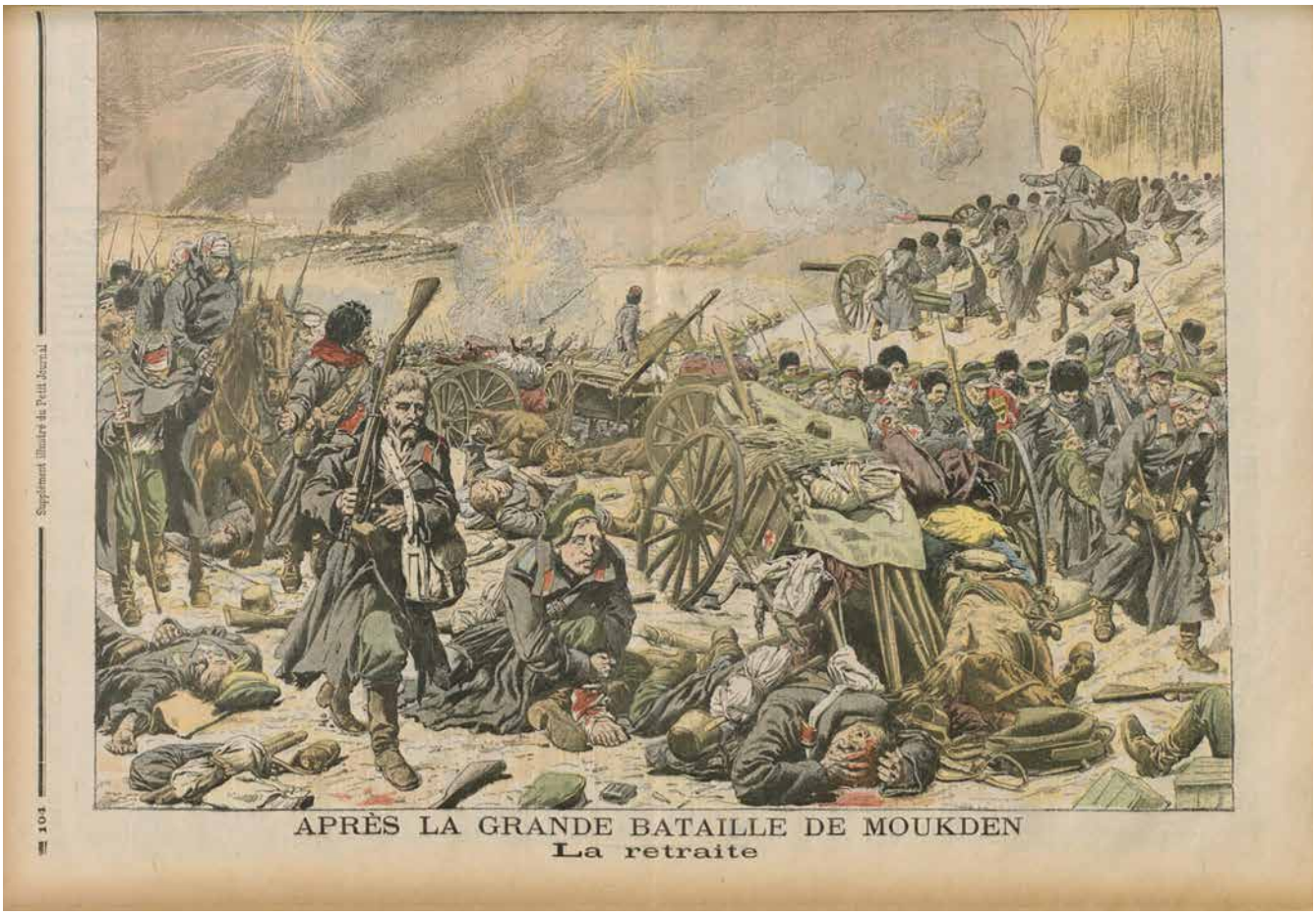
Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wird die „Mission“ Russlands begründet?

Wenn Rußland im Besitz der Länder zwischen den Ufern des Pazifik und des Himalaja ist, wird es nicht nur die Geschichte Asiens, sondern auch die Europas bestimmen. Rußland steht am Rande dieser beiden so verschiedenen Welten und verkörpert deshalb eine Welt für sich. […]. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der lebendigen gegenseitigen Beeinflussung und der harmonischen Verbindung von drei Elementen, die ihre volle schöpferische Kraft nur in Rußland entfaltet haben. […] [E]rstens, die Rechtgläubigkeit, die den wahren Geist des Christentums rein erhält und die Grundlage aller Erziehung ist; zweitens, die Autokratie als die Grundlage des staatlichen Lebens; drittens, das russische Nationalgefühl als Grundlage für den inneren Zusammenhalt des Staates, ein Nationalgefühl, das […] sich durch die außerordentliche Fähigkeit zu friedlicher Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Rassen und Völkern auszeichnet. Auf diesen Grundlagen wurde das große Gebäude russischer Macht errichtet, und es ist deshalb für Rußland unmöglich, mit dem Westen verschmolzen zu werden. Gleichzeitig ist Rußland bereits seit langem unter den asiatischen Völkern als der Träger christlicher Ideale aufgetreten. Es bemüht sich um die Verbreitung der Prinzipien christlicher Erleuchtung unter ihnen, und zwar nicht unter der Fahne der Europäisierung, sondern in der Befolgung seiner eigenen besonderen Mission. Mit einem Wort: Im asiatischen Osten hat Rußland seit langem die Mission kultureller Erleuchtung im Geiste jener Prinzipien auf sich genommen, die seiner eigenen Entwicklung einen besonderen Charakter gegeben haben.

Peter Alter: Der Imperialismus. Grundlagen, Probleme, Theorien, Stuttgart 1985, S. 43–44 (Dokument Nr. 34).

Q6 20. Februar 1905: Bei Mukden in der Mandschurei – Schlacht zwischen Russen und Japanern

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Bild des Konfliktes wird hier konstruiert?



„Nach der großen Schlacht von Mukden. Der Rückzug“. Le Petit journal. Supplément du dimanche Nr. 749, 26. März 1905, S. 104. Quelle: Gallica/BnF. Gemeinfrei. URL: https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k716636g/f8.item

IMPERIALISMUS

Das Wort „Imperialismus“ […] bezeichnet das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Das kann dadurch erfolgen, dass schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich, kulturell oder mit anderen Methoden vom stärkeren Land abhängig gemacht werden. Manchmal führt auch ein stärkeres Land direkt einen Krieg gegen ein schwächeres Land, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen.

Zeitalter des Imperialismus

Als Zeitalter des Imperialismus gilt der Zeitraum zwischen 1880 und 1918. Damals teilten die Kolonialmächte die Gebiete Afrikas und Asiens, die noch keine Kolonien waren, unter sich auf. Zu den alten europäischen Kolonialmächten kamen jetzt auch Deutschland und Italien sowie die USA und Japan hinzu. Die Kolonialmächte nutzten die beherrschten Gebiete als Lieferanten für Rohstoffe sowie als Absatzmärkte für Produkte, die in ihren eigenen Ländern hergestellt wurden.

Der russische Imperialismus unterschied sich von den Imperialismen der anderen Großmächte. Ziel war hauptsächlich eine kontinentale Territorialvergrößerung, d.h., Sibirien und der Kaukasus sollten komplett erobert werden. Ein wichtiges Ziel dieser Ausdehnung war der Wunsch, eisfreie Seehäfen zu haben, um ganzjährig eine einsatzfähige Flotte stationieren zu können. Als ein Beispiel gilt hier besonders die Ausdehnung nach Ostasien und die Gründung der Stadt Wladiwostok 1860.

Autorentext nach Gerd Schneider und Christiane Toyka-Seid: Das junge Politik-Lexikon von Hanisauland (Online). Bundeszentrale für politische Bildung 2024. Stand 15.9.2024.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Narrative beeinflussen die Alltags-Wahrnehmung, da sie oft unausgesprochen Emotionen und Werte transportieren, die meistens auf einen Nationalstaat oder einen Kulturkreis bezogen sind. Sie unterliegen dem zeitlichen Wandel und sind etablierte Erzählformen, die mit einer **Deutungs-Legitimität** ausgestattet sind und dadurch andere Deutungen möglichst ausschließen oder verhindern möchten.

Vgl.: „Narrativ". https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 15.9.2024. Autorentext.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Analysiere** und **interpretiere** die Abbildungen (Q1 und Q2); benutze zur Kontextualisierung die Texte D1, D2 und D3.

2. **Charakterisiere** und **erläutere** die sozialen, ökonomischen und politischen Probleme der russischen Gesellschaft um 1904/05 im historischen Kontext (D1– D4, Q3, Q5–Q7).

3. **Erörtere** das ***Narrativ***, Russland sei eine imperialistische Macht, mit den Argumenten der unterschiedlichen Perspektiven (D1–D4 und Q1–Q7). Benutze dazu auch den Info-Kasten „Imperialismus".

4. Wähle eine Perspektive:

   a) **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, ein junger russischer, bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der kritischen, russischen Intelligenz, ist geschäftlich 1904/05 in Wladiwostok. Er kennt den Ausgang der Schlacht von Mukden und die Situation in Port Arthur (vgl. D2 und Q5). Er schreibt einen sehr differenzierten Brief an seine Verlobte **Irina Andrejewna Karenina** über die Situation 1904/05, wie er sie erlebte, und reflektiert darüber.

   Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieses kritischen jungen Anwalts an seine Verlobte. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien (D1–D4 und Q1–Q7).

   b) **Irina Andrejewna Karenina**, eine junge gebildete Frau aus Sankt Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz, hat den Anschlag auf Plehwe in Sankt Petersburg aus sicherer Distanz in einem Café mitverfolgt. Sie kennt auch die Berichterstattung über den japanisch-russischen Krieg. Sie schreibt ihrem jungen Verlobten, **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, einem bekannten, liberalen Rechtsanwalt, der gerade in Wladiwostok lebt und arbeitet, um seine Meinung zur Situation in Russland zu hören.

   Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieser jungen, gebildeten Frau an ihren Verlobten. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien (D1–D4 und Q1–Q7).

Q8 Petition von Arbeitern und Bewohnern Petersburgs an Zar Nikolaus II. (9. Januar 1905)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie treten die Arbeiter und Bewohner gegenüber dem Zaren auf?

[…] Wir, die Arbeiter und Bewohner der verschiedenen Stände St. Petersburgs, unsere Frauen und Kinder und hilflosen Greise und Eltern kommen zu Dir, Herrscher, und suchen Gerechtigkeit und Schutz. Wir sind zum Bettler geworden, man unterdrückt uns, belastet uns mit unerträglicher Arbeit, man schmäht uns, man erkennt uns nicht als Menschen an, man behandelt uns wie Sklaven, welche ihr bitteres Los ertragen und schweigen müssen. Wir haben geduldig ausgehalten, aber man treibt uns immer weiter in den Abgrund der Armut, der Rechtlosigkeit und der Unwissenheit, uns erstickt Despotismus und Willkür und wir ersticken. Herrscher, wir haben keine Kraft mehr. Die Grenze der Geduld ist erreicht. Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, wo das Sterben besser ist als die Fortsetzung der unerträglichen Qualen. […]

Herrscher! Ist das vereinbar mit den göttlichen Gesetzen, durch deren Gnade Du herrschest? Und kann man bei solchen Gesetzen leben? Ist es nicht besser zu sterben – für uns und die Werktätigen Russlands? […]. Das steht vor uns Herrscher, und das hat uns an den Mauern Deines Palastes zusammengeführt. Hier suchen wir die letzte Rettung. Versage Deinem Volk die Hilfe nicht, führe es aus dem Grab der Rechtlosigkeit, der Bettelei und des Unwissens, gib ihm die Möglichkeit, selbst sein Schicksal zu wenden, wirf von ihm die unerträgliche Bedrückung durch die Beamten. Reiß die Wand zwischen Dir und Deinem Volke nieder und lass es mit Dir zusammen das Land lenken. Denn Du bist eingesetzt für das Glück des Volkes […]. Weise seine Hilfe nicht zurück, befiehl unverzüglich, jetzt die Vertreter des ganzen russischen Landes von allen Klassen, von allen Ständen, auch von den Arbeitern zu berufen. Möge dort auch der Kapitalist sein, der Arbeiter, der Beamte, der Geistliche, der Doktor, der Lehrer – alle, wer sie auch sein mögen, wählen ihre Vertreter. Jeder soll gleich und frei sein beim Recht zur Wahl – und deswegen befiehl, dass die Wahlen zur konstituierenden Versammlung unter den Bedingungen allgemeiner, geheimer und gleicher Stimmabgabe stattfinden. […]

Eine Maßnahme allein kann nicht alle unsere Wunden heilen. Auch andere sind notwendig, und wir sprechen direkt und offen darüber zu Dir, Herrscher, wie zu einem Vater, im Namen der ganzen werktätigen Klasse Russlands.

Notwendig sind:

I. Maßnahmen gegen die Unwissenheit und die Rechtlosigkeit des russischen Volkes (1) Unverzügliche Befreiung und Heimkehr aller, die für ihre politischen und religiösen Überzeugungen leiden müssen, für Streiks und Bauernunruhen. (2) Unverzügliche Erklärung der Freiheit und Unverletzlichkeit der Persönlichkeit, Freiheit des Wortes, des Drucks, Versammlungsfreiheit, Gewissensfreiheit in religiösen Fragen. (3) Allgemeine und verpflichtende Volksbildung auf Staatskosten. (4) Verantwortlichkeit der Minister vor dem Volk und Garantien der Gesetzlichkeit des Regierens. (5) Gleichheit vor dem Gesetz ohne jede Ausnahme. (6) Trennung der Kirche vom Staat.

II. (1) Abschaffung der indirekten Steuern und als Ersatz eine direkte progressive Einkommensteuer. (2) Abschaffung der Loskaufzahlungen, günstige Kredite und schrittweise Übergabe des Bodens an das Volk. […] (4) Beendigung des Krieges nach dem Willen des Volkes.

III. (1) Abschaffung des Instituts der Fabrikinspektion. (2) Einrichtung von ständigen Kommissionen aus Delegierten der Arbeiter in den Werken und Fabriken, welche zusammen mit der Verwaltung alle Ansprüche der einzelnen Arbeiter klären. Entlassungen von Arbeitern können nur mit einem Beschluss dieser Kommission erfolgen. (3) Unverzügliche Freiheit für Konsum-, Produktions- und Berufsverbände der Arbeiter. (4) Acht-Stunden-Arbeitstag und Normierung der Überstundenarbeiten. (5) Unverzügliche Freiheit des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital. […] (7) Unverzügliche feste Beteiligung von Vertretern der Arbeiterklassen an der Ausarbeitung eines Gesetzesprojektes für die staatliche Versicherung der Arbeiter. […]

Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 252–254.

Q9 Der „Petersburger Blutsonntag“

Möglicher Erschließungsimpuls (zu Q9, Q10 und Q11): Welche Stellung nehmen die Zeichner / Maler / Fotografen zum Ereignis ein?

Wojciech Kossak war ein polnischer Maler, der aus Krakau stammte, das zu dieser Zeit zu Österreich-Ungarn gehörte. Sein Gemälde thematisiert den „Blutsonntag“: Am 22. Januar organisierte der orthodoxe Geistliche Georgi Gapon eine friedliche Arbeiterdemonstration, deren Ziel es war, den Zaren aufzufordern, das Schicksal der Arbeiter zu verbessern. Die zarische Armee versuchte, die Menge zu stoppen, dies endete in einem Blutbad – nach offiziellen Angaben wurden 93 Menschen getötet, 333 verletzt (34 von ihnen starben später), inoffizielle Quellen sprechen von Hunderten von Toten (von 800 bis 1000). Wojciech Kossaks Ölbild „Blutsonntag von Petersburg“ entstand 1905 in Wien.

In den ersten Januartagen 1905 kam es zunehmend zu Streiks in den Sankt Petersburger Fabriken. Am Sonntag, dem 22. [9.] Januar marschierten Zehntausende von Arbeitern unter Führung des orthodoxen Priesters Georgi Gapon zur Residenz des Zaren, dem Winterpalast, um friedlich für bessere Arbeitsbedingungen, Abschaffung der Zensur, religiöse Toleranz und die Schaffung einer Volksvertretung zu demonstrieren. Bereits auf dem Weg wurden sie von zaristischen Soldaten aufgehalten, die in die friedliche Menschenmenge schossen. Der Panorama-, Schlachten- und Porträtmaler Wojciech Kossak war kein Zeuge des Geschehens und malte das abgebildete Werk dem Hörensagen nach.

Bild: Der Petersburger Blutsonntag. Ölgemälde von Wojciech Kossak (1857–1942). Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bloody_Sunday_in_1905_by_Wojciech_Kossak.png

Begleittext: Andreas Renner: Die Kapitulation von Port Arthur 1905. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 319–330, hier S. 326.

Q10 Der „Petersburger Blutsonntag“ von Wladimir Makowski

Die fehlende Meinungsfreiheit, ein sehr niedriger Lebensstandard, dazu die Niederlage im japanisch-russischen Krieg waren nur einige der Gründe, die die Menschen 1904/05 auf die Straße trieben: Es entstanden Demonstrationen und teilweise Ausschreitungen. Nachdem mehrere Hundert Menschen am 22. Januar (9. Januar) 1905 bei einer friedlichen Demonstration in Sankt Petersburg beim sogenannten Blutsonntag getötet wurden, breiteten sich die Unruhen im ganzen zarischen Reich aus. Erst als Zar Nikolaus II. zu Zugeständnissen bereit war, wie der Einschränkung der Macht des Souveräns, der Einrichtung eines Parlaments, und bessere Arbeitsbedingungen versprach, ebbte die Revolution von 1905 langsam ab.

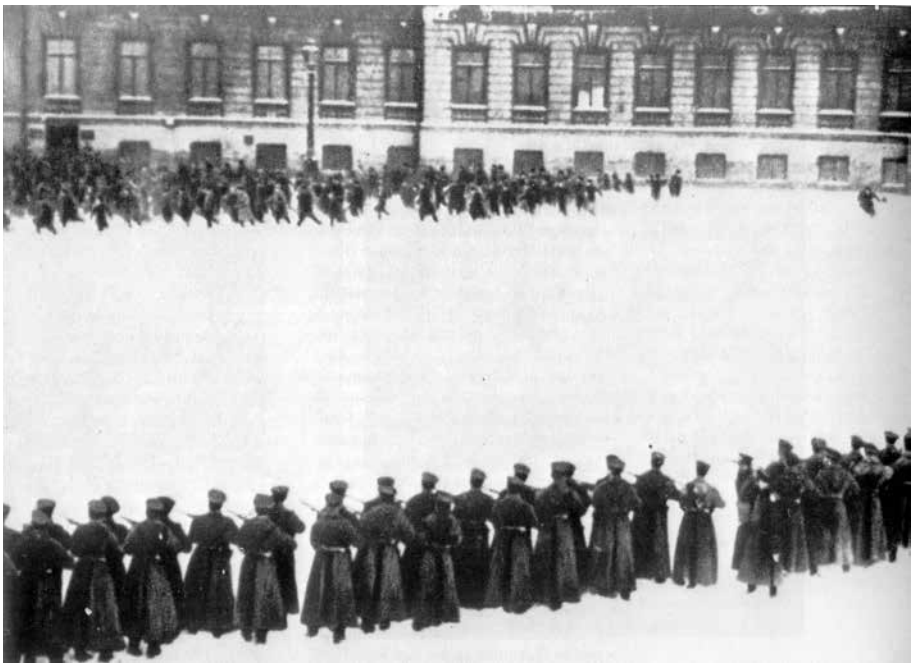
Bild: 9. Januar 1905 auf der Wassiljewski-Insel von Wladimir Makowski (1846–1920). Quelle: Kunstkopie.de. Gemeinfrei.
URL: https://www.kunstkopie.de/a/makowski-wladimir-jegorow/derblutsonntag9januar1905.html

Beschreibung: Autorentext.

TASS ist eine staatliche russische Nachrichtenagentur mit Hauptsitz in Moskau. Unter wechselnden Bezeichnungen besteht sie seit 1904 und ist heute eine der größten Nachrichtenagenturen des Landes. Von 1992 bis 2014 veröffentlichte die Agentur unter dem Namen *ITAR-TASS* als „zentrale staatliche Nachrichtenagentur“. Über ein Netz in- und ausländischer Büros werden Text- und Bilderdienste in vielen Sprachen bedient. Die Agentur ist ein Staatsunternehmen. Den bis heute gängigen Namen erhielt die Agentur am 10. Juli 1925 auf Anweisung des Präsidiums des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare. Sie übernahm als zentrales Informationsorgan des Landes von ROSTA den Hauptbereich Nachrichtenagentur.

Vgl. Wikipedia-Artikel „TASS“. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/TASS.
Stand 15.9.2024.

Q11 Der „Petersburger Blutsonntag“ – Foto 1925 nachgestellt



Das Foto zeigt vermutlich eine Szene aus dem Film „Dewjatoe Janwarja“ (deutsch: 9. Januar) bzw. unter anderem Titel „Krowawoje woskresen’je“ (deutsch: Blutsonntag) von Wjatscheslaw Wiskowski, den er 1925 mit einigen prominenten Schauspielern drehte. Neben Jewgeni Boronichin in der Rolle des Priesters Gapon spielt Alexander Edwakow Nikolaus II. Das Foto wäre demnach bei den Dreharbeiten entstanden; ob es sich hierbei um ein aus dem Film kopiertes Fotogramm oder um ein Standfoto handelt, kann heute nicht mehr abschließend geklärt werden.

Das Foto tauchte erst Ende der zwanziger Jahre in Zeitungen und Zeitschriften auf. Zwischen 1927 und 1930 wurde es durch die TASS verbreitet und als eine authentische Aufnahme von 1905 ausgegeben. Es fand so als besonderes, eindrucksvolles Bild der Geschehnisse Eingang in fast alle russischen Geschichtsbücher. Auch andere Arbeiten veröffentlichten das Bild, so etwa die 1977 unter dem Titel „Les premiers reporters photographes 1848–1914“ (deutsch: Die ersten Fotoreporter 1848–1914) erschienene Geschichte der Photographie.

Aus dem Film „Dewjatoe janwarja“ (Neunter Januar, 1925), Regie: Wjatscheslaw Wiskowski. Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bloody_Sunday_Russia_1905.png

Vgl. Wikipedia-Artikel „Petersburger Blutsonntag“. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Petersburger_Blutsonntag. Stand 15.9.2024.
Alain Jaubert: Fotos, die lügen. Politik mit gefälschten Bildern. Frankfurt am Main 1989, S. 42–43.

Q12 Manifest des Zaren vom Februar 1905

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie rechtfertigt der Zar den Gewalteinsatz?

„Über den Aufruf an die Behörden und die Bevölkerung zur Unterstützung der autokratischen Herrschaft bei der Überwindung des äußeren Feindes, bei der Vernichtung des Aufruhrs und beim Widerstand gegen die inneren Wirren“ (18. Februar 1905):

Wir erklären allen Unseren treuen Untertanen:
Dem unergründlichen Willen Gottes hat es gefallen, unser Vaterland mit schweren Prüfungen heimzusuchen. Der blutvergießende Krieg im fernen Osten für die Ehre und die Würde Russlands und für seine Vormacht an den Wassern des Stillen Ozeans, der so entschieden notwendig ist für das Aufblühen nicht nur Russlands, sondern auch der anderen christlichen Völker über Jahrhunderte hinaus, hat dem russischen Volk eine beträchtliche Belastung seiner Kräfte abverlangt und viele Unserem Herzen teure und liebe Opfer verschlungen.

Zur gleichen Zeit, in der die heldenmütigen Söhne Russlands mit grenzenloser Tapferkeit kämpfen und selbstlos ihr Leben für den Glauben, Zar und Vaterland hingeben, sind im Vaterland selbst zur Freude unserer Feinde und zu Unserem großen Herzeleid innere Wirren entstanden.

Blind vor Übermut haben die übelgesinnten Anführer der Meuterbewegung einen Anschlag auf die heilige orthodoxe Kirche und die durch Gesetze befestigten Grundmauern des Russischen Reiches gemacht, weil sie davon ausgingen, dass sie, nachdem sie das natürliche Band mit der Vergangenheit zerrissen haben, die bestehende Staatsordnung zerstören und an ihre Stelle eine neue Verwaltung des Landes auf Grundlagen einrichten, die unserem Vaterland fremd sind. […].

[…] und erinnern daran, dass es nur bei einer ruhigen und mutigen Einstellung der gesamten Bevölkerung des Landes möglich sein wird, Unsere Entwürfe erfolgreich zu verwirklichen, die auf eine Erneuerung des geistigen Lebens des Volkes, die Festigung seines Wohlstandes und die Vervollkommnung der staatlichen Ordnung gerichtet sind.

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 255–256.

D5 Der Petersburger „Blutsonntag“ und die Folgen

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie reagierte die russische Gesellschaft auf den „Blutsonntag“?

Am Sonntag, dem 9. Januar 1905, marschierte eine große Menge Arbeiter zum Winterpalast, um dem Zaren eine Petition zu überreichen – ein seit Jahrhunderten üblicher Brauch des russischen Volkes […].

Der Zar selbst hielt sich nicht in der Hauptstadt auf. Er war zu seinem Palast in Zarskoje Selo zur üblichen Wochenenderholung mit Spaziergängen auf dem Land und Domino-Spielen mit der Familie gefahren. Auf seinen Befehl hin blockierten Soldaten die Hauptzugangswege zum Stadtzentrum und schossen in die Menge, um sie zurückzutreiben. Auf dem Palastplatz war ein großes Kontingent der Reiterei aufmarschiert, und mehrere Kanonen standen vor dem Winterpalast, um jene aufzuhalten, denen es gelungen war durchzukommen: rund 60.000 Demonstranten. Die Wachen versuchten, die Menge mit Peitschen zu zerstreuen. Als nichts nutzte, nahmen sie Schießstellung ein. Die Demonstranten fielen auf die Knie, nahmen die Hüte ab und bekreuzigten sich. Ein Signal ertönte, und Schüsse fielen. Rund tausend Menschen wurden am Blutsonntag, wie die Ereignisse später genannt wurden, getötet oder verwundet.

Als die Waffen endlich schwiegen und die Überlebenden rings um sich die Toten und Verwundeten auf dem Boden sahen, entstand jener entscheidende Augenblick der Wahrheit, der Ausgangspunkt jeder Revolution, als die Stimmung vom Unglauben in Wut und Hass umschlug. In diesem Moment war der volkstümliche Mythos vom Väterchen Zar – eine Vorstellung, die seit Jahrhunderten die Monarchie getragen hatte – endgültig zerschlagen worden. Das Volk hatte entdeckt, dass es keinen heiligen Zaren gab.

Die Gesellschaft war über die Massaker empört. Studierende machten Universitäten zu Bastionen des Widerstands gegen die Regierung, die sie daraufhin schloss. Die Berufsverbände organisierten einen landesweiten Bund der Bünde, dem sich auch die ersten Arbeitergewerkschaften anschlossen. Überall kam es zu Streiks und Protesten. In Warschau und Łódź, wo Nationalisten die Gelegenheit ergriffen, um einen Aufstand gegen die russische Herrschaft zu organisieren, wurden Barrikaden errichtet. Auch die Bauern nutzten die Gunst der Stunde. Sie griffen die Adelsgüter an, konfiszierten Besitz, steckten Herrenhäuser in Brand und zwangen Grundbesitzer zur Flucht. Fast 3000 Herrenhäuser wurden während des Bauernaufstands von 1905 zerstört, die meisten in der zentralen Ackerbauzone.

Die Armee wurde eingesetzt, um die Rebellionen niederzuschlagen, doch die besten Truppen waren in der Mandschurei und führten einen verheerenden Krieg gegen Japan […]. Die zurückgebliebenen Reservisten hatten keine Erfahrung. Die meisten waren Söhne von Bauern. Sie waren erzürnt, gegen ihre bäuerlichen Brüder eingesetzt zu werden, und verweigerten die Befehle. In der ganzen Armee meuterten Einheiten, und dann griff die Meuterei auf die Schwarzmeerflotte über, wo bekanntlich die Matrosen des Panzerkreuzers Potemkin im Juni rebellierten. […]

Bislang hatte das Regime mit Inkompetenz und Ignoranz auf die Krise reagiert. Nikolaus weigerte sich, die Gefahr, in der er sich befand, zu erkennen. Er glaubte, die Proteste seien von ausländischen Revolutionären organisiert worden und würden vom russischen Volk nicht unterstützt, das ihm doch selbstverständlich die Treue halte.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 237–239.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Analysiere** und **erläutere** die sozialen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Forderungen der Petersburger Bürgerinnen und Bürger 1904/05 (Q8)
   a) Arbeite die Argumente heraus (Q8).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (D5, Q3, Q8).

2. **Beschreibe** und **interpretiere** die Gemälde (Q9 und Q10); benutze zur Kontextualisierung die Materialien D5, Q8 und Q3.

3. **Erörtere** die **Perspektive**, die der **Zar** (Q12) kurz nach dem Blutsonntag konstruiert. Welche Rolle spielen die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger von Sankt Petersburg und welche die Ziele Russlands im japanisch-russischen Krieg? Benutze zur Argumentation die unterschiedlichen Perspektiven (D5 und Q8–Q12). Benutze dazu auch den Info-Kasten „Imperialismus".

4. Konstruiere folgendes private Gespräch Ende Februar 1905 in Sankt Petersburg:

   Fjodor Michailowitsch Gontscharow, ein junger russischer, bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der kritischen russischen Intelligenz, ist über Weihnachten bis Februar 1905 in Sankt Petersburg und erlebt den „Blutsonntag" und die Reaktion des Zaren (Q12) in der Stadt. Er unterhält sich darüber mit seiner Verlobten **Irina Andrejewna Karenina**, einer jungen gebildeten Frau aus Sankt Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz, die die Ereignisse ebenfalls erlebt hat. Beide analysieren und reflektieren die Situation und konstruieren Szenarien für die Zukunft Russlands.

   Verfasse dieses Gespräch aus den Perspektiven dieses jungen Paares. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und der diskreten Offenheit dieses Gespräches in der Petersburger **Privatwohnung Gontscharows**. Benutze dazu die Materialien D5 und Q8 und Q12.

5. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Der „Blutsonntag" 1905 – Krise oder Anfang vom Ende der autokratischen Macht des Zaren?* Benutze dazu alle Materialien (D1–D5, Q1–Q12).
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die beiden Begriffe in der Leitfrage.
   b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den beiden Begriffen zu, **differenziere** auch die „Grauzonen", in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

D6 Das Jahr 1905: Das Ende des japanisch-russischen Krieges und die Entwicklung der Revolution im zarischen Russland

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum kam Russland mit einem „blauen Auge“ davon?

Als […] am 2. Januar 1905 Port Arthur nach achtmonatiger japanischer Belagerung [von den Truppen des Zaren] aufgegeben werden musste, hatte der Krieg seinen Wendepunkt erreicht. […] Das von der Revolution erschütterte Russland hatte nicht die Kraft, den Sieg zu erringen – die patriotische Stimmung hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst verflüchtigt. Japan, obwohl beflügelt durch seine Siege und immer noch im Besitz beträchtlicher militärischer Ressourcen, war im Sommer 1905 finanziell und physisch ausgeblutet und ebenfalls nicht mehr in der Lage, die Kampfhandlungen fortzusetzen.

Als Vermittler trat bei den Verhandlungen der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt auf. Am 5. September [23. August] 1905 wurde in Portsmouth in den USA ein Kompromissfriede zwischen Sankt Petersburg und Tokio geschlossen. Das zarische Russland verzichtete zugunsten Japans nicht nur auf die Halbinsel Kwangtung mit Port Arthur und der Hafenstadt Dalni, sondern auch auf die Hälfte der Insel Sachalin und seine Eroberungspläne in der Region, wobei es die Kontrolle über einen Großteil der Ostchinesischen Eisenbahn behalten und sich der Zahlung von Reparationen entziehen konnte. Im Russischen Imperium wurde die demütigende militärische Niederlage von der Revolution überlagert; der Fall Port Arthurs und das Fiasko bei Tsushima lieferten den Kritikern des unpopulären Krieges zusätzliche Argumente. […]

Dmitri Pawlow: Der Japanisch-Russische Krieg und die erste Russische Revolution. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 311, 312.

D7 1905 – Höhepunkt der Arbeiterstreiks in Russland

	1895–1904	1905–1907	1908–1911	1912–1914	1915–1916
Ökonomische Streiks	177	4050	343	1079	886
Politische Streiks	0	3844	137	1578	222
Streiks insgesamt	177	7894	480	2657	1108

Die Daten stammen aus: Boris Mironow: Rossiskaja Imperija. Ot tradizii k modernu, Bd. 1, Sankt Petersburg 2014, S. 420

Das Zarenreich und das Deutsche Reich erlebten um die Jahrhundertwende beide eine Zeit heftiger Arbeitskämpfe. Im Verhältnis zum Industrialisierungsgrad war die Streikbereitschaft in Russland dabei deutlich ausgeprägter als in Deutschland. Ihren Spitzenwert erreichte die Streiktätigkeit im Zarenreich rund um die Revolution 1905, nahm dann zunächst ab, bevor sie ab 1912 unter anderem aufgrund exzessiver Staatsgewalt bei der Niederschlagung von Arbeitskämpfen wieder deutlich anzog.

Boris Mironow: Rossiskaja imperija. Ot tradizii k modernu, Band 1, Sankt Petersburg 2014, S. 430.

In den Jahren der Russischen Revolution [1905–1907] gab es im Zarenreich 1905 circa 14.000, 1906 6100 und 1907 3600 Streiks. Danach ging ihre Zahl deutlich zurück, stieg aber 1912 auf 2000 und 1914 auf 3500 an. Die Teilnehmerzahl belief sich auf 725.000 bis 1,3 Millionen, erreichte aber nicht den Spitzenwert von fast drei Millionen des Jahres 1905. Dennoch: Gemessen am Industrialisierungsgrad war die Streikbereitschaft im Zarenreich deutlich ausgeprägter als im Deutschen Reich.

Lutz Häfner und Walentina Schiromskaja: Zwischen Feld und Fabrik. Migration und sozialer Wandel am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 272–273.

Q13 Sommer 1905: Der Zar versteht die Situation in Russland nicht

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern „verschließt“ sich der Zar gegenüber der Wirklichkeit?

Die Meuterei auf dem Panzerkreuzer Potemkin beschäftigte Nikolaus II. mehrfach in seinem Tagebuch. Seine Einträge zeigen, für welch ein außergewöhnliches und unerklärliches Phänomen der Zar diese Erhebung hielt. Am 15. Juni 1905 notierte er:

Ein heißer, stiller Tag. Alix und ich empfingen auf der Farm viele Personen und verspäteten uns um eine Stunde zum Frühstück. Onkel Alexej wartete inzwischen im Garten mit den Kindern. Ich habe eine große Fahrt im Paddelboot unternommen. Tante Olga kam zum Tee. Ich badete im Meer. Nach dem Diner machten wir eine Spazierfahrt. Ich erhielt aus Odessa die erschütternde Nachricht, daß das Kommando des Panzerschiffs ‚Potemkin-Tawritscheski‘ gemeutert, seine Offiziere ermordet und sich des Schiffes bemächtigt habe. Die Meuterer drohen gleichzeitig, in der Stadt Unruhen hervorzurufen. Es ist schwer daran zu glauben!

Fünf Tage später heißt es im Tagebuch:
Der Teufel weiß, was bei der Flotte des Schwarzen Meeres vorgeht.

Am 23. Juni 1905 bat der Zar sein Tagebuch,
Gott gebe, daß dieser schwere und schändliche Fall bald zu Ende ist.

Normalität schien erst wieder am 25. Juni in sein Leben einzuziehen:
Zum ersten Male nach langer Unterbrechung spielte ich nach dem Frühstück mit Offizieren Lawn Tennis.

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 37.

Q14 Manifest über die Vervollkommnung der staatlichen Ordnung: Oktobermanifest (17. Oktober 1905)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum sind die Zugeständnisse für die Bevölkerung nur wenig, für den Zaren aber sehr viel?

[…] Das große Gelübde des Zarischen Dienens befiehlt Uns, mit allen Kräften des Verstandes und Unserer Macht, die schnellste Beendigung der für das Reich überaus gefährlichen inneren Wirren anzustreben. Wir befehlen den zuständigen Behörden, Maßnahmen zur Beseitigung der unmittelbaren Äußerungen von Unordnung, Exzessen und Gewalt zu ergreifen, zum Schutz der friedlichen Menschen, die ruhig die jedem von ihnen obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen streben […].

Wir verpflichten die Regierung, Unseren unbedingten Willen zu erfüllen:

(1) Der Bevölkerung unerschütterliche Grundlagen bürgerlicher Freiheit nach den Prinzipien der Unverletzlichkeit der Person, der Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und der Assoziationen zu geben.
(2) Ohne die angeordneten Wahlen zur Duma aufzuhalten, jetzt zur Teilnahme an der Duma […] die Bevölkerungsklassen heranzuziehen, die jetzt völlig des Wahlrechts beraubt sind, und danach die weitere Entwicklung des Grundsatzes des allgemeinen Wahlrechts der neu aufgestellten Gesetzesordnung anheimzustellen.
(3) Als unerschütterliche Richtlinie festzusetzen, dass kein Gesetz in Kraft treten kann ohne die Billigung der Reichsduma und ohne dass den vom Volk Gewählten die Möglichkeit zu wirklicher Teilnahme an der Aufsicht über die Gesetzmäßigkeit der von Uns eingesetzten Behörde gesichert ist.

Wir rufen alle treuen Söhne Russlands auf, ihre Verpflichtungen gegenüber der Heimat zu bedenken und zu helfen, diese unerhörten inneren Wirren zu beenden und zusammen mit Uns alle Kräfte anzuspannen für die Wiederherstellung von Ruhe und Frieden auf dem heimatlichen Boden. […]

Nikolaus

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 257–258.

D8 1905: Das Ende der Autokratie in Sicht?

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie rettet der Zar 1905 seine Herrschaft?

Mochte eine Meuterei ihre Brisanz verlieren [Panzerkreuzer Potemkin], so blieb das Reich insgesamt destabilisiert. Das Zentralkomitee des Bundes, der jüdischen Arbeiterpartei im Westen des Imperiums, fasste in seinem Flugblatt zum 1. Mai 1905 seine Sicht der Dinge zusammen. Noch im vorigen Jahr sei die Despotie des Zarentums fest und unerschütterlich erschienen. In einem fürchterlichen Schrecken durchlebe sie jetzt ihre letzten Tage. Seit dem 9. Januar 1905 versetze die Arbeiterklasse der Autokratie einen schweren Schlag, die Revolution sei seitdem noch nicht an ihr Ende gekommen. An der Schwelle zu einem neuen Leben und zum Reich des Sozialismus rief das Zentralkomitee des Bundes die jüdischen Arbeiter auf, am 1. Mai die Straßen mit ihren roten Bannern zu bevölkern und folgende Forderungen auf ihre Fahnen zu schreiben: das Ende des Krieges und seines unnützen Blutvergießens, das Ende der Autokratie. Hoch lebe eine Konstituierende Versammlung der Volksvertreter, gewählt in einer allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahl. […] Nachdem die ostslawischen Bauern die Ernte des Jahres 1905 eingebracht hatten, erhoben sie sich in den zentralen Regionen des Reiches gegen ihre Gutsherren. Die Eisenbahner traten in einen Ausstand, und die Beschäftigten der städtischen Infrastrukturen streikten gleichfalls. Angeheizt durch den großen sozialen Sprengstoff, nationale Antagonismen und einen allgemeinen Überdruss an einem selbstherrlichen Regime, das sich im Fernen Osten in einem verlustreichen Krieg verzettelt hatte, befand sich Russland im Herbst 1905 in einem allgemeinen Ausstand.

Wie das Imperium im Oktober 1905 der Beherrschung durch das Zentrum entglitt, schien sich Nikolaus II. nur allmählich mitzuteilen. Am Freitag, dem 7. Oktober 1905 hielt er noch voller Zufriedenheit die Resultate seiner zarischen Jagd in Vastolovo und eine gewonnene Billardpartie fest […]. Am 12. Oktober führte jedoch auch dem Zaren die Verspätung von Audienz und Frühstück vor Augen, dass sein Reich nicht mehr so funktionierte, wie es ihm sein geregelter Tagesablauf bis dahin suggeriert hatte: ‚Die Eisenbahnstreiks, die um Moskau begannen, haben Petersburg erreicht, und heute ist der Verkehr auf der Baltischen stillgelegt. […].‘

Dies sollte noch nicht das Ende der revolutionären Fahnenstange sein. Das Zentralkomitee des Bundes fasste in der zweiten Woche des allgemeinen Post- und Telegraphenstreiks in einem Flugblatt die Situation zusammen und rief zu energischem gewaltsamem Handeln auf. Der Beginn des Textes vermittelt einen Eindruck von der Breite, Vielfalt und Wucht der revolutionären Situation. Regierung und Unternehmer hätten Hunderttausende von Arbeitern ausgesperrt. Bauernunruhen erschütterten ganz Russland. […]. Die Staatskasse sei leer, Steuern und Abgaben würden nicht mehr entrichtet, das Volk stürme die Sparkassen, um seine Ersparnisse zu sichern. Die Regierung könne ihre Amtsträger nicht mehr entlohnen. Immer mehr Soldaten wechselten auf die Seite der Revolution. […]. Das Gebot der Stunde laute, sich dem Generalstreik anzuschließen, die Industrieproduktion vollkommen zum Erliegen zu bringen, sich zu bewaffnen, sich auf den Straßenkampf vorzubereiten und Kampfgruppen zu bilden. Die Revolution schreite voran. […]

Russland stand im Herbst 1905 vor dem Ende der Zarenherrschaft. Nikolaus II. war die Kontrolle über das Imperium entglitten. Im Zentrum, in zahlreichen Regionen und entlang der Eisenbahnstrecken war die Obrigkeit zusammengebrochen und die Herrschaft des Zarenreiches von Bauern, Arbeitern und neuen Parteien herausgefordert. In dieser existentiellen Notlage nahm Nikolaus II. schließlich widerstrebend hin, dass sein einstiger Finanzminister Sergej Witte einen Plan entwarf, wie die Herrschaft der Monarchie wiederhergestellt werden könne. Dies führte zum Oktobermanifest von 1905. Nikolaus' Unterzeichnung des Oktobermanifestes ging ein rund eineinhalbwöchiger dramatischer Entscheidungsprozess im engsten Zirkel der Macht voraus. […]

Über die Ausformulierung des Manifestes sollten noch etliche Tage ins Land gehen, was angesichts der revolutionären Dramatik verwundert. Nikolaus II. war insbesondere daran gelegen, neben Zugeständnissen an das Volk auch den Imperativ von Ruhe und Ordnung in das Manifest aufzunehmen. […]

[A]m 16. Oktober gingen am Hof Gerüchte um, Nikolaus II. schreibe gemeinsam mit [General Alexei] Budberg und [dem konservativen Ministerpräsidenten Iwan] Goremykin den Entwurf um. Erst am 17. Oktober zitierte der Zar abermals den Großfürsten Nikolaevič und Witte zu sich. Da er von vielen Seiten den Rat erhalten habe, sich unter den obwaltenden Umständen dem Rat Wittes zu fügen, bekreuzigte sich Nikolaus am 17. Oktober 1905 des Nachmittags um fünf Uhr und unterschrieb das Oktobermanifest. […]

Nach der Verkündigung des Oktobermanifestes existierten im Zarenreich mithin völlig verschiedene Gewaltszenarien. Bauernunruhen hielten an, revolutionäre Erhebungen setzten sich fort, manche Orte wie Baku blieben vom Staat unkontrolliert, und es brachen sich […] konterrevolutionäre Strömungen in Form von Judenpogromen Bahn. Nikolaus II. fügte sich nicht allein in die Verabreichung des Zuckerbrots von Grundrechten, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit. Er ließ auch die Peitsche schwingen, um Unruhen und Erhebungen an zahlreichen Orten seines Reiches niederzuschlagen und zu strafen. […]. Nun schickte der Zar die Armee auf das Land, um rücksichtslos Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

In Warschau wandte die zarische Obrigkeit koloniale Praktiken an, um Polen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. […]

An die Stelle überforderter Polizei traten militärische Einheiten, die sich den gewandelten Bedingungen anpassten und Warschau im Stil eines kolonialen Unterwerfungsfeldzuges wieder unter die Hoheit des Zaren stellten. In kleinen und beweglichen Trupps bewegte sich das Militär, die Gewehre stets im Anschlag, durch die Stadt. Die Soldaten waren autorisiert, […] Kämpfer wie Zivilisten vorzuwarnen und jederzeit das Feuer zu eröffnen. […]

Auch Baku zählte zu den Orten an den Rändern des Reiches, in denen die staatliche Ordnung 1905 zusammenbrach. […]

Bis in den Dezember schlug das Militär Aufstände rücksichtslos nieder und profitierte davon, dass die Obrigkeit wieder ihre Verfügungsgewalt über das Eisenbahnnetz zurückerlangt hatte. Über die Schienen rollten die Militärzüge zur Niederschlagung der Revolution.

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 37–43, 47–51.

D9 1905: Bauernunruhen – auch bei den Wolgadeutschen?

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum verhalten sich die Wolgadeutschen anders als viele Russen?

„Obwohl die Deutschen ein zugezogenes Volk sind, verhalten sie sich vollkommen loyal. Ihre streng konservative Haltung hat einen mäßigenden Einfluß auf die benachbarte russische Bevölkerung, ihre Bereitschaft zum Gehorsam gegenüber den russischen Behörden und zur Erfüllung diverser Pflichten beweist, daß sie treue Untertanen sind, die ihren Monarchen, den russischen Zaren heilig halten". [Bericht eines Adelsmarschalls an den Vorsitzenden des Ministerrats, November 1910]

In der Zeit der Revolution von 1905/06 beteiligte sich die deutsche Bevölkerung der Bergseite [der Wolga] faktisch nicht an der Bauernbewegung […]. […]

Im Gegensatz zu dieser politischen Passivität der Deutschen reagierten andere ethnische Minderheiten der nichtrussischen Peripherie des Russischen Reiches vollkommen anders auf den „Blutsonntag" von 1905. So gründeten Esten, Letten und Litauer gerade zu dieser Zeit neue nationale Parteien, die neben demokratischen Reformen kulturelle und politische Autonomie forderten. Der Anfang Dezember 1905 einberufene litauische Seimas sprach sich nicht nur für nationale Autonomie, sondern auch für die Einführung des Litauischen als offizielle Amtssprache aus. Darüber hinaus kam es zu Versuchen, das Litauische anstelle des Polnischen in den kirchlichen Gottesdienst einzuführen. Politische Streiks, Boykotthandlungen gegen die russischsprachigen Schulen und bewaffnete Aktionen erschütterten die autokratische Herrschaft im Königreich Polen. Im Gegensatz dazu setzten sich die deutschen Kolonisten lediglich für grundlegende Reformen der lokalen Verwaltung und für eine gewisse Selbstverwaltung ihrer Siedlungen ein. […]. Allenfalls forderten die radikalsten Vertreter […] in den Zemstva, bei denen es sich größtenteils um Lehrer handelte, über die Selbstverwaltung der [deutschen] Kolonien hinaus Reformen im Bildungsbereich einschließlich der Rücknahme der erzwungenen Russifizierung der deutschen Schulen. Die Proteste der deutschen Minderheit im Wolgagebiet richteten sich nicht wie in den russischen Siedlungen gegen die Gutsbesitzer, sondern gegen die bestehenden ökonomischen Bedingungen und die lokale Beamtenwillkür. […] Während es den Worten der alteingesessenen Bevölkerung der Wolgakolonien zufolge in früheren Zeiten üblich gewesen war, daß „man die Obrigkeit aus dem Amtsbezirk hoch zu Roß vor dem Dorf abholte, die Straßen für ihre Ankunft fegte und die Hunde an die Leine hielt", zeigte sich während der Revolution auch in den deutschen Dörfern nicht nur verdeckter Ungehorsam. […] Für die Masse der Bauernschaft lange Zeit typische Züge wie das Prinzip der Ehrfurcht vor Gott, Zar und Heimat, der Respekt gegenüber Vertretern der Behörden und das Bekenntnis zu bestimmten Grundsätzen einer sittlichen Lebensführung gerieten ins Wanken. Einige Kolonisten begannen, nicht nur ihre schwere ökonomische Lage und Rechtlosigkeit, sondern auch deren materielle wie rechtliche Ursachen zu erkennen. […]

„Über uns Bauern steht soviel Obrigkeit" beklagen sich Bewohner der russischsprachigen Siedlungen des Kreises Petrovsk (Gouvernement Saratov) im August 1905 in einer Resolution an den Ministerrat, „daß wir manchmal nicht wissen, wen wir mehr fürchten sollen. Wir wissen nicht, wer und warum er so viele von ihnen geschaffen hat, aber wir sehen, daß es mehr Obrigkeit über uns gibt als im Gefängnis Aufseher über die Häftlinge; als ob wir Bauern solche Schwerverbrecher wären. Alle diese Vorsteher schreien uns an, alle schimpfen, alle drohen uns mit Gefängnis, Peitschen und Einsatz des Militärs. Für sie gibt es nur ein Gesetz – den Stock. Uns gegenüber haben sie nur ein einziges freundliches Wort: ‚Gib'."

Dieser Verzweiflungsschrei steht im völligen Einklang mit der Forderung der Wolgakolonisten, ihnen völlige Selbstverwaltung vor Ort zu gewähren. […]

Eine Folge der Unzufriedenheit der Bauern und Arbeiter des Russischen Reiches mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation war die Revolution von 1905. Die in der Zeit von 1905–1906 demonstrierenden Bauern forderten vor allem die Zuteilung von mehr Land. Nicht unberührt von dieser zunehmenden Unruhe und Unzufriedenheit blieben im Sommer 1905 auch die deutschen Kolonien des Wolgagebietes. Sie hatten als Folge des unpopulären Krieges unter der Mobilisierung von Reservisten, der Beschlagnahmung von Fuhrwerken und Pferden und der übermäßigen Abgabenlast zu leiden.

[…] Die Unruhen der Jahre 1905–1907 in den deutschen Wolgakolonien sowie die Verhandlungen mehrerer Abordnungen der deutschen Kolonien mit der Regierung führten schließlich dazu, daß der Gebrauch des Deutschen als Unterrichtssprache in den Kolonistenschulen am 23. März 1907 durch Nikolaus II. genehmigt wurde.

[…]. Politische Strömungen wie beispielsweise die Partei der Sozialrevolutionäre (SR) oder die Russische Sozial-Demokratische Arbeiterpartei (RSDAP) fanden unter der deutschen Bevölkerung des Wolgagebiets nur vereinzelt Anhänger. […].

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 53–55, 57, 264–265.

D10 17. Oktober 1905: Mythos vom „Sieg des Volkes“

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie hätte ein alternatives Oktobermanifest aussehen können?

Die Verkündung des Manifests wurde auf den Straßen mit Jubel begrüßt. Es herrschte ein Gefühl der nationalen Einheit, der Eindruck, dass alle gesellschaftlichen Klassen durch diesen „Sieg des Volkes“ vereint werden könnten. Repins Gemälde Manifestationen am 17. Oktober gibt diese Stimmung trefflich wieder. Doch der Eindruck täuschte. Die Einheit des Volkes war nur ein weiterer Mythos. Für die besitzenden Eliten, deren Interessen politisch waren, war das Manifest in der Tat ein Durchbruch, womöglich das Ende ihres Kampfes. Aber für die Arbeiter und Bauern waren politische Reformen keine Lösung für ihre sozialen Missstände. Wo war der Achtstundentag für Arbeiter, wo die bessere Behandlung, die sie verdient hatten? Wo war das Land für die Bauern? Deren Kampf hatte soeben erst angefangen.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 240.

Ilja Jefimowitsch Repin (1844–1930) war ein russischer Maler teilweise ukrainischer Herkunft und gilt als der bedeutendste Vertreter des russischen Realismus, als führender russischer Maler seiner Zeit. Er kritisierte besonders die sozialen Missstände des ukrainischen und russischen Volkes. Zar Alexander III. beauftragte ihn, die Akademie in Sankt Petersburg zu reformieren, an der er ab 1892 auch als Professor lehrte. 1903 ließ er sich im finnischen Kuokkala auf dem Landsitz seiner Frau nieder. Beeindruckt vom Oktobermanifest 1905, malte er zwischen 1905 und 1907 das u.a. Bild.

Autorentext

Q15 Ilja Repin: Manifestationen am 17. Oktober (1907)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Stimmung kommt – von welchen Bevölkerungsgruppen – auf dem Gemälde zum Ausdruck?

Quelle: Russisches Museum, Sankt Petersburg, Zh-6666. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Repin_17October.jpg

Autokratie im zarischen Russland

Die […] Moskauer Autokratie (Selbstherrschaft) unterschied sich von den damaligen Herrschaftsformen Mittel- und Westeuropas durch eine erheblich größere Machtfülle des Monarchen und einen höheren Grad an Zentralisierung. Man kann sie definieren als prinzipiell unbeschränkte, religiös begründete Alleinherrschaft des Zaren, der in sich alle Funktionen des Gesetzgebers, des Richters und der Exekutive vereinigt, an keinerlei Rechtsnormen gebunden ist und auf keine Institutionen wie Ständeversammlungen Rücksicht nehmen muss, sondern allein Gott verantwortlich ist. Ein Tyrann war er allerdings nicht, denn seine Herrschaft wurde vom göttlichen Recht, von der dynastischen Erbfolge und von der Tradition (starina) begrenzt. In der Praxis regierten die russischen Herrscher meist im Einklang mit anderen Gruppen, vor allem mit den alten Adelsgeschlechtern […].

Der Herrscherdienst brachte den Adligen Vorteile in Form von Grundbesitz und Privilegien. Die Unterordnung des russischen Adels unter den Herrscher hatte deshalb […] weitgehend den Charakter freiwilliger Gefolgschaft. Beide Seiten waren aufeinander angewiesen und profitierten von dieser Interessengemeinschaft.

Aus: Andreas Kappeler, Russische Geschichte, München 2002, S.47–49.

Der Herrscher stützte sich bis 1917 also gesellschaftlich und geistig auf Adel und Kirche, verwaltungstechnisch und im Hinblick auf den Machterhalt auf Armee, Bürokratie und Polizei, seit dem 19. Jh. stark auf die Geheimpolizei. Westlichen, demokratisch gesonnenen Beobachtern erschien die Knute (Peitsche) als das Symbol Russlands.

Vgl. Handreichung zur Moskauer Autokratie des Landesbildungsservers Baden-Württemberg, o.D. URL: https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterricht/10/3-3.4/russland-1801-1917/russland.pdf. Stand 18.9.2024.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Analysiere** und **erläutere** die sozialen, ökonomischen, rechtlichen, ethnischen und politischen Aspekte des Revolutionsjahres 1905.
   a) Arbeite die Argumente heraus (D6, D8, D9).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (D6–D10, Q13, Q15).

2. Konstruiere folgendes private Gespräch Ende Oktober 1905 in Sankt Petersburg:

   Fjodor Michailowitsch Gontscharow, ein junger russischer, bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der kritischen russischen Intelligenz, ist über Weihnachten Anfang 1906 in Sankt Petersburg und erlebt die Euphorie vieler seiner bildungsbürgerlichen Freunde über das **Oktobermanifest** des Zaren. Er unterhält sich darüber mit seiner Verlobten **Irina Andrejewna Karenina**, einer jungen gebildeten Frau aus Sankt Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz, die die Ereignisse 1905, die Streiks und Krisen ebenfalls erlebt hat. Beide analysieren und reflektieren die Situation und konstruieren Szenarien für die Zukunft Russlands.

   Verfasse dieses Gespräch aus den Perspektiven dieses jungen Paares. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und der diskreten Offenheit dieses Gespräches in der Petersburger **Privatwohnung Gontscharows**. Benutze dazu die Materialien D6–D10 und Q14.

3. Konstruiere folgenden privaten Brief Ende Oktober 1905:

   Ilja Repin, der angesehene Professor und Maler, schreibt Ende Oktober 1905 einen Brief an seinen Dichterfreund Leo Tolstoi. Repin ist durch das Oktobermanifest inspiriert, aber auch durch den Blutsonntag im Februar noch stark beeindruckt. Die Grundideen für sein neues Gemälde „Manifestationen am 17. Oktober“ hat er bereits im Kopf und äußert sie in seinem freundschaftlichen Brief.

   Verfasse diesen Brief aus der Perspektive des Professors und Malers Repin. Achte vor allem auf die Kontextgebundenheit und die diskrete Offenheit dieses privaten Briefes an seinen Freund Leo Tolstoi. Benutze dazu die Materialien D6–D10 und Q14–Q15.

4. **Argumentiere und nimm Stellung**:

   Das „Oktobermanifest“ 1905 – ein Ende des autokratischen Systems in Russland? Benutze dazu alle Materialien (D6–D10, Q13–Q15) und das Kästchen „Autokratie im zarischen Russland“.
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für den Begriff „Ende des autokratischen Systems“ in der Leitfrage.
   b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien nach PRO und CONTRA zur Leitfrage, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen die Argumente weder zu PRO noch zu CONTRA eindeutig passen.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

3. Die Duma, die Parteien, die Zivilgesellschaft (1905–1914) – Demokratisierung und Parlamentarisierung oder „Scheinkonstitutionalismus“?

Peter Stolz

Die Revolution von 1905 war nicht nur eine Krise, sondern auch ein tiefer Einschnitt in der Geschichte des politischen Systems Russlands. Bürgerlich-liberale Kreise wagten eine Zusammenarbeit mit den revolutionären Bewegungen im Reich und zwangen Nikolaus II., im Oktobermanifest erstmals einer konstitutionellen Beschränkung der Autokratie zuzustimmen und die Gewährleistung bürgerlicher Rechte zu versprechen. Zum ersten Mal in der russischen Geschichte erlaubte der Zar die Wahl eines gesetzgebenden Parlaments. Er wollte aber nicht, dass sich die Duma zu einer verfassungsgebenden Versammlung entwickelte, und so erließ er kurz vor ihrem ersten Zusammentritt am 23. April 1906 die sogenannten Grundgesetze (Osnovnye zakony), in denen der Begriff Verfassung bewusst vermieden wurde. Das neue politische System wies aus demokratischer Sicht gravierende Mängel auf. War die konstitutionelle Beschränkung der Autokratie nur ein „Scheinkonstitutionalismus“ (Max Weber) oder ein echter konstitutioneller Bruch mit dem autokratischen Russland?

Zeittafel

22. Januar 1905	Petersburger Blutsonntag
1905/1906	Gründung zahlreicher politischer Parteien in Russland
27. Juni 1905	Meuterei auf dem Panzerkreuzer (ein schweres Kriegsschiff) Potemkin
30. Oktober 1905	„Oktobermanifest“ des Zaren (Entwurf: Sergej Witte)
26. März bis 20. April 1906	Wahl der ersten Duma
6. Mai 1906	Die Staatsgrundgesetze des Zaren treten in Kraft
21. Juli 1906	Auflösung der ersten Duma durch den Zaren
22. Juli 1906	Wyborger Manifest: 180 Duma-Abgeordnete protestieren gegen die Auflösung der Duma durch den Zaren
22. November 1906	Premierminister Pjotr Arkadjewitsch Stolypin setzt unter Umgehung der Duma den Ukas „Über die Ergänzung einiger Bestimmungen der geltenden Gesetze, den bäuerlichen Bodenbesitz und die bäuerliche Bodennutzung betreffend“ (Recht auf privaten Landbesitz für Kleinbauern) in Kraft.
20. Februar bis 2. Juni 1907	Zweite Duma
1. November 1907 bis 9. Juni 1912	Dritte Duma
29. Mai 1911	Rücktritt von Premierminister Stolypin, nachdem sein Gesetzesvorschlag über eine Ausweitung der Rechte der ländlichen Verwaltungsorganisation Zemstvo in der Duma keine Mehrheit findet.
15. November 1912 bis 6. Oktober 1917	Vierte Duma

Q1 Eröffnungsfeier der russischen Duma – Zar Nikolaus II. verliest die Thronrede im Georgsaal des Winterpalais. 1906

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Bild des politischen Systems Russlands zeigt das Foto?

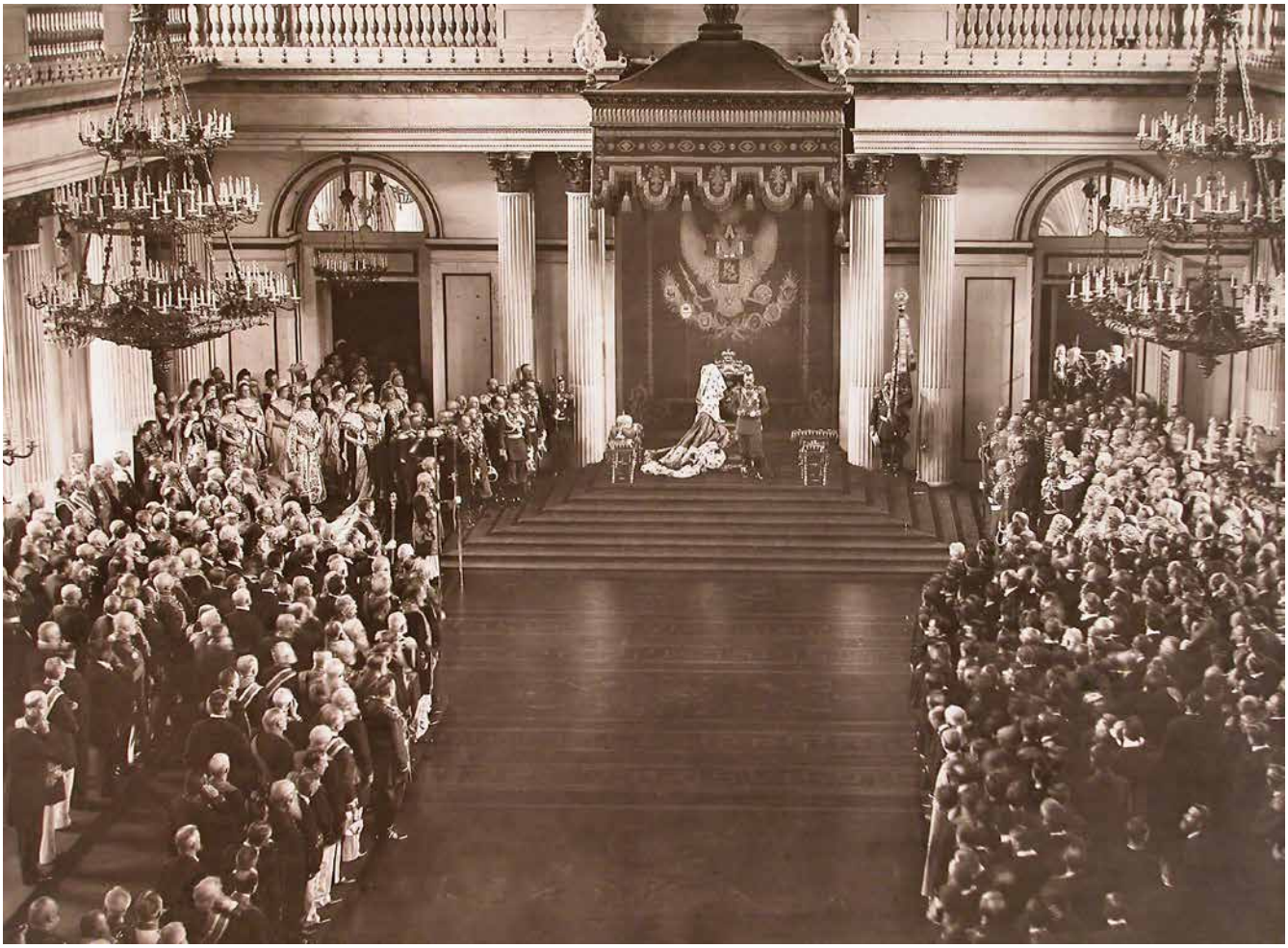


Bild aus dem Atelier K.E. von Gann und Co. Quelle: Wikimedia Commons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Opening_of_Duma.jpg

Q2 „Allerhöchster Ukas“ des Zaren vom 23. April 1906

Möglicher Erschließungsimpuls: Bilden sich jetzt zwei politische Herrschaftssysteme „nebeneinander“?

[…] haben Wir […] befohlen, die Bestimmungen, welche die Bedeutung von Staatsgrundgesetzen haben, die nur auf Unsere Initiative abgeändert werden können, zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen und sie durch Bestimmungen zu ergänzen, die das Gebiet der Uns unteilbar zustehenden Gewalt der obersten Staatsverwaltung von der gesetzgebenden Gewalt genauer trennen.

[…] Kap. I. Vom Wesen der obersten Selbstherrschenden Gewalt.

[…] 4. Dem Russischen Kaiser gebührt die oberste Selbstherrschende Gewalt. Letzterer zu gehorchen und zwar nicht nur aus Furcht, sondern nach seinem Gewissen, ist Gottes Gebot. […]

7. Der Herr und Kaiser übt die gesetzgebende Gewalt zusammen mit dem Reichsrat und der Reichsduma aus.

8. Dem Herrn und Kaiser gebührt die Initiative in allen Angelegenheiten der Gesetzgebung. Die Reichsgrundgesetze können nur auf Seine Initiative hin im Reichsrat und in der Reichsduma einer Durchsicht unterzogen werden.

9. Der Herr und Kaiser bestätigt die Gesetze, und ohne Seine Bestätigung kann kein Gesetz zustande kommen. […]

13. Der Herr und Kaiser erklärt den Krieg und schließt den Frieden sowie die Verträge mit den ausländischen Staaten. […]

86. Kein Gesetz kann erlassen werden ohne Genehmigung des Reichsrats und der Reichsduma resp. Kraft erlangen ohne Bestätigung des Herrn und Kaisers. []…]

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 267–269.

Q3 Max Webers Analyse der Situation in Russland 1905/06

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Vorwürfe macht Max Weber der russischen Regierung?

Um das Verhalten der russischen Regierung zu verstehen, ist die Berücksichtigung des Umstandes, daß Rußland Schuldnerstaat ist, durchaus unumgänglich. […] Dies konnte man sehr deutlich auch in jener Periode heftigster Reaktion bemerken, die dem Siege in Moskau und der sich daran anschließenden Niederwerfung der Aufstände in den Ostseeprovinzen und in den inneren Gouvernements parallel ging und folgte. Das Manifest vom 17. (30.) Oktober 1905 hatte Beruhigung verbreiten sollen. Es gelang nicht. Die Kurse sanken also wieder. […]. Der Hinweis Wittes […] angesichts des leeren Beutels [= leere Staatskasse] hatte offenbar genügt, das etwas zu früh den Kopf erhebende Gottesgnadentum wieder kollabieren zu lassen und fortan in einer der Lage entsprechenden Oboedienz [= Gehorsam] gegenüber der unpersönlichen, aber umso unentrinnbareren Macht des Geldmarktes zu erhalten. […]

So sah sich die Regierung, angesichts der Finanzlage, in der inneren Politik überhaupt zur Anlegung eines „doppelten Kontos“ genötigt. Daß es von Seiten des Zaren persönlich mit einer Umwandlung Rußlands in einen „Rechtsstaat“ mit – wie es im Oktobermanifest etwas naiv hieß – „wirklicher“ Garantie der Persönlichkeitsrechte zu keiner Zeit aufrichtig gemeint war, versteht sich von selbst und trat bei jeder Gelegenheit hervor, die dazu irgend Anlaß gab; für ihn gab es nur Polizeiinteressen. Das stimmte vortrefflich mit den Machtinteressen der Polizeibürokratie alten Stils zusammen, und durch schonungslose Repression konnte ja wohl auch „nach außen“ auf die Börsen, der Eindruck einer „starken“ Staatsgewalt hervorgebracht werden. […]. Innerhalb der Bürokratie und des Heeres aber mußte sich, wenigstens in den leitenden Stellungen, langsam, aber systematisch, die Spreu vom Weizen sondern, nachdem die Haltung des Zaren feststand. […] Die Repressionspolitik leitete er persönlich, indessen war dies Geschäft dadurch sehr erleichtert, daß die meisten Gouverneure sie als Sport auf eigene Faust betrieben, in dem richtigen Bewußtsein, dem Zaren umso sicherer zu gefallen, je mehr sie sich darin auszeichnen würden. Für sie galt kein Gesetz; […].

Und dennoch: es waren eben Dinge geschehen, die nicht rückgängig zu machen waren. Gerade die Unaufrichtigkeit, mit welcher die Freiheiten offiziell gegeben, mit der anderen Hand im Augenblick, da man sie gebrauchen will, illusorisch gemacht werden, muß ja die Quelle unablässig sich wiederholender Konflikte und grimmigen Hasses werden, unendlich aufreizender als das alte offene, niederdrückende Repressionssystem. Man kann mit einer Nation und politischen Freiheitsrechten nicht ein Hasch-Haschspiel veranstalten, indem man sie ihr wie einem Kinde einen Ball hinhält und, wenn sie darnach greift, sie hinter den Rücken verschwinden läßt. Und ähnlich verhält es sich mit jener „Konstitution“, die das Manifest vom 17. Oktober, sei es auch in noch so zweideutigen Worten, versprochen hatte. […]

Damit aber ist der Krieg der „Gesellschaft“ gegen die Bürokratie in Permanenz. […]

Als eine Verletzung des „Geistes“ des Manifestes vom 17. Oktober erschien […] die Einsetzung des Reichsrats, einer bisher rein beratenden Instanz, in die gleichen Rechte mit der Duma. […]. Die gesamten Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung wurden unter der axiomatischen Voraussetzung geordnet, daß die *Volksvertretung der natürliche Feind der Staatsgewalt* ist und immer bleiben wird. Es ist von vornherein klar, daß darauf die bekannte, mit vieler Entrüstung oft der Demokratie (namentlich der deutschen) vorgeworfene Anschauung: daß die Regierung der natürliche Feind „des Volkes“ sei, die *einzig mögliche* Reflexempfindung gewesen wäre, – wenn sie nicht ohnedies seit Jahrzehnten durch das Verhalten der Bürokratie den Massen beigebracht wäre. […]

Neun lange Monate […] hat das bestehende Regime nichts getan, als mit wahrhaft mongolischer Tücke den „Rechten“, die es gewährte, hinterrücks ein Bein zu stellen. Erst gegen Mitte Juni [1906] kamen die *ersten* wirklichen bescheidenen Reformvorschläge, […]. Aber das Entscheidende hatte die Regierung *nicht* getan: die Garantie gegen die absolute Polizeiwillkür (Beseitigung der administrativen Inhaftierung und Verschickung, Verantwortlichkeit ausnahmslos aller Beamter vor unabhängigen Gerichten) gewährte sie nicht, und ohne dies fand sie keinerlei Kreise der Bevölkerung, auf die sie sich stützen konnte. Die Auflösung der Duma aber wird nur dann zu einem ihr günstigen Ergebnis führen, wenn sie – wie allerdings wahrscheinlich – entschlossen ist, die Wahlen in aller Form zu *fälschen*. […]

Der russische Freiheitskampf zeigt […] es fehlen auf beiden Seiten die wirklich „großen Führer“, an die sich ein pathetisches Interesse Fernstehender heften könnte; denn ein noch so ausgezeichneter politischer Publizist oder sozialpolitischer Sachverständiger, an denen wahrlich kein Mangel ist, ist ebensowenig ein politischer „Führer“, wie der mutigste „praktische“ Revolutionär ein solcher ist. […]

Aber es stoßen in Rußland die importierten allermodernsten großkapitalistischen Mächte auf einen Untergrund von archaistischem bäuerlichem Kommunismus und entfesseln ihrerseits innerhalb ihrer Arbeiterschaft so radikal sozialistische Stimmungen, denen sie alsdann so absolut „freiheitsfeindliche“ Organisationen allermodernsten Gepräges entgegensetzen, daß man kaum absehen kann, welches Gepräge die russische Entwicklung gewinnen wird, […]. Niemals ist […] ein Freiheitskampf unter so schwierigen Verhältnissen geführt worden wie der russische, niemals mit einem solchen Maß von rücksichtsloser Bereitschaft zum Martyrium, für die, […] der Deutsche, der einen Rest des Idealismus seiner Väter in sich fühlt, tiefe Sympathie besitzen müßte.

Max Weber: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Vol. 23, August 1906, S. 170–173, 224, 231, 236–237, 394–396, 386.

D1 Russlands Wandel in den Jahren 1905/06 (1)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum scheitert der Versuch, mit einer schnell gewählten Duma „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen?

Als Folge des Oktobermanifests, das die Bildung von Parteien und die Wahlen zur Duma einleitete, entstand in den Jahren 1905/06 eine bis dahin in Russland unbekannte Form der politischen Öffentlichkeit. Gleichzeitig bewirkte das Oktobermanifest ein neues *divide et impera*: Lokalverwaltung, Liberale und Bürgertum waren bereit, mit dem Zarentum eine neue Ordnung auszuhandeln und Russland nicht einer weiteren Revolution auszusetzen. Auf die Forderungen nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die vor allem von den Liberalen formuliert wurden, konnte der Regierungschef, Sergej Witte, aber nicht eingehen. Er sah sich mit dem starken Wunsch Nikolaus' II. konfrontiert, möglichst schnell Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die liberale Opposition forderte ein allgemeines, gleiches und freies Wahlrecht; Nikolaus II. und der Hof knüpften an ein beschränktes Wahlrecht die Hoffnung, die Revolution durch eine rasch gewählte Duma zu beenden.

Nach den Wahlen zur ersten Duma im April 1906 waren die Konstitutionellen Demokraten, die sogenannten Kadetten, mit 34,1 % die stärkste Fraktion. Die Trudowiki, die sich als breite Interessenvertretung von Werktätigen verstanden, errangen 23,9 %, der Bund des 17. Oktobers als Status-quo-Partei des Oktobermanifestes erreichte nur 2,9 %. Am 27. April 1906 wurde die Duma eröffnet. Der Zar besuchte dazu aber nicht das Parlamentsgebäude, das Taurische Palais, sondern zitierte die Abgeordneten in den Winterpalast, in dem er eine Thronrede hielt. Erst danach suchten die Abgeordneten das Parlamentsgebäude auf.

Als Reaktion auf die Thronrede setzten die Parlamentarier eine Adresse der Duma an den Zaren auf, in der sie eine umfassende Amnestie forderten, eine weitere Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie, die Enteignung von Gutsland zugunsten des bäuerlichen Landanteils, bürgerliche Freiheiten und rechtliche Gleichheit, Unabhängigkeit der Justiz, Abschaffung der Todesstrafe, eine Reform der lokalen Selbstverwaltung und eine Steuerreform, die eine gerechtere Lastenverteilung bewirken sollte. Die Ablehnung dieser Forderungen seitens des konservativen Ministerpräsidenten Iwan Goremykin, der zehn Tage vor Zusammentritt der Duma die Nachfolge Wittes angetreten hatte, quittierte die Duma damit, dass sie der Regierung das Misstrauen aussprach – ein symbolischer Schritt, der zur weiteren Verschärfung des Verhältnisses zwischen Zar, Regierung und Duma beitrug. Das Parlament und Goremykin standen sich seither unversöhnlich gegenüber. Am 6. Juli 1906 entließ Nikolaus II. Goremykin und ernannte Pjotr Stolypin zum Ministerpräsidenten. Drei Tage später löste er die Duma auf. Neuwahlen wurden für den 20. Februar 1907 anberaumt. Fast die Hälfte der Abgeordneten, darunter viele Kadetten, verweigerten sich der Auflösung der Duma und verlagerten die Parlamentssitzung in das finnische Wyborg. Unter dem dortigen Schutz der finnischen Autonomie riefen sie zu zivilem Ungehorsam auf: Steuern sollten nicht gezahlt und Rekruten nicht gestellt werden. Der Aufruf blieb jedoch ungehört.

Autorentext, inspiriert durch Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 51–54.

Q4 Das Wyborger Manifest 1906

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Verständnis von Politik wird hier verkündet?

Einführung des Autors

Die verkündete Auflösung der Staatsduma kam für die Abgeordneten überraschend: Die Abgeordneten kamen am 9. Juli 1906 zu einer regulären Sitzung in das Taurische Palais und stießen auf verschlossene Türen. In der Nähe, an einer Säule, hing ein vom Zaren unterzeichnetes Manifest über die Beendigung der Arbeit der Ersten Duma, da es, „Ruhe in die Gesellschaft bringen" und nicht „Verwirrung stiften" soll.

Nach dieser Auflösung der Ersten Duma durch den Zaren wurde das Wyborger Manifest von Liberalen und Sozialisten entworfen und unterzeichnet:

Ungefähr 200 Abgeordnete, die meisten davon Trudowiki und Kadetten, reisten sofort nach Wyborg, nur um den Text des Appells an das Volk „Von Volksvertretern an das Volk" zu besprechen. Bereits am Abend des 11. Juli begannen die Abgeordneten selbst mit der Verteilung des Textes des gedruckten Aufrufs und kehrten nach St. Petersburg zurück. Der Aufruf forderte zivilen Ungehorsam als Reaktion auf die Auflösung der Duma (Nichtzahlung von Steuern, Wehrdienstverweigerung).

Die Reaktion im Land auf das Wyborger Manifest war ruhig, nur in einigen Fällen gab es Versuche, die Abgeordneten zu verhaften, die den Appell verbreitet hatten. Das Volk reagierte entgegen den Erwartungen der Abgeordneten praktisch nicht auf diese Aktion, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt im Massenbewusstsein die Meinung gefestigt hatte, dass die Duma noch nötig sei.

Die Erste Duma hörte auf zu existieren, aber der Zar und die Regierung konnten sich nicht für immer von der Staatsduma verabschieden. Im Manifest zur Auflösung der Ersten Duma heißt es, dass das Gesetz zur Errichtung der Staatsduma „unverändert beibehalten" wurde. Auf dieser Grundlage begannen die Vorbereitungen für einen neuen Wahlkampf zur Zweiten Staatsduma.

Wyborger Manifest

Dem Volke von den Volksvertretern

Bürger von ganz Russland!

Mit einem Dekret vom 8. Juli wurde die Staatsduma aufgelöst.

Als Ihr uns zu Euren Vertretern gewählt habt, habt Ihr uns den Auftrag gegeben, Land und Freiheit zu erlangen. In Erfüllung Eures Auftrags und unserer Pflicht haben wir Gesetze ausgearbeitet, um die Freiheit des Volkes zu sichern; wir haben die Absetzung der unverantwortlichen Minister gefordert, die ungestraft gegen die Gesetze verstießen und die Freiheit unterdrückten; vor allem aber wollten wir ein Gesetz über die Zuteilung von Land an die werktätigen Bauern durch die Umwandlung von Staats-, Apanage-, Kabinetts-, Kloster- und Kirchenland und die Zwangsabtretung von Privatland erlassen. Die Regierung hielt ein solches Gesetz für unannehmbar, und als die Duma ihren Beschluss über die Zwangsabtretung noch einmal bekräftigte, wurde die Auflösung der Volksvertretung erklärt.

Anstelle der jetzigen Duma verspricht die Regierung, in sieben Monaten eine neue einzuberufen. Ganze sieben Monate soll Russland ohne Volksvertreter auskommen, zu einer Zeit, wo das Volk am Rande des Ruins steht, wo Industrie und Handel untergraben sind, wo das ganze Land von Unruhen heimgesucht wird und wo das Ministerium sich als völlig unfähig erwiesen hat, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Sieben Monate lang wird die Regierung nach Belieben handeln und die Volksbewegung bekämpfen, um eine gefügige, unterwürfige Duma zu erhalten, und wenn es ihr gelingt, die Volksbewegung völlig zu unterdrücken, wird sie überhaupt keine Duma einberufen.

Bürger! Tretet entschlossen für die mit Füßen getretenen Rechte der Volksvertretung ein, tretet ein für die Staatsduma. Keinen einzigen Tag soll Russland ohne Volksvertretung bleiben. Ihr habt ein Mittel, um das zu erreichen: Ohne Zustimmung der Volksvertretung hat die Regierung weder das Recht, Steuern vom Volk zu erheben, noch das Volk zum Militärdienst einzuberufen. Deshalb habt ihr jetzt, da die Regierung die Staatsduma aufgelöst hat, das Recht, ihr weder Soldaten noch Geld zu geben. Und wenn die Regierung aufnimmt, um Geld zu beschaffen, so sind diese Kredite, die ohne Zustimmung der Volksvertretung aufgenommen wurden, von nun an null und nichtig, und das russische Volk wird sie niemals anerkennen oder dafür bezahlen. Gebt daher bis zur Einberufung der Volksversammlung keine einzige Kopeke an die Staatskasse und keinen einzigen Soldaten an die Armee.

Bleibt standhaft in eurer Verweigerung, tretet ganz als ein Mann für Eure Rechte ein. Keine Macht kann sich den vereinten und unbeugsamen Forderungen des Volkes widersetzen. Bürger! In diesem erzwungenen, aber unvermeidlichen Kampf werden unsere gewählten Vertreter an Eurer Seite stehen.

9. Juli 1906

180 Unterschriften

Chrestomatija istorii SSSR. 1861–1917, Moskau 1990, S. 327–328.
Übersetzung: F. Coppenrath.

Q5 Parteineugründungen und Parteiprogramme

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern lässt sich von den Parteien auf die gesellschaftliche Situation Russlands schließen?

Um das Jahr 1906 gab es zahlreiche Parteien in Russland, bzw. es kam zu zahlreichen Parteigründungen im Zusammenhang mit der Revolution von 1905. Vier wichtige Parteien aus dieser Zeit, die alle in der Duma vertreten waren, sind:

Die **Konstitutionell-Demokratische Partei** (Q5a), abgekürzt KD, bzw. als Kadetten bezeichnet, war in der Duma von 1906 die stärkste Fraktion mit 37 Prozent der Abgeordneten. Sie war eine liberal-demokratische Partei.

Die **RSDAP** (Q5b) war ein Zusammenschluss von marxistischen Gruppen, die 1898 in Minsk einen ersten gemeinsamen Parteitag abhielten. Sie wurde in Russland verfolgt, so dass die Partei-Führungselite schnell im Ausland, unter anderem auch in der Schweiz, organisiert war. Bekannte Vertreter dieser Bewegung waren neben Lenin auch Plechanow, Martow und Trotzki. Die RSDAP vertrat marxistische Ideen in Russland und definierte sich als „Abteilung der internationalen Armee des Proletariats".

Die **Oktobristen** (Q5c) waren Mitglieder der Partei *Bund des 17. Oktober*; sie entstand infolge des Oktobermanifestes vom 17. Oktober 1905. Sie vertraten den Gedanken einer konstitutionellen Monarchie bei vollen legislativen Rechten der Duma und damit sehr stark die Ideen des Zaren im Oktobermanifest.

Die **Trudowiki** (Q5d) (auch Parteigruppe der Arbeit) waren eine linke, aber demokratische Partei, die von Bauern und Angehörigen der Intelligenzija als Teil der Narodniki-Bewegung gebildet wurden. Sie entstand 1906 als Organisation der Bauerndeputierten der I. Reichsduma.

Autorentext

Q5a Programm der Konstitutionell-Demokratischen Partei

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche liberal-nationalen Grundsätze lassen sich erkennen?

Angenommen auf dem Gründungskongress der Partei am 12.–18. Oktober 1905:

1. Alle russischen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Konfession, der Nationalität sind vor dem Gesetz gleich. Alle Standesunterschiede und jegliche Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Polen, Juden und anderen Gruppen der Bevölkerung ohne Ausnahme sollen abgeschafft werden.
2. Jedem Bürger ist die Freiheit des Gewissens und der Religion garantiert. […] Die rechtgläubige Kirche und die anderen Konfessionen sollen von staatlicher Bevormundung befreit werden. […]

12. Die russische Sprache soll die Sprache der zentralen Verwaltungsbehörden, der Armee und der Flotte bleiben. […] Der Bevölkerung jeder Region soll die elementare und möglichst auch die weitere Bildung in ihrer Muttersprache gesichert werden.
13. Russland soll eine konstitutionelle Monarchie werden […]. Der Staatsaufbau Russlands wird durch das Grundgesetz bestimmt. […]
15. Die Partei duldet in ihren Reihen verschiedene Meinungen über die Frage der Organisation der Volksvertretung, ob in einer oder in zwei Kammern, wobei die zweite Kammer aus Vertretern der Organe der örtlichen Selbstverwaltung bestehen sollte, die aber nach den Prinzipien des allgemeinen Stimmrechts reorganisiert und auf ganz Russland ausgedehnt werden sollten.

19. Die Minister sind vor der Versammlung der Volksvertreter verantwortlich […].
20. Die örtliche Selbstverwaltung soll auf das ganze Russische Reich ausgedehnt werden. […]

42. Recht auf Streik […].
    Die Volksbildung soll auf den Grundsätzen der Freiheit, Demokratisierung und Dezentralisierung organisiert werden […].

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 263–264.

Q5b Programm der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum findet sich der Zar und seine Regierungsform im Parteiprogramm wieder?

Angenommen auf dem II. Kongress der RSDAP Juli/August 1903 in Brüssel

[…] Die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei sieht sich als eine Abteilung der internationalen Armee des Proletariats und verfolgt das gleiche Endziel, das auch die Sozialdemokraten der anderen Länder anstreben. […]

Unerlässliche Voraussetzung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d.h. die Eroberung einer solchen politischen Macht durch das Proletariat, die es ihm erlaubt, jeglichen Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. […]

In Russland, wo der Kapitalismus schon zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, haben sich noch sehr zahlreiche Überreste unserer alten vorkapitalistischen Ordnung erhalten […]. Das Bedeutendste aller dieser Überbleibsel und das mächtigste Bollwerk dieser ganzen Barbarei ist die zarische Selbstherrschaft. Sie ist ihrer ganzen Natur nach jeglicher gesellschaftlichen Bewegung feindlich gesinnt und muss der schlimmste Gegner aller Freiheitsbestrebungen sein.

Daher stellt sich die RSDAP als nächste politische Aufgabe, den Sturz der zarischen Selbstherrschaft und deren Ersetzung durch eine demokratische Republik, deren Verfassung gewähren soll:

1. Die Selbstherrschaft des Volkes, d.h. die Konzentration der gesamten obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes zusammengesetzt ist und eine Kammer bildet.
2. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht […].
3. Weitreichende örtliche Selbstverwaltung […]. […]
8. Das Recht der Bevölkerung auf Bildung in der Muttersprache, […] die gleichberechtigte Einführung der Muttersprache neben der Staatssprache in allen örtlichen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. […]
13. Die Trennung der Kirche vom Staat […].

Indem sie die Erreichung ihrer nächsten Ziele anstrebt, unterstützt die RSDAP jede oppositionelle und revolutionäre Bestrebung, die gegen die in Russland bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung gerichtet ist, […]. […]

[Dies ist] […] allein *durch den Sturz der Selbstherrschaft* und die Einberufung einer *Verfassunggebenden Versammlung* erreichbar […], die vom ganzen Volk frei gewählt wird.

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 259–260.

Q5c Programm des „Bundes vom 17. Oktober“ (Oktobristen)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie deuten die Oktobristen das Manifest vom 17. Oktober inhaltlich?

Das Allerhöchste Manifest vom 17. Oktober 1905 hat in Fortentwicklung des Gesetzes vom 6. August über die Reichsduma das russische Volk zur tätigen Teilnahme im Einvernehmen mit dem Zaren am Aufbau des Staates herangezogen. Der Volksvertretung, die sich direkt auf die breiten Volksmassen stützt und ihre Kraft aus der Kenntnis der Nöte des Volkes und ihrer Autorität aus dem allgemeinen Wahlrecht zieht, hat das Manifest einen entscheidenden Einfluss auf die Angelegenheiten der Gesetzgebung und der Verwaltung des Landes eingeräumt. […]

Auf diese Weise stellt das Manifest vom 17. Oktober einen entscheidenden Umbruch in den Schicksalen unseres Vaterlandes dar; von nun an ist unser Volk ein politisch freies Volk, unser Staat ein Rechtsstaat und in unsere Staatsordnung ein neues Prinzip eingeführt worden, das Prinzip der konstitutionellen Monarchie. […]

Zu diesem Zweck bildet sich […] ein Bund, bei dem mitzuwirken nicht nur einzelne Personen, sondern auch ganze Parteien aufgerufen sind […]. Dieser Bund erhält den Namen „Bund vom 17. Oktober“ und verkündet folgende Grundsätze:

1. Die Bewahrung der Einheit und Unteilbarkeit des Russischen Staates. […] verpflichtet der Grundsatz, allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die direkt oder indirekt auf die Aufsplitterung des Russischen Reiches gerichtet sind und auf die Ersetzung des einheitlichen Staates durch einen Bundesstaat oder Staatenbund. […]
2. Die Entwicklung und Befestigung der Prinzipien der konstitutionellen Monarchie mit der Volksvertretung, welche auf allgemeinem Wahlrecht begründet ist. […]
4. Die Unaufschiebbarkeit der Einberufung der Reichsduma.

Übersetzung nach: Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 264–265.

Q5d Programm der Trudowiki

Möglicher Erschließungsimpuls: Welcher heutigen Partei würde man die Trudowiki zuordnen können?

Programm der Parteigruppe der Arbeit (Trudovaja Gruppa/ Trudowiki)

[Das Programm, das gemäß den Grundlagen der Tätigkeit der Parteigruppe der Arbeit in der Ersten Staatsduma und den Beschlüssen des I. Kongresses der Gruppe vom 4. bis 7. Oktober 1906 ausgearbeitet worden war, wurde vom II. Delegiertenkongress vom 15. bis 17. Februar 1907 unter Beteiligung der Trudowiki-Abgeordneten der Zweiten Duma angenommen.]

Die russische Befreiungsbewegung wurde durch jahrhundertelange politische und wirtschaftliche Unterdrückung ins Leben gerufen.

Die gesamte Last dieser Bewegung wurde und wird von der werktätigen Bevölkerung getragen: der städtischen Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft, den Angestellten in Handel, Industrie und anderen Betrieben und ganz allgemein der werktätigen Intelligenz.

Zusammen bilden sie das werktätige Volk.

[…]. Die Parteigruppe der Arbeit ist als sozialistische Partei Teil der großen internationalen sozialistischen Familie […].

A. Politisches Programm

I. Auf politischem Gebiet fordert die Parteigruppe der Arbeit die Errichtung einer uneingeschränkten Volksherrschaft, d.h. einer demokratischen Republik. Die Volksvertreter sollen in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl ohne Unterschied des Geschlechts, der nationalen Zugehörigkeit und des Glaubens gewählt werden und sollen nur eine Kammer, die nationale Staatsduma, bilden.

Diese Volksvertretung besitzt die gesamte gesetzgebende Gewalt: Ohne sie kann kein Gesetz erlassen oder aufgehoben werden.

Die Volksvertretung stellt jährlich einen Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Staates auf. Niemand außer der Volksvertretung darf dem Volk Steuern, Zölle oder Abgaben zu Gunsten des Staates auferlegen. Ohne ihre Zustimmung dürfen keine staatlichen Kredite aufgenommen werden.

Ohne die Zustimmung der Volksvertretung sind internationale Verträge und Abkommen ungültig.

Die Volksvertretung übt die volle Kontrolle über alle Handlungen der Exekutive aus.

Die Exekutivgewalt wird von einem Ministerium ausgeübt, das das Vertrauen der Volksvertretung genießt und ihr gegenüber verantwortlich ist. […].

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Jede Bevorzugung oder Beschränkung auf Grund der Religion, der nationalen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder des Standes ist abzuschaffen. Die Einteilung der Bürger in Stände wird aufgehoben.

Jedem Bürger wird die volle persönliche Unverletzlichkeit, die Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung, die Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse, die freie Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes, die Versammlungs-, Vereinigungs- und Streikfreiheit gewährleistet.

II. In der Frage der Regierungsführung wird sich die Parteigruppe der Arbeit für folgendes einsetzen:

a) eine breite Anwendung des Wahlprinzips in der Verwaltung; […].

e) die allgemeine Einführung der Selbstverwaltung in den Städten, den Zemstvo und Dörfern. […]. Die lokale Selbstverwaltung soll in allen Teilen des russischen Staates eingeführt werden, wobei in den lokalen Institutionen die jeweilige Sprache der lokalen Volksgruppen verwendet werden soll. […]. Die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane unterliegt nur der Kontrolle ihrer Gesetzmäßigkeit, die von der Justiz ausgeübt wird. Das Parlament kann sich durch besondere Ausschüsse über den Zustand der lokalen Selbstverwaltungen unterrichten und hat das Recht, sie aufzulösen.

III. Im Bereich der Justizverwaltung wird sich die Parteigruppe der Arbeit für folgendes einsetzen:

a) ein unabhängiges, öffentliches und für alle Bürger gleiches Gerichtswesen mit gewählten Richtern und weitgehender Anwendung des Schwurgerichtsverfahrens; […]

IV. Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen wird die Parteigruppe der Arbeit jede Eroberungspolitik ablehnen und sich dafür einsetzen, dass internationale Streitigkeiten ohne Blutvergießen durch internationale Gerichtshöfe auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit beigelegt werden. […] die schrittweise Schaffung einer Föderation europäischer Staaten. […].

VI. In der nationalen Frage tritt die Parteigruppe der Arbeit für die volle Gleichberechtigung aller Volksgruppen innerhalb des russischen Staates ein. […].

C. Öffentliche Bildung

Im Bewusstsein, dass die allgemeine Verbreitung der Bildung eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlergehen und die politische Kraft des Volkes ist, und dass der Mangel an Wissen und der niedrige Kulturstand der werktätigen Massen eine der Hauptursachen für unsere Rückständigkeit im wirtschaftlichen und sozialen Leben ist, wird die Parteigruppe der Arbeit sich für folgendes einsetzen:

1) die schnellstmögliche Einführung der allgemeinen Schulpflicht für die ersten beiden Schulstufen (bis zum Alter von 14–15 Jahren); […].

Alle diese Forderungen der Parteigruppe der Arbeit drücken nur die dringendsten Nöte des Volkes aus, die drängenden Bedürfnisse der großen Mehrheit. Ihre Erfüllung ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass das werktätige Volk ungehindert seinem Endziel – der Beseitigung aller sozialen Ungleichheit, aller Unterdrückung, aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – entgegengehen kann.

[…].

Rossija. Gossudarstwennaja Duma. Sozyv (4). Trudowaja gruppa. Programma Trudowoj Gruppy, Moskau 1917, S. 1–6, 14–17. Übersetzung: F. Coppenrath.

Q6 Die Anzahl der Sitze in der Reichsduma von 1906–1917

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie entwickeln sich die Mehrheiten von 1906 bis 1912?

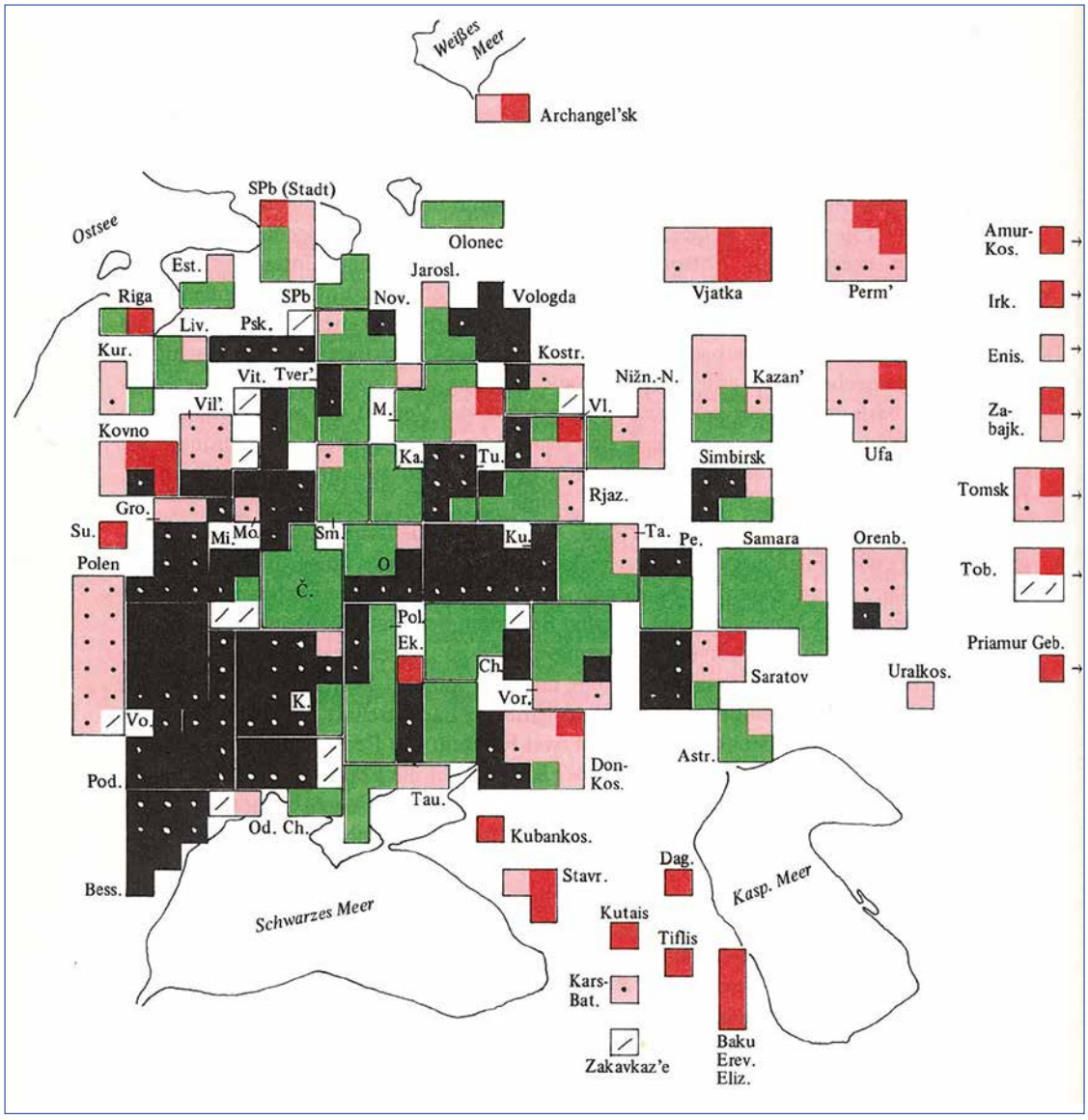
		1. Duma (April 1906)	1. Duma (26. Juni 1906)	2. Duma (Februar – Juni 1907)	3. Duma (1907)	3. Duma (1911–1912)	4. Duma (Mai 1914)
Sozialistische Fraktionen	Sozial-Demokraten		18	65	19	13	12
	Sozialrevolutionäre			37			
	Linke Fraktion	47					
	Trudowiki		102	104	14	11	10
	Volksozialisten			16			
Zentristische und liberale Fraktionen	Demokratische Reformer	4	6	1			
	Kadetten	182	176	98	54	53	55
	Gruppe des Zentrums						36
	Progressisten und Vorgänger	36	38		28	37	41
Konservative Fraktionen	Oktobristen	26		44	154	132	86
	Handels- und Industriepartei	2					
	Unabhängige Gruppe						13
Rechte und nationalistische Fraktionen	Rechte Monarchisten			10			
	Rechte	8			51	52	60
	Moderate Rechte				70		86
	Russische nationalistische Fraktion					77	
	Unabhängige Nationalisten					16	
Autonomisten und Fraktionen auf nationaler Grundlage	Nationale Parteien	60			26		
	Polnischer Kreis		33	46	11	11	9
	Parteilose Autonomisten		14				
	Muslimische Gruppe			30	8	9	6
	Kosakische Gruppe			17			
	Polnisch-litauisch-belo-russische Gruppe				7	9	6
Partei- bzw. Fraktionslose		83	100	50		23	17
		448	487	518	442	443	437

Anmerkung: Die angegebenen Zahlen zu den Fraktionsstärken der vier ersten Dumas, und sogar die Gesamtanzahl von Abgeordneten variieren von Quelle zu Quelle. Das liegt auch daran, dass es innerhalb der Legislaturen zahlreiche Fraktionswechsel und Aufsplitterungen von einzelnen Fraktionen gab.

Zusammenstellung nach: A.F. Smirnow, Gosudarstwennaja Duma Rossijskoj Imperii 1906–1917, Moskau 1998, S. 607–610.
Die Einteilung nach politischen Neigungen ist von den Autoren.

Q7 Ergebnisse der Duma-Wahlen 1907: großräumiges Vorwiegen politischer Richtungen

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche regionalen Schwerpunkte haben die einzelnen politischen Richtungen?



Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland, 1906–1914, Wiesbaden 1982, S. 316.

Q8 Ergebnisse der Duma-Wahlen 1912: großräumiges Vorwiegen politischer Richtungen

Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland, 1906–1914, Wiesbaden 1982, S. 317.

D2 Das politische System nach der Revolution von 1905

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum sind alle Reformschritte nach 1905 nur halbherzig?

Die Revolution von 1905 bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des politischen Systems Russlands. Der vorübergehende Schulterschluss der liberalen mit der revolutionären Opposition zwang Nikolaus II. dazu, im sogenannten Oktobermanifest erstmals einer konstitutionellen Beschränkung der Autokratie zuzustimmen und die Gewährleistung der bürgerlichen Rechte sowie die Wahl einer gesetzgebenden Versammlung zu versprechen. Um aber zu verhindern, dass sich die Staatsduma zu einer Konstituante [= Verfassungsgebenden Nationalversammlung] entwickelte, oktroyierte der Zar kurz vor deren erstem Zusammentreten am 23.4.1906 die sogenannten Grundgesetze (Osnovnye zakony). Der Begriff Verfassung wurde bewusst vermieden.

Das neue politische System wies vom demokratischen Standpunkt her weitere gravierende Mängel auf: Das Wahlrecht für die Staatsduma war weder allgemein noch direkt noch gleich. Ihre Mitglieder genossen keine vollständige Immunität. Die Minister waren dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich, auf wichtige Bereiche der Gesetzgebung und des Budgets besass es keinen Einfluss. Die Schwäche der Staatsduma drückte sich auch darin aus, dass ihre Beschlüsse der Zustimmung des Reichsrates bedurften, der zur Hälfte vom Zaren ernannt wurde. Danach konnte letzterer noch immer sein Veto einlegen. Schliesslich besass der Zar das alleinige Initiativrecht für Änderungen der Grundgesetze, konnte die Staatsduma jederzeit auflösen und in den Sessionspausen Gesetze durch Notverordnungen erlassen.

Hatte Nikolaus II. schon die beiden ersten Dumen jeweils nach kurzer Zeit aufgelöst, weil sie eine weitergehende Demokratisierung gefordert hatten, erliess er in einem staatsstreichartigen Akt am 3.6.1907 auf dem Notverordnungsweg ein neues Wahlrecht, welches eine systemloyale Dumamehrheit sicherstellen sollte. Zar und Regierung fanden jedoch auch mit der konservativer und nationalistischer zusammengesetzten dritten und vierten Duma nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Dabei war die Rollenverteilung keineswegs eindeutig. Denn die mit geringen Befugnissen ausgestattete Duma machte ihren Einfluss oft gerade dadurch geltend, dass sie Reformprojekte der Regierung blockierte, die zu einer weitergehenden Demokratisierung und Modernisierung geführt hätten. Umgekehrt bewog Ministerpräsident P. A. Stolypin 1911 den Zaren dazu, das Parlament kurzzeitig zu suspendieren, um die Zemstvo-Reform auf dem Notverordnungsweg durchzusetzen, nachdem sich der Reichsrat gegen eine Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung ausgesprochen hatte.

Spielten phasenweise die Mechanismen eines parlamentarischen Systems, wurde der Konsens zwischen Regierung und Parlament meist über ein russisch-nationalistisches Programm hergestellt. Daher gehörten die nicht-russischen Nationalitäten, die bereits durch das ungleiche Wahlrecht gegenüber den Russen benachteiligt wurden, auch zu den Verlierern der parlamentarischen Praxis. Die mangelnde Integration der nicht-russischen Bevölkerungsmehrheit in das rudimentäre parlamentarische System hätte einen allfälligen Demokratisierungsprozess auf Dauer destabilisiert, zumal die Nationalitäten in der Revolution von 1905 eine aktive Rolle gespielt hatten. […].

Daher bestand ein traditionelles Charakteristikum des russländischen Regierungssystems fort: Die einzelnen Ministerien, insbesondere das Finanz- und das Innenministerium, agierten unkoordiniert und nur allzu oft gegeneinander, weil sie unterschiedliche Gruppeninteressen vertraten und eigenständige Machtfaktoren bildeten.

Allen Relativierungen zum Trotz bedeutete die konstitutionelle Einschränkung der Autokratie einen verfassungsgeschichtlichen Bruch, worauf die „Optimisten“ in der Forschung mit Nachdruck hinweisen. Einige Indizien sprechen dafür, dass dieses System durchaus die Fähigkeit besessen hätte, sich in einer längeren Friedensperiode zu einem parlamentarischen weiterzuentwickeln. Die Dumaabgeordneten erkämpften sich Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse, indem sie ihre geringen Kompetenzen voll ausschöpften und dazu nutzten, ihren schmalen Wirkungsbereich allmählich auszuweiten. Die blosse Existenz eines Parlamentes übte einen starken Einfluss auf die Verfassungswirklichkeit und die Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit aus. […] Der rudimentären Zivilgesellschaft waren aber elementare institutionelle Ausdrucksformen lange verwehrt geblieben. Erst nach der Revolution von 1905 konnten sich politische Parteien legal betätigen. In Form der Staatsduma besassen sie nun ein öffentliches Forum. Die Gewährung der Vereinigungsfreiheit schuf neue Voraussetzungen für die gesellschaftliche Selbstorganisation in Berufsverbänden und Gewerkschaften. Die Bedeutung der Presse nahm nicht nur wegen der Abschaffung der Vorzensur zu, sondern auch, weil die Anzahl der Presseerzeugnisse stark anstieg und allmählich breitere Bevölkerungskreise erreichte, da ihre Preise sanken und die Alphabetisierung zunahm. Die Parteien waren aber an der Basis nur schwach verankert, die Mehrheit der Bevölkerung blieb von der entstehenden politischen Öffentlichkeit unberührt. Das neue System erreichte in dem knappen Jahrzehnt bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht das Stadium der Konsolidierung. […]

Stefan Wiederkehr: „Russland – Das Legitimitätsdefizit des politischen Systems als Hindernis der ökonomischen Transformation“, S. 43–120. In: Carsten Goehrke, Seraina Gilly (Hg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft / Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich, Band 93, Bern u.a. 2000, S. 104–107.

D3 Die erste Duma und die Folgen

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Auswirkungen hatten die Auflösung der ersten Duma und andere Maßnahmen auf die innere Ordnung der Duma?

Die Bereitschaft der neuen Administration, über den ‚Scheinkonstitutionalismus' weit und auf Dauer hinauszugehen, schien außer Frage zu stehen und wurde z.T. auch auf der Gegenseite anerkannt. Sie vermochte jedoch nicht wieder auszulöschen, was seit der Auflösung der 1. Duma geschehen war: Der Graben des Hasses und Mißtrauens war durch Wellen blutiger Gewalttaten von der einen Seite, durch brutale Strafexpeditionen und durch die Exekutionen der ‚Feldkriegsgerichte' auf der andren Seite weiter aufgerissen worden. Zwar rief Stolypin in seiner Regierungserklärung am 6. März dazu auf, eine gemeinsame Sprache zu finden, da einträchtige Arbeit ‚auf dem Boden und in der Sprache des Hasses und der Bosheit' nicht möglich sei; gleichzeitig betonte er aber, die Duma habe nicht das Recht, der Regierung, die sich der Verantwortung keineswegs entziehen wolle, Tadel oder Mißbilligung auszusprechen, und den Revolutionären rief er die Worte zu, die ihn rasch überall berühmt machten: Durch vorgehaltene Revolver werde sich die Regierung ‚nicht einschüchtern' lassen.

Große Teile der nichtrevolutionären politischen Kräfte links von der Oktobristenführung konnten jedoch weder beschwichtigt noch von der konstitutionellen Verläßlichkeit der neuen Regierung überzeugt werden. In der Duma versuchten die Kadetten angestrengt, angesichts der Festigung der Regierungsmacht und im Bewußtsein des Abklingens der revolutionären Energien, die linke Dumamehrheit zu sachlicher Arbeit zu bringen, allzu schroffe Provokationen gegenüber der Regierung aber zurückzudämmen. Dies blieb nicht ganz ohne Erfolg. Einige Ausschüsse der Duma begannen emsig zu arbeiten. Die den K.D. nahestehende Publizistik bescheinigte ihr angelegentlich wachsende ‚Reife' und die Fähigkeit, gleichzeitig gegen Servilität wie gegen Rebellion zu wirken.

Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland, 1906–1914, Wiesbaden 1982, S. 306.

D4 Die Duma und der Zar (1907–1914)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum trat auch die dritte Duma gegenüber dem Zaren selbstbewusst und änderungsorientiert auf?

Die 1907 zusammengetretene dritte Duma absolvierte tatsächlich die volle Legislaturperiode von fünf Jahren. Ein Blick darauf rechtfertigt keine ausschließlich negative und skeptische Einschätzung der Entwicklungspotentiale des Parlamentarismus in Russland. […] Der Anschein, die dritte Duma werde sich aufgrund ihrer konservativ-rechten Mehrheit dem Zaren stets loyal unterordnen, sollte sich jedoch bereits eine Woche nach der Eröffnung des Parlamentes als Trugschluss erweisen. Am 8. November 1907 debattierte die Duma, wie sie den Eröffnungsgruß Nikolaus' II. an das Parlament in einer Adresse an den Zaren erwidern sollte. Die rechten Parteien insistierten darauf, dass der Zar in der Adresse achtungsvoll als Autokrat bezeichnet werde. Bereits hier brachen die Oktobristen aus dem konservativ-rechten Lager aus und setzen zusammen mit den liberalen Kadetten durch, dass das Wort Verfassung Aufnahme in die Adresse fand. […] Im Frühjahr 1908 machte die Duma abermals unter Einbeziehung der Oktobristen und Rechten deutlich, dass sie eine weitere Beschneidung der Stimmrechte des Parlaments nicht hinzunehmen bereit war. […]

Ungeachtet ihres eingeschränkten Budgetrechts erreichte die dritte Duma, dass auf Gesetzesgrundlage die Regierung eine Liste der Ausgaben und Einnahmen vorzulegen hatte. […] Wenn der Haushalt debattiert wurde, waren Plenum und Zuschauerränge gleichermaßen gefüllt. […] Selbst ein Parlament, dessen Mitte-rechts-Zusammensetzung Nikolaus II. als Gewähr unbehelligten Regierens angesehen hatte, fügte sich nicht in die Rolle eines willfährigen Erfüllungsgehilfen. […]

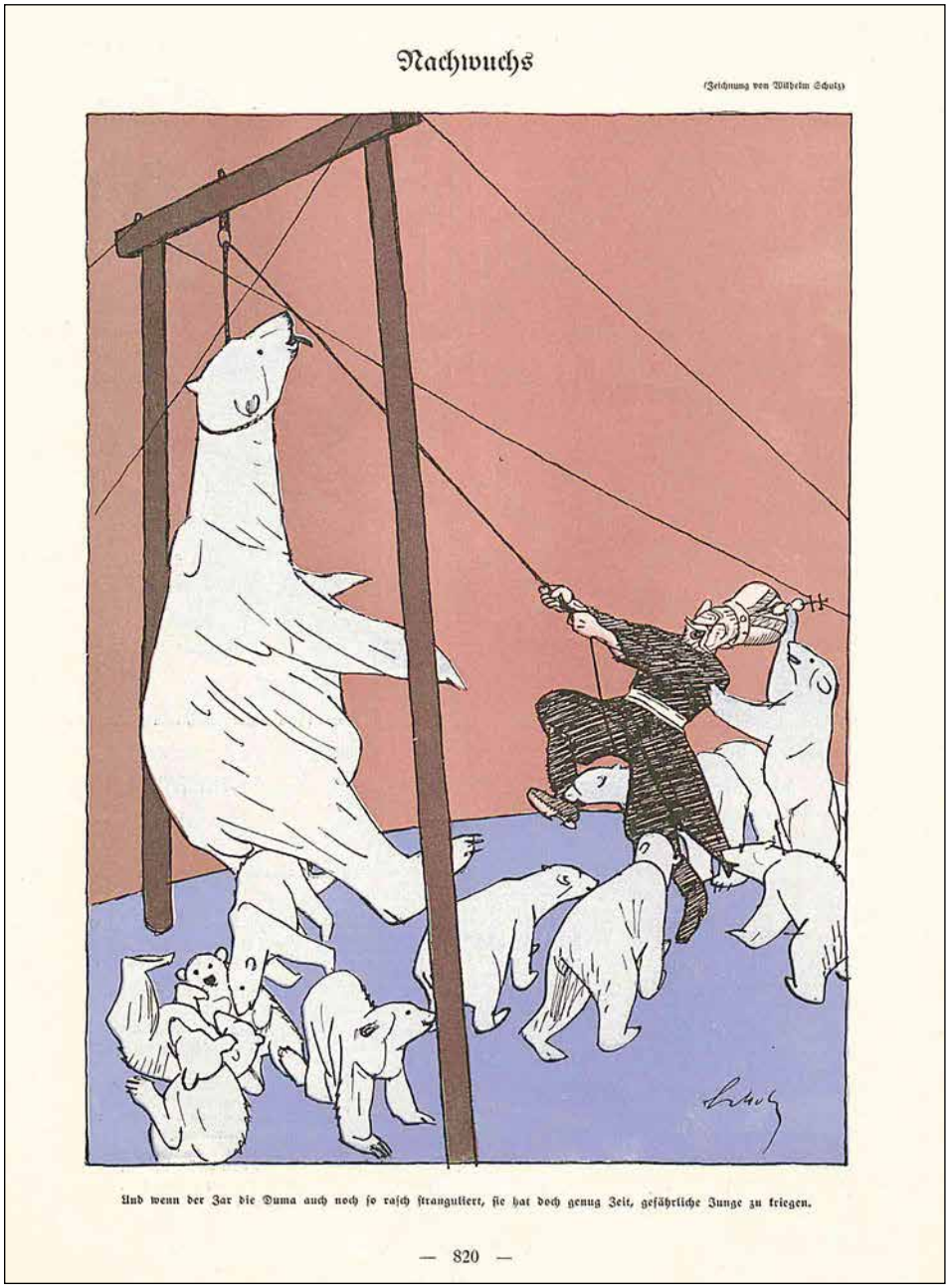
1913 jährte sich zum 300. Mal der Beginn der Herrschaft der Romanovdynastie. […] Nikolaus II. fuhr die Reiseroute seines Ahnen 1913 nochmals ab. Allerorten bestärkten ihn die inszenierten Begegnungen mit der einfachen Bevölkerung in dem Glauben, die Revolution von 1905 habe das feste Band zwischen Zar und Volk nicht zerrissen. Von dieser Vorstellung umsponnen, blieben Nikolaus II. die rasende Entwicklung des Reiches, seine Probleme und Potentiale und die Entwicklungskräfte der Gesellschaft verborgen.

[…] Zugleich lebten an vielen Orten ehrgeiziger Rohstoffgewinnung und Industrialisierung Arbeiter in unbeschreiblich primitiven Verhältnissen. Auf den Goldfeldern der Lena kam es 1912 zu einem Arbeiterstreik, den die Obrigkeit brutal zusammenschießen ließ. 1914 streikten die Arbeiter in vielen Petersburger Fabriken.

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 55–57, 63.

Q9 Der Zar und die Duma

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum gefährdet der Zar im Grunde sich selbst?



„Und wenn der Zar die Duma noch so rasch stranguliert, sie hat doch genug Zeit, gefährliche Junge zu kriegen."

Zeichnung von Wilhelm Schulz (1865–1952) in: Simplicissimus Nr. 50 (Jg. 11), 11. März 1907, S. 820. URL: http://www.simplicissimus.info/uploads/tx_lombkswjournaldb/pdf/1/11/11_50.pdf

D5 Die Rolle der Zivilgesellschaft in Russland (1905/06–1914)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum gab es einen Demokratisierungsprozess in Russland?

In Rußland gab es zwischen der Revolution von 1905 und dem Ersten Weltkrieg ein ebenso reiches wie reges politisches Leben, das sich in vielfältigen Formen äußerte und gestaltete; im Schatten einer niedergeworfenen Revolution entwickelten die Russen große politische Vitalität und Gestaltungskraft – im neugeschaffenen Parlament, in zahlreichen Verbänden und Parteien, in einer vielstimmigen politischen Publizistik. ‚Das russische Volk … demokratisiert sich erstaunlich schnell', konstatierte 1908 ein konservativer und keineswegs russophiler deutscher Beobachter, ‚und, was noch bemerkenswerter ist, leicht.' Wenn sowohl die Qualität wie die Breite dieses allgemeinen Vorgangs nachgewiesen werden kann, so beansprucht er historische Bedeutung – ungeachtet des ereignisgeschichtlichen Fortgangs seit 1917. Verbreitete Pauschalurteile über diese Epoche der russischen Geschichte müßten ebenso korrigiert werden wie zähe Verdikte über das russische Volk schlechthin.

Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland, 1906–1914, Wiesbaden 1982, S. 1.

D6 Russlands Wandel in den Jahren 1905–1914 (2)

Mögliche Erschließungsimpulse: Was bedeutete das Gegenüberstehen von Autokratie und parlamentarischer Kontrolle in der Duma? Warum war der Landreformansatz von Stolypin problematisch?

Russlands parlamentarische Ära begann am 27. April 1906 mit einer Zeremonie zur Öffnung der Duma im großen Thronsaal des Winterpalastes. Auf der einen Seite des Saales war in ganzer Pracht das autokratische Russland vertreten […]. Ihnen gegenüber standen die Duma-Abgeordneten ein bunter Haufen aus Akademikern, Bauern in Baumwollhemd und Kittel, aber so gut wie keine Arbeiter. Die beiden Seiten standen sich feindselig gegenüber.

Diese Gegenüberstellung gab einen Vorgeschmack auf das, was kommen sollte. Die sogenannte Dumaphase von 1906 bis 1917 sollte als ein Ringen zwischen den miteinander wetteifernden Prinzipien der Autokratie und der parlamentarischen Kontrolle aufgefasst werden. Viel hing von der Bereitschaft Nicolas II. ab, der Duma mehr Vollmachten zu gewähren und von der Bereitschaft der Duma, mit der Regierung an der Gestaltung der notwendigen Reformen mitzuarbeiten, um das Land zu stabilisieren. Es war ein Test, den beide Seiten nicht bestanden.

Nikolaus weigerte sich, das Oktobermanifest als Begrenzung der Autokratie zu akzeptieren. Er hatte es widerwillig gewährt, um seinen Thron zu retten, aber er hatte es nicht als eine Verfassung anerkannt, die der Duma irgendwelche Befugnisse übertrug. Von einer Verfassung war weder im Manifest noch in den Grundgesetzen vom April 1906 die Rede, die das neue Verhältnis zwischen Krone und Parlament formal regelten. Damit war jede Hoffnung ausgeschlossen, dass die Kadetten mit der Regierung zusammenarbeiten würden. Sie zogen es vor, in der Opposition zu bleiben, statt ihre konstitutionellen Prinzipien aufzugeben. Die Grundgesetze beließen die ganze Macht beim Zaren. […]

Die Duma war radikaler, als die Regierung bei der Ausarbeitung des Wahlrechts erwartet hatte. Nach der Eröffnungssitzung im Taurischen Palast in St. Petersburg entwickelte sie sich zu einer revolutionären Tribüne, die radikale politische Reformen forderte, unter anderem die Ernennung einer der Duma rechenschaftspflichtigen Regierung, die Abschaffung des Staatsrats und das allgemeine Männerwahlrecht. […] Die beiden größten Parteien, die Kadetten und die Trudowiki […] waren sich einig, dass eine Bodenreform unerlässlich sei, bei der die Grundbesitzer vom Staat zugunsten der Bauernschaft enteignet würden (im Gegensatz zu den Trudowiki schlugen die Kadetten eine Entschädigung für die Grundbesitzer vor). Da der Zar nicht bereit war, solche Forderungen auch nur in Betracht zu ziehen, löste er die Duma am 8. Juli 1906 auf.

Zwei Wochen danach ernannte Nikolaus Pjotr Stolypin zu seinem neuen Ersten Minister. Stolypin […] erkannte […], dass die Landfrage nur durch eine grundlegende Reform gelöst werden konnte. […] [Er] löste die Landfrage, indem er den Bauern half, sich von der Bauerngemeinde zu lösen und ihr Land als Privatbesitz einzutragen. Durch ein Gesetz vom 9. November 1906 erhielt das männliche Oberhaupt einer Bauernfamilie das Recht, sein Land in einen geschlossenen privaten Hof (*chutor*) umzuwandeln oder ihn innerhalb des Dorfes zu privatisieren (*otrub*). Der Staat stellte sich hinter die Reform, beschäftigte Tausende von Agronomen und bot über eine Bauernbank Darlehen für den Kauf und die Bewirtschaftung der bisherigen gemeinschaftlichen Ackerflächen an. […] Nur indem der Staat eine neue Klasse bäuerlicher Grundbesitzer schuf, konnte er eine weitere Revolution auf dem Land verhindern.

[…] Selbst mit [der neuen Duma von 1907] gelang es Stolypin nicht, große Fortschritte mit seinem umfassenden Reformprogramm zu erzielen. Sein Vorschlag, auf der Ebene der *wolosti* (Amtsbezirke) *Semstwa* zu gründen, wurde vom Vereinigten Adel blockiert, einer Organisation der Grundbesitzer mit einflussreichen Unternehmern bei Hofe und im Staatsrat […]. Sein Versuch, das staatliche System der Grundschulen auszudehnen, wurde von der Kirche torpediert, die ihre eigenen Gemeindeschulen hatte. Die Agrarreform verlor an Stoßkraft. Lediglich 15 Prozent der Bauern sicherten sich private Felder – in der Regel gegen den erbitterten Widerstand der übrigen Dorfgemeinschaft.

[…] Stolypin hatte die Bindung der Bauern an die *mir* falsch verstanden. Er hatte angenommen, dass sie deswegen arm seien. Dabei war es genau umgekehrt: Die Dorfgemeinschaft diente dazu, die Bürde der Armut zu teilen, und solange sie arm waren, hatten sie keinen Grund, sie zu verlassen.

Stolypin wurde am 1. September 1911 ermordet. […] Als der Zar von seinem Tod erfuhr, soll er angeblich gesagt haben: „Jetzt wird keiner mehr von Reform reden." Die Zarin war erleichtert über das Ende Stolypins […]. […] Zum Zeitpunkt seiner Ermordung waren Stolypins Reformen festgefahren und konnten nicht weiterkommen.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 240–244.

D7 Russlands Wandel in den Jahren 1905–1914 (3) am Beispiel der Wolgadeutschen

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Motive lassen sich für die Emigration der Wolgadeutschen feststellen?

[…] geht deutlich hervor, daß die Zahl der Emigranten gerade nach den von Mißernten geprägten Hungerjahren 1897 und 1898 besonders hoch war, was darauf schließen läßt, daß ihre Ausreise vor allem ökonomische Gründe hatte. Zugleich waren die zentralen [russischen] Behörden allerdings bestrebt, die wirtschaftlichen Ursachen der deutschen Emigration nicht sonderlich herauszustellen und hielten vielfach am traditionellen Vorwurf fest, daß die Deutschen sich mit der Auswanderung dem Wehrdient entziehen wollten.

[…] Beschränkt man die Betrachtung auf die Gouvernements Samara und Saratov, läßt sich sagen, daß die Emigrationsbewegung in der Vorkriegszeit (1900–1914) fast durchgängig Kreise mit deutschen Dörfern erfaßte, während russische Bauern nur sporadisch und vereinzelt auswanderten. In erster Linie war die Emigration durch die schwere ökonomische Lage infolge von Landarmut und katastrophalen Mißernten, durch das Fehlen einer Möglichkeit zu geregeltem Einkommen und eine stetig steigende Arbeitslosigkeit motiviert. Dennoch spielte auch der Wunsch, sich der Einberufung in die Armee zu entziehen, eine Rolle, und zwar insbesondere in Kriegszeiten bzw. in deren unmittelbarem Vorfeld (vor dem Russisch-Japanischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg).* Tendenziell überwog allerdings während der gesamten Vorkriegszeit des 20. Jahrhunderts die ökonomisch motivierte Emigration […].

* […] Mit Beginn des Russisch-Japanischen Kriegs änderte sich […] schlagartig die Stimmung der deutschen Rekruten und Reservisten, nicht zuletzt auch wegen einer wenig durchdachten Mobilisierungspolitik der russischen Regierung, die die Familien der Kriegsdienst leistenden Kolonisten in vielen Fällen ihrem Schicksal überließ. Gerade zu dieser Zeit stieg die Zahl der illegal aus Rußland ausreisenden Deutschen rapide an.

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 161–164.

Q10 Zahl der deutschen Siedler des Amtsbezirk Medwediza (Frank), die sich dem Wehrdienst entzogen (1905–1915)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie verhielten sich die deutschen Siedler gegenüber dem Wehrdienst?

Einberufungsjahr	Zahl der Einberufenen	Zahl derer, die sich der Einberufung durch Emigration entzogen	Zahl der in die Armee eingezogenen	Zahl der Gemusterten
1905	245	55	102	190
1906	215	97	80	118
1907	197	95	59	102
1908	225	96	52	129
1909	256	102	69	154
1910	223	80	74	143
1911	200	57	76	143
1912	229	101	37	128
1913	227	78	40	149
1914	197	78	57	119
1915	218	70	75	148
INSGESAMT	**2.632**	**909**	**721**	**1.523**

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 184.
Die Zahlen stammen von einem Rapport des lokalen Polizeichefs vom 8.2.1915.

Q11 Die Emigrationsbewegung vieler Wolgadeutscher (1910–1914) in die USA

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war die Emigration so begrenzt?

[…] die Agrarreformen Stolypins vom Dekret des 9. November 1906 bis zum Gesetz vom 14. Juni 1910 [hatten] praktisch keine Auswirkungen auf die Emigration der Wolgadeutschen. […]

[…] die Auswanderung und Arbeitswanderung von Wolgadeutschen [kam] in dieser Zeit [1910–1913] nicht zum Stillstand. Den Höhepunkt erreichte sie in den letzten Jahren vor dem Krieg. […] Im Vorfeld des ersten Weltkrieges stieg die Zahl der deutschen Siedler an, die die Behörden offiziell über ihre Absicht in Kenntnis setzten, Rußland für immer verlassen zu wollen. Von allen in den Jahren 1910 bis 1912 auf Dauer nach Amerika ausgereisten Personen kehrten nur 32 zurück. […]

Nach Angaben des Spezialisten für die demographische Geschichte Rußlands Kabuzan war die Migration der Rußlanddeutschen einschließlich der Wolgadeutschen in der Zeit zwischen dem Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine der größten in Europa.

Dynamik der Ausreise nach Amerika aus dem „gemischten" 8. Distrikt des Kreises Kamysin in den Jahren 1910–1912

AMTSBEZIRK	Jahr		
	1910	1911	1912
Gusewl'skoe	29	55	80
Kotovo	17	15	59
Ilavlja	201	471	458
INSGESAMT	**247**	**541**	**597**

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 200–202, 204. Tabelle: S. 204.

Q12 Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des zarischen Russlands 1857–1914

VOLK	1857	1914
Russen	45,9 %	44,6 %
Ukrainer	17,1 %	18,1 %
Weißrussen	5,3 %	4,0 %
Esten	0,9 %	0,7 %
Tataren	2,6 %	1,8 %
Tschuwaschen	0,7 %	0,6 %
Kalmücken	0,2 %	0,1 %
Baschkiren	0,8 %	1,0 %
Letten	1,3 %	1,0 %
Finnen	2,2 %	1,0 %
Mordwinen	0,9 %	0,7 %
Deutsche	1,1 %	1,4 %
Polen	5,3 %	6,5 %
Juden	2,7 %	4,2 %*
Kasachen	2,2 %	2,7 %
Armenier		1,2 %
Aserbaidschaner		1,2 %
Usbeken		1,2 %
Litauer	1,6 %	1,0 %
Grusinier		1,0 %
Moldauer	1,0 %	0,7 %
Andere	8,2 %	5,3 %
Insgesamt in MILLIONEN	**75,9 Mio**	**171,8 Mio**

* Durch die Erweiterung der Grenzen des Russischen Reiches im 19. Jahrhundert wurden infolge von Eroberungen auch georgische Juden, Juden des Nordkaukasus und zentralasiatische Juden zu Untertanen des Zarenreiches, wodurch ihre Zahl deutlich zunahm.

Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 272–273. Die Zahlen sind den Arbeiten des russischen Historikers und Demografen Wladimir Kabuzan entnommen.

Q13 Das Massaker an der Lena

Gemälde „Das Lena-Massaker“ von Aleksandr V. Moravov (1878–1951), 1923.
Quelle: Staatliches Geschichtsmuseum in Moskau, lenin.shm.ru. Gemeinfrei. URL: https://lenin.shm.ru/lenskij-rasstrel/

D8 Das Massaker an der Lena und die Duma

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war das brutale Vorgehen für den Staat nicht nur ein Verbrechen, sondern sogar schädlich?

Die Sozialistinnen und Sozialisten träumten von einer neuen Zukunft, wenn die Hohenzollern und die Romanows abgedankt hatten. Dann würde das Proletariat auch erkennen, dass man nicht aufeinander schießen solle. Der Zeitpunkt war günstig. Im Russischen Reich erstarkte die Linke wieder nach der gescheiterten Revolution von 1905. Zwar dominierten in der 1912 gewählten Vierten Duma aufgrund des eingeschränkten Wahlrechts immer noch die Konservativen – wenn auch die Parteienlandschaft in Russland alles andere als stabil war. Doch ein tragisches Ereignis in Sibirien wurde zum Ausgangspunkt für neuerliche Protestkundgebungen gegen die Zarenregierung. Im April hatten Bergarbeiter an der Lena gegen ihre Arbeits- und Wohnbedingungen gestreikt – und wurden niedergeschossen. Das „Massaker an der Lena“ ging in die Geschichte der vorrevolutionären Bewegung ein. Viele tausend Menschen demonstrierten am 1. Mai; allein in der Hauptstadt Sankt Petersburg waren 100.000 auf den Straßen. Diese Massenunruhen rissen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht mehr ab.

Jörn Happel und Welichan Mirsechanow: Sankt-Petersburg-Berlin. Jubiläen und imperiale Bilanzen. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 336.

D9 Russlands Wandel in den Jahren 1905–1914 (4)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche geschichtliche Chance wurde in Russland verpasst?

[…], so muss man ausgehen von der Tatsache, daß „Verfassung“ und Duma das Ergebnis der Revolution waren. Die revolutionäre Volksbewegung hatte dem Zarismus das Oktobermanifest mit dem Versprechen einer Verfassung und eines Parlaments abgerungen. In dem Maße aber, wie seit der Dezemberniederlage die Kräfte der Revolution schwächer wurden, konnte diese zaristische Regierung darangehen, die Versprechungen Stück für Stück zurückzunehmen […]. Der Zar und seine Ratgeber waren der Meinung, Rußland sei nicht „reif“ für eine konstitutionelle Monarchie mit einer parlamentarischen Regierung und könne nur durch die starke Hand eines Alleinherrschers geführt werden. […]. Da der Zarismus den gemäßigten Kräften der russischen Gesellschaft nicht entgegenkam, verpaßten diese ihre geschichtliche Chance, Rußland in politisch-verfassungsrechtlicher Hinsicht an „Europa anzugleichen“, wie es das auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Industrialisierung und Auflösung der alten Agrarordnung zu tun im Begriffe stand. Der russische Liberalismus, zahlenmäßig ohnehin viel schwächer als sein westeuropäischer Bruder, kam nicht zum Zuge und blieb außerhalb der staatlichen Verantwortung in Opposition gegen die zaristische Autokratie, während von unten schon radikale soziale und politische Kräfte nachdrängten.

Die Jahre 1907 bis 1914 brachten keine wesentliche Veränderung in dem durch Revolution anschließende Reaktion hervorgebrachten Zustand.

Oskar Anweiler: Die Russische Revolution 1905–1921, Stuttgart, 3. Aufl. 1966, S. 16–17.

D10 Russlands Wandel in den Jahren 1905–1914 (5)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum war der Modernisierungsprozess in Russland durchaus erfolgreich?

[…]. Man [hier der Zar und seine Berater] wollte die industrielle Entwicklung beschleunigen, ihre sozialen Begleiterscheinungen aber auf ein Mindestmaß reduzieren, und erst recht die Herrschaftsverfassung unverändert beibehalten. Schon ein flüchtiger Rückblick lehrt, dass dieses Kalkül nicht aufging. Das Gegenteil trat ein, das Zarenreich geriet in wachsende soziale und politische Turbulenzen […]. […]

Dieses Resultat besagt aber zugleich, dass die 1861 begonnene Modernisierung durchaus erfolgreich war. Fraglos lösten die Reformen eine enorme wirtschaftliche und soziale Dynamik aus. […]. Die Industrie folgte westlichen Vorbildern, die wirtschaftlich-finanzielle Verflechtung wurde enger, das neue Bürgertum kleidete sich und dachte westlich. Unter dem Druck liberaler Kräfte und eines Massenstreiks gewährte der Zar eine Verfassung westlicher Art. Es bildete sich eine radikale Opposition, deren politische Ziele […] sich weitgehend aus dem Reservoir analoger westlicher Bewegungen speisten. Zugespitzt könnte man sogar sagen, dass die Autokratie selber Opfer eben dieses Erfolges wurde, weil sich die Modernisierung nicht auf die Wirtschaft begrenzen ließ, sondern in Gestalt einer zwar zögerlichen, aber fortschreitenden Parlamentarisierung auch die politische Ordnung erfasste.

Manfred Hildermeier: Die rückständige Großmacht. Russland und der Westen, München 2022, S. 121–122.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Skizziere und erläutere** die Situation in Russland 1905 und 1906, die Rolle des Zaren, die Rolle der Duma und die Schwierigkeiten zwischen dem Zaren und der Duma:
   a) Arbeite die Argumente heraus (Q2–Q4, Q7–Q9 und D1).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (Q1–Q4, Q7–Q9 und D1).

2. **Charakterisiere** die Rolle der Duma in Russland zwischen 1907 und 1914:
   a) Arbeite die Argumente und Fakten heraus (Q6–Q9, D2–D10).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (D2–D10, Q6–Q9).

3. **Stelle** die Rolle der Parteien der Duma in Russland zwischen 1907 und 1914 **dar**:
   a) Arbeite die zentralen Programmpunkte heraus (Q5a–d).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (D2–D10, Q7–Q8), in Bezug auf die ethnische Zusammensetzung des Russischen Reiches (Q12) und die Rolle der Wolgadeutschen (D7 und Q10–Q11).

4. **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, ein russischer bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der russischen Intelligenz, trifft sich mit seiner Ehefrau **Irina Andrejewna Gontscharowa** in einem Petersburger Café im Mai 1914: Die Frühlingsluft beflügelt das junge Ehepaar. Beide sitzen draußen auf der Kaffeeterrasse. Sie unterhalten sich sehr ungezwungen über die letzten Jahre. Beide setzten große Hoffnung in die 1906 gegründete Duma, die neuen politischen Parteien und die wachsende Zivilgesellschaft.

   Verfasse diesen lebendigen Dialog des Ehepaares aus der Perspektive dieses kritischen Anwalts und seiner Ehefrau. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit. Binde auch den Kontext 1906–1914 mit ein. Benutze dazu alle Materialien.

5. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Die Duma, die Parteien, die Zivilgesellschaft (1905–1914) – Demokratisierung und Parlamentarisierung oder „Scheinkonstitutionalismus“?* Benutze dazu alle Materialien (D1–D10, Q1–Q13).
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die Begriffe „Demokratisierung“, „Parlamentarisierung“ und „Scheinkonstitutionalismus“ in der Leitfrage.
   b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den drei Begriffen in einer Pro- und Contra-Tabelle zu, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

4. Das zarische Russland im Ersten Weltkrieg (1914 – Februar 1917) – das Ende des Zarenreichs und ein demokratischer Aufbruch?

Peter Stolz

Das zarische Russland erlebte während des Ersten Weltkriegs eine seiner größten Binnenmigrationen: Bauern zogen auf der Suche nach Arbeit in die Industriestädte, der Zar ließ ethnische Minderheiten von der Front ins Hinterland umsiedeln, Soldaten und Material mussten an die verschiedenen Frontabschnitte transportiert werden. Das Vielvölkerreich war darauf weder infrastrukturell noch sozioökonomisch vorbereitet. Zu den bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Krisen kam der starke Modernisierungsdruck einer Gesellschaft, die auf den industriellen Massenkrieg nicht vorbereitet war. Auch der Zar war dieser Aufgabe nicht gewachsen, die Duma verfügte noch nicht über die entscheidenden Machthebel, um das Reich zu demokratisieren: Streiks, Unruhen, Pogrome waren die Folge. Im Februar 1917 brach das Kartenhaus schließlich in sich zusammen: Kam nun das Ende des Zarenreichs und der von vielen Liberalen ersehnte demokratische Aufbruch Russlands?

Zeittafel

30. Juli 1914	Russlands Eintritt in den Ersten Weltkrieg: Generalmobilmachung der russischen Armee
4. Juni 1916 – 20. September 1916	Brussilow-Offensive: Sie verlief für Russland zunächst erfolgreich, aber mit enormen Verlusten in der russischen Armee. Unmut und Demoralisierung waren die Konsequenzen, die sich in der Folgezeit verstärkten und wesentlich zum Kollaps des Zarenreiches in der Februarrevolution beitrugen.

Q1 Tagebuchaufzeichnungen des Zaren im Juli 1914

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Bild der Reaktionen und Aktivitäten des Zaren ergibt sich?

15. (28.) Juli. Dienstag.

Im empfing Suchomlinow [Kriegsminister bis 1915] und Januschkewitsch [Stabschef des Höchstkommandierenden Zaren] zum Vortrag.

Zum Frühstück waren Elena und Wera von Montenegro [die Prinzessin und Gattin des Königs von Montenegro] da. Um 2 ½ Uhr empfing ich im Großen Saal die Vertreter des Kongresses der Geistlichen der Marine und Vater Schawelskij [Erzpriester der Marine] an der Spitze.

Spielte Tennis. Um 5 Uhr fuhren wir mit den Töchtern nach Strelna zu Tante Olga [Witwe König Georgs I. von Griechenland] und tranken Tee mit ihr und Mitja [Olgas Bruder]. Um 8 ½ Uhr empfing ich Sasonow, der mir mitteilte, daß heute Mittag Österreich an Serbien den Krieg erklärt habe. Zum Essen: Olga und Arsenjew [Schwester des Zaren und der Kommandeur des Kürassierregiments der Kaiserinmutter] (Diensthabender). Las und schrieb den ganzen Abend.

[…]

19. Juli (1. August). Samstag.

Morgens waren die üblichen Vorträge.

Nach dem Frühstück ließ ich Nikolascha rufen und teilte ihm seine Ernennung zum Höchstkommandierenden bis zu meiner Abreise zur Armee mit. Fuhr mit Alix [seine Frau, die Zarin] in das Diwejewskij-Kloster.

Ging mit den Kindern spazieren. Um 6 ½ Uhr fuhren wir zur Abendmesse. Nach unserer Rückkehr erfuhren wir, *daß Deutschland uns den Krieg erklärt habe*. Es speisten bei uns: Olga Alexandrowna, Dimitrij und Joann (Diensthabender) [Dimitrij, der Vetter des Zaren und der Flügeladjutant und Diensthabende Offizier Johann Konstantinowitsch]. Abends kam der englische Gesandte Buchanan mit einem Telegramm von Georgie [König Georg V. von England].

Lange überlegten wir mit ihm die Antwort. Dann sah ich noch Nikolascha und Fredericksz. Trank um 12 ¼ Tee.

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 44–45.

Q2 Der britische Botschafter Buchanan über die ersten Augusttage 1914

Möglicher Erschließungsimpuls: Wieso erzeugt der Krieg eine intensive Verbindung von Herrscher und Volk?

[…] Während dieser wundervollen Tage zu Anfang August schien sich Rußland vollkommen verwandelt zu haben. Der deutsche Botschafter hatte geweissagt, eine Kriegserklärung würde eine Revolution hervorrufen. […] Anstatt eine Revolution hervorzurufen, schmiedete der Krieg ein neues Band um Herrscher und Volk. Die Arbeiter schworen allen Streiks ab und die verschiedensten politischen Parteien ließen ihre Zänkereien beiseite. In der Duma, die der Zar zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen hatte, überboten sich die Führer der verschiedenen Parteien darin, die Regierung zu unterstützen, die sie einige Wochen früher angeklagt hatten. […]

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 48.

Q3 Alexander Kerenski, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seit 1915 Fraktionsvorsitzender der Trudowiki in der Duma

Möglicher Erschließungsimpuls: Wieso unterbricht der Kriegsbeginn den „Prozess der inneren Befreiung Russlands“?

[…]. Am Tage der Kriegerklärung fühlte das russische Volk sofort, daß der Krieg, der so plötzlich gekommen war, eine entscheidende Rolle in dem Schicksal vieler Generationen spielen werde. Der Prozeß der inneren Befreiung Rußlands wurde am 19. Juli (1. August) 1914 jäh unterbrochen. Das ganze Leben der Nation wurde in eine andere Ebene verlegt, in die Ebene eines Kampfes um Rußlands Dasein. […]

Da kam die Kriegserklärung, und es geschah ein Wunder. Nichts blieb von den Barrikaden, von den Straßendemonstrationen, von den Streiks und überhaupt von der ganzen Revolutionsbewegung, weder in Petersburg noch in dem ganzen weiten Reich. In einer Stunde wandelte sich die Stimmung eines ganzen Volkes. […] Ich muss hier, um Mißverständnissen vorzubeugen, einen Umstand betonen, der sehr wichtig für das Verständnis der russischen Kriegs- und Revolutionszeit ist: die einmütige patriotische Stimmung, die in den ersten Kriegstagen breite Volksmassen ergriff, hat gar nichts mit den kriegerischen Absichten zu tun, die seit langem in der höheren russischen Gesellschaft herrschten.

Weder der Gedanke, ein Kreuz in Konstantinopel zu errichten, noch die Zerstörung des deutschen Militarismus oder andere ideologische Erfindungen spielten eine Rolle in der Stimmung der Volksmassen. Der Stellung Rußlands inmitten der um die Welthegemonie kämpfenden Mächte entsprechend, wurde der Krieg vom Volke als ein von außen aufgezwungenes Übel aufgefaßt, von dem man sich schnellstens befreien mußte, um wieder zu friedlicher Arbeit zurückzukehren. Das Ziel des Krieges bestand für neun Zehntel des russischen Volkes nur in einer einzigen Aufgabe: der Verteidigung […].

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 48–49.

Hellmann zitiert aus: Alexander Kerenski: Erinnerungen, S. 10f.

Q4 F. Starunow, ein Bauer und einberufener Soldat, zu seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern ist der Kampf für den Bauern sinnlos?

Sie trieben uns, und wir gingen. Wohin ging es und warum? Die Deutschen töten! Aber warum? Ich wusste es nicht. Ich kam an den Schützengräben an, die abstoßend und schrecklich waren. Ich sah, wie unser Kompaniechef einen Soldaten schlug, ihm mit der Peitsche über den Kopf hieb. Das Blut rann dem armen Mann über den Schädel. Ich sagte mir, wenn er mich schlagen will, werde ich ihn aufs Bajonett nehmen und mich verhaften lassen. Ich fragte mich: Wer ist eigentlich mein Feind, die Deutschen oder der Kompaniechef? Die Deutschen hatte ich noch nie zu Gesicht bekommen, aber da stand der Kompaniechef. In den Schützengräben wurde ich von den Läusen gebissen. Niedergeschlagenheit bemächtigte sich meiner. Auf dem Rückzug geriet ich schließlich in Gefangenschaft.

Steve A. Smith: Die Russische Revolution, Stuttgart 2011, S. 24.
Der Band gibt keine weitere Angabe zur Herkunft dieses Textes.

Q5 Der Künstler Kasimir Sewerinowitsch Malewitsch (1878–1935), 1914 in einem volkstümlichen Bilderbogen

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum spricht das Bild breite Bevölkerungsschichten an?

Dieses Propagandaplakat für den Ersten Weltkrieg von Kasimir Malewitsch bezieht sich auf eine Schlacht bei Lomza (heutiges Polen), in der die Russen trotz anfänglicher Erfolge schwere Verluste erlitten. Eine heroische russische Bauernfigur, die mit seiner Sense auf deutsche Soldaten einschlägt, dominiert das Bild. Seine traditionelle Kleidung und seine Lapti (gewebte Rindenschuhe) scheinen die Stärke und Unbesiegbarkeit Russlands zu verkörpern. Deutsche Soldaten laufen weg oder liegen tot da. Unter dem Bild steht ein Vers von Wladimir Majakowski: „Was für ein Knistern, was für ein Donner gab es von den Deutschen bei Lomza!“ In der Anfangsphase des Krieges gründeten einige russische Avantgarde-Künstler, darunter Malewitsch, Majakowski und Aristarch Lentulow, die Gruppe Segodnyashnii Lubok („heutiger Lubok“), die satirische antideutsche und antiösterreichische Plakate und Postkarten produzierte. So unterstützten sie die russischen Kriegsanstrengungen.

Diese Künstler adaptierten den Lubok-Stil für ihre Plakate, wodurch diese für die Massen leicht zugänglich wurden und ein wirksames Mittel zur Stärkung der nationalen Moral darstellten. Malewitsch wurde in der Ukraine geboren und studierte Kunst in Kiew und Moskau.

Kasimir Sewerinowitsch Malewitsch (1878–1935) in: Segodnyashnii Lubok, 1914. Quelle: Library of Congress. Gemeinfrei.
URL: https://www.loc.gov/resource/gdcwdl.wdl_09612/

Q6 Anonym: „Dem Deutschen eine Lehre“, 1914 in einem volkstümlichen Bilderbogen

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Rolle spielt das „Lächerlichmachen“ des Gegners?

Für die russischen Propagandaplakate war der Erste Weltkrieg der Beginn der staatlich organisierten Propaganda, die gegen Ende des Krieges sogar zu einer Art „Waffe“ ausgereift war. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war das Plakat als Kommunikationsmittel über ökonomische Sachverhalte weit verbreitet, es wurde z.B. für materielle oder geistige Besonderheiten geworben. Politische Inhalte wurden mit dem modernen Plakat erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts vermittelt.

Propagandaplakat im typischen Lubok-Stil. Ein russischer Soldat prügelt einen Kettenhund mit den Gesichtszügen des deutschen Kaisers Wilhelm II. Der österreichische Kaiser Franz Joseph steht zitternd vor Angst im Hintergrund. Ein Brite und ein Franzose schauen lachend zu.

Anonym, Typo-Lithographie I.M. Maschistow, 1914. Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei.
URL: https://www.loc.gov/resource/gdcwdl.wdl_09612/

Q7 Malewitsch: „Wilhelms Karussell“

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum ist es ein gewagtes Spiel der russischen Propaganda, die Schwäche von Kaiser Wilhelm II. so zu betonen?

Das von Kasimir Malewitsch entworfene Propagandaplakat zeigt die von den Alliierten geschlagene deutsche Armee im Herbst 1914 am Stadtrand von Paris. Auf der rechten Seite sterben deutsche Soldaten im Artilleriefeuer. In der linken oberen Ecke ertönen Schüsse hinter den Pariser Stadtmauern. In der Mitte beobachtet die Figur Kaiser Wilhelms II. hilflos den Zusammenbruch der deutschen Offensive. Der Vers unter dem Bild von Wladimir Majakowski lautet: „Außerhalb von Paris wird meine Armee geschlagen, während ich herumlaufe und nichts dagegen tun kann.“

Kasimir Sewerinowitsch Malewitsch (1878–1935) in: Segodnyashnii Lubok, 1914. Quelle: Library of Congress.
URL: https://www.loc.gov/item/2021669079

D1 August 1914: Kriegsbeginn in Russland

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum steht die ukrainische Nationenbildung der russischen Propaganda im Weg?

Dass Russland nicht von langer Hand geplant, sondern in einem Strudel der Ereignisse in den Krieg gezogen ist, lässt sich auch an der Festsetzung der Kriegsziele beobachten. Sie lagen nicht ausformuliert in der Schublade, sondern ergaben sich aus den Konstellationen und Ereignissen bis in den Herbst 1914 hinein. Die Kriegsziele bedurften der Abstimmung mit den Alliierten England und Frankreich und konnten erst eindeutig formuliert werden, nachdem das Osmanische Reich im Oktober 1914 an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten war. […] Die Vorstellung einer großrussischen Nation, die in Gestalt der Russen, Ukrainer und Belarussen alle Ostslawen umfassen sollte, war in Regierungskreisen unter russischen Gebildeten weit verbreitet. Sie stand in unversöhnlicher Konkurrenz vor allem zur ukrainischen Nationsbildung. Deren Anfänge lagen zwar in der Dnepr-Ukraine. Im frühen 20. Jahrhundert fand sie jedoch ihre größten Handlungsspielräume im habsburgischen Königreich Galizien, wo die Wiener Zentrale einen Aufschwung der ukrainischen Nationsbildung als Gegengewicht zu den dortigen Polen zuließ. Der Krieg, so die Planung Russlands, sollte nun Zugriff auf die Ostslawen in Galizien bringen, um sie in das Projekt der großen russischen Nation einzugemeinden.

Die Propaganda vermittelte in Russland die Vorstellung, der Krieg müsse zwangsläufig mit einem Sieg seiner übermächtigen Truppen enden. […] Der russische Soldat erscheint in ihnen wahlweise als russischer Bauer, Kosake oder überlebensgroßer Kämpfer, der seine stets winzig dargestellten Gegner mühelos besiegt. […] Die Inszenierung der Kaiserfamilie und Nikolaus’ II. wiederum hob ganz auf das Band zwischen Monarch und Volk ab und schrieb Nikolaus II. ritterliche und heldenhafte Qualitäten zu. Die bestialische Seite der Fronterfahrungen – vielfacher Tod und schwere Verletzungen – verbarg die Kriegspropaganda hinter dem Bild der allzeit hilfsbereiten und gnädigen Krankenschwestern, die den Verwundeten Trost und Pflege versprachen.

Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 71–72.

Q8 Anonym: Russland für die Wahrheit

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche religiösen und nationalen Motive sind erkennbar?

Diese Lithografie „Russland ist für die Wahrheit“ entstand in Moskau in den ersten Kriegswochen 1914. Der Autor ist unbekannt.

Unbekannt, 1914 in einem volkstümlichen Bilderbogen. Quelle: Arthive.com. Gemeinfrei.
URL: https://arthive.com/de/artists/66417~Unknown_artist/works/507019~Russland_ist_fr_die_Wahrheit

D2 Die Rolle des „Progressiven Blocks“ in der Duma

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern verzögerte der Zar die Aktivitäten des Progressiven Blocks?

Der Progressive Block war ein Bündnis gemäßigter politischer Kräfte im Russischen Reich, das 236 der 442 Sitze in der Duma innehatte. Er wurde als Reaktion auf die Unfähigkeit Nikolaus' II. gegründet, auf die zunehmenden sozialen Spannungen in Russland angemessen zu reagieren, als die Duma während des Ersten Weltkriegs zu einer Sitzung einberufen wurde. Auf Betreiben von Pawel Miljukow (Vorsitzender der Partei der Konstitutionellen Demokraten) schloss sich die Fortschrittspartei mit der Kadettenpartei, linken Oktobristen, progressiven Nationalisten und Einzelpolitikern wie Wassili Schulgin (konservativer Monarchist) zusammen, um in der Duma einen politischen Block zu bilden, der eine „Regierung des Vertrauens“ forderte.

Der Programminhalt war von dem Wunsch bestimmt, auf der Grundlage eines Minimums an liberalen Reformen eine gemeinsame Basis für eine Einigung mit der Regierung zu finden. Das Programm des Progressiven Blocks enthielt Forderungen nach politischer und religiöser Amnestie, nach Aufhebung der Beschränkungen für Nationalitäten und Glaubensrichtungen (Polen, Juden usw.) und nach Gewerkschaftsfreiheit. Die Hauptforderung des Blocks war die Bildung eines „Ministeriums des Vertrauens“.

Am 9. September 1915 fand ein Treffen zwischen Vertretern des Blocks und den Ministern des Zaren statt, bei dem die Abgeordneten nicht nur die Erfüllung des Programms des Blocks, sondern auch den Rücktritt der Minister selbst forderten. Die Verhandlungen führten dazu, dass die zarische Regierung die Suspendierung der Duma befürwortete, die am 16. September 1915 erfolgte: Die Duma wurde vom Zaren in eine unbefristete Parlamentspause geschickt und trat erst im Februar 1916 wieder zusammen.

Als die Duma Anfang 1916 wieder zusammentrat, einigte sich der Innenminister Alexej Chwostow mit dem Progressiven Block auf einen Kompromiss, der auf dem gemäßigten Charakter seiner Forderungen beruhte. Die Duma trat am 9. Februar 1916 zusammen, nachdem der 76-jährige Ministerpräsident Iwan Goremykin, der sich gegen die Einberufung der Duma ausgesprochen hatte, entlassen und durch Boris Stürmer als Ministerpräsident ersetzt worden war. Die Abgeordneten waren jedoch enttäuscht, als der neue Ministerpräsident Stürmer seine Rede hielt. Wegen des Krieges sei jetzt nicht die Zeit für Verfassungsreformen, sagte er. Zum ersten Mal in seinem Leben besuchte der Zar den Taurischen Palast, den Sitz der Duma, daher war es in Anwesenheit des Zaren praktisch unmöglich, den neuen Ministerpräsidenten Stürmer anzugreifen.

Im Oktober 1916 beschlossen die Oppositionsparteien, Stürmer, seine Regierung und die „dunklen Mächte“ anzugreifen. Für die Oktobristen und Kadetten, die Liberalen im Parlament, war Grigori Rasputin, der Freund der Zarin, der an Autokratie und absolute Monarchie glaubte, eines der Haupthindernisse.

Im November 1916 spitzte sich die Lage zu: Am 1. November 1916 wurde die Regierung von Boris Stürmer in der Reichsduma von Miljukow, dem Vorsitzenden der Partei der Konstitutionellen Demokraten (KD), angegriffen. Die Konstitutionellen Demokraten verließen den Progressiven Block, nachdem sie eine verantwortliche Regierung gefordert hatte. Stürmer und sein neuer Innenminister Alexander Protopopow (dessen unerwartete Ernennung wurde vom Progressiven Block als Provokation zur Spaltung des Blocks angesehen) forderten vergeblich die Auflösung der Duma. Alexander Gutschkow (Mitgründer der Oktobristen-Partei) berichtete, dass fünf Mitglieder des Progressiven Blocks über einen Staatsstreich nachdachten, aber nichts unternahmen. Großherzog Nikolai lehnte eine Kooperation ab und erklärte, dass die Armee einen Putsch nicht unterstützen würde. Der Progressive Block unterstützte einen Beschluss, wonach der Zar durch seinen Sohn Zarewitsch Alexej ersetzt werden sollte.

Noch im November 1916 wurde Ministerpräsident Stürmer vom Zaren entlassen; am 23. November 1916 wurde Stürmers Nachfolger Alexander Trepow Ministerpräsident. Er bot an, einige Forderungen des Progressiven Blocks zu erfüllen.

Der Zar unternahm die ganze Zeit kaum Versuche, politische Reformen durchzuführen, zu unterstützen oder sich in einen konstitutionellen Monarchen zu verwandeln, der die Romanow-Dynastie hätte retten können. Er blockierte die Reform-Bemühungen des Progressiven Blocks in der Duma.

Autorentext

Grigori Jefimowitsch Rasputin (1869–1916) war ein russischer Wanderprediger, dem Erfolge als Geistheiler nachgesagt wurden. Er war mit der Familie des Zaren Nikolaus II. und insbesondere mit der Zarin befreundet. In den letzten Jahren des Russischen Kaiserreichs gewann er an Einfluss am Zarenhof.

1916 war die Lage im Ersten Weltkrieg für Russland sehr kritisch, in Teilen katastrophal: Rasputin war in seinem letzten Lebensjahr ein wichtiger Berater der Zarin, er weissagte ihr seinen baldigen Tod und den Zusammenbruch der Monarchie. In den frühen Morgenstunden des 17. Dezember 1916 wurde Rasputin unter der Führung des Adligen Felix Jussupow ermordet.

Nach Ansicht der Zarin konnte 1916 nur noch Rasputin Russland zum Sieg führen. Rasputin hatte ihr schon vor vielen Jahren gesagt, dass ihr Sohn gesund werden würde, und sein Zustand hatte sich auch deutlich verbessert. Die Zarin glaubte, dass Rasputin jetzt, in der für Russland schwierigen Situation, für das Wohl des ganzen Landes zuständig sei und nicht nur für ihre Familie und den Hof. Doch für den Zaren war Rasputin ein Mensch, den er zwar wegen seiner Heilkräfte für seinen Sohn brauchte, aber in der Politik wollte der Zar Rasputin nicht sehen, und die Probleme, die Rasputin ihm bereitete, waren dem Zaren sehr wohl bewusst. Deshalb befahl er Rasputin mehrmals, in seine Heimat zurückzukehren.

Über Rasputins Vorschläge für mögliche Ministerposten schrieb der Zar im Oktober 1916: „Du musst zugeben, dass die Ideen unseres Freundes manchmal sonderbar sind…“. In einem späteren Brief schrieb er: „Mir platzt der Kopf von all diesen Namen… Die Meinungen unseres Freundes sind manchmal sehr merkwürdig…“. Im November 1916, einen Monat vor der Ermordung Rasputins, schrieb der Zar dann: „Es ist gefährlich, Protopopow im Innenministerium zu haben… Ich bitte Dich, zieh unseren Freund nicht in diese Angelegenheit hinein. Die Verantwortung liegt bei mir.“

Als der Zar im November 1916 den Ministerpräsidenten Stürmer wegen seiner Bemühungen um einen Frieden mit den Mittelmächten absetzte, schrieb ihm die Zarin, es schnüre ihr die Kehle zu, Stürmer sei ein so loyaler, zuverlässiger, rechtschaffener Mann. Stürmer war ihr von Rasputin empfohlen worden, der den Krieg durch Verhandlungen beenden wollte. Am 13. Dezember, vier Tage vor Rasputins Tod, schrieb die Zarin an den Zaren: „Warum verlässt Du Dich nicht vermehrt auf unseren Freund, der uns durch Gott den Weg zeigt?“

Autorentext nach: Wikipedia-Artikel „Grigori Jefimowitsch Rasputin“. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Grigori_Jefimowitsch_Rasputin. Stand 15.9.24.

D3 Russland im Ersten Weltkrieg (1914–1916/17)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Folgen hatte der Krieg für Russland?

a)

Der Krieg bedeutete eine Wegscheide in der Geschichte Europas […]. […] Die Auswirkungen auf das Russische Reich waren verheerend. Über 14 Millionen Mann wurden mobilisiert; fast 67 Millionen Menschen in den westlichen Provinzen des Reichs gerieten unter die Herrschaft feindlicher Besatzer, über 6 Millionen Menschen mussten unter Zwang ihre Heimat verlassen, darunter eine halbe Million Juden, die aus den Frontgebieten vertrieben wurden. Die Ostfront im Ersten Weltkrieg war zwar weniger festgefahren als die Kampflinien im Westen, aber auch hier gelang keiner Seite ein entscheidender Durchbruch, und Offensiven erwiesen sich als ungeheuer kostspielig. Etwa 3,3 Millionen Soldaten starben oder blieben vermisst. Damit hatte Russland die höchste Mortalitätsrate aller Kriegsparteien […], hinzu kamen acht Millionen Verletzte. Das Massengemetzel und der Hass, der den Krieg schürte, untergruben die Chancen auf eine Demokratie nach dem Sturz der Autokratie. […]

Die Regierung finanzierte den Krieg durch Steuererhöhungen, durch Auslandsanleihen sowie durch eine massive Steigerung des umlaufenden Papiergelds. Das Ergebnis war neben einem hohen Anstieg der Staatsverschuldung eine wachsende Inflation. Zwischen 1914 und 1916 verdreifachten sich die Preise, während die Löhne lediglich verdoppelt wurden. Die Industriellen erzielten Rekordprofite, während die Arbeiter ums nackte Überleben kämpften. Im Jahr 1916 hatten die Streiks in der Industrie wieder das Ausmaß der Vorkriegszeit erreicht; im Januar und Februar 1917 beteiligten sich dann mehr Arbeiter an politischen Streiks als im Jahr 1913. Im Winter hatten die Städte mit akutem Lebensmittelmangel zu kämpfen, obwohl es auf dem Land Nahrungsmittel im Überfluss gab.

Steve A. Smith: Die Russische Revolution, Stuttgart 2011, S. 23, 25.

b)

Den meisten Soldaten war das Gefühl des Patriotismus fremd. Bei dem geringen Wissen über die Welt außerhalb ihrer Dörfer hatten sie nur ein schwaches Identitätsgefühl als Russen. […]

Das Land war auf einen Zermürbungskrieg nicht vorbereitet. […] Ein großer Teil der Bevölkerung war jünger als das Mindestwehralter. Während zwölf Prozent der deutschen Bevölkerung für den Wehrdienst mobilisiert wurden, war Russland lediglich imstande, fünf Prozent einzuziehen. Noch gravierender war die Schwäche der russischen Reserven. Um Geld zu sparen, hatte die Armee den Rekruten der zweiten Einberufungskampagne kaum eine Ausbildung angeboten. Wenig später wurden sie bereits an die Front gerufen. […]

Als sich der Krieg den ganzen Winter über hinzog, machte sich allmählich Materialknappheit bemerkbar. Das Transportsystem war mit dem Nachschub an Munition, Proviant und Medikamenten an die Fronten hoffnungslos überfordert. […] Bereits im Jahr 1915 wurden neue Rekruten ohne Gewehre ausgebildet. Als sie in die Schlacht ▶

zogen, wurden sie angewiesen, die Gewehre der Gefallenen und Verwundeten in der Linie vor ihnen zu nehmen.

Die Kampfmoral und Disziplin der Armee schwanden zusehends. Im Sommer 1915 […] ergaben sich eine Million Mann dem Gegner. Nicht zuletzt lag dies an den Verlusten unter den Offizieren. In den ersten Kriegsmonaten wurden viele von ihnen getötet. Die Unteroffiziere, die ihren Platz einnahmen, waren junge Bauern und Arbeiter: Deren Sympathie galt ganz den Truppen, die sich weigerten, für ein Regime zu kämpfen, an das sie nicht glaubten. Diese Unteroffiziere sollten 1917 die Anführer der Revolution in der Armee werden. […]

Versorgungsengpässe [im Winter 1916/17] ließen die Katastrophe näher rücken. Bei den eisigen Temperaturen schaffte das Transportsystem es nicht, Brennstoff und Mehl in die Hauptstadt zu liefern. Lange Schlangen entstanden vor den Bäckereien. Die Preise schossen in die Höhe. Arbeiterstreiks waren gang und gäbe.

Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 249, 353–354, 257

Q9 Der britische Botschafter Buchanan über die Regierung Stürmer und die Duma

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern erhöhte der Zar mit seiner Politik die Wahrscheinlichkeit für eine Revolution?

[…]. Erst Stürmers Ernennung veranlaßte mich, die innere Lage für wirklich ernst zu halten. Ich schrieb am 5. (18.) August 1916 dem Foreign Office folgendes:

„Ich habe keine Hoffnung, zu einem Mann in vertrauliche Beziehungen treten zu können, dessen Wort man nicht trauen kann und der nur an seine eigenen Ambitionen denkt. Obgleich er im eigenen Interesse gezwungen ist, die auswärtige Politik seines Vorgängers fortzusetzen, ist er nach allen Berichten im Herzen ein Germanophile [= Deutschfreundlicher]. Als ausgesprochener Reaktionär begegnet er sich überdies mit dem Zaren in dem Wunsche, die Autokratie ungeschmälert aufrechtzuerhalten. […] Wenn der Zar seine gegenwärtigen reaktionären Ratgeber behält, wird, fürchte ich, eine Revolution unabwendbar sein. Die Zivilbevölkerung hat genug von einem Verwaltungssystem, das sie dank seiner Unfähigkeit und schlechten Organisation – in einem an natürlichen Ressourcen so reichen Lande wie Rußland – nicht einmal zu den höchsten Preisen mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen mag. […]

Als die Duma einige Tage später zusammentrat, nannte Miljukow in einer historischen Rede Stürmer einen Verräter. […]. Stürmer fiel, bevor der Sturm, den er heraufbeschworen hatte, ausbrach. […]

Seine Majestät [entschloß sich] […] gegen Ende November [1916], Stürmer zu verabschieden. Zarin Alexandra, deren Intervention Stürmer angerufen hatte, versuchte vergebens, ihn zu retten. Es gelang ihr aber, einen radikalen Wechsel in der Politik aufzuhalten. […]

Stürmers Nachfolger als Ministerpräsident wurde Trepow, der Verkehrsminister […].

[…] Der Name Trepow war übrigens mit den Ereignissen des Jahres 1905 derart verknüpft, daß die Linke seine Ernennung nur als Wechsel der Person und nicht des Systems betrachtete und aus seiner Hand nichts annehmen wollte […].

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 82–84.

Q10 Bericht des Leiters der Petrograder Geheimpolizeiabteilung Ochrana an das Polizeidepartement über die Bildung des „Progressiven Blocks“, 13. (26.) August 1915

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie zeigt sich die Ablehnung des parlamentarischen Systems durch den Zaren?

In Beantwortung der Anfragen des Polizeidepartements vom 7. (20.) November 1915, 23. Februar (5. März) und 5. (18.) August dieses Jahres habe ich die Ehre, dem Polizeidepartement das nachfolgende Material über die Bildung eines „Progressiven Blocks“ in Petrograd zu übergeben, das meiner Abteilung durch Vermittlung einer Geheimagentur zugegangen ist.

Die Verhandlungen über die Vereinbarung zwischen verschiedenen Fraktionen der Reichsduma und des Reichsrates mit dem Ziel der Schaffung eines parlamentarischen Blocks begannen am ersten Tage der Sommersession der Reichsduma, am 19. Juli (1. August) 1915. Die Initiatoren der Vereinbarung waren die Leiter der Fraktion der Progressisten, I. Jefremow und A. Konowalow. Der politische Grundgedanke der Initiatoren dieser Vereinbarung bestand in dem Wunsch, in Reichsduma und Reichsrat eine Mehrheit zu schaffen, die es verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen ermöglichte, ihre Wünsche und Forderungen durchzusetzen. […]

In der Reichsduma gehören mehr als 300 Abgeordnete von insgesamt 442 zum parlamentarischen Block; im Reichsrat war die Zahl der Mitglieder des Blocks nicht genau festzustellen. Ausführendes Organ des parlamentarischen Blocks ist ein Büro unter Vorsitz des Reichsratsmitgliedes W. Meller-Sakomelskij. Diesem Büro gehören folgende 25 Vertreter derjenigen Fraktionen und Gruppen an, die im Block vereinigt sind … [es folgen die Namen; meist handelt es sich um diejenigen, die das Programm des Blocks unterschrieben haben].

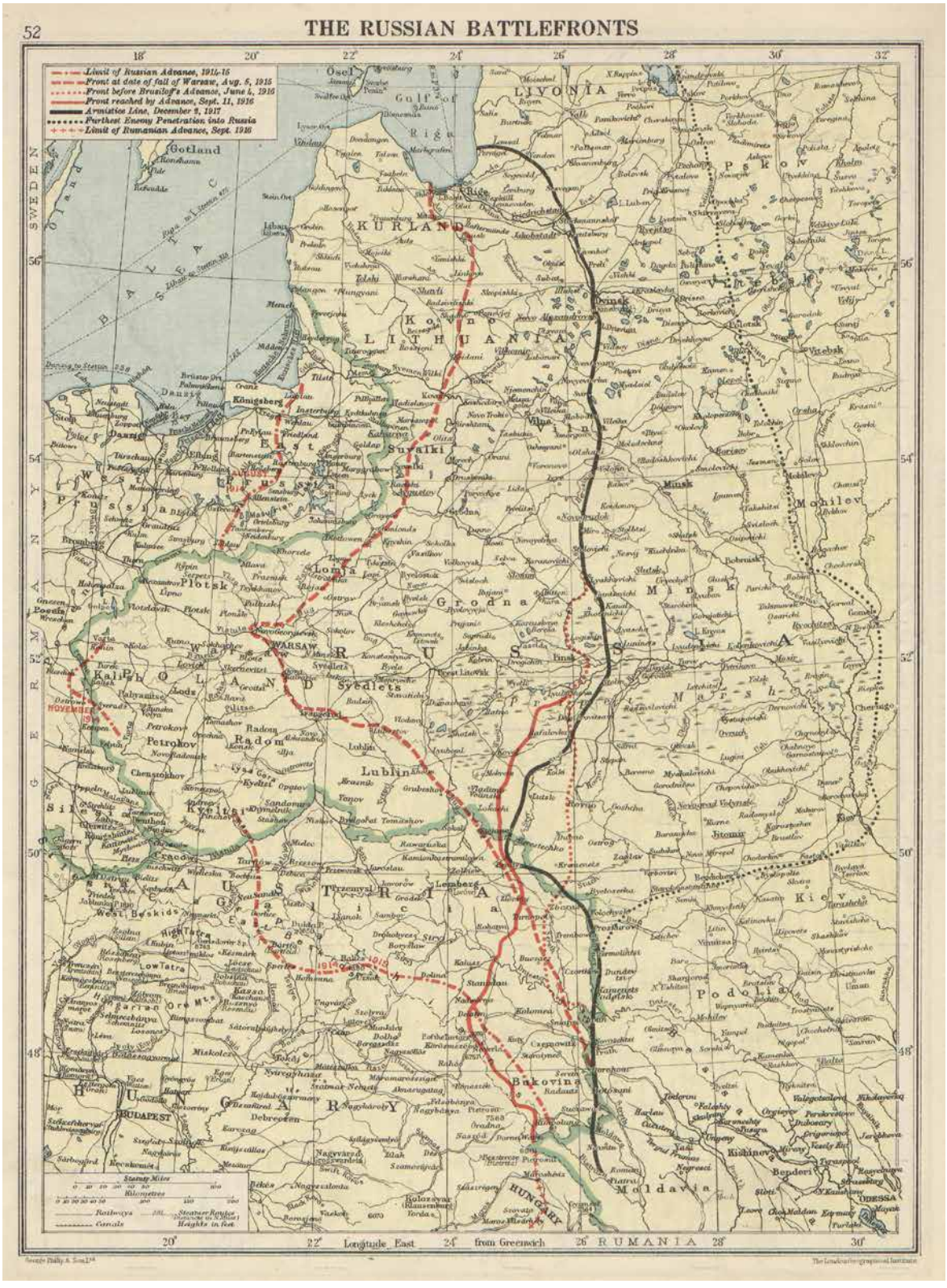
Indem ich dieses dem Polizeidepartement mitteile, habe ich die Ehre zu versichern, daß die weitere Beobachtung der Tätigkeit des Blocks durch Agenten sichergestellt ist und über alles Wichtige sofort nach Eintreffen von Nachrichten berichtet werden wird.

Generalmajor: Unterschrift

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 78, 82.

Q11 Frontverlauf in Russland 1914–17

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern verhinderte die Geographie eine Entscheidung?



Karte aus einem Atlas von 1920. Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:London-geographical-institute_the-peoples-atlas_1920_russian-battlefronts.jpg#mw-jump-to-license

- Russische Front 1914
- Russische Front Juni 1915
- Russische Front August 1915
- Russische Front September 1915
- Russische Front Dezember 1917

Frontverlauf 1914–15

Q12 Gefallene russische Soldaten nach einem Angriff, 1916

Möglicher Erschließungsimpuls: Überlegt, wie der „Totenwald“ auf überlebende oder später kommende russische Soldaten wirken musste.

Das Foto zeigt den „Totenwald“ nach einem misslückten russischen Angriff auf Stellungen der deutschen und österreichischen Armee bei Kiseline bei Luzk (Wolhynien).

Bildquelle: Hermann Rex: Der Weltkrieg in seiner rauhen Wirklichkeit, München 1926, S. 419. Gemeinfrei. URL: https://ww1.habsburger.net/de/medien/gefallene-russische-soldaten-nach-einem-angriff-foto-1916

Q13 Staatliches 5,5 %-Militärkurzfristdarlehen – ausgegeben im Jahr 1916. Anleihe von 1000 Rubel pro Inhaber

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum musste diese Form der Kriegsfinanzierung bei einer Niederlage in eine wirtschaftliche Katastrophe führen?

№288338 Серія I.
№288338 Серія I.
ГОСУДАРСТВЕННЫЙ
5½% ВОЕННЫЙ КРАТКОСРОЧНЫЙ ЗАЁМЪ
выпуска 1916 года
2.000.000.000 рублей.
ОБЛИГАЦІЯ
ВЪ ТЫСЯЧУ РУБЛЕЙ
НА ПРЕДЪЯВИТЕЛЯ

Anleihe mit einem Nennwert von 1000 Rubel. Die abgebildete Anleihe ist Teil der ersten Emission von 1916 mit einem Gesamtbetrag von zwei Milliarden Rubel.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich die wirtschaftliche Lage des Russischen Reiches grundlegend. Die Hoffnung, dass der Krieg in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein würde, erfüllte sich nicht. Die Armee benötigte große Mengen an Waffen, Lebensmitteln und Uniformen. Um diesen Bedarf zu decken, mussten drastische Maßnahmen ergriffen werden.

Die Regierung musste den Umtausch von Papiernoten in Gold aussetzen und die Ausgabe von Banknoten ausweiten, um die Ausgaben zu decken. Dies führte zu einer Erhöhung der Geldmenge und zu einer Abwertung des Rubels. Eine weitere Möglichkeit, Geld anzuhäufen, war die Ausgabe von Staatsanleihen, eine der häufigsten Finanzoperationen in allen europäischen Ländern. Während des Ersten Weltkriegs wurde diese Praxis noch weiter verbreitet, da alle Länder knapp bei Kasse waren. Das Russische Reich war keine Ausnahme, denn es wollte so viel Geld wie möglich aufbringen, um seine kämpfenden Truppen zu unterstützen.

Im Jahr 1915 wurden 5,5 %-Anleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren ausgegeben. Der Gesamtbetrag belief sich auf 1 Milliarde Rubel. Im Jahr 1916 wurden zwei Schuldverschreibungen über 2 und 3 Milliarden Rubel ausgegeben. Die Schulden sollten in Raten zurückgezahlt werden: Alle sechs Monate sollte der Inhaber der Anleihe 2,75 % des Nennwertes der Anleihe erhalten. Jede Anleihe hatte zwanzig Kupons, von denen einer bei der Tilgung der sechsmonatigen Schulden abgerissen wurde. Es wurde davon ausgegangen, dass der Anleihegläubiger nach Tilgung aller Zinsen den Betrag der Anzahlung erhalten würde. Im Falle der vorliegenden Anleihe sollte dies im Jahr 1926 geschehen. Die Zinszahlungen für diese Anleihen wurden von der Provisorischen Regierung nach der Februarrevolution fortgesetzt. Nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki wurden die Einlagen in Reichspapieren jedoch für ungültig erklärt und die Zahlungen eingestellt. Ab 1918 wurden die Schuldverschreibungen und die eingelösten Kupons jedoch wieder offizielles Zahlungsmittel.

Autorentext

Staatsanleihe (1916). Quelle: Artefact (culture.ru). Gemeinfrei. URL: https://ar.culture.ru/en/subject/obligaciya-gosudarstvennogo-zayma-1916-goda

Q14 Aufruf zur Zeichnung einer Kriegsanleihe 1916

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie werden die Menschen überzeugt, ihr Geld in die Kriegsanleihe zu stecken?

Der Text des Plakats lautet: „5 ½ Prozent Kriegsanleihe: Die aktive Beteiligung an der Anleihe ist die patriotische Pflicht eines jeden.“ Auf dem Bild greift der russische Doppeladler unter dem Symbol der Zarenkrone den deutschen Adler an.

Unbekannt. Quelle: Baburina, N.I., Russkij plakat perwoj mirowoj wojny, Moskau 1992. WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Russian_poster_WWI_046.jpg

Q15 Coupon der Zweiten Internen Staatsanleihe von 1915 für eine vorläufige Bescheinigung. 100 Rubel

Staatliche Kommission für Schuldentilgung, Zweite interne Staatsanleihe von 1915, Inhaberschuldverschreibung von 100 Rubel. Nr. 406020.

Zweite inländische Staatsanleihe von 1915, ausgegeben auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 24. April 1915 über ein Nominalkapital von einer Milliarde Rubel. In Russland wurden Staatspapiere und Wertpapiercoupons in den Geldumlauf eingeführt. Im Russischen Reich akzeptierte das Finanzministerium an allen Regierungskassen aktuelle Gutscheine für die Zahlung von Regierungsgebühren und Zahlungen, die den Kreditkartentickets gleichwertig waren. Gültige Gutscheine wurden als Zahlungsmittel für Zollgebühren akzeptiert. Gutscheine, deren Zahlungsfrist noch sechs Monate betrug, konnten frei zirkulieren.

Quelle: Histdoc.ru. URL: https://www.hisdoc.ru/papers/26784/

D4 Russlands Wirtschaft im Krieg (1914–1917)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Besonderheiten zeichnen die Entwicklung der russischen Wirtschaft im Krieg im Vergleich zu anderen Staaten im Krieg aus?

Was die Wirtschaftssituation angeht, so stellte der Krieg alle Länder, die an ihm teilnahmen, vor ernsthafte Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund nahmen sich Russlands Kennziffern keineswegs hoffnungslos aus. So betrug der Rückgang des Bruttosozialproduktes, umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung, in Russland zwischen 1914 und 1917 circa 18 Prozent, in Deutschland über 20 Prozent, und in Österreich-Ungarn mehr als 30 Prozent. […]

Das Russische Reich trat in den Krieg ein, ohne auf lange und breit angelegte Kampfhandlungen vorbereitet zu sein […]. […] Die Militärorgane erweiterten praktisch die administrative Kontrolle auf alle Sphären des öffentlichen Lebens. […] Ungeachtet des technischen Rückstands gegenüber den führenden Wirtschaftssystemen des Westens, machte es in den Jahren des Krieges in der Rüstungsproduktion einen qualitativen Sprung nach vorne. Aus Angst vor einer sozialen Explosion wurden die Maßnahmen zur Militarisierung von Industrie und Arbeit, anders als in anderen kriegführenden Ländern, nicht durch eine entsprechende Gesetzgebung unterfüttert. Die Erfolge der Kriegsindustrie wurden jedoch auf Kosten der zivilen Produktion erzielt. Während des Krieges stagnierten und verfielen eine Reihe von Wirtschaftszweigen, die die Bedürfnisse des privaten Bedarfs der städtischen und der ländlichen Bevölkerung deckten. Um 1917 sank die industrielle Produktion im Lande auf 62 Prozent des Vorkriegsniveaus. […]

[…] In der Wirtschaft wurde der staatliche Sektor immer größer und stärker. Ein bedeutender Teil der Privatindustrie wurde für den Krieg mobilisiert sowie der Spielraum privaten Unternehmertums und die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital durch Gesetze und Verordnungen der Kriegszeit in vielerlei Hinsicht eingeengt. Auch in Russland gab es 1914 bis 1917 alle diese Erscheinungen, umso mehr, als die Staatswirtschaft schon früher im Wirtschaftsleben des Landes eine gigantische Rolle (in Staatsbetrieben, bei den Eisenbahnen zum Beispiel) gespielt hatte. In anderen kriegsteilnehmenden Ländern wurde die Wirtschaftslenkung jedoch im Einvernehmen zwischen Unternehmerorganisationen und Arbeitern durchgeführt, gestützt auf etablierte Traditionen und Normen, die die Kultur des Umgangs von Arbeit und Kapital prägten. Während man in Deutschland einen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital erzielt hatte, endete in Russland nach der Februarrevolution alles mit der Kontrolle der Unternehmen durch die Fabrik- und Betriebskomitees. […]

Die chaotischen Verkehrsbedingungen erschwerten […] die Lieferung des bereits eingebrachten Getreides in die Versorgungsgebiete. Dabei versuchte die zarische Regierung, den Versorgungsmangel durch Einschränkung des Privathandels und seine Ersetzung durch staatliche und öffentliche Getreidedistribution in den Griff zu bekommen. Die Regierung bemühte sich, die marktwirtschaftlichen Mechanismen bis auf ein Mindestmaß einzuschränken und sie durch Administrativmaßnahmen zu ersetzen, womit sie die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf sich selbst lenkte und die Revolution provozierte; aus Angst vor einer sozialen Explosion wagte sie jedoch nicht, ein hartes System der Lebensmittelrationierung einzuführen (etwa in Form von Lebensmittelkarten, wie es die deutsche Regierung tat). Die Unfähigkeit der Regierung, vor Ort die Tätigkeit ihres Versorgungsapparats zu koordinieren, führte zur politischen Krise. Sie rief in der Bevölkerung schwere Unzufriedenheit hervor und trug zum ständigen Anstieg der sozialen Spannungen bei. Der Verzicht des Russischen Reiches auf eine solche Politik endete schließlich in der Katastrophe. Die Versorgungskrise des Winters 1916/17 wurde zum Nährboden für Massenprotestbewegungen, die in die Februarrevolution mündeten.

Was Russland vor dem gesamteuropäischen Hintergrund deutlich abhob, waren die beispiellosen Flüchtlingsbewegungen. Den Hauptstrom der Migration bildeten Flüchtlinge aus dem Frontgebiet. Ein bedeutender Teil von ihnen verlor seinen Besitz und seine Arbeit, bewegte sich in Richtung Osten und wurde im Hinterland sesshaft. Mit ähnlichen Problemen sahen sich natürlich auch andere Länder konfrontiert, deren Territorien teilweise von den feindlichen Truppen besetzt waren. Doch nirgendwo wurde das Flüchtlingsproblem zu einer derart großen Herausforderung wie in Russland […].

Dmitri Pawlow, Juri Petrow: Der Erste Weltkrieg. Das Kriegsgeschehen und die Folgen für Russland. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 2: Das 19. Jahrhundert, Berlin/Boston 2020, S. 349–352.

Q16 Anonymes Schreiben eines russischen Verfassers an den Vorsitzenden des Ministerrats I. L. Goremykin

[…] Während die russischen Truppen gegen unseren äußeren Feind kämpfen, liegt bei Ihnen die dringliche Verpflichtung, Rußland von seiner friedlichen Usurpation durch die Deutschen zu befreien. Befreien Sie die russische Erde von innerem Deutschtum und das russische Volk wird Ihren Namen über Jahrhunderte in Ehren halten!

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 229.

D5 Russlands ethnische Konflikte im Krieg (1914–1917) am Beispiel der Wolgadeutschen

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum half ihr russischer Patriotismus den Wolgadeutschen nicht?

Auch wenn die Masse der Bauern des Wolgagebiets mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs von einer Welle des Patriotismus erfaßt wurde, änderte dies wenig daran, daß sie sich durch die Generalmobilmachung der männlichen Bevölkerung vor erhebliche Probleme gestellt sah. Die wiederholten Einberufungen zur Armee erschwerten die bäuerliche Wirtschaftsführung und verschlechterten die wirtschaftliche Lage der meisten Familien. Zudem wurden die Marktbeziehungen der Vorkriegszeit durch staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Finanzen eingeschränkt. Diese neuen Faktoren verschärften die Spannungen zwischen der Landbevölkerung und dem Staat. […]

Besonders deutlich zeigte sich die veränderte Einstellung des russischen Staates zu den Rußlanddeutschen am Beispiel der Wehrpflichtigen, die zur kämpfenden Truppe eingezogen worden waren. Insofern führte der Kampf gegen den *‚inneren‘* Feind nicht nur im tiefen Hinterland, sondern auch an der Front zu Diskriminierungen.

Patriotischen Geist zeigten die Wolgadeutschen nach dem Ausbruch des Kriegs gegen Deutschland nicht nur in Form des massenhaften Abgangs von Rekruten und Reservisten an die Front, sondern auch in allen möglichen Hilfsaktionen für die Armee. So stellten die deutschen Kolonisten des Amtsbezirks Stepnoe (Kreis Novouzensk) bereits in den ersten Kriegstagen etwa 1.000 Rubel für die Pflege von Verwundeten zur Verfügung. Der benachbarte, von Mennoniten bewohnte Amtsbezirk Malyšinskoe beschloß, bis Kriegsende monatlich 500 Rubel für diese Hilfsaktionen zur Verfügung zu stellen. Insgesamt spendeten die deutschen Siedlungen der Wolgaregion allein bis zum 1. Juni 1915 etwa 100.000 Rubel sowie eine große Zahl von Schuhen, Wäsche und Lebensmittel für die russische Armee. Erhebliche Spenden wurden auch in Form landwirtschaftlicher Produkte, vor allem Getreide, aufgebracht. […]

Ein Teil der russischen Bauern vertrat in den Kriegsjahren die Ansicht, daß die Wolgadeutschen mit Deutschland und ihren reichsdeutschen Landsleuten sympathisierten. Dies führte vielfach zu gegenseitigen Beschimpfungen, Verdächtigungen und Vorwürfen. Bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch begangen die Bauern massenhaft, Denunziationen gegen die deutschen Siedler zu verfassen, die in der Regel einzig dem Ziel dienten, das Land der deutschen Landbesitzer nach deren Ausweisung pachten zu können. In einem Fall griffen sogar deutsche Kolonisten zu derartigen Methoden, um auf unliebsame Nachbarn Druck auszuüben. […]

Die Denunziationen schufen einen günstigen Nährboden für polizeiliche Willkür, da die Polizeibehörden das Strafmaß (von Geldstrafen über Arrest bis hin zu Verbannung) selbst festlegen konnten. Den Denunziationen lagen in vielen Fällen wirtschaftliche Interessen oder persönliche Konflikte zugrunde. In einigen Fällen kam es sogar im engeren Familienkreis zur Aufdeckung verborgener *‚innerer‘* Feinde, meistens in deutsch-russisch gemischten Familien. […]

Faktisch wurden die Wolgadeutschen während des Ersten Weltkriegs zu gewöhnlichen Geiseln einer politischen Situation, in der nicht nur ihre Loyalität in Zweifel gezogen, sondern auch der Versuch unternommen wurde, die Schuld für Mißerfolge an der Front und im Hinterland auf sie abzuwälzen. Der Krieg brachte negative Vorstellungen über die Rußlanddeutschen zum Vorschein, die von einem Teil der veröffentlichten Meinung schon früher vertreten worden waren. […] Die Frage der Loyalität der deutschen Siedler wurde sowohl in der Hauptstadt als auch vor Ort eindeutig entschieden – Loyalität wurde mit der völligen Aufgabe ihrer ethnokulturellen Eigenständigkeit und Assimilation an das russische Volk gleichgesetzt und nahm die Form eines direkten Verbots nationaler Besonderheiten (Gebrauch der Muttersprache, Schließung von Schulen, Presseerzeugnissen und Organisationen) an.

Victor Dönninghaus: Revolution, Reform und Krieg. Die Deutschen an der Wolga im ausgehenden Zarenreich, Essen 2002, S. 205, 219, 229, 237, 239, 244–245.

Q17 Brief des Hauptbevollmächtigten des Allrussischen Zemstwo-Verbandes, Fürst Lwow, an den Zaren (3. Februar 1916)

Möglicher Erschließungsimpuls: Was sollte der Zar also konkret tun?

[…] Als das Ungewitter des Krieges über Russland hereinbrach […], ist das russische Volk wie ein Mann aufgestanden zur Verteidigung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit seiner Heimat und hat alle Unstimmigkeiten und Streitigkeiten abgetan. […]

[…] Aber die Regierung änderte ihre Haltung nicht. In der Zeit, als unsere Armee ohne Munition genötigt war, sich vor dem Feind zurückzuziehen, […] sah die Regierung mit unverändertem Misstrauen in der patriotischen Bewegung des Volkes eine Gefahr für die Staatsordnung […]. Die innere Staatswirtschaft ist in ein völliges Chaos gestürzt worden; dieser chaotische Zustand droht der Armee, droht, den Sieg zu verhindern; aber für die Regierung ist der Krieg anscheinend nicht vorhanden. Indem sie das Allgemeinwohl vergessen hat, hat sie dem russischen Staat die alte Wunde seines Kampfes gegen die Gesellschaft erneut aufgerissen. […] Die Isolierung der Staatsgewalt und die Entfremdung zwischen ihr und dem Volk ist gefährlich, verhängnisvoll.

[…] *Stellen Sie die durch die Regierung verletzte geistige Einheit und die Eintracht des staatlichen Lebens wieder her.* […] Geben Sie den Volksvertretern Arbeit. Eröffnen Sie dem Volk den Weg zur Einheit mit der Staatsmacht und zu Ihnen, Majestät. […]

Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn und Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 281.

Q18 Bericht Pawel Miljukows über eine Reise nach Moskau vor der Budgetkommission der Reichsduma (Anfang Oktober 1916)

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern begann die Revolution bereits 1916 in den Köpfen der Menschen?

[…] Ich hätte niemals geglaubt, wenn ich es nicht mit eigenen Ohren gehört hätte, daß Moskau in einer solchen Sprache zu reden begonnen hat. Ich kenne Moskau seit einigen Jahrzehnten, und wenn mir jemand vor 20 Jahren gesagt hätte, daß in der Haltung Moskaus sich eine derartige Wandlung vollziehen werde, so hätte ich das für törichtes Geschwätz gehalten. Selbst die ihrer Natur nach konservativsten, die reaktionärsten Kreise führten die Sprache unversöhnlicher Revolutionäre. Man ist geneigt zu glauben, daß in dieser Hinsicht die Haltung Moskaus radikaler ist als die ganz Rußlands, denn zu den entscheidenden Forderungen, zu denen man in Moskau gelangt ist, ist man weder in Petrograd, noch in der Provinz geneigt. Hinsichtlich der Regierung ist die Anschauung, die man sich in Moskau gebildet hat, absolut ohne Hoffnung: man erwartet nichts mehr von ihr, man glaubt nicht mehr daran, daß es hier noch eine Einigung oder Versöhnung geben könnte. Die ununterbrochenen Eskapaden der Minister haben Moskau davon überzeugt, daß der Augenblick nahe ist, da es notwendig sein wird, über die Rettung des Reiches zu sprechen. Es war geradezu unheimlich, in dieser Beziehung Folgerungen aus solchen Kreisen zu hören, wie aus dem der Moskauer Konservativen, unheimlich deswegen, weil sie in einer Sprache sprechen, wie man sie bis zu den Jahren 1905/06 nur in Kreisen der Schweizer Emigranten hören konnte. Wenn die Vertreter die Regierung sie gehört hätten, dann hätte sie Furcht ergreifen müssen und dann hätten sie vielleicht verstanden, daß es nicht mehr zum Spaßen ist und was auf dem Spiel steht. Von den niederen Volksschichten ist schon gar nicht zu reden: da handelt es sich um eine einzige eiternde Wunde. Man kann Angst vor dem morgigen Tag haben, denn wir wissen sehr wohl, wessen der Moskauer Pöbel fähig ist, wenn man ihn zur Verzweiflung treibt und er in Wut gerät. Es bedarf unglaublicher Anstrengungen und einer langen Zeit, um Moskau etwas zu beruhigen. In keinem Falle, dies läßt sich mit Sicherheit behaupten, wird Moskau zu seiner früheren Haltung zurückkehren; von den einstigen monarchistischen Gefühlen Moskaus ist nur eine schwache, kaum auffindbare Spur zurückgeblieben. Und Moskau will diese seine Ansichten demonstrativ zum Ausdruck bringen; es kann und es will nicht schweigen. Bisher waren die Chancen der Sozialdemokraten in Moskau sehr gering: außerhalb der Arbeiterkreise und einer kleinen Gruppe der Intelligentsia war die sozialdemokratische Partei für Moskau nicht vorhanden. Die neueste Tatsache aber ist, daß man in den patriarchalischen Kreisen […] über die Sozialdemokraten spricht. Das klingt wie ein Märchen, aber der Sinn dieses Märchens ist für die Regierung bedeutsam genug. Es ist natürlich klar, dass alle diese Kreise eigentlich mit den Sozialdemokraten nichts gemein haben; hinsichtlich des Sozialprogramms der Sozialdemokraten bestehen unüberbrückbare Gegensätze, aber im politischen Programm der Sozialdemokraten gibt es einen Punkt, auf den sie die Regierung unmißverständlich hinweisen wollen [Damit ist der Sturz des Zarismus gemeint]. Dieser Punkt sollte ihrer Meinung nach als offene Demonstration gegen die letzten Verrätereien, die ununterbrochenen Eskapaden der Regierung dienen […].

Pawel Nikolajewitsch Miljukow (1859–1943) war russischer Historiker und Politiker. Er war Vorsitzender der Partei der Konstitutionellen Demokraten.

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 84–85.

Q19 Brief des Hauptbevollmächtigten des allrussischen Zemstwo-Verbandes Fürst G. J. Lwow an den Präsidenten der Reichsduma M. W. Rodsjanko

Möglicher Erschließungsimpuls: Was wünscht sich Fürst Lwow?

[…]
Die Vorsitzenden der Semstwo-Verwaltungen der Gouvernements sind in Moskau am 25. Oktober (7. November) zusammengekommen, um Fragen der Lebensmittelversorgung zu besprechen […].

Vor einem Jahr haben die Bevollmächtigten der Semstwo-Verwaltungen der Gouvernements auf ihrer Septembersitzung im Bewußtsein ihrer Pflicht gegenüber dem Vaterlande auf die Gefährlichkeit der durch die Regierung hervorgerufenen Spannungen zwischen Staatsmacht und Volk hingewiesen. […] Die gewaltige patriotische Erhebung des Volkes ist von der Staatsmacht nicht ausgenützt worden, die Regierung hat sich nicht einmal zur Zusammenarbeit mit der Reichsduma aufraffen können, die Widerhall in allen Ständen des Volkes gefunden und sie hätte einigen können. Seit Kriegsausbruch befindet sich die Regierung in einem zuerst offenen, dann verdeckten, aber nicht weniger deutlichen Kampf gegen die Volksvertretung und alle organisierten Kräfte der Gesellschaft. Das Feuer des Weltkrieges greift immer mehr um sich. Für Rußland erwachsen neue und schwere Aufgaben. Das Land erleidet eine besonders schwere Krise auf dem Gebiet des Transportwesens, der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Versorgungsgütern und sogar mit Lebensmitteln.

[…] sie haben mich bevollmächtigt, Ihnen mitzuteilen und damit den Mitgliedern der Reichsduma zur Kenntnis zu bringen, daß die Semstwo-Verwaltungen in dem entscheidenden Kampf um die Schaffung einer Regierung, welche alle lebendigen Volkskräfte vereint und unser Vaterland zum Siege führt, an der Seite der Volksvertreter stehen werden.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung und Ergebenheit

Fürst Lwow 29. Oktober 1916

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 86–88.

Q20 Die Zarin in einem Brief an den Zaren über die Großfürsten (November und Dezember 1916)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Herrschaftsverständnis kommt hier zum Ausdruck?

a) Zarskoje Selo, 4. (17.) November 1916

Mein einzig geliebter Engel!
Wärmsten Dank für Deinen eben erhaltenen lieben Brief. Ich lese von Nikolaj [Großfürst Nikolaj Michailowitsch, Vetter des Zaren] und bin im höchsten Grade empört. Du hättest ihn in der Mitte seiner Rede unterbrechen und ihm sagen sollen, daß, wenn er nur noch ein einziges Mal diesen Gegenstand oder mich hineinzieht, Du ihn nach Sibirien schicken wirst – da es an Hochverrat grenzt. Er hat mich immer gehaßt und seit 22 Jahren schlecht von mir geredet […] aber im Kriege und in solchen Zeiten sich hinter Deine Mama und Deine Schwestern zu stecken und nicht tapfer (ob mit oder ohne Zustimmung) für seines Kaisers Weib einzutreten – ist scheußlich und verräterisch. […] Du mußt für mich einstehen in Deinem und Babys [Zarewitsch Alexej] Interesse. Hätten wir Ihn [Rasputin] nicht, wäre alles längst zu Ende, davon bin ich tief durchdrungen. – Ich sehe Ihn einen Augenblick vor Stürmer. Der arme alte Mann wird über die gemeine Art sprechen, in der sie mit ihm und über ihn in der Duma reden. – Miljukows Rede gestern, als er Buchanans [englischer Botschafter] Wort zitierte, daß Stürmer ein Verräter sei, und Buch[anan], dem er sich in seiner Loge zuwendete, hielt den Mund – hässliches Benehmen. Wir durchleben die härtesten Zeiten, aber Gott wird uns durchhelfen, ich bin furchtlos. Laß sie schreien – wir müssen zeigen, daß wir keine Furcht haben und fest sind. Dein Frauchen ist Deine Stärke und steht wie ein Fels hinter Dir. Ich werde Unseren Freund [Rasputin] fragen, ob Er denkt, es sei empfehlenswert, daß ich in etwa einer Woche fahre, da Du nicht wegkommen kannst – oder ob ich hierbleiben soll, um dem „schwachen" Minister [Innenminister Protopopow] zu helfen.
[…]

b) Zarskoje Selo, 27. Dezember 1916

[…] Sei Peter der Große, Iwan der Schreckliche, Kaiser Paul – zermalme sie alle unter Dir – nun lachst Du, Du Unartiger – aber es verlangt mich, zu sehen, daß Du so mit all denen umgehst, die Dich zu regieren versuchen – und das Gegenteil muß sein. […]

Denke daran, daß sogar M. Philippe [ein französischer „Wunderdoktor", der als Schwindler entlarvt wurde und Rußland verließ. Die Zarin hielt hartnäckig an seinen „Weisheiten" fest] sagte, man dürfe keine Verfassung gewähren, da es Dein und Rußlands Ruin sein würde. […] Du würdest niemals zögern, sondern wie ein Löwe vorgehen – sei auch jetzt ein Löwe in der Schlacht gegen die kleine Handvoll Bestien und Republikaner – sei der Herr, und alles wird sich vor Dir beugen. […] Gott hat uns auf einen Thron gesetzt, und wir müssen ihn festhalten und ihn unversehrt unserem Sohn übergeben – wenn Du daran immer denkst, wirst Du auch nicht vergessen, daß Du der Souverän bist – und wie viel leichter ist das für einen Autokraten als für einen, der eine Verfassung beschworen hat. Geliebter, höre auf mich […].

Immer Dein einziges Frauchen

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki. 3. Aufl., München 1977, S. 88–89, 94–95.

Q21 Großfürst Paul, der Onkel des Zaren, besucht den Zaren im Dezember 1916

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern nahm die Zarin eine problematische Rolle ein?

Trotzdem suchte er [Großfürst Paul, der Onkel des Zaren] am 3. (16.) Dezember [1916], nachdem die Kaiserliche Familie nach Zarskoje zurückgekehrt war, um eine Audienz nach, die ihm noch am selben Tage um die Teezeit gewährt wurde […].

[…] Kaum war der Tee getrunken, als der Großfürst begann, dem Zaren die ganze Sache [Situation Russlands Ende 1916] in den trübsten Farben zu schildern. […]

Der Zar versank in Nachdenken. Dann aber, während gleichzeitig die Zarin verneinend den Kopf schüttelte, streifte er lässig die Asche von seiner Zigarette ab und sagte, mit erhobener Stimme: „Was du von mir verlangst, ist einfach unmöglich. Am Tage meiner Krönung habe ich das Gelübde zur unumschränkten Macht geleistet. Dieses Gelübde will ich unversehrt an meinen Sohn weitergeben."

Obschon der Großfürst die Aussichtslosigkeit seiner Mission, etwas zu erreichen, erkannte, machte er dennoch einen letzten Versuch, indem er sagte: „Gut, wenn du dem Volke keine Verfassung geben kannst, so gib ihm wenigstens ein Vertrauensministerium, denn, ich wiederhole dir, Protopopow und Stürmer sind allen verhaßt." […]

Der Zar rauchte nervös und hörte schweigend zu. Dagegen nahm jetzt die Zarin das Wort. Sie sprach lange und erregt […]. An der Absetzung der beiden Minister, nur um dem Willen einiger Mißliebiger nachzugeben, sei nicht zu denken. Also erfuhr der Großfürst in jeder Richtung eine glatte Ablehnung […].

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 96–98.

Möglicher Erschließungsimpuls zu Q22 bis Q25: Warum ist die Lage so explosiv?

Q22 Michail W. Rodsjanko, der Vorsitzende der 3. und 4. Staatsduma, warnt den Zaren in einer Audienz am 18. Januar 1917

Aus meinem zweiten Bericht werden Ew. Majestät ersehen haben, daß ich die Lage im Reich für gefährlicher halte als je zuvor. Die Stimmung ist derart, daß man die allerschlimmsten Erschütterungen erwarten muß. Es gibt keine Parteien mehr, ganz Rußland fordert einstimmig eine andere Regierung und die Ernennung eines verantwortlichen Ministerpräsidenten, der das Vertrauen des Volkes genießt. Auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens müssen die gesetzgebenden Körperschaften und die öffentlichen Organisationen zusammen ans Werk gehen, um den Sieg zu erringen und im Lande Ordnung zu schaffen. Zu unserer Schande müssen wir eingestehen, daß bei uns allgemeiner Zerfall herrscht. […]

Der Kaiser [Zar] faßte sich mit beiden Händen an seinen Kopf und sagte leise: „Ich habe mich zweiundzwanzig Jahr lang bemüht, nur das Beste zu wollen, sollte ich mich zweiundzwanzig Jahre lang geirrt haben?" […].

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 102.

Q23 Brief im Dezember 1916 an den in Zürich lebenden Lenin

In der Stimmung der Arbeiterschaft [Petrograds] und breiter Schichten der Bevölkerung ist das Fehlen jedes patriotischen Gefühls festzustellen. […] Die Parole „Krieg bis zum Sieg" ist nur noch als Kampfparole der Kriegsindustrie übriggeblieben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Soldaten und die Kleinbürger sprechen offen ihre Unzufriedenheit über die Fortsetzung des Gemetzels aus. Überall hört man die Frage: „Wann wird das alles ein Ende nehmen?" […] Die Lebensmittelteuerung hat einen katastrophalen Charakter angenommen. […] Die Preise haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf das Fünf- bis Zehnfache erhöht. […] Im September und Oktober gab es bereits Tage, an denen in Arbeitervierteln kein Brot vorhanden war.

Hartmann Wunderer: Die Russische Revolution, Stuttgart 2014, S. 42.

Wunderer zitiert diesen Brief aus: Valentin Gitermann: Geschichte Russlands, 3 Bde. Hamburg 1945–49, unveränd. Nachdruck, Frankfurt a. M., Bd. 2, S. 477.

Q24 Aufzeichnungen des Gründungsmitglieds der liberalen Kadetten, des Fürsten Dolgorukij, vom 29. Januar 1917

[…] Ansicht der Kadetten über die gegenwärtige politische Situation […]:

6. Wenn der Zar nicht freiwillig sich zur Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums entschließt, dann ersteht vor uns, wenn man nach dem Verhalten der Familie Romanow in letzter Zeit urteilt, die große Gefahr einer Palastrevolution seitens der Leute, die nicht unter der Herrschaft einer hysterischen, aber viel stärkeren Frau, als es der Zar ist, weiterleben wollen. Diese Gefahr einer Palastrevolution ist umso realer, als jetzt nicht einmal unter den Rechten, denen dieser schreckliche Krieg die Augen über die Wirklichkeit unserer unverantwortlichen Regierung geöffnet hat, eine geschlossene Gegnerschaft gegen ein verantwortliches Ministerium vorhanden ist. […]

8. Dies sind die düsteren Perspektiven, die Rußlands Zukunft birgt. Es erhebt sich daher die Frage: was sollen wir jetzt tun? Die Antwort auf diese Frage lautet […] so: das russische Volk, die russische Armee und das Hinterland zusammen müssen jetzt ein einziges Ziel anstreben – die Rettung und das Wohl Rußlands.

Die Erreichung dieses Ziels ist auf zwei Wegen möglich: der erste Weg besteht in der siegreichen Beendigung des Krieges, der zweite in der Schaffung eines verantwortlichen Ministeriums. Nur auf diesen beiden Wegen öffnet sich die Möglichkeit, ein großes und glückliches Rußland zu schaffen. Daraus ergibt sich unsere Pflicht: die Armee muß an der Front den Sieg über den Feind erringen, wir im Hinterland müssen ein verantwortliches Ministerium erkämpfen. Diese Aufgaben widersprechen einander nicht, sondern unterstützen und ergänzen einander. Notwendig ist nur, daß jeder im Hinterland und an der Front gewissenhaft und anständig seine Pflicht tut.

29.1.1917 (Geheimbericht)

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 103–105.

Q25 Bericht des Direktors des Polizeidepartments an den Innenminister (Februar 1917)

Die im Reich eingetretenen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung, eine Folge der Zerrüttung des Transportwesens und anderer Kriegsfolgen, haben sich mehr und mehr erhöht und drohen eine recht ernste Situation im Lande zu schaffen.

In dieser Beziehung droht besondere Gefahr durch die infolge unzureichender Lebensmittelversorgung in Petrograd eingetretene Lage.

Verglichen damit waren noch unlängst, zu Ende des vergangenen Jahres, die Lebensbedingungen in der Hauptstadt ungeachtet der mehr oder weniger beträchtlichen Preiserhöhung bei Gütern des täglichen Bedarfs für die Mehrheit der Bevölkerung nicht außergewöhnlich beschwerlich. Vorwürfe wegen der Teuerung wurden vor allem von den weniger besitzenden Schichten erhoben.

In diesem Jahr sind allein im Monat Januar die Preise für Lebensmittel in Petrograd so stark erhöht worden, daß das Leben in der Hauptstadt sogar für die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung schwierig geworden ist. […]

Die bevorstehende Wiedereröffnung, der Dumasession am 14. (27.) Februar versetzt die Bevölkerung der Hauptstadt insgesamt, das oppositionelle Lager insbesondere in eine freudige Stimmung.

Die progressiven Elemente der Reichsduma versuchen diesen für regierungsfeindliche Akte aller Art günstigen Moment auszunützen und haben beschlossen, in den ersten Dumasitzungen einen Protest gegen das gegenwärtige Kabinett offen auszusprechen.

Außerdem haben sich die Progressisten in dem Bemühen, möglichst breite Kreise der Gesellschaft und insbesondere der hauptstädtischen Arbeiterschaft hinter sich zu bringen, mit dem Vorschlag der Zusammenarbeit an die Arbeitergruppe des zentralen Kriegsindustrie-Komitees gewandt. […]

Hierzu muß darauf hingewiesen werden, daß die die Arbeiterbewegung leitenden Revolutionäre sich nicht nur bemühen, die Arbeiter auf den Weg offener Demonstration zu führen, sondern es sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei kommen zu lassen […].

Februar 1917

Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 3. Aufl., München 1977, S. 107, 100–111.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Analysiere** und **erläutere** die Situation bei Kriegsbeginn in Russland 1914, die Rolle des Zaren und die der Duma.
   a) Arbeite die Argumente heraus (Q1–Q3 und D1).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (Q1–Q3 und D1).

2. **Charakterisiere, erkläre und interpretiere** das ***Narrativ*** der zarischen Regierung 1914 und der Künstler, die dieses Narrativ unterstützten: Russland im Ersten Weltkrieg (D1, Q4–Q8). Benutze dazu das Kästchen ***Narrativ*** aus Kapitel 1.

3. **Dekonstruiere** dieses Narrativ mit den Argumenten anderer Perspektiven (D1, D3 und Q4).
   a) **Untersuche** die Standortgebundenheit und die Perspektive des Narrativs (D1, Q4–Q8).
   b) **Analysiere** die Einzelheiten, die im Narrativ erwähnt werden, und in welcher Art und Weise – auch sprachlich – sie benannt werden (D1 und Q5–Q8, Begleittexte oder Bildttexte).
   c) **Arbeite heraus**, welche narrativen Zusammenhänge zwischen den erwähnten Einzelheiten hergestellt werden, und **erläutere**, welche Einzelheiten im Narrativ nicht erwähnt werden (D1–D3 und Q4–Q8).
   d) **Setze** dich mit den Intentionen und Aussagen des Narrativs **auseinander** und **bewerte** die Aussagen des Narrativs an historischen Sachverhalten auf ihre Angemessenheit und Triftigkeit (D1–D3 und Q1–Q8).

4. **Charakterisiere** die Rolle der Duma und die des Zaren in Russland im Ersten Weltkrieg zwischen 1914 und 1917.
   a) Arbeite die Argumente und Fakten heraus (Q9–Q10, Q17–Q18, Q19a/b, Q20–Q21, Q23–Q25, D2 und D3a/b).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (D2 und D3a/b).

5. **Stelle** die wirtschaftliche, ethnische und soziale Situation Russlands zwischen 1914 und 1917 **dar**:
   a) Arbeite die Argumente und Fakten heraus (Q11–Q19, Q25, D3a/b und D4–D5).
   b) Erläutere diese im historischen Kontext (Q11–Q19, Q25, D3a/b und D4–D5).

6. **Fjodor Michailowitsch Gontscharow**, ein russischer bekannter Rechtsanwalt, Mitglied des Anwaltvereins und Teil der russischen Intelligenz, wurde Offizier der russischen Armee im Ersten Weltkrieg. Er trifft sich mit seiner Ehefrau **Irina Andrejewna Gontscharowa** in einem Petersburger Café im August 1916. Er hat Fronturlaub: Die warme Sommerluft umweht das Ehepaar. Beide sitzen draußen auf der Kaffeeterrasse. Sie unterhalten sich sehr betroffen über den Krieg und seine Folgen. Beide setzten große Hoffnung in die Duma, die neuen politischen Parteien und die wachsende Zivilgesellschaft; der Krieg war nun ein tiefer – auch persönlicher – Einschnitt.

   Verfasse diesen Dialog des Ehepaares in schweren Kriegszeiten aus der Perspektive dieses kritischen Anwalts und seit drei Jahren Frontoffiziers und seiner Ehefrau. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit. Binde auch den Kontext 1914–1917 mit ein. Benutze dazu alle Materialien.

7. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Russland im Ersten Weltkrieg (1914 – Februar 1917) – Ende des Zarenreichs und demokratischer Aufbruch?* Benutze dazu alle Materialien (D1–D5, Q1–Q25).
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die Begriffe „Ende des Zarenreichs“ und „demokratischer Aufbruch“ in der Leitfrage.
   b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den zwei Begriffen in einer Pro- und Contra-Tabelle zu, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

5 Die Februarrevolution von 1917 – eine reale Chance für demokratische Entwicklungen?

Ines Stelljes, Helge Schröder

Mit der Februarrevolution 1917 entluden sich lange aufgestaute Enttäuschung und Verzweiflung – die Jahre 1905 bis 1914 bildeten dafür das Fundament, die katastrophalen Folgen der Beteiligung Russlands am Ersten Weltkrieg wurden zur auslösenden und alles mitreißenden Flutwelle. Wie verlief der Sturz des Zaren, welche Rolle spielten liberale Politiker der Duma, Soldaten und Arbeiter in den Industriezentren um Petrograd und Moskau? Beim Blick zurück steht eine Frage zentral: Welche alternativen politischen Möglichkeiten hätten sich aus den Ereignissen der Februarrevolution 1917 ergeben können? Und warum wurden sie nicht verwirklicht? Hier nehmen die politischen Strömungen und Parteien des zarischen Russlands eine Schlüsselstellung ein: Warum siegte das autoritäre gegenüber dem liberalen Konzept von Herrschaft?

D1 Zeittafel

8. März (23. Februar) 1917[1]	Demonstration der Petrograder Arbeiterfrauen
12. März (27. Februar) 1917	Meuterei der Petrograder Garnison (Februarrevolution). Bildung des Provisorischen Dumakomitees (Vorläufer der Provisorischen Regierung) und des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates
15. (2.) März 1917	Thronverzicht des Zaren Provisorische Regierung unter Fürst Lwow
16. (3.) April 1917	Rückkehr Lenins aus dem Schweizer Exil
1. Mai (18. April) 1917	„Miljukow-Note“: Russland bekräftigt, an den Kriegszielen des Alten Regimes festzuhalten, auch an den Annexionsplänen
18. (5.) Mai 1917	Erste Koalitionsregierung
16./17. (3./4.) Juli 1917	„Juli-Krise“; Verhaftung führender Bolschewiki
19. (6.) Juli 1917	Flucht Lenins nach Finnland
21. (8.) Juli 1917	Alexander Kerenski Ministerpräsident
6. August (24. Juli) 1917	Zweite Koalitionsregierung
7. – 12. September (25. – 30. August) 1917	„Kornilow-Putsch“
8. Oktober (25. September) 1917	Dritte Koalitionsregierung

Zitiert nach: Manfred Hildermeier, Alexander Schubin: „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 31.

1 Bis 1918 galt im Zarenreich unter dem Einfluss der Orthodoxen Kirche der julianische Kalender, der dem in Mittel- und Westeuropa üblichen gregorianischen Kalender um 13 Tage nachlief. Am 1. Februar 1918 stellte das neue bolschewistische Regime den Kalender auf den gregorianischen Kalender um, und es folgte auf den 1. direkt der 14. Februar.

D2 Ausbruch der Februarrevolution – Ablauf

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern ist die Februarrevolution eine „typische“ Revolution?

23. Februar* (8. März) 1917

Die Versorgungslage der Bevölkerung im dritten Jahr des Kriegs ist katastrophal. Vor den Lebensmittel- und Bäckereiläden in Petrograd bilden sich endlose Schlangen. Frauen und Männer aus den Industrievierteln formieren sich zu einem Demonstrationszug, der schnell anwächst, und skandieren: „Brot! Brot!“

24. Februar 1917

Die Arbeiter in vielen Stadtteilen schließen sich den Forderungen der Demonstranten an.

25. Februar 1917

Die Streiks und Demonstrationen dauern an. Kosaken, die vom Petrograder Stadtkommandanten zur Niederschlagung der Proteste auf die Straßen geschickt wurden, verweigern den Gehorsam.

26. Februar 1917

Die Sitzungsperiode der Duma wird vom Ministerpräsidenten auf Befehl des Zaren unterbrochen. Einige Abgeordnete verweigern sich dem Befehl und bilden einen Ältestenrat, der sich „Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ nennt.

27. Februar* (12. März) 1917

Revoltierende Truppen stürmen die Peter-und-Paul-Festung, ein berüchtigtes zaristisches Gefängnis, und befreien dort inhaftierte Arbeiter-Aktivisten. Bei deren erster Versammlung im Taurischen Palais wird ein provisorisches Exekutivkomitee und damit der erste Arbeiter- und Soldatenrat gebildet – und das Verlautbarungsorgan „Iswestija“ gegründet.

28. Februar 1917

In einem Flügel des Palais tagen die Arbeiter- und Soldatendeputierten, im anderen die Mitglieder der **Duma**, also jene Parlamentsabgeordnete, die sich einer vom Zaren verfügten Suspendierung widersetzen.

1. März* (14. März) 1917

Die Partner in der provisorischen Regierung verständigen sich auf ein Regierungsprogramm. Einziger Sozialist unter den Ministern ist Alexander Kerenski, der im Juli 1917 letzter Ministerpräsident vor der Machtübernahme durch die Bolschewiki werden wird.
Der Zar stimmt in seinem Hauptquartier in Pskow der „Regierung des gesellschaftlichen Vertrauens“ zu, nachdem sein Zug dorthin umgeleitet worden ist. Der Duma-Präsident lässt ausrichten, dass dies an politischen Zugeständnissen zu wenig und von den Ereignissen überholt sei.

2. März* (15. März) 1917

Nikolaus II. dankt ab. Zunächst will er zugunsten seines Sohnes Alexej abdanken. Dann aber erklärt er den Rücktritt zugunsten seines Bruders, Großfürst Michail. Dieser wiederum verzichtet umgehend.
Das neue Kabinett wird vorgestellt.

Zitiert nach: Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt a.M. 2013, S. 12–16.

D3 Revolutionstheorien

Siehe das YouTube-Video von Jule Sommersberg, 01.04.2016.

URL: https://youtu.be/axS2MkjLAeU. Stand: 16.12.2024.

Q1 Nachträglich geschönter Augenzeugenbericht eines Fabrikarbeiters aus Petrograd vom 27. Februar 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie wird das Scheitern der Regierung dargestellt? Wie passt das zu der Revolutionstheorie?

Hinweis d. Verf.: Der „Augenzeugenbericht" wurde nachträglich bearbeitet, um eine entsprechende „Heldenversion" zu vermitteln.

Auf dem Nevskij [Prospekt, der Hauptstraße Sankt Petersburgs, Anm. d. Verf.] waren ziemlich viele Leute. Die Arbeiter formierten einen Zug und bewegten sich unter dem Gesang revolutionärer Lieder die Straße entlang. Die Polizei war vollständig verschwunden. Später änderte sich das Gesicht der demonstrierenden Menge ein wenig. Es tauchten in ihr schon die dunkelblauen Mützen der Studenten auf. Das spazierende Publikum sympathisierte mit uns. Aus einigen Krankenhäusern begrüßten uns die Soldaten durch Winken. Die Kosaken ritten ununterbrochen Attacken gegen uns, ihre Pferde waren von Schaum bedeckt; da die Vorgesetzten sich von der Zwecklosigkeit der Attacken noch einmal überzeugt hatten, wurden diese eingestellt und die Kosaken am Kazaner Dom aufgestellt. […] Die Menge verfolgte diese Vorbereitungen mit fieberhafter Erregung, wollte aber vor lauter Begeisterung nicht glauben, dass die Soldaten schießen würden. Die Demonstration nahm hier gigantische Ausmaße an. Die ersten Reihen kamen, durch den Massendruck von hinten nach vorn immer näher an die Soldaten heran. Endlich kam es dazu, dass die Spitzen der Bajonette die Brust der in der ersten Reihe Stehenden berührten. Von hinten hörte man noch den Gesang revolutionärer Lieder, vorn herrschte schon Verwirrung, Frauen riefen, mit Tränen in den Augen, den Soldaten zu: „Genossen, nehmt Eure Bajonette weg, schließt Euch uns an!" Die Soldaten waren erregt, warfen rasche Blicke auf die eigenen Kameraden, noch ein Augenblick, ein Bajonett hebt sich langsam hoch, wird durch die Schultern der vorrückenden ersten Reihe harmlos in die Luft gehoben. Ein donnerndes Hurra erschütterte die Luft. Die triumphierende Menge begrüßte ihre in graue Soldatenmäntel gekleideten Brüder. Die Soldaten mischten sich in die Menge der Demonstranten.

Wladimir Astrow, Alexander Slepkow, J. Thomas (Hg.): Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917, Berlin 1928, S. 91–92.

Q2 Proklamation des Provisorischen Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiterdeputierten vom 27. Februar (12. März) 1917

Bürger!

Die Vertreter der Arbeiter, der Soldaten und der Einwohner von Petrograd, die in der Staatsduma versammelt sind, geben bekannt, dass die erste Sitzung dieser Vertreter heute, am 27. Februar, abends im Gebäude der Duma stattfindet.

Alle jene Truppen, die sich auf die Seite des Volkes gestellt haben, sollen unverzüglich ihre Vertreter wählen, für jede Kompanie einen Mann.

Die Fabrikarbeiter wählen einen Deputierten auf je tausend Mann.

Fabriken mit weniger als eintausend Arbeitern entsenden jeweils einen Deputierten.

27. Februar 1917.
Das Provisorische Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten

Übersetzung nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die Russische Revolution 1917, 3. Aufl., München 1977, S. 128.

Q3 Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets vom 1. (14.) März 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie versuchten die verschiedenen politischen Akteure in dem Machtvakuum an die Macht zu gelangen? Welche neuen politischen und gesellschaftlichen Konzepte boten sie an? (Petrograder Sowjet – die provisorische Regierung – der Zar – Lenin)

An die Garnison des Petrograder Militärbezirks! An alle Soldaten der Garde, der Armee, der Artillerie und der Flotte zur unverzüglichen und genauen Ausführung, an die Arbeiter Petrograds zur Kenntnisnahme!

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten hat beschlossen:

1. In allen Kompanien, Bataillonen, Regimentern, Batterien, Schwadronen, in allen Dienststellen der verschiedenen militärischen Verwaltungen sowie auf den Schiffen der Kriegsflotte sind unverzüglich Komitees aus gewählten Vertretern der Mannschaften der oben aufgezählten Truppen zu wählen.
2. Alle Truppeneinheiten, die ihre Vertreter in den Sowjet der Arbeiterdelegierten noch nicht gewählt haben, sollen auf jede Kompanie einen Vertreter wählen. Diese Vertreter haben mit einer schriftlichen Bestätigung am 2. (15.) März, um zehn Uhr morgens, im Dumagebäude zu erscheinen.
3. In allen politischen Angelegenheiten untersteht jeder Truppenteil dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten und seinen Komitees.
4. Die Befehle der militärischen Kommission der Reichsduma sind nur in den Fällen auszuführen, wenn sie zu den Befehlen und Beschlüssen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendelegierten nicht in Widerspruch stehen.
5. Alle Arten von Waffen wie Gewehre, Maschinengewehre, Panzerautos usw. müssen sich in den Händen und unter der Kontrolle der Kompanie- und Bataillonskomitees befinden und dürfen unter keinen Umständen den Offizieren ausgeliefert werden, auch wenn sie dies verlangen.
6. Bei Ausübung ihres Dienstes müssen die Soldaten die strenge militärische Disziplin einhalten, aber außerhalb des Dienstes dürfen die Soldaten in ihrem politischen, bürgerlichen und privaten Leben in denjenigen Rechten keineswegs beeinträchtigt werden, die alle übrigen Bürger genießen. Der militärische Gruß außerhalb des Dienstes wird abgeschafft.
7. Ebenso wird das Titulieren der Offiziere: Exzellenz, Wohlgeboren usw. abgeschafft und durch Wendungen wie: Herr General usw. ersetzt. Grobes Verhalten, unter anderem das Duzen gegenüber den Soldaten, wird verboten. Von jeder Übertretung dieser Anordnung sowie über alle Missverständnisse zwischen Offizieren und Soldaten sind Letztere verpflichtet, ihre Kompaniekomitees in Kenntnis zu setzen.

Dieser Befehl ist in allen Kompanien, Bataillonen, Regimentern, Batterien und anderen militärischen Einheiten zu verlesen.

Zitiert nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917, 3. Aufl., München 1977, S. 134.

Q4 Grundsatzerklärung der Provisorischen Regierung vom 2. März 1917

Möglicher Erschließungsimpuls: Nach welchen Werten richtet sich das Programm der Provisorischen Regierung?

Das Provisorische Komitee der Staatsduma hat unter Mithilfe und Anteilnahme der hauptstädtischen Truppen und Bevölkerung jetzt einen derartigen Erfolg über die dunklen Mächte des alten Regimes errungen, dass es ihm möglich ist, zur dauerhafteren Organisation der exekutiven Gewalt überzugehen. Dafür ernennt das Provisorische Komitee der Staatsduma folgende Personen, deren frühere gesellschaftliche und politische Tätigkeit das Vertrauen des Landes in sie rechtfertigt, zu Ministern des ersten öffentlichen Kabinetts.: [Die wichtigsten Namen sind: Vorsitzender des Ministerrates und Minister des Innern: Fürst G. E. Lwow; Außenminister: P. N. Miljukow; Kriegs- und Marineminister: I. Gutschkow; Justizminister: A. F. Kerenski)]

Bei seiner aktuellen Tätigkeit wird sich das Kabinett von folgenden Prinzipien leiten lassen:

1. Eine vollständige und sofortige Amnestie für alle politischen und religiösen Fälle, einschließlich Terroranschläge, Meutereien und Bauernaufstände usw.
2. Freiheit des Wortes, der Presse, der Vereinigung, Versammlung und des Streiks mit Ausweitung der politischen Freiheiten auf die Militärdienstleistenden in den Grenzen, die die militärisch-technischen Umstände zulassen.
3. Abschaffung aller Stände-, Glaubens und nationalen Beschränkungen.
4. Unmittelbare Vorbereitung zur Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, die die Regierungs- und Verfassungsform des Landes festlegt, auf den Grundlagen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.
5. Die Ersetzung der Polizei durch eine Volksmiliz mit einer gewählten Leitung, die den Organen der örtlichen Selbstverwaltung unterstellt ist.
6. Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts.
7. Die Truppen, die an der revolutionären Bewegung in Petrograd teilgenommen haben, werden nicht entwaffnet oder abgezogen.
8. Bei Beibehaltung der strengen militärischen Disziplin in der Truppe und bei der Ableistung des Militärdiensts – Beseitigung aller Beschränkungen auf die Inanspruchnahme der öffentlichen Rechte, die allen anderen Bürgern gewährt wurden, für die Soldaten.
   Die Provisorische Regierung erachtet es für ihre Pflicht hinzuzufügen, dass sie in keinster Weise beabsichtigt, den Kriegszustand für irgendwelche Verzögerungen bei der Umsetzung der obengenannten Reformen und Maßnahmen auszunutzen.

Übersetzung nach: Deklaration der Provisorischen Regierung über ihre Zusammensetzung und Aufgaben. In: 100(0) Schlüsseldokumente. URL: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Deklaration_der_Provisorischen_Regierung_%C3%BCber_ihre_Zusammensetzung_und_Aufgaben. Stand 16.12.2024.

Q5 Die Abdankungsurkunde des Zaren Nikolaus II. vom 2. (15.) März 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie begründet Nikolaus seinen Thronverzicht? Warum verpflichtet er seinen Nachfolger auf die Zusammenarbeit mit den Volksvertretern?

Hauptquartier

An den Chef des Stabes

In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Russland eine neue schwere Prüfung gesandt. Die im Inneren ausgebrochenen Unruhen drohen verhängnisvolle Rückwirkungen auf den endgültigen Ausgang des erbarmungslosen Krieges zu nehmen. Das Schicksal Russlands, die Ehre unserer heldenmütigen Armee, das Wohl des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes fordern, dass der Krieg um jeden Preis bis zum siegreichen Ende weitergeführt wird.

Der grausame Feind unternimmt seine letzten Anstrengungen, und der Augenblick ist nicht mehr fern, da unser ruhmreiches Heer gemeinsam mit unseren glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden werfen wird.

In diesen für das Leben Russlands entscheidenden Tagen hielten WIR es für UNSERE Gewissenspflicht, UNSEREM Volk den engsten Zusammenschluss und die Organisierung aller seiner Kräfte erleichtern zu sollen, damit ein schneller Sieg verwirklicht werden kann. Deshalb haben WIR im Einvernehmen mit der Staatsduma für gut befunden, der Krone des Russischen Reiches zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen. Da WIR uns nicht von UNSEREM geliebten Sohne trennen wollen, übertragen WIR die Erbfolge auf UNSEREN Bruder, den Großfürsten MICHAIL ALEKSANDROVIČ, dem WIR bei der Besteigung des Thrones des Russischen Reiches UNSEREN Segen erteilen. WIR geben UNSEREM Bruder den Befehl, in voller Übereinstimmung mit den Volksvertretern in den gesetzgebenden Körperschaften die Regierung zu führen auf den Grundlagen, die von ihnen festgesetzt werden, und auf sie einen unverletzlichen Eid zu leisten. Im Namen der heiß geliebten Heimat rufen WIR alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige Pflicht gegenüber diesem zu erfüllen, dem Zaren in dem schweren Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und IHM gemeinsam mit den Volksvertretern zu helfen, das Russische Reich auf den Weg des Sieges, der Wohlfahrt und des Ruhmes zu führen. Möge Gott der Herr Russland schützen!

Pskov. 3. (16.) März 1917, 15 Uhr 5 Minuten

Gez. Nikolaj

Der Minister des Kaiserlichen Hofes Generaladjutant
Graf Fredericksz

Übersetzung nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die Russische Revolution 1917, 3. Aufl., München 1977, S. 138.

D4 Das Ende der Zarenherrschaft und die Einsetzung der Provisorischen Regierung (Februarrevolution)

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern wird die Revolution durch Aktivität und Passivität der Beteiligten befördert?

[…] Die Revolution begann mit dem Sturz der Autokratie im März [Februar] 1917.

Am 8. März [23. Februar] 1917 brachen in Petrograd Versorgungsunruhen und Arbeiterstreiks aus. Die Demonstranten verlangten nach Brot, doch bald riefen sie die Parole: „Nieder mit der Autokratie!“ Auch mit Hilfe von Truppen gelang es nicht, die Demonstration niederzuschlagen. Seit dem 12. März [27. Februar] gingen die Einheiten der Petrograder Garnison auf die Seite der Revolution über. Obwohl die Tätigkeit der Staatsduma (des Parlaments) von der Regierung vorübergehend ausgesetzt worden war, gründeten ihre Abgeordneten das Provisorische Komitee der Staatsduma (WKGD), das mit den Aufständischen zusammenwirkte. Am 13. März [28. Februar] griffen die Unruhen auf Moskau und andere Städte Russlands über. Man begann Arbeiter- und Soldatenräte zu gründen.

Am 14. [1.] März traf Zar Nikolaus II. beim Oberkommando der Nordfront in Pskow ein. Hier begannen seine Verhandlungen mit dem Befehlshaber dieser Front, General Nikolai Russki, der im Einvernehmen mit anderen Generalen und liberalen Abgeordneten vom Zaren verlangte, der in der Hauptstadt um sich greifenden Bewegung nachzugeben und auf den Thron zu verzichten. Die Generale hofften, dass die Übergabe der Macht an die Duma das Land beruhigen und damit die Voraussetzung für ihr Hauptziel schaffen würde: die siegreiche Beendigung des Krieges. Zar Nikolaus II., der zu diesem Zeitpunkt bereits politisch isoliert war, verzichtete am 15. [2.] März auf den Thron.

Die liberalen Führer der parlamentarischen Mehrheit im WKGD einigten sich im Zuge der Verhandlungen mit den linken Sozialisten aus dem Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat darauf, im Namen des WKGD eine Regierung zu gründen, die volle Bürgerrechte verkünden und die Konstituierende Versammlung einberufen sollte. An der Spitze dieser Regierung sollte Fürst Georgi Lwow stehen, eine der führenden Persönlichkeiten der Zemstwo-Bewegung, der Organisation der ländlichen Selbstverwaltungskörperschaften [z.B. gewählte Vertretungen].

Aus: Manfred Hildermeier, Alexander Schubin: „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 23–24

Q6 Lenins Aprilthesen

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Alternative bietet Lenin der Bevölkerung in Russland an?

Erst am 3. April nachts [aus dem Schweizer Exil kommend] in Petrograd eingetroffen, konnte ich in der Versammlung vom 4. April mein Referat über die Aufgaben des revolutionären Proletariats natürlich nur in meinem eigenen Namen und unter Hinweis auf meine ungenügende Vorbereitung halten.

[…] Ich veröffentliche diese meine persönlichen, nur mit ganz kurzen erläuternden Bemerkungen versehenen Thesen, die in meinem Referat viel eingehender entwickelt wurden.

THESEN

1. In unserer Stellung zum Krieg, der von Seiten Russlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ unzulässig.
   Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewusste Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben. a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals. […]
2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur *zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muss. […]
3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen […].
4. Anerkennung der Tatsache, dass unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem Block aller kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente […].
   Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien.
5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.
   Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft. Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.
6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.
   Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.
   Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Bildung besonderer Sowjets von Deputierten der armen Bauern. Schaffung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern […] unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und für Rechnung der Gesellschaft.
7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.
8. Nicht „Einführung“ des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.
9. Aufgaben der Partei:
   a) sofortige Einberufung des Parteitags;
   b) Änderung des Parteiprogramms, in der Hauptsache in folgenden Punkten:
      1. Imperialismus und imperialistischer Krieg;
      2. Stellung zum Staat […];
   c) Änderung des Namens der Partei […]

Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin (O) 1959, S. 3–6.

Q7 Frankfurter Zeitung vom 15.03.1917: „In Petersburg ist die Revolution ausgebrochen“

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie schätzt die Frankfurter Zeitung die Lage in Sankt Petersburg/Russland ein? Aus welcher Perspektive beschreibt sie die Ereignisse? Was konnten ihre Journalisten wissen und an welche Leser richteten sich ihre Texte?

Es hatte sich angekündigt: Umsturz in Russland! Februarrevolution!
Eine erste Einschätzung der Lage bringt die Frankfurter Zeitung vom 15. März 1917.

Diese Soldaten haben sich der Revolution angeschlossen. Sie marschieren mit roter Fahne auf dem Petersburger Newski-Prospekt, März 1917.

Autor: Unbekannt. Quelle: Russia in Photo. URL: https://russiainphoto.ru/search/photo/years-1917-1917/?page=33&index=10&paginate_page=33. Stand: 9.12.2024.

Petersburg, 14. März. (Wolffs Telegraphisches Bureau)

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. In Petersburg ist die Revolution ausgebrochen. Ein aus zwölf Dumamitgliedern bestehender Exekutivausschuß ist im Besitz der Macht. Alle Minister sind ins Gefängnis gesetzt. Die Garnison der Hauptstadt, 30.000 Mann, hat sich mit den revolutionären vereinigt. Am Donnerstag (Mittwoch?), dem dritten Tag der Revolution, war die Ordnung in der Hauptstadt wieder hergestellt. Der Deputierte Engelhardt ist vom Ausschuß zum Kommandanten von Petersburg ernannt worden.

Die Spannung, die in den letzten Tagen in Petersburg und Moskau zu Unruhen geführt hat, deren Umfang und Charakter wir noch nicht kennen, hat sich in einem Vorgang entladen, der mitten im Krieg in den Bestand der Zentralgewalt des russischen Reichs in Frage stellt. Die Nachricht, die von der Petersburger Telegraphenagentur darüber in die Welt hinaus gesandt wird, läßt über die Triebkräfte der Bewegung, die sich Petersburgs bemächtigt hat, einstweilen mehr Vermutung zu als bündige Schlüsse. Ein Ausschuß von Dumaabgeordneten übt einstweilen die oberste Gewalt aus. Der Schluß liegt daher nahe, daß die Reichsduma sich der Vertagung, die das Ministerium anscheinend am Sonntag oder Montag beschlossen und die der Zar bestätigt hat, mit Erfolg widersetzt und einem „Wohlfahrtsausschuß“ vorläufig das Mandat übertragen hat, die bisherige Regierung gefangen zu setzen und selbst die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Nach den sich überstürzenden letzten Vorgängen in der inneren russischen Politik, die schließlich zu einstimmigen Beschlüssen der Reichsduma und zu einer kaum verhüllten Obstruktion des Reichsrates gegen die Regierung führten, überrascht dieser plötzliche Ausbruch einer lange verhaltenen Leidenschaft kaum. Die allgemeine, weit über die Kreise, die man gemeinhin als revolutionär zu betrachten pflegt, hinausgreifende Verbitterung gegen die bisherige Mißregierung erklärt es auch, dass drei Tage genügten, um der Duma die Macht in Petersburg zu sichern. Die Truppen, die in der Hauptstadt garnisoniert sind, stehen auf ihrer Seite, sodaß vermutlich die Umwälzung ohne allzu große Gewalt vor sich gehen konnte. Der „Exekutivausschuß“ verfügt offenbar auch in der Provinz schon jetzt über eine gewisse Autorität, weil es ihm sonst nicht gelungen wäre, die Nachricht von seiner Konstituierung ins Ausland zu schicken.

Die Petersburger Meldung spricht von einer Revolution; das ist ein großes Wort, das eigentlich erst die künftige Geschichtsschreibung anzuwenden berechtigt wäre. Selbst die Tatsache, daß die ganze Regierung gefangen gesetzt wurde, darunter offenbar auch der bisher in der Duma ziemlich beliebte Marineminister Grigorowitsch-Barskij, verbürgt noch nicht den vollen Erfolg der Umsturzbewegung. Dafür wird es vor allem auf die Haltung der Armee ankommen. Die Vermutung liegt nahe, daß die jetzige Bewegung sich auch gegen den Zaren richtet, der sich in der Armee kaum großer Sympathien erfreut. Aber die Petersburger Revolutionsregierung kann natürlich nicht ohne Zustimmung des mächtigsten Großfürsten, des ehemaligen Oberkommandierenden Nikolai Nikolajewitsch, irgend einen Versuch zur Lösung dieser dynastischen Frage unternehmen. Außer dem jetzigen Statthalter im Kaukasus tritt dabei die Persönlichkeit des Großfürsten Dmitrij Pawlowitsch in den Vordergrund. Dieser erst fünfundzwanzigjährige Prinz, ein Sohn des noch lebenden Großfürsten Pawel Alexandrowitsch und Enkel Alexanders II., ist außerdem jungen Zesarewitsch Alexeij der nächste wirkliche regierungsfähige Agnat [männlicher Blutsverwandter] des Hauses Romanow-Holstein-Gottorp, da des jetzigen Zaren Bruder Michail, die drei Söhne des verstor- ▶

benen Großfürsten Wladimir und Dmitrij Pawlowitschs eigener Vater entweder durch unstandesgemäße eheliche Verbindungen oder durch einen Lebenswandel, der selbst nach russischen Begriffen die Regierungsfähigkeit ausschließt, sich selber des Nachfolgerechts beraubt haben. […] Die Bedeutung der Vorgänge für die weitere Entwicklung des Krieges läßt sich, da man nur die ersten dürftigen Nachrichten besitzt, noch keineswegs beurteilen. Es ist anzunehmen, daß die neuen Machthaber versuchen werden, den Kampf gegen die Mittelmächte mit neuer Energie aufleben zu lassen, da nichts so sehr zu Erschütterungen der alten Regierung beigetragen hat, wie die Anschuldigung, daß sie auf einen schlechten Frieden mit Deutschland hinarbeite. Diese Absichten in Wirklichkeit umzusetzen, dürfte aber im jetzigen Stadium des Krieges um so schwerer sein, als die unausbleibliche innere Erschütterung, die die erste Folge der Petersburger Vorgänge sein wird, zunächst die Kräfte Rußlands noch mehr binden muß, als es die bisherigen inneren Kämpfe getan haben.

Quelle: „In Petersburg ist die Revolution ausgebrochen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2016. URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/der-erste-weltkrieg/frankfurter-zeitung-15-03-1917-in-petersburg-ist-die-revolution-ausgebrochen-14578252.html. Stand: 16.12.2024.

Q8 Demonstration im Putilow-Werk in Sankt Petersburg am 8. März 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wer protestiert/demonstriert? Was wird gefordert?

„Erhöhung der Rationen. Für die Familien der Soldaten An die Verteidiger der Freiheit und des Volksfriedens“
Hinten: „Ernährt die Kinder der Verteidiger des Vaterlandes“

Autor: Unbekannt. Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File: Демострация_работниц_Путиловского_завода_в_первый_день_Февральской_революции_1917.jpg

Q9 Verbrennen zaristischer Symbole vor dem St. Annen-Palais in Sankt Petersburg am 12. März 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Gegen wen richtet sich der Zorn? Was wird damit ausgedrückt?

Autor: Karl Karlowitsch Bulla (1853–1929).
Aus: Daniela Mrazkowa, Wladimir Remes (Hg.): Die Sowjetunion zwischen den Kriegen, Oldenburg 1981, S. 21.

Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:QuemaDeS%C3%ADmbolosImperiales1917--russiainrevolut00jone.jpg#/media/File:QuemaDeS%C3%ADmbolosImperiales1917--russiainrevolut00jone.jpg

D5 Die Provisorische Regierung: Parteienherrschaft, Persönlichkeiten und Zwangslagen

Mögliche Erschließungsimpulse: Was sind die zentralen Herausforderungen für die Regierungsparteien? Welche Rolle spielen die Parteien?

Das erste Kabinett der Provisorischen Regierung wurde am 15. [2.] März 1917 von den liberalen Parteien der Kadetten und der Oktobristen gestellt. Zur Regierung gehörte der gemäßigte Sozialist und bekannte Abgeordnete Alexander Kerenski, der zugleich Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Rates war. Außenminister wurde der Kadettenführer Pawel Miljukow. Anfangs konnte sich die Provisorische Regierung auf eine breite Zustimmung stützen. Dennoch fehlte ihr als einem beinahe ausschließlich liberalen Gremium sowohl in den sozialen Massenorganisationen, die nach der Revolution zu Hunderten entstanden, als auch in den übrigen Parteien, den Gewerkschaften und den Räten eine solide Verankerung.

Wegen des Krieges und der revolutionären Ereignisse vertiefte sich die Wirtschaftskrise, die die ohnehin schwere Lage der Werktätigen weiter verschlimmerte. Das sorgte für den Anstieg der Autorität der radikalsten Vertreter des linken politischen Spektrums, vor allem der Bolschewiki mit Wladimir Lenin an der Spitze, der am 16. [3.] April aus der Emigration nach Russland zurückgekehrt war.

Mitte 1917 hatten jedoch die gemäßigteren sozialistischen Parteien – die Partei der Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten (Menschewiki) – einen viel größeren Einfluss. Die mitgliederstärkste Partei waren die Sozialrevolutionäre mit Wiktor Tschernow an der Spitze. Sie traten für die Sozialisierung des Bodens, seine Übergabe an die bäuerlichen Landgemeinden ein. Für die Städte propagierten sie die schrittweise Vergesellschaftung von Betrieben, beruhend auf Arbeiterselbstverwaltung. Die linken Parteien forderten einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen [also ohne gegenseitige territoriale Ansprüche und Kompensationszahlungen].

Am 1. Mai [18. April] bestätigte Außenminister Miljukow in einem Telegramm an die Alliierten, dass Russland bereit sei, gegen Deutschland bis zum Sieg zu kämpfen und später vom besiegten Deutschland und seinen Verbündeten „Garantien und Sanktionen“ zu verlangen. Das rief die Empörung der linken Kräfte – der Bolschewiki, der Anarchisten und eines bedeutenden Teils der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki – hervor, die für einen schnellen Friedensschluss eintraten. Der Konflikt, der durch diese „Miljukow-Note“ ausgelöst wurde, ging in Straßenunruhen über (Krise vom 3./4. Mai [20./21. April]). Es wurde klar, dass ein Bürgerkrieg drohen könnte, wenn an der Regierung weiterhin nur Führungspersönlichkeiten eines schmalen politischen (des liberalen) Ausschnitts der Gesellschaft beteiligt sein würden.

Am 18. [5.] Mai einigte man sich daher auf eine Kabinettsumbildung und die Mitwirkung auch führender Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus dem Petrograder Sowjet. Das verlieh der Regierung zusätzliche Autorität. Doch diese konnte nur dann aufrechterhalten werden, wenn Reformen folgen würden, die geeignet waren, die erheblichen sozialen Spannungen im Lande zu reduzieren. Fatalerweise verhinderte eben die neue liberal-sozialistische Koalition solche Maßnahmen, da die Parteien unterschiedliche Zielsetzungen verfolgten. Die allzu große Zögerlichkeit der Regierung verstärkte die Krise, in die ▶

das Land ohnehin im Gefolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, hoher Arbeitslosigkeit und galoppierender Inflation stürzte.

Sie wurde noch verschärft, als in der „Juli-Krise“ vom 16./17. [3./4.] Juli 1917 Arbeiter und Soldaten unter der Parole „Alle Macht den Räten!“ auf die Straßen Petrograds gingen. Lenin hielt diese Aktion für verfrüht, stimmte jedoch zu, dass die Bolschewiki sich an ihre Spitze stellen und sie in eine friedliche Demonstration verwandeln sollten. Trotzdem kam es zu Schießereien. Die Aktion wurde von der Regierung als bolschewistischer Aufstand interpretiert, die revolutionären Truppen entwaffnet und die linken Führer verhaftet. Lenin musste untertauchen. Zwischen dem sozialistischen Lager und den Kadetten eingeklemmt, zeigte sich die Regierung weniger denn je imstande, auch nur eine der überfälligen lebenswichtigen Reformen durchzusetzen.

Die Niederlage der Linken und die Unentschlossenheit der Regierung aktivierten zum ersten Mal seit dem Februarumsturz die restaurativen Kräfte, die für die Beendigung der Revolution eintraten. Mit dem „Programm“ der „Wiederherstellung der Ordnung“, hinter dem sich nicht zuletzt die Auflösung der Räte verbarg, setzte sich Oberbefehlshaber Lawr Kornilow an ihre Spitze. Am 8. September [26. August] 1917 rückten ihm treue Einheiten in der Absicht auf Petrograd vor, die Hauptstadt unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch ihnen stellten sich bewaffnete Milizen der sozialistischen Parteien und Organisationen in den Weg. Kornilows Soldaten teilten jedoch seine Absichten nicht und gaben unter dem Einfluss der Agitation der Sozialisten auf. Der General und seine erklärten Verbündeten wurden am 14. [1.] September verhaftet.

Das Ergebnis von Kornilows Niederlage war, dass die radikale Linke, die Opposition gegen die Provisorische Regierung, eine Welle der Sympathie erlebte, die sich unter anderem in zum Teil erheblichen Stimmengewinnen bei kommunalen Rätewahlen niederschlugen. Zum Symbol dieses Umschwungs wurde die Wahl des Bolschewiken Lew Trotzki zum Vorsitzenden des wichtigsten, des Petrograder Rates. Lenin erkannte die große Chance, die in dieser Popularität lag, und drängte – aus dem finnischen Exil, in das er sich nach der „Juli-Aktion“ hatte zurückziehen müssen – zum neuerlichen Aufstand. (Das ist eine Interpretation der Bolschewiki. Nach dem Juli-Putsch wurden im Gegenteil die Ressentiments gegen die Bolschewiki geschürt und das Gerücht gestreut, sie seien bezahlte Agenten Deutschlands. Die Gegenrevolution hätte genau so gut siegen können wie die Bolschewiki. Der Sieg war auch eine Frage der Organisation.).

Aus: Manfred Hildermeier, Alexander Schubin: „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 24–26.

D6 Was heißt das: Rätesystem

Ein Rätesystem ist eine Form gesellschaftlicher Organisation und politischer Herrschaft, die von anarchistischen und sozialistischen Strömungen als Variante direkter Demokratie entwickelt wurde. Grundgedanke des R. ist, dass die Gesamtgesellschaft aus vielen Gesellschaftsteilen besteht, die jeweils über einen hohen inneren Zusammenhalt verfügen und einheitliche Meinungen hervorbringen. Die Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen formen im R. einen Gesamtwillen, wobei sie durch ein Imperatives Mandat strikt an den Willen ihrer Basis gebunden sind. Der Gesamtwille wird von den politischen Institutionen umgesetzt. Durch die Direktwahl aller Amtsinhaber und die Möglichkeit, sie jederzeit abzuwählen sowie durch Ämterrotation wird dabei die Gefahr der Verselbstständigung der Staatsmacht bekämpft. Die Trennung von Politik und Gesellschaft ist aufgehoben, die Notwendigkeit der Gewaltentrennung entfällt. Das R. ist ein Gegenmodell zur parlamentarischen Demokratie. Historische Versuche, das R. zu etablieren, z.B. die bayerische Räterepublik (1919), hatten keinen Bestand. Probleme des Rs. liegen u.a. in dem fehlenden Schutz von Minderheiten vor dem Mehrheitswillen und vor der Exekutive sowie in der Schwierigkeit, die authentische Beteiligung aller mit einer effizienten und effektiven Regierungsarbeit zu verbinden.

Quelle: Klaus Schubert, Martina Klein: Das Politiklexikon, 7. aktualisierte u. erweiterte Aufl., Bonn 2020.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Vgl.: https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 17.1.2024.

D7 Wer war Alexander Kerenski (1881–1970)?

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern unterscheiden sich Kerenskis und Lenins Politikverständnis und -ziele?

Links – Alexander Kerenski in seinem Büro im Winterpalast, 1917.

Bild: Karl Bulla (1855–1929). URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kerensky.jpg

Rechts: Kerenski inspiziert Truppen im August 1917.

Autor: unbekannt.

Quelle: Library of Congress, LC-DIG-ggbain-24971. URL: https://www.loc.gov/item/2014705153/

1881	*4. Mai:* Alexander Kerenski wird als Sohn eines Gymnasialdirektors in Simbirsk geboren.
1889	Umzug mit der Familie nach Taschkent.
1899–1904	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Sankt Petersburg.
1905	Kerenski wird Mitglied der sozialistischen Sozialrevolutionären Partei.
1905–1912	Als Rechtsanwalt wird Kerenski ein bekannter Verteidiger in politischen Prozessen.
1912–1917	Mitglied der Duma. Kerenski ist Fraktionsvorsitzender der Sozialrevolutionären Partei.
1917	*27. Februar:* In der Februarrevolution wird Kerenski in das Provisorische Exekutivkomitee der Duma berufen, das eine parlamentarische Regierungsübernahme vorbereiten soll. Am selben Tag wird er stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees des neugegründeten Arbeiter- und Soldatenrates (Sowjet).
	2. März: Kerenski wird Justizminister in der ersten Provisorischen Regierung unter Ministerpräsident Georgi Fürst Lwow, obwohl der Sowjet eine Regierungsbeteiligung an der bürgerlichen Koalition abgelehnt hat.
	19. Mai: Kerenski wird Kriegsminister in einer liberal-sozialistischen Koalitionsregierung.
	18. Juni: Er gibt auf Druck der Entente zur Entlastung der französischen Westfront Befehl für eine Offensive gegen die deutsche Armee (Kerenski-Offensive). Ihr Scheitern führt zum Zusammenbruch des russischen Heeres.
	21. Juli: Kerenski wird Ministerpräsident einer sozialistisch-liberalen Regierung.
	9. September: Kerenski lässt einen Putschversuch des Oberkommandierenden der russischen Truppen, General Lawr Kornilow (1870–1918), niederschlagen. Er übernimmt selbst das militärische Oberkommando.
	14. September: Kerenski proklamiert die Republik Russland.
	25. Oktober: In der Oktoberrevolution besetzen die Bolschewiken den Winterpalast von Sankt Petersburg, in welchen sich die Regierung ohne ausreichende militärische Unterstützung zurückgezogen hat, und verhaften die Kabinettsmitglieder. Kerenski ist rechtzeitig die Flucht aus der Stadt gelungen.
1918	*20. Juni:* Nach Versteck im Untergrund – in Finnland, Sankt Petersburg und Moskau – gelingt Kerenski die Flucht nach London. Er zieht weiter nach Paris.
1922–1932	Herausgeber einer in Paris erscheinenden russischen Emigrantenzeitung. Autor und Herausgeber zahlreicher Studien über die russische Revolution.
1940	Übersiedlung in die USA. Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten.
1965	Kerenski veröffentlicht seine Memoiren („The Kerensky Memoirs“).
1970	*11. Juni:* Alexander Kerenski stirbt in New York.

Autor: Gabriel Eikenberg, Deutsches Historisches Museum Berlin, 14.9.2014.
URL: https://www.dhm.de/lemo/biografie/alexander-kerenski. Stand 16.12.2024. Text: CC BY NC SA 4.0

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Beschreibe** und **erläutere** den Verlauf der Februarrevolution bis zur Rückkehr Lenins aus dem Exil (D1, D2, D4, Q1, Q2 und Q3).

2. Analysiere und dekonstruiere das Narrativ der Frankfurter Zeitung in ihrem Bericht vom 15.3.1917 (Q7).

3. Prüfe, ob die beiden Photographien beispielhaft für (1) die Februarrevolution und (2) die russische Bevölkerung sein könnten (Q8, Q9).

4. Analysiere und erkläre das Vorgehen Lenins bzw. der Bolschewisten. Prüfe dabei, ob sich eine Revolutionstheorie anwenden lässt (D3, Q6).

5. Vergleiche die Zielsetzungen des Petrograder Sowjet und der Provisorischen Regierung miteinander (Q3, Q4).

6. Diskutiere, ob die Provisorische Regierung die Gefahr durch Lenins Strategie unterschätzt und die falschen Akzente gesetzt hat (Q4, D5, Q8, Q9).

7. Prüfe anhand des Lebenslaufes von Alexander Kerenski die These, dass mit dem „aus dem Land treiben“ der Eliten das Entstehen einer westlich-pluralistischen Öffentlichkeit immer wieder verhindert wird (D7).

8. Wähle eine Perspektive:
   a) **Fjodor Michailowitsch Gontscharow** ist mittlerweile ein etablierter Rechtsanwalt in Sankt Petersburg. Politisch ist er weiter interessiert und ein Anhänger eines westlich ausgerichteten parlamentarischen Systems wie in Großbritannien. Er wird praktisch ein Augenzeuge der Februarrevolution, indem er Demonstrationen beobachtet und die Zeitungen verfolgt. Dort liest er auch die Abdankungsurkunde des Zaren. Voller Hoffnungen schreibt er einen Brief an seine Ehefrau **Irina Andrejewna Gontscharowa**, die sich mit den Kindern zur Sicherheit in sein Landhaus zurückgezogen hat.
   Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieses altgedienten liberalen Anwalts. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.
   b) **Irina Andrejewna Gontscharowa** ist mittlerweile Mutter von zwei Kindern, die aber noch nicht in der Armee dienen. Sie antwortet ihrem Mann eher verhalten, weil sie die Nichtbesserung der Versorgungslage sieht und das Grundproblem des Krieges und dessen Fortsetzung durch die neue Regierung als ungelöst und sehr schwerwiegend betrachtet.
   Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieser erfahrenen, gebildeten Frau an ihren Ehemann. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.

9. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Eine liberale parlamentarische Regierung in Russland – Modell mit Zukunft oder angesichts der Herausforderungen chancenlos?* Benutze dazu alle Materialien (D1–D7, Q1–Q9).
   a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für „liberal“ und „parlamentarisch“.
   b) Erstelle eine Tabelle mit den Spalten „Modell mit Zukunft“ und „Chancenlos“. **Ordne** die Argumente aus allen Materialien jeweils den Spalten der Tabelle zu, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen ein Argument zu beiden Spalten passt oder sich gar nicht zuordnen lässt.
   c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage**: Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

6 Ein demokratisches Zwischenspiel? Der Weg in die „Oktoberrevolution“

Ines Stelljes, Helge Schröder

Die Zeit von der Februarrevolution bis zur Machtübernahme der Bolschewiki steht für die Möglichkeit einer anderen Entwicklung Russlands. Symbol dafür ist die Provisorische Regierung. Warum gelang es nicht, die demokratischen Impulse in eine parlamentarische Republik zu überführen? Dazu ist neben den inneren Problemen der Provisorischen Regierung die Situation des Landes in den anhaltenden Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges zu betrachten, hier die sich fortsetzenden und sogar beschleunigenden Auflösungserscheinungen in den Streitkräften. Aufschlussreich ist zudem ein genauerer Blick auf die Gegenseite: Wie gingen die Bolschewiki unter Führung Lenins vor? War der Oktoberputsch das Ergebnis einer langfristigen Strategie oder eher eine kurzfristige Aktion? Und: War dessen Erfolg so alternativlos, wie es scheint? Hätte es noch eine Möglichkeit für andere, weniger ideologisch-autoritäre Entwicklungen gegeben?

D1 Zeittafel

23. [10.] Oktober 1917[1]	Lenins Rückkehr nach Petrograd Beschluss der Bolschewiki über den bewaffneten Aufstand
4. November [22. Oktober] 1917	Übernahme des Kommandos über die Petrograder Garnison durch das Militärische Revolutionskomitee
6./7. November [24./25. Oktober] 1917	Besetzung der Schlüsselobjekte der Hauptstadt durch die Bolschewiki („Oktoberrevolution“)
7./8. November [25./26. Oktober] 1917	Besetzung des Winterpalastes Verhaftung der Provisorischen Regierung Aufruf „An die Bürger Russlands“
8. November [26. Oktober] 1917	Dekrete „Über den Frieden“ und „Über den Grund und Boden“ Bildung des Rates der Volkskommissare (Regierung) mit Lenin an der Spitze
16. [3.] November 1917	Sieg der Bolschewiki in Moskau
25. [12.] November 1917	Beginn der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung
20. [7.] Dezember 1917	Gründung der Tscheka
22. [9.] Dezember 1917	Einigung über die Regierungsbeteiligung der Linken Sozialrevolutionäre
18. [5.] Januar 1918	Zusammentritt und Auflösung der Konstituierenden Versammlung

Zitiert nach: Manfred Hildermeier, Alexander Schubin: „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 31.

1 Bis 1918 galt im Zarenreich unter dem Einfluss der Orthodoxen Kirche der julianische Kalender, der dem in Mittel- und Westeuropa üblichen gregorianischen Kalender um 13 Tage nachlief. Am 1. Februar 1918 stellte das neue bolschewistische Regime den Kalender auf den gregorianischen Kalender um und es folgte auf den 1. direkt der 14. Februar.

D2 Biografische Daten Wladimir Iljitsch Lenins

Möglicher Erschließungsimpuls: Wer war Lenin? Wie verlief sein (politisches) Leben?

1870	*22. April:* Lenin wird als Wladimir Iljitsch Uljanow in Simbirsk (seit 1924: Uljanowsk) als Sohn eines in den Adel aufgestiegenen Schulinspektors und einer Gutsbesitzertochter geboren.
1879–1887	Sein Bruder Alexander wird wegen eines geplanten Attentats auf den Zaren verhaftet und gehängt (1887). Nach dieser prägenden Erfahrung schließt Lenin sich der revolutionären Bewegung an.
1887–1891	Jura-Studium in Kazan und St. Petersburg, wo er mit Sozialisten in Kontakt kommt.
1891–1893	Rechtsanwaltsgehilfe in Samara und St. Petersburg.
1893	Übersiedlung nach St. Petersburg, wo er neben seiner Anwaltstätigkeit in der revolutionären Bewegung mitarbeitet und Kontakt zu führenden Sozialdemokraten aufnimmt.
1895	Zusammen mit Julij Martow (1873–1923), dem späteren Menschewikenführer, gründet Lenin den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“, einen der Vorläufer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR).
1895–1900	Wegen politischer Agitation verbringt er zwei Jahre im Gefängnis und drei Jahre in sibirischer Verbannung.
1900	Im Exil in Westeuropa benutzt er von nun an den Decknamen Lenin.
1903	Auf dem zweiten Parteikongress der SDAPR in London kann Lenin seine Parteikonzeption durchsetzen. Die Partei spaltet sich daraufhin in die von ihm geführten Bolschewiken und die Menschewiken.
1905	Während der revolutionären Streik- und Protestbewegung kehrt Lenin nach Russland zurück und befürwortet einen bedingungslosen Kampf gegen den Zaren. Nach der Niederschlagung geht er erneut ins Exil.
1912	Nach der Bildung einer revolutionären Kadertruppe trennt Lenin die Bolschewiken als eigenständige Partei endgültig von der Sozialdemokratie ab. Er beruft Josef W. Stalin in das Zentralkomitee.
1914–1917	Lenin lebt im Exil in der Schweiz.
1916	In seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ entwickelt er die Lehre von der unvermeidlichen Selbstauflösung der westlichen Industriestaaten.
1917	*April:* Nach Ausbruch der Februarrevolution in Russland reist Lenin nach Petrograd und propagiert den Kampf gegen die Übergangsregierung. Die deutsche Regierung organisiert seine Reise von der Schweiz durch Deutschland und unterstützt seine revolutionären Aktivitäten mit großen Geldzahlungen, weil sie so zur entscheidenden inneren Schwächung des Kriegsgegners Russland beizutragen hofft. In den „Aprilthesen“ formuliert Lenin sein radikalrevolutionäres Programm, worin er den sofortigen Frieden, eine einschneidende Landreform und eine Räteregierung fordert. *Juli:* Der von den Bolschewiken mitgetragene Juliaufstand scheitert, Lenin flieht nach Finnland. *7. November:* Der von Leo D. Trotzki organisierte Putsch bringt die Bolschewiki an die Macht, Lenin ruft daraufhin die Räterepublik aus.
1918	Aufbau eines diktatorischen Regierungssystems unter Führung der bolschewistischen Kaderpartei, oppositionelle Gruppen werden radikal unterdrückt. Gegen starke innerparteiliche Widerstände schließt Lenin den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich (Brest-Litowsk).
1918–1920	Im russischen Bürgerkrieg setzt Lenin konsequent den neugegründeten Geheimdienst Tscheka und Militärgewalt zur Unterdrückung der gegenrevolutionären und separatistischen Kräfte ein.
1919	Mit der Gründung der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) will er die Verbreitung der Revolution in Westeuropa fördern und schafft damit eine Zentralleitung der kommunistischen Bewegungen.
1921	Aufgrund der zunehmenden Notstände und Proteste ruft Lenin eine neue Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Versorgungslage und zur Anhebung des Lebensstandards aus.
1922	Zwei Schlaganfälle mindern seine Arbeitsfähigkeit. In einem Brief an die Partei warnt er vor innerparteilichen Nachfolgekämpfen und dem Machtehrgeiz Stalins.
1923	Nach einem weiteren Schlaganfall ist er kaum noch regierungsfähig. Die Ablösung des mittlerweile in zentraler Position agierenden Stalin kann er nicht mehr durchsetzen.
1924	*21. Januar:* Nach schwerem Hirnleiden stirbt Lenin in Gorki (bei Moskau). Seine Leiche wird einbalsamiert und im Mausoleum auf dem Roten Platz aufgebahrt.

Manfred Wichmann, Deutsches Historisches Museum, Berlin, 14. September 2014.
URL: https://www.dhm.de/lemo/biografie/wladimir-lenin. Stand 10.6.2024. Text: CC BY NC SA 4.0

Q1 Lenin über die Herrschaft in Russland im Frühjahr 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie deutet Lenin die Februarrevolution und die entstandene „Doppelherrschaft“? Welche Folgen sieht er?

Die folgende Quelle ist der Schrift „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ entnommen. Sie wurde von Lenin bereits am 10. April abgeschlossen, aber erst im September 1917 als Broschüre veröffentlicht.

[…] Die wichtigste Besonderheit unserer Revolution […] ist die gleich in den ersten Tagen nach dem Sieg der Revolution entstandene *Doppelherrschaft*.

Diese Doppelherrschaft kommt zum Ausdruck in dem Bestehen *zweier* Regierungen: der eigentlichen, wirklichen Hauptregierung, der Regierung der Bourgeoisie, der „Provisorischen Regierung“ Lwow und Co., die über alle Machtorgane verfügt, und der zusätzlichen, „kontrollierenden“ Nebenregierung in Gestalt des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die über keine Organe der Staatsmacht verfügt, sich aber unmittelbar auf die anerkannt absolute Mehrheit des Volkes, auf die bewaffneten Arbeiter und Soldaten stützt […]

Eine weitere, im höchsten Grade wichtige Besonderheit der russischen Revolution ist, dass der Petrograder Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten, der allem Anschein nach das Vertrauen der Mehrheit der örtlichen Sowjets genießt, der Bourgeoisie und *ihrer* Provisorischen Regierung die Staatsmacht *freiwillig* abtritt, dass er ihr freiwillig den Vorrang *lässt*, da er mit ihr ein Abkommen traf, sie zu unterstützen, dass er sich mit der Rolle eines Beobachters begnügt, eines Kontrolleurs der Einberufung der Konstituierenden Versammlung (deren Einberufungstermin die Provisorische Regierung bis jetzt noch nicht einmal bekanntgegeben hat).

Dieser überaus eigenartige, in dieser Form in der Geschichte noch nie dagewesene Umstand hat *zwei* Diktaturen *miteinander und ineinander verflochten*: die Diktatur der Bourgeoisie (denn die Regierung Lwow und Co. ist eine Diktatur, d.h. eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und nicht auf den vom Volk vorher kundgegebenen Willen stützt, sondern auf die gewaltsame Machtergreifung, wobei die Macht von einer bestimmten Klasse, und zwar von der Bourgeoisie, ergriffen wurde) und die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten).

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, dass sich eine derartige „Verflechtung“ *nicht* lange halten *kann*. Zwei Staatsgewalten *können* in einem Staate *nicht bestehen*. Eine von ihnen muss verschwinden […].

Die Doppelherrschaft bringt nur jenen *Übergangs*moment in der Entwicklung der Revolution zum Ausdruck, an dem diese zwar über die gewöhnliche bürgerlich-demokratische Revolution hinausgegangen, *aber noch nicht* bis zur „reinen“ Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *gelangt* ist.

(kursive Wörter im Original)

Vladimir I. Lenin: Werke, Bd. 24, Berlin (O) 1959, S. 44–45.

Q2 Die Situation auf dem Land, in den Industriebetrieben und in der Armee

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie entwickelt sich die Legitimation der Provisorischen Regierung? Welche Probleme bleiben ungelöst? Was bedeutet das Verhalten der Soldaten für die Kampfkraft der Armee?

a) Auf dem Land: Aus dem Bericht des Gouvernement-Kommissars von Woronesch vom 2. Juni 1917:

Die Fälle von Übertretungen verschiedener Art und von ungesetzlichen Handlungen nehmen im Gouvernement von Tag zu Tag zu, vor allem im Zusammenhang mit der Landfrage. Überall setzen die Bauern dem Weiterbestand der Gutswirtschaften Schwierigkeiten entgegen, sie übernehmen die Gutswirtschaften vollständig oder teilweise, schicken ihr Vieh auf die Gutsweide, weiden die Getreidefelder, Heuschonungen und Waldschläge ab, entfernen Angestellte und Arbeiter, holen die Kriegsgefangenen fort, setzen niedrige Pachtzinsen fest, die oft nicht zur Bezahlung der Abgaben und Bankzinsen ausreichen, und erzwingen obendrein, dass diese nicht an die Gutsbesitzer, sondern an das Kreiskomitee entrichtet werden. Sie setzen für die Arbeiter unglaublich hohe Löhne fest, verbieten die Einstellung von Arbeitern aus anderen Kreisen, erheben Gemeindesteuern, verbieten das Abschlagen selbst solcher Wälder, die vom Waldschutzkomitee für den Bedarf von Unternehmungen, die für die Landesverteidigung arbeiten, freigegeben sind, ziehen Kloster- und Kirchenländereien sowie staatliche Waldungen usw. ein. Alle diese Funktionen werden häufig auf Verordnung oder mit Bewilligung der Kreiskomitees und mitunter auch der Ujesd-[Bezirks-]Komitees ausgeübt. Haussuchungen und Verhaftungen auf Befehl solcher Organisationen oder selbst auf Initiative einzelner Bürger sind eine ziemlich häufige Erscheinung. Es sind auch einige Fälle zwangsweiser Entfernung von Beamten der alten Verwaltung, Geistlicher und Privatpersonen aus dem Gebiet der betreffenden Örtlichkeit vorgekommen.

Sergei Dubrowski: Die Bauernbewegung in der Russischen Revolution 1917, Berlin 1929, S. 66.

b) Die Situation in den Industriebetrieben: Denkschrift der Verwaltung der Metallfabrik „Sormowo“ an den Vorsitzenden der Sonderberatung für Verteidigung, des höchsten kriegswirtschaftlichen Lenkungsorgans (8.9.1917):

Die Revolution traf die Betriebe in vollem Gang an, außerdem entsprach die ausreichende Versorgung mit Brennstoff, Rohmaterialien, Lebensmitteln, Geldmitteln und sogar mit technischem Personal und Arbeitern völlig der bedeutenden Produktivität der Firma. Nach der Revolution versuchte die Verwaltung der Betriebe, indem sie neue Ordnungen und Organisationen der Arbeiter anerkannte und berücksichtigte, mit allen Mitteln, die Produktivität der Betriebe auf der früheren Höhe zu halten. Aber diese Bemühungen des Betriebspersonals mit dem Direktor an der Spitze, der gewöhnlich in völliger Einigkeit mit den betrieblichen Organisationen der Arbeiter handelte, ergaben schließlich aus folgenden Gründen keine befriedigenden Ergebnisse.

1. Die Masse der Arbeiter setzte sich nicht nur über die Meinung der Verwaltung der Betriebe hinweg, sondern oft auch über die Meinung ihrer eigenen Organisationen. Es begannen die üblichen, in der Mehrzahl der Fälle ungerechtfertigten Beschuldigungen und Entfernungen des oft in ihrer Bedeutung unersetzlichen Betriebspersonals. Das unkorrekte Verhalten ging mitunter bis zur Verspottung des zurückgebliebenen, nicht-entfernten Personals durch die Arbeiter. […]
2. Die Produktivität der Arbeiter ging stark zurück.
3. Die Bezahlung der Arbeiter gestaltete sich unter ständigem Druck von ihrer Seite nicht entsprechend der Arbeitsproduktivität.
4. Die Versorgung der Fabrik mit Materialien und Brennstoff wurde unregelmäßig und in ungenügendem Ausmaß durchgeführt.

(Im Folgenden macht die Verwaltung einen Verzicht auf eine Schließung der rüstungswichtigen Firma davon abhängig, dass die Ordnung im Betrieb wiederhergestellt wird und sie Geldmittel vom Staat erhält.)

Martin Grohmann, Heiko Haumann, Gabriele Rappmann: Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion, Hannover 1979, S. 21–22.

c) Die Situation an der Kriegsfront: Bericht des Armee-Nachrichtendienstes für den 2. bis 13. Oktober 1917:

Nordfront. – Die Situation in der Armee hat sich nicht verändert und lässt sich beschreiben als ein völliger Mangel an Vertrauen in die Offiziere und das höhere kommandierende Personal. Der Glaube unter den Soldaten wächst, dass sie für das, was sie tun, nicht bestraft werden können. […] Der Einfluss bolschewistischer Ideen vergrößert sich rapide. Dazu kommt eine allgemeine Müdigkeit, eine Reizbarkeit und ein Verlangen nach Frieden um jeden Preis. Jeder Versuch von Seiten der Offiziere, das Leben in der Armee zu regulieren, […] wird von den Soldaten als Konterrevolution aufgefasst. […] Die Armeekomitees sind in den meisten Fällen hilflos, den Mob zu führen, und sind oft gezwungen, ihm zu folgen, um nicht völlig das Vertrauen der Massen zu verlieren. […] Die verschiedenen Friedensresolutionen, die verabschiedet worden sind, werden von den Soldaten so interpretiert, als hätten sie Gesetzeskraft. […] Die Deutschen benutzen sehr erfolgreich Zeitungen und Flugblätter, in denen sie für Verbrüderung eintreten. […] Erhebliche Mengen von Soldaten täuschen Krankheit vor und verlassen die Front, um ins Hospital zu gehen. […]

Westfront. – […] Aufgrund allgemeiner Kriegsmüdigkeit, schlechter Ernährung, Misstrauen gegenüber den Offizieren etc. hat sich eine intensive defätistische Agitation entwickelt, die begleitet wird von Befehlsverweigerungen, Drohungen gegen das kommandierende Personal und Versuchen, mit Deutschen zu fraternisieren. Überall hört man Stimmen, die nach sofortigem Frieden rufen, weil, so sagen sie, während des Winters niemand in den Schützengräben bleiben will. […] Es gibt eine tief verwurzelte Überzeugung unter den Mannschaften, dass die Verbrüderung mit dem Feind ein sicherer Weg zum Frieden ist. […] Typisch für die Tendenzen im Leben der Nachhut der Westfront sind die jüngsten Zerstörungen im Ersatzlager in Gomel. Am 1. Oktober verlangten über 8000 Soldaten, die an die Front verlegt werden sollten, sofort nach Hause entlassen zu werden. Von Agitatoren angestiftet stürmten sie das Magazin, nahmen etwa 1500 Winterausrüstungen und misshandelten den stellvertretenden Kommissar und ein Mitglied des Frontkomitees.

James Bunyan, H.H. Fischer: The Bolshevik Revolution 1917–1918, Documents and Materials, Stanford, Cal. 1965, S. 24–26. Übersetzung nach: Die russische Revolution und die Sowjetunion (Kurshefte Geschichte), Berlin 2009, S. 52.

Q3 Karikaturen aus dem Sommer oder Herbst 1917 und aus dem Jahr 1922

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie wird Kerenski dargestellt? Wie entwickelt sich sein Ansehen als Ministerpräsident und Vorsitzender der Provisorischen Regierung?

Abb. 1: 1917 (unbekannter Künstler)

Satirische Abbildung von 1917 (unbekannt, gemeinfrei)
Text: „Einsam und wehmütig blickst du in den Kamin, während das Feuer traurig erlischt.“ Der Text ist ein Zitat aus dem Lied „U kamina“ (am Kamin), von Petr Batorin (1822–1885).

Quelle. Auction.ru. URL: https://auction.ru/offer/97153_kerenskij_dvorjanin_1977_kamin_agitacija_propaganda_karikatura_politicheskaja_satira_reprint-i227611136976064.html#1. Stand 16.12.2024.

Abb. 2: 1922 – von Boris Jefimov aus der Zeitung „Novyi Satirikon“

Alternativ diese Karikatur aus der Satirezeitung „Novyi Satirikon“ Nr. 41, November 1917: „Der russische Moses – Kerenski – mit den drei Geboten vom Sinai-Berg“: Freiheit [geschlossene Zeitungsredaktion], Brüderlichkeit, Gleichheit.

Quelle: Russische Nationalbibliothek. URL: https://vivaldi.nlr.ru/pm000025013/view/#page=16

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Vgl.: https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 17.1.2024.

D3 Alexander Kerenskis politische Rolle nach der Februarrevolution

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum hatte Alexander Kerenski als Vermittler zwischen verschiedenen politischen Positionen nach der Februarrevolution keinen Erfolg?

Die Frage nach der persönlichen Verantwortung Alexander Kerenskis für die Oktoberrevolution ist umstritten. Tatsächlich war Kerenski ein wichtiger Bestandteil des politischen Systems, das sich nach der Revolution herausbildete. Er war auch fast der Einzige, der sowohl die liberalen als auch die gemäßigten sozialistischen Kräfte zufriedenstellte. So erschien Kerenski als eine Person, die inmitten angespannter sozialer Widersprüche den inneren Frieden bewahren konnte. Er verkörperte die Koalitionspolitik von Sozialisten und Liberalen, die mit jeder neuen Krise an Rückhalt in der Bevölkerung verlor. Buchstäblich bis zum letzten Moment versuchte Kerenski, den Frieden zwischen den offen verfeindeten Gruppen zu wahren.

Nachdem Kerenski Kriegsminister geworden war, startete er eine Offensive an der Front. Damit wollte er beweisen, dass die Revolution das militärische Potenzial Russlands nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt hatte. Außerdem glaubten viele, dass ein aktives Vorgehen an der Front die Disziplin in der Armee wiederherstellen und die nach der Revolution gesunkene Moral der Soldaten verbessern würde. Diese Position entsprach den Zielen einflussreicher politischer Kräfte und wurde auf dem Ersten Allrussischen Sowjetkongress im Sommer 1917 von gemäßigten Sozialisten unterstützt. Die Offensive führte jedoch nicht nur zur Niederlage, sondern auch zu einer wachsenden Antikriegsstimmung im Land. Damit begann der Niedergang der Autorität nicht nur Kerenskis, sondern auch all jener, die ihn unterstützten.

Viele Emigranten warfen dem Minister vor, nicht gegen die linksradikalen, regierungsfeindlichen politischen Kräfte, insbesondere die Bolschewiki und die Anarchisten, vorzugehen. Kerenski verließ sich in diesem Fall auf die Position der gemäßigten Sozialisten und versuchte, innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu handeln. Er vertrat die Ansicht, dass nur diejenigen verhaftet werden dürften, die nachweislich versucht hätten, das herrschende Regime zu stürzen.

Alexander Kerenski stand an der Spitze der Macht, weil er in der ersten Phase der Revolution die einzige Figur war, die sowohl den Sozialisten als auch den Liberalen passte. Der Sieg der Bolschewiki und ihrer Verbündeten war vielmehr das Ergebnis der Widersprüche des politischen Systems, das sich im Februar-März 1917 herausgebildet hatte.

Aus: Konstantin Tarasov, 14 samych populjarnych legend ob Aleksandre Kerenskom [14 beliebte Legenden über Aleksandr Kerenski], Arzamas, 24.5.2022. URL: https://arzamas.academy/mag/1087-kerensky. Stand: 16.12.2024. Übersetzung von F. Coppenrath.

Q5 Aus der Regierungserklärung der Provisorischen Regierung vom 25. September (8. Oktober) 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie reagieren Kerenski und die Provisorische Regierung auf den Aufstand der Bolschewiki? Wie versuchen sie dagegen anzugehen? Wie wirkt ihr Vorgehen?

[…] Die Provisorische Regierung trägt eine große und ungewöhnliche Verantwortung vor dem Volk. Die Geschichte hat ihr die Aufgabe gestellt, Russland bis zur Konstituierenden Versammlung zu leiten. Diese Verantwortung ist nur in dem Glauben zu tragen, dass die Repräsentanten aller Schichten des russischen Volkes in dem einen Wunsch einig sind, das Land zu schützen und die Errungenschaften der Revolution zu bewahren und alle die Absicht haben, zusammen mit der Provisorischen Regierung eine starke Autorität aufzurichten. Indem die Provisorische Regierung der Konstituierenden Versammlung als dem russischen Souverän die endgültige Entscheidung in allen wichtigen Fragen überlässt, von denen die Wohlfahrt des russischen Volkes abhängt, ist sie in ihrer jetzigen neuen Zusammensetzung dennoch der Meinung, dass sie mit Energie eine Reihe von Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten des staatlichen Lebens durchführen und die drängenden Bedürfnisse des Volkes erfüllen muss.

Die Provisorische Regierung ist der Überzeugung, dass allein ein universaler Frieden unser großes Land in die Lage versetzen kann, seine schöpferischen Kräfte zu entfalten. Sie will daher ihre aktive Außenpolitik im Sinne der demokratischen Prinzipien, die die russische Revolution verkündet hat, fortsetzen […] Weil die Provisorische Regierung für den Frieden kämpft, will sie nichtsdestoweniger die gemeinsame Sache der Alliierten mit allen Mitteln verteidigen, das Land schützen, allen Versuchen, nationales Territorium abzutrennen und unter fremdes Joch zu beugen, sich widersetzen und die feindlichen Truppen vom Boden unseres Vaterlandes vertreiben […].

Nachrichtenblatt der Provisorischen Regierung, Nr. 163, 27. September (11. Oktober) 1917, S. 1. Zitiert nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917, Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München 1987, S. 276–277.

Q4 Lenin und die politische Situation im Oktober 1917

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern sieht er den Zeitpunkt gekommen, den bolschewistischen Aufstand zu beginnen?

Aus einem Brief Lenins an das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands vom 24.10.1917 (6.11.1917).

[…] Politisch hätten wir die Macht am 3. und 4. Juli nicht behaupten können, denn *vor dem Kornilowputsch*[1] hätten die Armee und die Provinz gegen Petrograd marschieren können – und wären marschiert.

Jetzt ist das Bild ein ganz anderes.

Mit uns ist die Mehrheit der *Klasse*[2], der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen.

Mit uns ist die *Mehrheit* des Volkes, denn der Rücktritt Tschernows[3] ist bei weitem nicht das einzige, aber das sichtbarste, anschaulichste Anzeichen dafür, dass die Bauernschaft von dem Block der Sozialrevolutionäre (und von den Sozialrevolutionären selber) *den Boden nicht* bekommen wird. Das aber ist der Kernpunkt, der der Revolution den Charakter einer allgemeinen Volksrevolution verleiht.

Wir sind in der vorteilhaften Lage einer Partei, die inmitten unerhörter Schwankungen sowohl des *gesamten Imperialismus* als auch des ganzen Blocks der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre ihren Weg genau kennt.

Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung […].

Alle objektiven Voraussetzungen eines erfolgreichen Aufstandes sind gegeben […]

Nur unsere Partei *kann* schließlich, nachdem sie im Aufstand gesiegt hat, Petrograd retten, denn wenn unser Friedensangebot abgelehnt wird und wir nicht einmal einen Waffenstillstand erhalten, dann werden wir zu „Vaterlandsverteidigern" werden, dann werden wir *an die Spitze der Kriegsparteien* treten, werden wir die „*kriegerischste*" aller Parteien werden, werden wir den Krieg wirklich revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten alles Brot und *alle* Stiefel wegnehmen. Wir werden ihnen nur die Rinden lassen, werden ihnen Bastschuhe stecken. Wir werden alles Brot und alles Schuhwerk an die Front schicken.

Und wir werden dann Petrograd behaupten.

Die materiellen sowohl wie die moralischen Hilfsquellen für einen wirklich revolutionären Krieg sind in Russland noch unermesslich groß; die Chancen sprechen neunundneunzig zu eins, dass die Deutschen uns zum mindesten einen Waffenstillstand zugestehen werden. Jetzt aber einen Waffenstillstand erhalten, heißt schon die ganze *Welt* besiegen […].

Wenn wir […] die ganze Fraktion in den Betrieben und Kasernen konzentrieren, *werden wir den Zeitpunkt für den Beginn des Aufstandes richtig bestimmen.*

Um aber an den Aufstand marxistisch heranzugehen, d.h. ihn als eine Kunst zu betrachten, müssen wir zugleich, ohne eine Minute zu verlieren, einen *Stab* der aufständischen Abteilungen organisieren, die Kräfte verteilen, die zuverlässigen Regimenter an den wichtigsten Punkten einsetzen […]. [W]ir müssen die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sie zum letzten, erbitterten, Gefecht aufrufen […]. *(kursive Wörter im Original)*

Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 26, Berlin (O) 1972, S. 6–9.

1 Am 10. September 1917 hatte sich der General Kornilow gegen die Regierung Kerenski erhoben. Er hatte unklare politische Ziele. Sein Putsch brach zusammen, da Rote Garden Petrograd schützten.

2 In den ersten Septembertagen hatten die Bolschewiki in Abstimmungen in den Arbeiter- und Soldatenräten von Petersburg und Moskau die Mehrheit erlangt.

3 Landwirtschaftsminister in den Kabinetten von Lwow und Kerenski, Sozialrevolutionär, war wegen seiner bauernfreundlichen Haltung zum Rücktritt gezwungen worden.

Was heißt das: Bolschewiki und Menschewiki?

Bolschewiki (von russ. „bolsche" = mehr; etwa = Mehrheitler), d.h. der Teil der 1903 gespaltenen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der unter Führung Lenins bei einer Parteitagsabstimmung die Mehrheit bekam; der andere Teil wurde Menschewiki genannt. Fortsetzer der Bolschewiki: Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU).

Menschewiki analog zu Bolschewiki: die Gruppe marxistischer Sozialdemokraten, die bei der Parteispaltung 1903 in einer Abstimmung die Minderheit (mensche = weniger) erhielt. Sie widersetzten sich dem straffen Zentralismus, den die Bolschewiki unter Lenin anstrebten, und vertraten demokratischere Prinzipien. Nach der Februarrevolution gehörten sie sowohl der Provisorischen Regierung als auch den Sowjets an. Nach dem Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 wurden sie ausgeschaltet.

Zit. nach: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Glossar. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 322, „Sowjetunion I: 1917–1953", 2014. URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/sowjetunion-i-1917-1953-322/189592/glossar/. Stand 17.6.24.

D4 Der Verlauf der „Oktoberrevolution“

Mögliche Erschließungsimpulse: Was war der „Rote Oktober“? Aufstand, Putsch oder Revolution? Wer sind die politischen Akteure? Wie erreichten die Bolschewiki den Zusammenbruch der Provisorischen Regierung?

PETROGRAD, 24.10.1917.

- Die Provisorische Regierung unter Kerenski versucht Truppen um Petrograd zusammenzuziehen und verbietet zwei bolschewistische Parteizeitungen.
- Ein Bataillon von 200 Frauen, ein Regiment Kriegsversehrter, 134 Offiziere und knapp 2000 Offiziersschüler waren zur Verteidigung des Winterpalais eingesetzt.
- Lenin befindet sich in einer konspirativen Wohnung einer Genossin in Petrograd und versucht, die Genossen in der Parteizentrale für den Aufstand zu dirigieren. Er schreibt: „Die Lage ist extrem kritisch. Mit allem Nachdruck bitte ich die Genossen zu begreifen, dass alles nun an einem Faden hängt, dass wir vor Problemen stehen, die nicht durch Konferenzen oder Kongresse gelöst werden können, sondern nur durch die Völker, die Massen, den bewaffneten Kampf. Wir müssen um jeden Preis – noch an diesem Abend – die Regierung verhaften. Wir dürfen nicht warten! Wir können alles verlieren!“

22.00 UHR.

- Verkleidet fährt Lenin mit einem Leibwächter in der Straßenbahn in die Parteizentrale, das Smolnyi-Institut, das von Rotgardisten schwer bewacht ist.

SMOLNYI-INSTITUT, 25.10., 0.00 UHR.

- Lenin beruft eine Krisensitzung des ZK der Bolschewiki ein, um die Machtübernahme zu beginnen.

SMOLNYI-INSTITUT, 25.10., 2.00 UHR.

- Die Führer der Partei beschließen, sofort mit dem Putsch zu beginnen (Stalin ist nicht anwesend; er ist als Zeitungsredakteur in den Räumen der kommunistischen Zeitung „Arbeiterweg“.)
- Trotzki organisiert einen kurzfristigen Einnahmeplan für die Hauptstadt mittels des Militärischen Revolutionskommandos und der übergelaufenen Einheiten aus der Petrograder Garnison.
  Es stehen mehrere 10.000 Kämpfer auf Seiten der Bolschewiki zur Verfügung.
- Da die Telefonleitungen gekappt wurden, müssen die Einheiten per Boten instruiert werden.

ZENTRUM PETROGRAD, 25.10., 6.00 UHR.

- Eine Abteilung von 40 revolutionären Matrosen stürmt die Staatsbank. Die regulären Wachen wehren sich nicht.
- Eine Stunde später übernehmen Truppen auf Befehl des Militärischen Revolutionskomitees ebenso ohne Gegenwehr das Fernsprechamt.
  Das Elektrizitätswerk wird besetzt.
- Bis 8.00 Uhr sind die wichtigsten Brücken und Bahnhöfe besetzt.

SMOLNYI-INSTITUT, 10.00 UHR.

- Lenin erwartet einen schnellen Sieg und vollendet ein Manifest, das den Sturz der Regierung verkündet: „Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: unverzüglicher Abschluss eines demokratischen Friedens, Abschaffung des Eigentumsrechts der Gutsbesitzer am Land, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Schaffung einer Sowjetregierung – dies alles ist gesichert.“
- Die Erklärung wird per Telegramm ins ganze Land gesendet; Parteiaktivisten verteilen die eilends gedruckte Version ab etwa 11.00 Uhr an die Bewohner der Hauptstadt.

WINTERPALAST [ehem. Sitz des Zaren, 1917 Sitz der Provisorischen Regierung, Anm. d. Red.], 11.00 UHR.

- Während die Bevölkerung der Hauptstadt Lenins Flugblatt vom Sturz der Regierung liest, verlässt Ministerpräsident Kerenski seinen Amtssitz. Er will sich außerhalb Petrograds mit loyalen Truppen treffen, die auf die Kapitale zumarschieren; in der Stadt ist die militärische Überlegenheit der Bolschewiki zu groß.
- Da die Bahnhöfe besetzt sind, requiriert er zwei Wagen (einer gehört der US-Botschaft), umfährt – geschützt durch die Flagge am Fahrzeug – die Wachen des Militärischen Revolutionskomitees, die sich um den Palast postieren, und verlässt die Stadt Richtung Südwesten.
- Um kurz vor 12.00 Uhr jagen die Putschisten die Deputierten des Vorparlaments im Marienpalast auseinander, die dort die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten sollen

WINTERPALAST, 12.00 UHR.

- Im Malachit-Saal im ersten Stock eröffnet Handelsminister Alexander Iwanowitsch Konowalow eine Kabinettssitzung und informiert seine Kollegen über die Situation in der Hauptstadt. Der Marineminister bemerkt: „Wir haben praktisch keine Truppen mehr; daher können wir auch absolut nichts mehr unternehmen.“
- Die meisten Regierungsmitglieder wollen aus ihren Reihen einen Diktator bestimmen, der unbegrenzte Macht erhalten und die Ordnung wiederherstellen soll. Dies erfordert Stunden und hat keine Auswirkungen mehr, weil kaum noch loyale Regierungstruppen in Petrograd zu finden sind.

SMOLNYI-INSTITUT, 14.35 UHR.

- Trotzki informiert den Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat bei einer Dringlichkeitssitzung von dem Staatsstreich und erklärt, dass das Vorparlament aufgelöst sei, die Regierung nicht mehr existiere und man einzelne Minister verhaftet habe, der Winterpalast sei auch bald eingenommen.
- Lenin wird mit Applaus empfangen. ▶

VOR DEM WINTERPALAST, 18.00 UHR.

- 10.000 Soldaten mit schweren Waffen haben den Winterpalast eingeschlossen.
- Auf der Newa ankert der Panzerkreuzer „Aurora“, dessen Artillerie auf den Palast zielt und das Signal zum Angriff geben soll. Es kommt zu Verzögerungen, da der Sturm mit den Kanonen der Peter-und-Pauls-Festung an der Newa beginnen soll, aber die Geschütze nicht betriebsbereit sind. Ohne dieses Signal, das anzeigen soll, dass der Palast vollständig eingekreist ist, will Wladimir Antonow-Owsejenko die Attacke nicht beginnen. Wahrscheinlich hofft der Kommandeur der bolschewistischen Truppen, einst Offizier unter dem Zaren, so unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.
- Die Verteidiger haben vor dem Haupteingang des Palastes eine Barrikade aus Brennholz errichtet, doch es gibt kaum noch Soldaten, um sie zu besetzen: Angesichts der Überlegenheit des Gegners und der schlechten Lebensmittelversorgung haben sich bis auf etwa 300 Mann alle Kämpfer abgesetzt.
- Das hauptstädtische Kulturleben geht weiter, denn nach wie vor haben Restaurants, Geschäfte, Kinos und Schauspielhäuser geöffnet. Die meisten Petrograder verleben einen normalen Abend.

WINTERPALAST, 18.30 UHR.

- Die Regierungsmitglieder ziehen sich in Kerenskis privaten Speisesaal zurück. Der Generalstab meldet ein Ultimatum des Militärischen Revolutionskomitees: Wenn das Kabinett nicht bis 19.10 Uhr kapituliere, werde das Feuer eröffnet.
- Die Regierungsmitglieder beschließen, das Ultimatum zu ignorieren. Obwohl sie keine Hoffnung mehr auf rechtzeitige Hilfe haben, wollen sie ausharren. Die Öffentlichkeit soll erkennen, dass sie nur in höchster Not einer überlegenen Macht gewichen sind, wie ein Minister später berichtet.

UFER DER NEWA, 21.40 UHR.

- Die Besatzung der Peter-und-Pauls-Festung hat passende Munition gefunden und einen Schuss abgegeben. Eine Kanone auf dem Vorschiff des Panzerkreuzers „Aurora“ antwortet – mit einem Salutschuss.
- Bei dem lauten Knall der „Aurora“ desertieren etliche der noch verbliebenen Verteidiger der Regierung.
- Nach einer kurzen Pause feuern die Geschütze von der Festung und vom Schlossplatz auf den Palast, der nur geringe Schäden davonträgt. Die Seite zur Stadt hingegen wird von Tausenden Maschinengewehrkugeln durchsiebt.

SMOLNYI-INSTITUT, 22.40 UHR.

- Mit mehr als achtstündiger Verspätung beginnt die Sitzung des Allrussischen Rätekongresses. Sie lässt sich nicht noch weiter hinauszögern, obwohl Lenin die Abgeordneten eigentlich nach einem geglückten Sturm auf den Winterpalast vor vollendete Tatsachen stellen wollte.
- Unter den 670 Delegierten sind 300 Bolschewiki: Die Partei Lenins hat nicht die absolute Mehrheit, muss unter den Menschewiki und Sozialrevolutionären Verbündete finden.
- Die Gemäßigten plädieren für eine Koalition aller sozialistischen Parteien, fordern eine Waffenpause im Straßenkampf und erklären den Staatsstreich der bolschewistischen Führung zu einem „kriminellen Unternehmen“, für das sie nicht bereit seien, Verantwortung zu tragen. Deshalb verlassen sie nun die Sitzung.
- Jetzt haben die Bolschewiki die Mehrheit im Kongress.

WINTERPALAST, 26.10., 2.00 UHR.

- Nach stundenlangem Beschuss gelangen durch unbewachte Fenster im Ostflügel immer mehr Belagerer in das Gebäude.
- Die Orientierung in den mehr als 400 Räumen bei fehlendem elektrischem Licht ist schwierig.
- Die Minister und ihre engsten Mitarbeiter, insgesamt 18 Mann, haben sich in einem Büro in der ersten Etage versteckt, dessen Fenster auf den Schlosshof weisen. Wohl um Scharfschützen kein Ziel zu bieten, sind alle Lichter gelöscht.
- Der Kommandeur der Truppen Antonow-Owsejenko verhaftet alle.

SMOLNYI-INSTITUT, 3.10 UHR.

- Noch einmal tritt der Allrussische Sowjetkongress zusammen, bejubelt die Nachricht von der Verhaftung der Regierung. Danach verliest ein Bolschewik ein Manifest Lenins „An alle Arbeiter, Soldaten und Bauern“, in dem die Machtübernahme des Sowjetkongresses bekannt gemacht und die gerechte Verteilung des Bodens sowie Brot und sofortiger Frieden versprochen werden.
- Dann wird die Proklamation verabschiedet, bei nur zwei Gegenstimmen. Damit erklärt der Kongress den Staatsstreich für rechtmäßig.

Nach: Frank Otto: Der Putsch der Bolschewiki. In: Geo Epoche 38, Stalin, 1917–1953: Der Tyrann und das Sowjetreich, 2008, S. 32–45. (Bearbeitet von I. Stelljes, Christianeum, Hamburg)

Q6 Aus den Erinnerungen von M. Philips Price, Korrespondent des „Manchester Guardian“ in Petersburg, über den 25. und 26. Oktober 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie nahm M. Philips Price den „Roten Oktober“ wahr? Wie verhalten sich aus seiner Sicht die verschiedenen politischen Akteure?

In den Wandelgängen traf ich ein führendes Mitglied der sozialrevolutionären Partei, von dem ich erfuhr, dass seinen Informationen nach der bolschewistische Staatsstreich nur noch eine Frage von Tagen war. Auf dem Post- und Telegraphenamt seien bereits bolschewistische Bevollmächtigte ernannt, während die Schildwachen alle, die bolschewistische Parolen abgäben, passieren ließen, auf die Beamten der Kerenskij-Regierung dagegen finster blickten. Nicht weit davon sah ich Martow[1] und Suchanow[2] mit umwölkten Mienen in eine sehr ernste Unterhaltung vertieft. „Wir können die Verantwortung für eine solche Handlung nicht auf uns nehmen“, hörte ich Martow mit einer Bewegung sagen. Augenscheinlich gaben die Zimmerwalder Resolutionen[3], denen er noch vor einer halben Stunde zugestimmt hatte, in seinen Augen keine Rechtfertigung ab für einen militärischen Staatsstreich. Dies war typisch für die Haltung der Menschewisten, die nur in Worten revolutionär waren.

Es war mittlerweile Abend geworden, und ich begab mich in das Smolnyj-Institut[4], wo sich die Räume der Zentralexekutive des alten menschewistischen und sozialrevolutionären Sowjets befanden. Ich fand die Mitglieder der Exekutive in sehr gedrückter Stimmung. Nachrichten aus den Provinzen zeigten, dass die bolschewistische Agitation für sofortige Einberufung eines zweiten Sowjetkongresses auf äußerst fruchtbaren Boden gefallen war. Schon hatten die Sowjets der nördlichen Provinzen und die Soldatenräte an der Nordwestfront ihre Delegierten bestimmt, die bereits eintrafen. Sie ihrerseits, sagte die Zentralexekutive, habe ihr Menschenmögliches getan, um die Einberufung dieses zweiten Sowjetkongresses zu verhindern, da sie es für zwecklos hielte. Die Wahlen zur Nationalversammlung[5] standen vor der Tür, und diese „demokratische“ Körperschaft, nicht der Rätekongress, sollte das entscheidende Wort sprechen. Die Sowjets, sagten sie, sollten von dann ab mehr in den Hintergrund treten und sich lediglich als die Nationalversammlung beratende Wirtschaftsausschüsse betrachten. Als ich mich anschickte, das Smolnyj-Institut zu verlassen, hörte ich dröhnenden Beifall von dem großen Saal her. Dort fand eine Sitzung des Petrograder Sowjets statt und Trotzkij hielt eben eine große Rede. Delegierte zum zweiten Rätekongress trafen ein. Ein Lärmen, ein Drängen herrschte, und jedes Antlitz trug einen zuversichtlichen Ausdruck. „Demos“ erhob sich aus der Tiefe, voll roher Kraft und Trotzgefühl. Die Vertreter der „revolutionären Demokratie“, die eine Treppe höher sich selbst überlassen saßen, schienen der Wirklichkeit seltsam abgewandt.[6]

Am nächsten Morgen ging ich wieder ins Smolnyj-Institut, wo eine Sitzung des Petrograder Sowjets stattfand, auf der dessen Delegierte für den an diesem Nachmittag zusammentretenden zweiten Rätekongress gewählt werden sollten. Trotzkij präsidierte, und auf der Bühne stand derselbe untersetzte, kahlköpfige kleine Mann, den ich sechs Monate vorher als Führer der winzigen bolschewistischen Gruppe auf dem ersten Rätekongress gesehen hatte. Es war Lenin, ohne Schnurrbart, den er wegrasiert hatte, um sein Aussehen während dieser Periode des Sich-verstecken-Müssens, die jetzt ihr Ende finden sollte, zu verändern. Der Petrograder Sowjet bildete jetzt eine einheitliche Phalanx bolschewistischer Deputierter, und nicht enden-wollender Beifall durchbrauste den Saal, als Lenin von dem kommenden Rätekongress als dem einzigen Organ, das das Revolutionsprogramm der russischen Arbeiter, Soldaten und Bauern durchzuführen imstande sei, sprach. Neben mir flüsterte jemand, dass soeben die Nachricht gekommen sei, das Militär-Revolutionäre Komitee habe mit Hilfe der Rotgardisten aus den Fabriken und einem Teil der Garnison das Winter-Palais besetzt und alle Minister mit Ausnahme Kerenskijs, der in einem Kraftwagen entflohen war, verhaftet. Ich begab mich wieder eine Treppe tiefer in das Büro der bolschewistischen Partei. Hier fand ich eine Art geistigen Revolutionsgeneralstab improvisiert, der nach allen Stadtteilen mit Instruktionen versehene Abgesandte schickte, die alsdann mit Neuigkeiten und Meldungen wieder zurückkehrten. Oben im Büro des alten menschewistischen und sozialrevolutionären Volksausschusses herrschte Grabesstille. Ein paar Schreibmaschinistinnen waren mit Ordnen von Papieren beschäftigt, und der Herausgeber der *Iswestija Rosanow* suchte noch Haltung zu bewahren.

M. Philips Rice: My Reminiscences of the Russian Revolution, London 1981 (1921), S. 142–143. URL: https://archive.org/details/MyReminiscencesOfTheRussianRev/page/n145/mode/2up?q=Smolny&view=theater. Übersetzung nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München 1987, S. 276–277.

1 Julius Martow: russischer Politiker und Sprecher der Menschewiki in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR).
2 Nikolai Suchanow: zuerst Menschewik, schließt sich den Bolschewiki an.
3 Bezug zur Zimmerwalder Konferenz 1915 in der Schweiz, an der Lenin und Trotzki teilnahmen. In ihr wurden der Krieg als kapitalistisch verurteilt und das Proletariat zum Widerstand aufgerufen. Lenin fügte später noch ein geheimes Zusatzprotokoll hinzu, das die Ausnutzung der Kriegssituation zur Umwandlung in einen Bürgerkrieg gegen die Besitzenden anstrebte.
4 Sitz des Petrograder Sowjets.
5 Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, anberaumt für November 1917.
6 Gemeint sind die vorher erwähnten Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Q7 Der Menschewik Raphael Abramovitch über die Reaktion des Zweiten Sowjetkongresses am 25. Oktober 1917

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie nahm Raphael R. Abramovitch den „Roten Oktober“ wahr? Wie verhalten sich aus seiner Sicht die verschiedenen politischen Akteure?

Raphael R. Abramovitch gehörte dem Menschewiki-Flügel an, wurde wegen „sowjetfeindlicher“ Aktivitäten 1918 verurteilt und ging 1920 ins Exil.

[…] Der Sowjetkongress, der am Abend des 25. Oktober (7. November) um 22.45 Uhr begann, sah sich vor die vollendete Tatsache der bolschewistischen Machtergreifung gestellt […]. Nicht nur den Winterpalast umgaben bolschewistische Truppen. Auch der Zweite Kongress versammelte sich unter dem wachsamen Blick des Militär-Revolutionären Komitees und seiner Posten, der bewaffneten Kommandos, seiner Panzer; und Lenin und Trotzkij waren stets gegenwärtig.

Als Fjodor Dan[1] im Namen des abtretenden Zentralen Vollzugkomitees den Kongress offiziell eröffnete, war bereits alles entschieden. Die Menschewiken und Sozialrevolutionäre wussten, dass das Spiel verloren war. Der bolschewistische Aufstand hatte die Regierung wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen, und jeder Versuch, in der Hauptstadt einen wirksamen Widerstand zu organisieren, kam zu spät. […]

Nach den üblichen Formalitäten nominierte die bolschewistische Fraktion des Kongresses Kamenjew[2] für den Präsidentenstuhl. Unter donnerndem Beifall machte Dan dem neuen Vorsitzenden Platz. Von Anfang an benahm sich Kamenjew wie der Repräsentant eines neuen Regimes, im Besitz der unbeschränkten Macht und nicht mehr auf die offizielle Anerkennung durch die Sowjets angewiesen; allerdings war unverkennbar, dass die Mehrheit des Kongresses ohnehin die bolschewistische Revolte rückwirkend sanktionieren würde.

In dem großen Saal mit seinen schlanken, weißen Säulen trat ein Redner nach dem anderen ans Pult, um eine kurze Protesterklärung gegen den bolschewistischen Coup abzugeben. […] Martow[3], der für die internationalistischen Menschewiken sprach, erklärte mit leidenschaftlichen Worten, dass der Coup, der dem Militär-Revolutionären Komitee die Macht in die Hand gebe, von einer einzelnen Partei am Vorabende des Zweiten Sowjetkongresses durch Konspiration und Gewalt vollführt worden sei. Er betonte, dass es die erste Aufgabe des Kongresses sein müsse, eine neue Regierung zu schaffen, die für alle revolutionären Parteien akzeptabel sei. Sonst werde mit Sicherheit ein Bürgerkrieg folgen. Abschließend ersuchte Martow den Kongress, ein repräsentatives Komitee zu bilden, das sich mit diesem Problem zu befassen habe.

Martows Antrag wurde von den linken Sozialrevolutionären und von R. Abramowitsch im Namen der internationalistischen Sektion des „Bundes“ [der jüdischen revolutionären Organisation] unterstützt. Abramowitsch erblickte in den jüngsten Petrograder Ereignissen ein Unglück für die Revolution und hielt ein Abkommen zwischen allen sozialistischen Parteien für den einzigen Ausweg. […] Also wurde Martows Antrag einstimmig angenommen.

Die anwesenden Defensisten[4] allerdings vertraten einen völlig anderen Standpunkt. Gendelman von den Sozialrevolutionären erklärte, seine Gruppe betrachte den Coup als illegal und werde den Kongress unter Protest verlassen. L. Chintschuk von den Menschewiken äußerte sich ähnlich […].

Henryk Erlich, Sprecher des defensistischen Flügels des „Bundes“, unterstützte Chintschuk. Er forderte die sozialdemokratischen Delegierten auf, die Sitzung zu verlassen und sich zum Rathaus [d.h. dem Gebäude der Stadtduma] zu begeben, wo eine Versammlung demokratischer antibolschewistischer Gruppen im Gange sei, die ein Komitee zur Verteidigung des Vaterlandes und der Revolution bilden würden. Von dort aus werde man zum Winterpalast marschieren, um sein Schicksal mit dem Schicksal der Provisorischen Regierung zu verknüpfen. […] Trotzkij griff Martows Behauptung an, die bolschewistische Machtergreifung sei eine militärische Konspiration […]. Dann zählte Trotzkij eine lange Liste angeblicher Missetaten der Menschewiken und Sozialrevolutionäre gegen die Arbeiter, Bauern und Soldaten auf und zog den Schluss, der Auszug der Menschewiken und Sozialrevolutionäre aus dem Kongress werde die Revolution nicht schwächen, sondern stärken […].

Aus: Raphael R. Abramovitch: Die Sowjetrevolution, Hannover 1963, S. 105–106.

1 Menschewik, ab 1920 im Exil.
2 Ursprünglich sozialdemokratischer Gegenspieler Lenins, gegen dessen Aufstandspläne, dann aber an der neuen bolschewistischen Regierung beteiligt.
3 Martow war ein russischer Politiker und Sprecher der Menschewiki in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR).
4 Die D. vertraten den Standpunkt, dass der Krieg zum Erhalt Russlands fortzuführen sei.

Q8 Kerenskis Befehl vom 27. Oktober (9. November) 1917 an die Truppen des Petrograder Distrikts

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum ist der Befehl von Kerenski folgenlos?

Ich erkläre, dass ich, der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung und der Höchstkommandierende aller bewaffneten Streitkräfte der Russischen Republik, heute an der Spitze von Fronttruppen, die dem Vaterland ergeben sind, eingetroffen bin. Ich befehle allen Einheiten des Petrograder Militärbezirkes, die sich aus Unwissenheit einer Bande von Verrätern des Vaterlands angeschlossen haben, unverzüglich die Erfüllung ihrer Pflicht wiederaufzunehmen. Dieser Befehl soll in allen Kompanien, Truppenabteilungen und Bataillonen verlesen werden.

Gatschina, 27. Oktober (9. November) 1917
Ministerpräsident der Provisorischen Regierung und Höchstkommandierender, A. Kerenskij

Zitiert nach: Manfred Hellmann (Hg.): Die russische Revolution 1917, Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München 1987, S. 320.

D5 Der Oktoberumsturz

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie sicherten die Bolschewiki Legitimation und Erfolg des Sturzes der Regierung?

Die Aktion gegen die Provisorische Regierung wurde für den Tag vor dem Beginn des 2. Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte – also der Zusammenkunft von Delegierten aus dem ganzen Reich – geplant. Die Bolschewiki bedurften der Tarnung und der „Legitimation“ der Räte, da eine Machtergreifung nur in deren Namen – und nicht im eigenen – möglich war. Zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bedienten sie sich daher einer vom Petrograder Rat ordentlich gewählten Kommission, des „Militärischen Revolutionskomitees“ (WRK), in dem sie zwar die Mehrheit besaßen, dem aber auch Vertreter des linken Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre – einem faktisch bereits von der Mehrheitspartei abgespaltenen Teil der Sozialrevolutionäre – und einige Anarchisten angehörten. Beide unterstützten die Vorbereitungen des Aufstandes, weil sie für die Übergabe der Macht an die Räte und für den Beginn radikaler sozialer Reformen eintraten. Das WRK sorgte auch dafür, dass sich die wichtigsten Truppeneinheiten den Aufständischen anschlossen. Dabei konnte es die verbreitete Sehnsucht nach Frieden nutzen, da sich Russland trotz massenhafter Desertion von Soldaten formal nach wie vor im Krieg befand. Kerenski sah diese Vorbereitungen, glaubte sich aber nach wie vor in der stärkeren Position und gab erst am 6. November [24. Oktober] 1917, am Vorabend des Kongresses, allzu spät – wie sich herausstellte – Order, die bolschewistischen Zeitungen zu schließen. Dieser Angriff wurde von den Bolschewiki als Anlass zum Handeln genutzt: Bolschewistische und andere dem WRK ergebene Einheiten begannen, strategische Knotenpunkte der Hauptstadt – das Fernmeldeamt, das Telegrafenamt, Brücken, Bahnhöfe und anderes mehr – zu besetzen. Am Newa-Ufer legte ein Geschwader mit dem Kreuzer „Aurora“ an der Spitze an. Die Bolschewiki erklärten im Namen des WRK und des Petrograder Rates, dass die Provisorische Regierung gestürzt (Appell „An die Bürger Russlands“) und die Macht auf eine neue Räteregierung übergegangen sei. Als der 2. Allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am Abend des 7. November [25. Oktober] eröffnet wurde, war der militärische Umsturz faktisch schon vollzogen. Nur die Provisorische Regierung harrte noch im Winterpalast aus, den Einheiten der Offiziersschulen (Militärkadetten) und ein Frauenbatallion verteidigten. Die Verteidiger des Palastes waren demoralisiert. Unter Ausnutzung des zahlenmäßigen Übergewichts und der Schwäche des Widerstands drangen die Aufständischen durch die riesigen Glasfenster und Türen in den Palast ein. Um halb zwei Uhr in der Nacht zum 8. November [26. Oktober] wurde die Provisorische Regierung verhaftet. Nur Kerenski entging der Festnahme; er war rechtzeitig im „neutralen“ Auto einer ausländischen Botschaft ins Oberkommando der Nordfront geflohen, um Hilfe zu holen.

Aus: Manfred Hildermeier, Alexander Schubin: „Roter Oktober“. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 27–28.

Q9 Die Oktoberrevolution[en] – beschlossen in der Nacht vom 25./26. Oktober 1917 vom allrussischen Kongress

Zwar gelang den Bolschewiki die Machtübernahme am 25. Oktober relativ unblutig und ohne große Gegenwehr der Provisorischen Regierung, doch im 2. Allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte bereitete Lenin einen grundlegenden Systemwechsel vor. In einer Nachtsitzung wurden neue Gesetze beschlossen, die sofort für ganz Russland gelten sollten.

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern fand doch eine „Revolution" in Russland statt?

a) Aufruf des Militärischen Revolutionskomitees vom 25. Oktober 1917

An die Bürger Russlands!
Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die staatliche Gewalt ist in die Hände des Organs des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Militärischen Revolutionskomitees, übergegangen, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht.

Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: unverzüglicher Abschluss eines demokratischen Friedens, Abschaffung des Eigentumsrechts der Gutsbesitzer am Land, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Schaffung einer Sowjetregierung – dies alles ist gesichert.

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1985, S. 26. URL: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00151487?page=28,29

b) Dekret über Einberufung des Rates der Volkskommissare

Der Allrussländische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten beschließt:
Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung eine provisorische Arbeiter- und Bauernregierung zur Verwaltung des Landes zu bilden, die „Rat der Volkskommissare" heißen wird. Die Leitung der verschiedenen Zweige des staatlichen Lebens wird Kommissionen übertragen, die die Ausführung des auf dem Kongress verkündeten Programms in enger Verbindung mit den Massenorganisationen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Matrosen, Soldaten, Bauern und Werktätigen zu übernehmen haben. Die Regierungsgewalt liegt beim Kollegium der Vorsitzenden dieser Kommissionen, d.h. dem Rat der Volkskommissare.

Die Kontrolle über die Tätigkeit der Volkskommissare und das Recht, sie abzusetzen, verbleibt dem Allrussländischen Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten- deputierten und seinem Zentralen Exekutivkomitee.

Der Rat der Volkskommissare setzt sich gegenwärtig aus folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender des Rates Wladimir Uljanov (Lenin) […]

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1985, S. 26–27. URL: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00151487?page=28,29

Die folgenden Gesetze werden in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober im 2. Allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen:

c) Gesetz über Grund und Boden des Sowjetkongresses der Arbeiter- und Bauerndeputierten

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich ohne Entschädigungszahlungen aufgehoben. […]

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage wäre die folgende:

1. Das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben, der Boden darf weder verkauft noch gekauft, verpachtet, verpfändet oder auf irgendeine andere Weise veräußert werden. Der gesamte Boden: die Staats-, Domänen-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchen-, Possessions-, Majorats- und Privatländereien, das Gemeinde und Bauernland usw. wird entschädigungslos enteignet, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und zur Nutzung all denen übergeben, die ihn bearbeiten. Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten wird lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung für die Zeit zuerkannt, die zur Anpassung an die neuen Lebensbedingungen notwendig ist.
2. Alle Bodenschätze: Erze, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso Wälder und Gewässer, die eine gesamtstaatliche Bedeutung haben, gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden unter der Bedingung über, dass sie den örtlichen Organen der Selbstverwaltung unterstellt werden.
3. Ländereien mit hoch entwickelter Kulturwirtschaft: Gärten, Plantagen, Pflanz- und Baumschulen, Gewächshäuser usw., unterliegen nicht der Aufteilung, sondern werden in Musterwirtschaften umgewandelt und je nach ihrem Umfang und ihrer Bedeutung dem Staat oder den Gemeinden zur ausschließlichen Nutzung übergeben. […]
8. Der gesamte Boden geht nach seiner Enteignung in einen Bodenfonds über, der Eigentum des ganzen Volkes ist. Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungsorganen geleitet, d.h. von den demokratisch organisierten, ständelosen dörflichen und städtischen Gemeinden bis hin zu den zentralen Gebietsbehörden. […]

Hier nach: Dekret über Grund und Boden. In: 100(0) Schlüsseldokumente, URL: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Dekret_%C3%BCber_den_Grund_und_Boden#Volltext. Stand 16.12.2024. ▶

d) Dekret über die Nationalisierung der Banken

Mit dem Ziel einer richtigen Organisierung der Volkswirtschaft, im Interesse einer entschlossenen Beseitigung der Bankspekulation und einer völligen Befreiung der Arbeiter, der Bauern und der ganzen werktätigen Bevölkerung von der Ausbeutung durch das Bankkapital und mit Ziel der Schaffung einer einzigen Volksbank für die Russländische Republik, einer Bank, die wirklich den Interessen des Volkes und der ärmsten Klassen dient, verordnet das Zentrale Exekutivkomitee:

1. Das Bankwesen wird zum Staatsmonopol erklärt.
2. Alle existierenden privaten Aktienbanken und Bankkontore werden mit der Staatsbank vereinigt.
3. Die Aktiva und Passiva der zu liquidierenden Unternehmen werden von der Staatsbank übernommen.

[…]

6. Die Interessen der kleinen Sparkunden werden vollständig sichergestellt.

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter, Heiko Haumann (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft. München 1987, S. 43.
URL: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00151488?q=%28Die+Sowjetunion+%29&page=46,47

e) Dekret über den Frieden 26. Oktober 1917

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.–25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

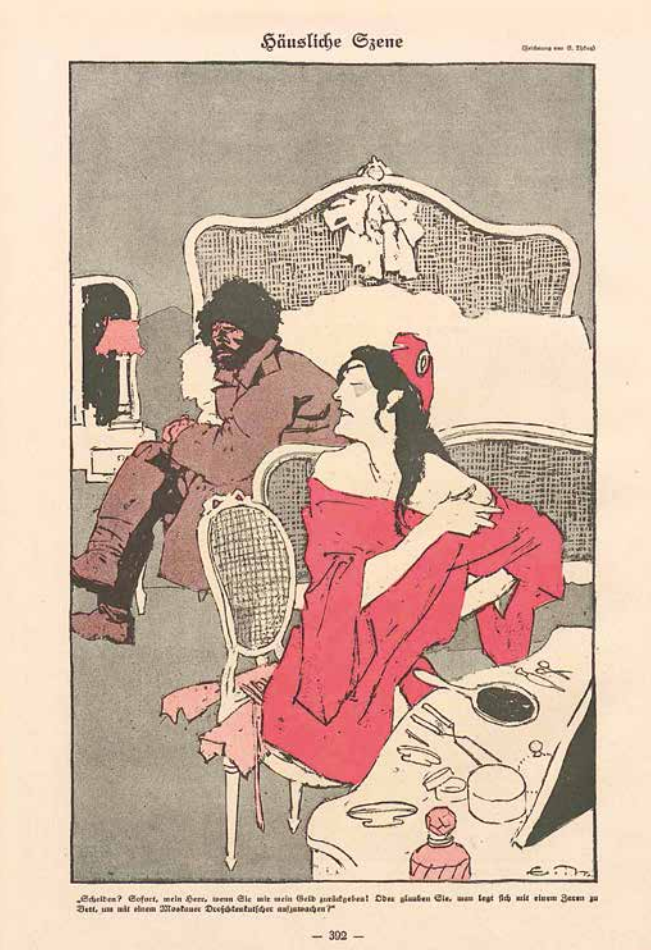
Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d.h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Russlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen. […]

Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 26, Berlin (O) 1972, S. 239–241. URL: https://kommunistische-geschichte.de/LeninWerke/LW26.pdf

Q10 Die „Oktoberrevolution“ aus deutscher Sicht

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie wird die „Russische Revolution“ interpretiert? Was haben die Ereignisse in Russland mit der Französischen Revolution zu tun?



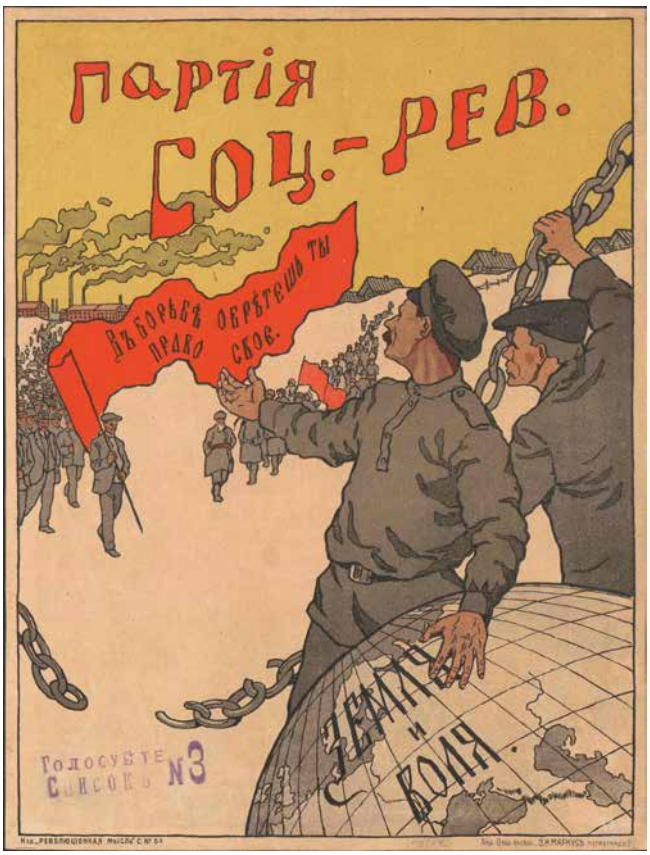
Text: „Scheiden? Sofort, mein Herr, wenn Sie mir mein Geld zurückgeben! Aber glauben Sie, man legt sich mit einem Zaren zu Bett, um mit einem Moskauer Droschkenkutscher aufzuwachen?“

Zeichnung von Eduard Thöny (1866–1950). Gemeinfrei.
Quelle: „Simplicissimus“, Jg. 22, Heft 31, 30.10.1917, S. 389.

Q11 Die Wahlen zur Konstituante und die Konkurrenz der anderen Parteien

Möglicher Erschließungsimpuls: Inwiefern stellten die Sozialrevolutionäre eine Konkurrenz zu den Bolschewiki dar?

a) Wahlplakat der Sozialrevolutionäre



Text: Auf der Fahne: „Nur im Kampf wirst Du Dein Recht erlangen."
Auf dem Globus: „Boden und Freiheit"

Quelle: Autor unbekannt. WikiCommons.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1917PartiyaSoz-Rev.jpg

b) Programm der Partei der Sozialrevolutionäre im Herbst 1917

[…] Aber was auch immer die *heutigen* Herren der Lage tun, das *Morgen* gehört dem Sozialismus: Die Menschheit geht unaufhaltsam der Schaffung eines neuen Lebens auf der Grundlage der freien Arbeit entgegen. Dieses Morgen wird durch die revolutionäre Aktion der werktätigen Massen unter der Führung der Vereinigung der Sozialisten in der ganzen Welt – der Internationale – verwirklicht werden.

Also:

Der Boden zur Verfügung der Landkomitees.
Produktion und Verteilung unter der Kontrolle des Staates mit Hilfe der Arbeiterorganisationen, der Gemeindeverwaltungen und der Organe der revolutionären Demokratie.
Besteuerung der Grundbesitzer und der Bourgeoisie.

Die Macht den Interessenvertretern des werktätigen Volkes, die durch ihre revolutionären Organe – die Sowjets – dem Volk verantwortlich sind.

Es lebe die demokratische und föderative Republik!

Es lebe die internationale Vereinigung der Arbeiter – die Internationale!

Frieden durch Revolution, durch die Anstrengungen der Arbeiter der ganzen Welt.

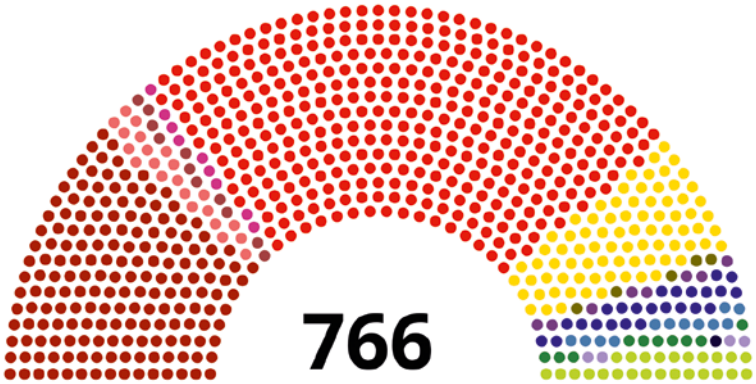
Das sind unsere grundlegenden Losungen, die Losungen der linken sozialistisch-revolutionären Kräfte auf dem Weg zur Konstituierenden Versammlung

Es lebe die Konstituierende Versammlung selbst!

Und da nur die Sozialistisch-Revolutionäre Linke sich für die *Überführung des gesamten Bodens in den Besitz des Volkes auf der Grundlage der Gleichheit der Arbeit ohne jegliche Ablösung eintreten* wird, rufen wir, die Sozialistisch-Revolutionäre Linke, alle Arbeiter auf, bei den bevorstehenden Wahlen zur Konstituierenden Versammlung für die Liste dieser Partei zu stimmen. Vergessen Sie nicht, dass es nicht auf die Gesichter, nicht auf die Namen der von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten ankommt, sondern auf das Programm, das diese Partei seit Beginn ihrer Existenz vertritt. Dieses Programm ist das Programm „Land und Freiheit", insbesondere die Vergesellschaftung des Bodens.

Aus dem Artikel Nasch Put' (Unser Weg) von Al. Ustinow. Quelle: Partija levych socialistiw-revoljucionerow: Dokumenty i materialy 1917–1925. T. 1: Ijul' 1917–maj 1918 [Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre. Dokumente und Materialien. 1917–1925. Bd. 1. Juli 1917–Mai 1918], Moskau 2000, S. 61. Übersetzung: F. Coppenrath.

c) Zusammensetzung der konstituierenden Versammlung nach den Wahlen vom 12. (25.) November 1917



Quelle: WikiCommons.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Russian_Constituent_Assembly.svg

v.l.n.r.:
RSDRP (Bolschewiki): 180 Mandate
RSDRP (Menschewiki): 22 Mandate
Ukrainische sozialdemokratische Arbeiterpartei: 11 Mandate
Armenische revolutionäre Föderation: 9 Mandate
Sozialrevolutionäre: 374 Mandate
Ukrainische Sozialrevolutionäre: 81 Mandate
Volkssozialisten: 5 Mandate
Andere Sozialisten: 8 Mandate
Konstitutionelle Demokraten (Kadetten): 24 Mandate
Alasch (Kasachstan): 12 Mandate
Müsawat (Aserbaidschan): 10 Mandate
Rechte: 1 Mandat
Sionisten: 4 Mandate
Autonomisten und Föderalisten: 25 Mandate

Q12 Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, 6. (19.) Januar 1918

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie begründen die Bolschewiki die Auflösung der Konstituante?

Die Russische Revolution hat von ihrem Anbeginn an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten als Massenorganisation aller werktätigen und ausgebeuteten Klassen geschaffen, […] die allein imstande ist, den Kampf dieser Klassen für ihre völlige politische und wirtschaftliche Befreiung zu leiten.

Im Laufe der ganzen ersten Periode der Russischen Revolution mehrten sich die Sowjets, wuchsen und erstarkten, überwanden auf Grund der eigenen Erfahrungen die Illusionen des Paktierens mit der Bourgeoisie, erkannten, dass die Formen des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus trügerisch sind, und zogen praktisch die Schlussfolgerung, dass die Befreiung der unterdrückten Klassen unmöglich ist ohne den Bruch mit diesen Formen und mit allen Kompromissen. Ein solcher Bruch war die Oktoberrevolution, die die ganze Macht in die Hände der Sowjets legte.

Die Konstituierende Versammlung, gewählt auf Grund von Kandidatenlisten, die vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden waren, brachte das alte politische Kräfteverhältnis zum Ausdruck, aus einer Zeit, als die Kompromissler und die Kadetten an der Macht waren. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den Rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den Linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen. So kam es, dass diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlichen parlamentarischen Republik sein sollte, sich der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht unvermeidlich in den Weg stellen musste.

Die Oktoberrevolution rief dadurch, dass sie den Sowjets und durch die Sowjets den werktätigen und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, den verzweifelten Widerstand der Ausbeuter hervor und erwies sich bei der Unterdrückung dieses Widerstandes vollauf als Beginn der sozialistischen Revolution. Die werktätigen Klassen mussten sich auf Grund der eigenen Erfahrung davon überzeugen, dass sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, dass er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, dass nicht gesamtnationale, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen. […]

Die am 5. Januar zusammengetretene Konstituierende Versammlung brachte aus den obenerwähnten Gründen der Partei der Rechten Sozialrevolutionäre […] die Mehrheit. Natürlich hat diese Partei es abgelehnt, den […] Antrag des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets, des obersten Organs der Sowjetmacht, zu beraten, der forderte, das Programm der Sowjetmacht, die Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. Damit hat die Konstituierende Versammlung alle Bande zwischen sich und der Sowjetrepublik Russland zerrissen. Es war daher unvermeidlich, dass die Fraktion der Bolschewiki und die der Linken Sozialrevolutionäre, die jetzt offenkundig die ungeheure Mehrheit in den Sowjets bilden und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, diese Konstituierende Versammlung verließen.

Und außerhalb der Konstituierenden Versammlung führen die Parteien, die die Mehrheit in der Konstituante bilden, die Rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, den offenen Kampf gegen die Sowjetmacht, fordern in eigenen Presseorganen zu ihrem Sturz auf, und unterstützen dadurch objektiv den Widerstand der Ausbeuter gegen die Übergabe des Bodens und der Fabriken in die Hände der Werktätigen. […]

Deshalb beschließt das Zentrale Exekutivkomitee: Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst.

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1985, S. 29–31. URL: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00151487?page=32,33

Q13 Maxim Gorki über die Auflösung der Konstituante am 9. Januar 1918

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie beurteilt Maxim Gorki die Auflösung der Konstituante?

Maxim Gorki war ein landesweit bekannter Schriftsteller und Chefredakteur der Zeitung „Nowaja Shisn", einer unabhängigen, aber an sozialdemokratischen Ideen ausgerichteten Zeitung. Er schrieb den Artikel als Reaktion auf die Auflösung der Konstituante durch die Bolschewiki und vergleicht diesen Akt mit dem Blutsonntag von 1905.

Hier stirbt die Demokratie

Am 9. Januar 1905, als eingeschüchterte, geknechtete Soldaten auf Befehl des Zaren in eine Menge unbewaffneter, friedlicher Arbeiter schossen, liefen gebildete, kritisch denkende Arbeiter auf sie zu und schrien den Soldaten – unfreiwilligen Mördern – direkt ins Gesicht:

„Was macht ihr Verfluchten? Wen bringt ihr da um? Das sind doch eure Brüder, sie sind unbewaffnet, sie haben nichts Böses im Sinn. Sie gehen zum Zaren, um ihn auf ihre Not aufmerksam zu machen. Sie fordern nicht einmal, sondern bitten, ohne Drohung, arglos und ergeben! Kommt zur Vernunft, was macht ihr nur, ihr Idioten!"

Man sollte meinen, diese einfachen, klaren Worte, ausgelöst durch Kummer und Schmerz über unschuldig getötete Arbeiter, hätten Zugang zum Herzen des „sanftmütigen" russischen Mannes im grauen Soldatenrock finden müssen. Doch der sanftmütige einfache Mann hat die besorgten Leute entweder mit dem Gewehrkolben geprügelt oder mit dem Bajonett auf sie eingestochen, oder er brüllte, zitternd vor Hass: „Auseinander, wir schießen!" Sie wichen nicht aus, und da schoss er gezielt, streckte Dutzende, ja Hunderte Leichen aufs Pflaster nieder.

Der Großteil der Soldaten des Zaren antwortete auf die Vorwürfe und Anpfiffe niedergeschlagen und fügsam: „Befehl von oben. Wir wissen nichts – uns wurde befohlen …" Und wie Maschinen schossen sie in die Menschenmengen. Ungern vielleicht, widerwillig, aber sie schossen.

Am 5. Januar 1917 demonstrierte eine unbewaffnete Sankt Petersburger Demokratie – Arbeiter, Hausangestellte – friedlich für die *Verfassunggebende Versammlung*.

Die besten russischen Leute hatten fast hundert Jahre lang von der Idee der *Verfassunggebenden Versammlung* gelebt – eines politischen Organs, das der gesamten russischen Demokratie Gelegenheit gegeben hätte, ihren Willen frei zu äußern. Im Kampf für diese Idee starben in Gefängnissen, in Verbannung und Zwangsarbeitslagern, an Galgen und durch die Kugeln der Soldaten tausende Intellektuelle und zigtausende Arbeiter und Bauern. Auf dem Opfertisch dieser heiligen Idee wurden Ströme von Blut vergossen – und die „Volkskommissare"[1] befahlen, die Demokratie zu erschießen, die für diese Idee demonstrierte.

Ich möchte daran erinnern, dass viele dieser „Volkskommissare" selbst ihre gesamte politische Tätigkeit hindurch den Arbeitermassen die Notwendigkeit eingebläut hatten, für die Einberufung der *Verfassunggebenden Versammlung* zu kämpfen.

Die *Prawda*[2] [dt. „Wahrheit"] lügt, wenn sie schreibt, die Demonstration am 5. Januar [1918] sei von der Bourgeoisie organisiert worden, von Bankiers und dergleichen, und zum *Taurischen Palais* seien vor allem Angehörige der Bourgeoisie […] marschiert.

Die *Prawda* lügt – sie weiß nur zu gut, dass für die Bourgeoisie die Eröffnung einer *Verfassunggebenden Versammlung* kein Grund zur Freude wäre, dass sie inmitten von 246 Sozialisten einer Partei und 140 *Bolschewiki* nichts zu suchen hätte.

Die *Prawda* weiß, dass an der Demonstration Arbeiter des Obuchow-Werks, der Munitionsfabrik und anderer Betriebe teilnahmen, dass unter den roten Bannern der *Sozialdemokratischen Partei Russlands* Arbeiter aus dem Wassileostrowski Rajon, dem Wyborgski und anderen Rajons zum *Taurischen Palais* zogen. Und genau diese Arbeiter wurden erschossen. Und wie viel die *Prawda* auch lügen mag, diese schändliche Tatsache wird sie nicht verbergen können.

Die Bourgeoisie hat sich vielleicht gefreut, als sie sah, wie Soldaten und *Rote Garden* den Arbeitern die Revolutionsbanner aus der Hand rissen, darauf herumtrampelten und sie verbrannten. Möglicherweise freute jedoch auch dieser willkommene Anblick nicht alle „Bourgeoisen", denn es gibt ja auch unter ihnen ehrliche Leute, die ihr Volk und ihr Land aufrichtig lieben. […] Also, am 5. Januar schossen sie auf Arbeiter von Petrograd, auf unbewaffnete. Sie schossen ohne Vorwarnung, schossen aus dem Hinterhalt, durch Zaunritzen, feige, wie richtige Mörder.

Und genau wie am 9. Januar 1905 fragten Menschen, die Gewissen und Verstand nicht verloren hatten, die Schießenden:

„Was macht ihr Idioten? Das sind doch eure Leute? Seht doch – überall rote Fahnen, und kein einziges Plakat, das sich gegen die Arbeiterklasse wendet, kein einziger feindseliger Ruf gegen euch!" Und genau wie die Soldaten des Zaren antworteten auch diese Auftragsmörder: „Befehl! Uns wurde befohlen zu schießen." Und genau wie am 9. Januar 1905 staunte der Biedermann, dem alles egal ist und der bei der Tragik des Lebens immer nur Zuschauer bleibt: „Klasse, sie sperren sie ein!" Und überlegte hellsichtig: „Bald werden sie sich gegenseitig erschlagen!"

[…] Ich frage die „Volks"-Komissare, in deren Reihen sich doch anständige und vernünftige Leute finden müssen:

Ob ihnen klar ist, dass sie, sobald sie ihren eigenen Leuten die Schlinge um den Hals legen, unvermeidlich die gesamte russische Demokratie erdrosseln, alle Errungenschaften der Revolution zunichte machen?

Ob sie das verstehen? Oder ob sie denken: Entweder wir sind an der Macht, oder es sollen doch alle und alles zugrunde gehen?

Übersetzung nach: Dekoder.org. URL: https://www.dekoder.org/de/article/gorki-verfassunggebende-versammlung-demonstrationen-blutsonntag. Stand 16.12.2024.

1 Seit der „Oktoberrevolution" 1917 (13./14.11.1917 greg. Kalender) herrschten die Bolschewiki über den „Rat der Volksbeauftragten" mit den entsprechenden Volkskommissaren, was einem Ministeramt in einer parlamentarischen Demokratie entspricht.

2 Die *Prawda* wurde 1912 gegründet und ging auf eine Initiative von Wladimir I. Lenin zurück.

Q14 Leo Trotzki über die „Oktoberrevolution“ (1930)

Trotz ihres schnellen Erfolges der Machteroberung waren die Bolschewiki dem Vorwurf ausgesetzt, sie hätten dies mit den Mitteln der Verschwörung erreicht. Dagegen wendet sich Leo Trotzki, indem er die Ereignisse des Februars mit denen des Oktobers 1917 vergleicht.

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie stellt Trotzki den „Roten Oktober“ dar? Wie vergleicht er die Februar- mit der Oktoberrevolution?

Am besten kann man die Besonderheiten der Oktoberumwälzung begreifen, wenn man diese der vom Februar gegenüberstellt […]

Den Februaraufstand nennt man elementar. […] [Es] ist jedenfalls richtig, dass im Februar niemand die Wege der Umwälzung vorausgewiesen hat; niemand hat in Fabriken und Kasernen über die Frage der Revolution abgestimmt; niemand von oben zum Aufstande aufgerufen. Die in Jahren angesammelte Empörung explodierte, zum größten Teil unerwartet für die Masse selbst. […]

Die Verbrüderung der Arbeiter mit den Soldaten im Oktober erwuchs nicht, wie im Februar, aus einem offenen Straßenzusammenstoß, sondern ging dem Aufstande voraus. Wenn die Bolschewiki diesmal [im Oktober] zum Generalstreik nicht aufriefen, so nicht deshalb, weil ihnen die Möglichkeit dazu fehlte, sondern weil sie keine Notwendigkeit dafür sahen. Das Militärische Revolutionskomitee[1] fühlte sich bereits vor der Umwälzung als Herr der Lage: es kannte jeden Truppenteil in der Garnison, dessen Stimmung, innere Gruppierung; es erhielt täglich Informationen, […] Das Militärische Revolutionskomitee nahm den Truppen gegenüber die Stellung eines Regierungsstabes, nicht aber eines Verschwörerstabes ein.

Gewiss, die Kommandohöhen des Staates blieben noch in Händen der Regierung. Doch die materielle Basis war ihnen entrissen. Ministerien und Stäbe thronten über einer Leere. Telefon und Telegraph waren, wie die Staatsbank, noch im Dienste der Regierung. Doch die militärische Macht, um diese Institutionen in der Hand zu behalten, besaß die Regierung bereits nicht mehr. Winterpalais und Smolny[2] hatten gleichsam die Plätze gewechselt. Das Militärische Revolutionskomitee brachte die gespenstische Regierung in eine Lage, in der sie, ohne die Garnison niedergerungen zu haben, nichts unternehmen konnte. Und jeder Versuch Kerenskis, einen Schlag zu führen gegen die Garnison, beschleunigte nur die Lösung.

Doch die Aufgabe der Umwälzung war noch immer ungelöst. […] Ohne Telegraph, Telefon, Bank und ohne Stab konnte das Militärische Revolutionskomitee nicht regieren. Es verfügte fast über sämtliche realen Voraussetzungen und Elemente der Macht, aber nicht über die Macht selbst.

Im Februar dachten die Arbeiter nicht an die Besetzung der Bank und des Winterpalais, sondern daran, wie der Widerstand der Armee zu brechen wäre. Sie kämpften nicht um einzelne Kommandohöhen, sondern um die Seele des Soldaten. Als auf diesem Felde der Sieg errungen war, lösten sich alle übrigen Aufgaben von selbst: nachdem sie ihre Gardebataillone abgegeben hatte, versuchte die Monarchie nicht weiter, ihre Schlösser und ihre Stäbe zu verteidigen.

Im Oktober klammerte sich Kerenskis Regierung, als sie die Seele des Soldaten unwiderruflich verloren hatte, noch an die Kommandohöhen. In ihren Händen bildeten Stäbe, Banken, Telefone nur die Fassade der Macht. In die Hände der Sowjets gelegt, mussten sie den Besitz der vollen Macht garantieren. Das war die Lage am Vorabend des Aufstandes: sie bestimmte auch das Handeln in den letzten vierundzwanzig Stunden.

Demonstrationen, Straßenkämpfe, Barrikaden, alles, was in den gewohnten Begriff des Aufstandes fällt, gab es fast nicht: die Revolution hatte nicht nötig, die bereits gelöste Aufgabe zu lösen. Die Eroberung des Regierungsapparates ließ sich planmäßig durchführen, mit Hilfe verhältnismäßig weniger, von einem Zentrum aus geleiteter bewaffneter Abteilungen. Kasernen, Festung, Lager, alle jene Einrichtungen, in denen Arbeiter und Soldaten ihre Tätigkeit ausübten, konnte man mit deren eigenen inneren Kräften erobern. Aber weder Winterpalais, noch Vorparlament, Kreisstab, Ministerien, Junkerschulen waren von innen her zu nehmen. Das galt auch für Telefon, Telegraph, Post, Staatsbank die Angestellten dieser Anstalten, von kleinem Gewicht in der Gesamtkombination der Kräfte, herrschten noch in ihren vier Wänden, die überdies unter verstärktem Wachschutz standen. In die bürokratischen Höhen musste man von außen eindringen. Die politische Eroberung musste hier durch gewaltsame Eroberung ersetzt werden. Da jedoch die vorausgegangene Verdrängung der Regierung aus ihren militärischen Basen ihr den Widerstand fast unmöglich machte, verlief die gewaltsame Einnahme der letzten Kommandohöhen in der Regel ohne Zusammenstöße.

Allerdings ging es nicht völlig ohne Kämpfe ab: das Winterpalais musste im Sturm genommen werden. Aber gerade die Tatsache, dass der Widerstand der Regierung auf das Verteidigen des Palais hinauslief, bestimmt klar den Platz des 25. Oktober im Gange des Kampfes. Das Winterpalais war die letzte Schanze des politisch während der acht Monate seines Bestehens geschlagenen und in den letzten zwei Wochen vollends entwaffneten Regimes.

Elemente der Verschwörung, versteht man darunter Plan und zentralisierte Leitung, nahmen in der Februarrevolution einen verschwindenden Platz ein. Das ergab sich schon aus der Schwäche und Zersplitterung der revolutionären Gruppen dank dem Druck des Zarismus und des Krieges. Eine umso größere Aufgabe fiel den Massen zu. […]

Die Ruhe in den Oktoberstraßen, das Fehlen von Massen ▶

1 Am 9. Oktober von Leo Trotzki zur Verteidigung St. Petersburgs gegründet.
2 Sitz des Petrograder Sowjets.

und Kämpfen gaben den Gegnern Anlass, von Verschwörung einer verschwindenden Minderheit, vom Abenteuer eines Häufleins Bolschewiki zu sprechen. […] Aus der Verbindung von Macht und Schwäche der Februarrevolution erwuchs deren offizielle Idealisierung als einer allnationalen Revolution zum Unterschiede von der Oktoberumwälzung als einer Verschwörung. In Wirklichkeit konnten die Bolschewiki im letzten Moment den Kampf um die Macht auf eine „Verschwörung“ beschränken, nicht weil sie eine kleine Minderheit waren, sondern im Gegenteil, weil sie in den Arbeitervierteln und eine erdrückende, geschlossene, organisierte und disziplinierte Mehrheit hinter sich hatten. […] an den Operationen nahmen im Allgemeinen so viel Kräfte teil, wie zur Lösung der begrenzten Aufgabe notwendig waren, jedenfalls kaum mehr als fünfundzwanzig bis dreißigtausend.

Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Bd. 2, Die Oktoberrevolution (Auszüge aus Kap. 23), 1930. URL: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1930/grr/b2-kap23.htm

D6 Die Stunde der Bolschewiki

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie gelang es den Bolschewiki, ihre Macht zu sichern?

Der Historiker Jörg Baberowski kommt 2007 zu folgendem Fazit:

[Das] revolutionäre Geschehen des Jahres 1917 brachte sich aus einer Vielzahl von Revolten und Aufständen hervor. Die liberalen Eliten rebellierten gegen die autokratische Ordnung, Arbeiter und Bauern gegen Gutsbesitzer, Fabrikanten und die Gesellschaft von Besitz und Bildung, nationale und religiöse Minderheiten gegen Diskriminierung und Marginalisierung. Das kam nicht zuletzt im Nebeneinander von Provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat in Petrograd, von Stadtparlamenten und Räten in der Provinz zum Ausdruck, die den Kulturdualismus des alten Russland repräsentierten. Niemand konnte sich noch auf die Armee als bewaffneten Arm des Staates verlassen. Denn im Gegensatz zur ersten russischen Revolution widersetzten sich die Bauern-Soldaten nun der militärischen Disziplin. Sie töteten ihre Offiziere und verließen die Armee, um sich an der Verteilung des Gutslandes zu beteiligen. Die Provisorische Regierung konnte die Zersetzung der staatlichen Ordnung nicht abwenden, weil sie nichts unternahm, um das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen. Sie hielt den Zerfall nicht auf, sondern beglaubigte ihn, indem sie die Revolution ins Recht setzte.

Das war die Stunde der Bolschewiki. Wie aber kam es, dass ausgerechnet sie im Chaos der Revolutionswirren den Sieg davontrugen? Sie vertraten ein Programm, dessen Sinn kaum jemand verstand, ihre Partei hatte nur wenige Mitglieder, ihre Führung kam aus der Emigration. Kaum jemand kannte sie, als die Revolution begann. Konstantin Tepluchow, ein liberaler Finanzbeamter aus Tscheljabinsk, vertraute seinem Tagebuch im April 1917 an, aus dem Exil seien Mitglieder einer „neuen Partei“ mit dem Zug in Petrograd eingetroffen. Die bolschewistische Partei hatte keinen Massenanhang, sie vertrat weder die Interessen der Arbeiter noch der Bauern, noch hatte sie Rückhalt an der Peripherie des Imperiums. Sie war eine Partei von russischen und jüdischen Berufsrevolutionären, die mit dem Volk, das sie befreien wollten, nicht verbunden und an der Peripherie des Imperiums nicht verwurzelt waren.

Am Anfang war der Krieg. Denn die Revolution wurde durch den Krieg ermöglicht, und sie vollzog sich unter den Bedingungen des Krieges. Die Bolschewiki verstanden es, sich in diesem Ermöglichungsraum auf angemessene Weise zu bewegen. Es konnte nur obsiegen, wer die Sprache der Straße sprach und wer bereit war, Waffen rücksichtslos einzusetzen. Das war gemeint, als Lenin davon sprach, die Macht habe auf der Straße gelegen und man habe sie nur aufheben müssen. Lenins Konkurrenten aber hatten diese Wahrheit nicht begriffen. Als die Provisorische Regierung die Reste der alten Ordnung per Dekret auflöste, beraubte sie sich aller noch verbliebenen Machtressourcen. Noch im Sommer 1917 vertrauten die Liberalen und gemäßigten Sozialisten in der Regierung auf Gesetze und Verfassungen, als die Wirklichkeit sie bereits außer Kraft gesetzt hatte. Sie bestanden darauf, dass nur eine verfassunggebende Versammlung sie dazu legitimieren könne, das Land an die Bauern zu verteilen, die Betriebe in die Hände der Arbeiter zu übergeben und Frieden mit den Mittelmächten zu schließen. Und obwohl sich die nationale Peripherie bereits verselbständigt hatte, sollte über die Zukunft des Vielvölkerreiches nicht in den Regionen, sondern im zukünftigen Parlament entschieden werden. Nur hatte die Revolution der Straße all diese Fragen bereits entschieden.

Die Provisorische Regierung regierte nicht, sie verwaltete allenfalls die Vorzimmer ihrer Minister, während die eigentliche Macht von der Gewalt auf den Straßen ausging, die niemand, nicht einmal die Revolutionäre in den Sowjets, unter Kontrolle bringen konnte. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre traten im Sommer 1917 in die Provisorische Regierung ein und verloren damit ihren ohnehin geringen Einfluss auf das Geschehen. Ihre revolutionäre Rhetorik widersprach ihrem Handeln, das sich auf Verfassungen und Gesetze berief. Damit untergruben sie selbst ihre Autorität. Lenin nutzte diese Situation aus. Er und seine radikalen Gefolgsleute artikulierten den Unmut, die Unzufriedenheit und den Hass der Unterschichten auf die alte Ordnung und die alten Eliten, und es gelang ihnen, sich von den Wogen des Protestes nach oben treiben zu lassen. In der Atmosphäre des Hasses traten die Bolschewiki als Advokaten hemmungsloser Gewalt auf: Der Machokult des Tötens und Mordens, die Primitivität und Bösartigkeit des Vokabulars und nicht zuletzt die Kleidung wiesen sie als Männer der Tat aus. Das ist der eigentliche Grund für ihren zeitweiligen Erfolg, der es ihnen im Oktober 1917 erlaubte, die Macht nicht nur an sich zu reißen, sondern auch die Zustimmung verbitterter und enttäuschter Menschen zu mobilisieren.

Jörg Baberowski: Was war die Oktoberrevolution? In: APuZ 44-45/2007. URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30140/was-war-die-oktoberrevolution/

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. **Charakterisiere** Wladimir I. Lenins politisches Leben. Arbeite dabei sein Verhältnis zum Staat und seinem obersten Repräsentanten, dem Zaren, heraus (D2).

2. Analysiere und erläutere Lenins Auffassung über die „Doppelherrschaft“ nach der Februarrevolution. (Q1).
   a) Arbeite heraus, wie Lenin die Provisorische Regierung beurteilt.
   b) Ordne die Aussagen in die Revolutionstheorie ein. (Kapitel 5, D3, auch unter: https://www.youtube.com/watch?v=axS2MkjLAeU)

3. Analysiere und erläutere die politische Situation auf dem Land, in den Industriebetrieben und an der Front im Laufe des Jahres 1917 (Q2).
   a) Arbeite heraus, wie sich die wirtschaftliche und die Situation an der Front entwickelte.
   b) Arbeite heraus, wie sich die Zufriedenheit mit der politischen Situation entwickelte.

4. Untersuche Kerenskis Rolle nach der Februarrevolution (Q3, D3).
   a) Beschreibe und erläutere die erste Karikatur Kerenskis (Abb. 1) im Zusammenhang mit Aufgabe 3 (Q3). Setze dann die zweite Karikatur (Abb. 2) dazu in Beziehung.
   b) Arbeite aus D3 heraus, inwiefern Kerenski eine Mitverantwortung für die Machtübernahme der Bolschewiki trug.

5. Erläutere, inwiefern Lenin den Zeitpunkt für eine „Volksrevolution“ gekommen sah (Q4).

6. Vergleiche den Aufruf Kerenskis (Q5) mit dem von Lenin (Q4).

7. Beurteile anhand von Aufgabe 3, 4, 5 und 6, welche politischen Akteure im Spätsommer 1917 einen politischen Vorteil hatten bzw. politisch ungünstig agierten.

8. Erstelle eine Synchronopse (waagerecht-Orte und senkrecht-zeitlicher Ablauf), an denen in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober in St. Petersburg die verschiedenen politischen Akteure agierten (D4).
   a) Analysiere und erkläre das Vorgehen der Bolschewiki und der Provisorischen Regierung.
   b) Beurteile, ob es sich um eine „Volksrevolution“ handelte.

9. Vergleiche die Sichtweisen von M. Philips Price und Raphael Abramovitch auf die Ereignisse vom 25./26. Oktober (Q6, Q7).

10. Erkläre, warum Kerenskis Befehl vom 27. Oktober 1917 keine Auswirkungen mehr hatte (Q8).

11. Erkläre anhand von D5 und D6, welche politischen Fehler die Provisorische Regierung 1917 machte, die zu ihrer Entmachtung führten.

12. Untersuche das Vorgehen der Bolschewiki im Allrussischen Kongress.
   a) Analysiere anhand von Q9 (a-e) das Vorgehen der Bolschewiki und Lenin im Allrussischen Kongress in der Nacht vom 25./26. Oktober.
   b) Erkläre, warum die Bolschewiki ihr Vorgehen als Revolution bezeichneten.
   c) Beurteile, inwiefern diese Erklärung nachvollziehbar ist.

13. Interpretiere („beschreiben, erklären, deuten“) die Karikatur (Q10). Setze sie in den Zusammenhang von „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Revolution.

14. Untersuche die politischen Konkurrenten der Bolschewiki (Q11).
   a) Analysiere das Wahlplakat und das Programm der Sozialrevolutionäre.
   b) Erkläre, warum die Sozialrevolutionäre bei der Wahl einen solch großen Erfolg hatten.

15. Fasse die Argumentation der Bolschewiki in Q12 zusammen.

►

16. Erkläre anhand von **Q11**, **Q12** und **Q13** die Reaktion der Bolschewiki auf die Wahl zur Konstituante.

17. Analysiere und erläutere Trotzkis Einordnung des „Roten Oktobers“ (**Q14**).

18. Fasse zusammen, wie die Bolschewiki laut dem Historiker Jörg Baberowski die Macht erlangten (**D6**). Vergleiche seine Ausführungen mit denen von Leo Trotzki (**Q14**).

19. Wähle eine Perspektive:

    a) **Fjodor Michailowitsch Gontscharow** ist weiter als Rechtsanwalt in St. Petersburg tätig. Politisch ist er immer noch interessiert und ein Anhänger einer westlich ausgerichteten parlamentarischen Monarchie wie in Großbritannien. Am Abend des 25. Oktobers ist er mit Freunden in einem Restaurant in St. Petersburg in der Nähe des Winterpalastes und bekommt dort die Ereignisse mit. Am nächsten Tag liest er in der Zeitung von den Ergebnissen der Abstimmung im Allrussischen Kongress. Besorgt scheibt er einen Brief an einen Freund in London über die Ereignisse in Russland.

    Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieses altgedienten liberalen Anwalts. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.

    b) **Irina Andrejewna Gontscharowa**, eine junge gebildete Frau aus St. Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz (vgl. **D5**, **D6**), bekommt von ihrer Freundin aus Deutschland die Ausgabe des „Simplicissimus“ vom 30.10.1917 (**Q10**) zugeschickt. Sie ist genervt von der arroganten Karikatur aus Deutschland und schreibt ihrer Freundin einen Brief zurück.

    Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieser jungen, gebildeten Frau. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.

16. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *War der „Rote Oktober“ ein Putsch, Staatsstreich oder eine Revolution?*

    Benutze dazu alle Materialien (**D1**–**D6**, **Q1**–**Q14**).

    a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die drei Begriffe in der Leitfrage.

    b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den beiden Begriffen zu, **differenziere** auch die „Grauzonen“, in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.

    c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

7 In den Trümmern eines Imperiums: Brest-Litowsk, Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und NÖP

Ines Stelljes, Helge Schröder

Nach dem Sturz der Provisorischen Regierung stellten die Bolschewiki unter Führung Lenins die neue Regierung Russlands. Ihre Position war alles andere als gefestigt, ihre Überlebenschancen gering. Doch sie setzten sich durch und errichteten eine totalitäre Parteidiktatur. Wie gelang ihnen das? Denn: Der zerstörerische Krieg mit dem Deutschen Reich war nicht beendet, ein blutiger Bürgerkrieg im Entstehen und nicht zuletzt wurden auch die ehemaligen Verbündeten zu Gegnern. Und: Sollte eine kommunistische Weltrevolution angestrebt werden oder sich (vermeintlich klug) zunächst auf die Kerngebiete des russischen Imperiums beschränkt werden?

D1 Sofortiger Frieden? Auf dem Weg zum Friedensschluss mit dem Deutschen Reich

Verhandlungen in Erwartung einer Weltrevolution

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki wurde am 5. Dezember [22. November] 1917 ein Waffenstillstand zwischen Russland und Deutschland geschlossen. Am 9. Dezember [26. November] 1917 begannen die Separatfriedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Deutschland und seine Verbündeten verlangten von Russland den Verzicht auf das Baltikum, den Transkaukasus und die Ukraine. Formal stimmte Sowjetrussland dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu, doch es forderte, dass die Völker erst nach dem Abzug der Besatzungsarmeen Deutschlands und seiner Verbündeten die Entscheidung über ihr Schicksal treffen sollten.

In Erwartung der Weltrevolution verfolgten die Bolschewiki die Taktik eines Hinauszögerns der Verhandlungen. Die Versorgungskrise in Deutschland und Österreich-Ungarn verschärfte sich. Im Januar 1918 gab es in Berlin, Wien, Budapest und Warschau Streiks. […]

Die Bolschewiki hofften, dass die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen weltweit von den demokratischen Bewegungen unterstützt würde. In der Tat fanden die Reden des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Lew Trotzki, große Beachtung.

Was tun die ehemaligen Verbündeten des zaristischen Russlands, der Entente?

US-Präsident Woodrow Wilson verkündete am 8. Januar 1918 ein 14-Punkte-Programm, in dem er die amerikanischen Friedensbedingungen formulierte und das bolschewistische Programm zu teilen schien. Doch die Länder der Entente verweigerten der bolschewistischen Regierung die Anerkennung. Sie lehnten im Unterschied zu Wilson Friedensverhandlungen kategorisch ab, weil sie mit einem Sieg über Deutschland rechneten.

Welche Rolle spielt die Ukraine?

An den Verhandlungen in Brest nahm seit Anfang des Jahres auch eine Vertretung der sozialistischen Zentralrada teil, des Organisationszentrums der Revolution in der Ukraine, das am 25. [12.] Januar 1918 deren Unabhängigkeit ausrief. Die sowjetischen Vertreter hatten die Teilnahme der Ukraine an den Friedensverhandlungen nicht verhindern können, da ein Frontabschnitt auf dem Territorium der Ukraine lag. Die Zentralrada war auf Unterstützung von außen angewiesen, ließ sich auf eine Annäherung an Deutschland und Österreich-Ungarn ein und schwächte damit die Position Sowjetrusslands.

Wie soll auf die deutschen Forderungen reagiert werden?

Am 18. [5.] Januar 1918 legte [der deutsche] General Max Hoffmann der sowjetischen Delegation ultimativ eine Karte vor, in der die Grenze der deutschen Einflusssphäre eingezeichnet war. Diese stimmte mit dem aktuellen Frontverlauf im Wesentlichen überein. Westlich dieser Linie wollte Deutschland selbst für die „Selbstbestimmung“ Polens, Litauens und Kurlands sorgen. Lenin forderte, das deutsche Ultimatum bedingungslos anzunehmen, da er der Ansicht war, dass weder bolschewistische Einheiten noch die zerfallende alte Zarenarmee gegen eine deutsche Offensive erfolgreich Widerstand leisten könnten. Linke Sozialrevolutionäre und ein Teil der Bolschewiki (linke Kommunisten und Anhänger Trotzkis) hielten jedoch das Ultimatum für unannehmbar. Ein solcher Friedensschluss bedeute Verrat an den Prinzipien des allgemeinen Friedens und der Weltrevolution und verschaffe Deutschland zusätzliche Ressourcen zur Überwindung seiner sozialen Krise. ▶

Die Rada der Ukraine akzeptiert die deutschen Forderungen

Am 9. Februar [27. Januar] 1918 unterzeichneten Vertreter der Zentralrada [der Ukraine] den Vertrag mit den Mittelmächten. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Rada bereits aus Kiew fliehen müssen, weil die Stadt am 8. Februar von Truppen der Roten eingenommen worden war. Trotzki gab am 10. Februar [28. Januar] 1918 die Aufhebung des Kriegszustandes und die Demobilisierung der Truppen bekannt, doch weigerte er sich, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Als Antwort darauf nahmen die Deutschen ihre Offensive wieder auf. Sie besetzten Estland und bedrohten das neue Regime in Petrograd.

Lenin setzt sich durch: Der Friedensschluss von Brest

Ungeachtet dessen beharrten die Linken Sozialrevolutionäre und ein Teil der Bolschewiki um Nikolai Bucharin darauf, dass kein demütigender Frieden geschlossen werden dürfe, sondern der Widerstand gegen den deutschen Imperialismus fortgesetzt werden müsse. Lenin drohte mit Rücktritt. Dies hätte eine Spaltung der bolschewistischen Partei bedeutet. Daraufhin gaben die Gegner des Vertrages unter den Bolschewiki nach und machten den Weg für den Friedensschluss von Brest am 3. März 1918 frei. Russland verzichtete auf seine Rechte an Polen, Finnland, der Ukraine, dem Baltikum und dem Transkaukasus und erklärte sich zur Zahlung von Kontributionen bereit. Ohnehin hatte der Rat der Volkskommissare die Unabhängigkeit Finnlands und Polens bereits im Dezember 1917 anerkannt. Deutschland und Österreich-Ungarn besetzten auf Einladung der Zentralrada die Ukraine, den Süden Russlands, die Krim sowie Teile Georgiens und – mit der Türkei – Armenien und Aserbaidschan. Mit der Ukraine verlor Russland wichtige Versorgungsquellen. Das trug ebenso zur Verschärfung der inneren Krise in Russland bei wie der Austritt der Linken Sozialrevolutionäre aus dem Rat der Volkskommissare. Zugleich erreichte die Unzufriedenheit über die Kapitulation vor Deutschland ihren Höhepunkt.

Intervention der Entente

Angesichts der dramatischen Entwicklung entschieden sich die Staaten der Entente im März 1918 zur Intervention in Russland. […] Zunächst landeten britische Truppen in Murmansk, später entsandten auch Frankreich, die USA und Japan eigene Verbände. Bald begannen sie, die unterschiedlichen antibolschewistischen Kräfte zu unterstützen.

Trotz der gewaltigen Gebietsverluste bedeutete der Friedensvertrag von Brest-Litowsk für die Bolschewiki einen wichtigen politischen Erfolg. Sie lösten ihr Versprechen ein, den Krieg für Russland zu beenden, und gewannen eine Atempause, um ihre Herrschaft im Inneren zu sichern. Zugleich setzte Brest-Litowsk den ersten Markstein für die sowjetische Außenpolitik. Die Position des Abwartens wurde durch eine forcierte Umgestaltung des diplomatischen Apparats in Petrograd [St. Petersburg] abgelöst. In Konkurrenz mit den fortbestehenden Botschaften der Provisorischen Regierung übernahmen schrittweise Bevollmächtigte die Vertretung des neuen Regimes im Ausland. Ergänzt wurde diese klassische Form der Außenpolitik, die den ersten sozialistischen Staat der Geschichte sichern sollte, durch neue Instrumente der Einflussnahme auf die internationalen Beziehungen, die der Förderung der Weltrevolution dienen sollten. Beide Elemente kennzeichneten fortan die sowjetische Außenpolitik. Hingegen brachte der Vertrag der deutschen Seite nicht die erhoffte Entlastung für die Offensive im Westen. Weder hatten die Anhänger eines Verständigungsfriedens mit Russland ihr Ziel erreicht, noch beschränkte sich die militärische Führung auf eine Stabilisierung der Ostfront. Vielmehr verwickelte der weitere Vormarsch die deutschen Truppen in den eskalierenden russischen Bürgerkrieg.

Zitiert nach: Nikolaus Katzer, Alexander Schubin: Der Brester Frieden und der Bürgerkrieg in Russland. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 33–36.

D2 Karte zum Vertrag von Brest (3.3.1918)

Mögliche Erschließungsimpulse: Welche Folgen hätte es gehabt, wenn die Vereinbarungen dauerhaft geworden wären – und warum war das aus Sicht der Sowjets unwahrscheinlich?

Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei.
URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Map_Treaty_of_Brest-Litovsk-en.jpg

D3 Biographische Informationen zu Leo Trotzki (1879–1940)

Möglicher Erschließungsimpuls: Welches Verständnis vom Kommunismus entwickelte und verfolgte Trotzki?

Leo Trotzki im Februar 1918.
Quelle: Bundesarchiv, Bild Y 10-1403-16133.

1879	*7. November:* Trotzki wird als Leo Dawidowitsch Bronstein in Janowka (Ukraine) geboren. Er ist das fünfte Kind des jüdischen Bauern David Bronstein.
1897	Abitur in Nikolajew (Ukraine) und Mitgründung des Südrussischen Arbeiterbundes.
1898	Trotzki wird aufgrund der Verbreitung verbotener politischer Bücher verhaftet und kommt später ins Gefängnis von Odessa.
1899	Verurteilung zu vier Jahren Verbannung in Sibirien und Überführung nach Moskau. Im Gefängnis beschäftigt er sich eingehend mit der marxistischen Lehre.
1902	Flucht nach Irkutsk und später nach London. Er nimmt den Namen Trotzki an.
1905	Nach dem Petersburger Aufstand reist Trotzki nach St. Petersburg und wird dort Vorsitzender des Sowjets. Nach dessen Auflösung im Dezember kommt er in Haft.
1906	Verurteilung zu lebenslanger sibirischer Verbannung.
	In seiner Schrift „Russland in der Revolution“ entwickelt Trotzki die Idee der permanenten Revolution, wonach die sozialistische Gesellschaft regional begrenzt nicht existieren könne und die Revolution deshalb in andere Staaten getragen werden müsse.
1907	Kurz nach der Ankunft in Sibirien Flucht über St. Petersburg nach Wien. Seit 1914 lebte er in Wien, danach bis Mai 1917 in New York.
1910	Während sich in Paris die Führungen von Bolschewiken und Menschewiken über ein gemeinsames Vorgehen einigen, gerät Trotzki in Konflikt mit Wladimir I. Lenin.
1915	Wegen des Krieges geht er für kurze Zeit in die Schweiz, verfasst für die „Internationale sozialistische Konferenz“ in Zimmerwald das Manifest und söhnt sich mit Lenin aus.
1917	*Mai:* Nach Ausbruch der Russischen Revolution kehrt Trotzki nach Petrograd zurück und nähert sich den Bolschewiki an.
	Oktober: Er wird zum Vorsitzenden des Petersburger Sowjets gewählt und organisiert die militärischen Kampfverbände der Roten Garde. Nach der Machtübernahme der Bolschewiken wird Trotzki Volkskommissar für Äußeres.
	Dezember: Er beginnt die Friedensverhandlungen mit den Deutschen in Brest-Litowsk.
1918–1920	Im russischen Bürgerkrieg arbeitet er als Kriegskommissar an den Fronten. Im Kampf gegen die gegenrevolutionären Kräfte stellt er Arbeiterarmeen im Kaukasus, im Ural und in der Ukraine auf.
1920	*April:* Als Kriegskommissar proklamiert er den „nationalen Krieg“ gegen Polen.
1921	Mit der Roten Armee schlägt Trotzki den Matrosenaufstand in Kronstadt nieder.
1924	Nach dem Tod Lenins betreibt Josef W. Stalin die schon vorher begonnene Isolierung Trotzkis innerhalb der Partei und eröffnet in der „Prawda“ eine Kampagne gegen ihn.
1925	Trotzki verlässt das Kriegskommissariat und ist damit praktisch entmachtet.
1926	Ausschluss aus dem Politbüro und Widerstand der trotzkistischen Opposition.
1927	Im November wird Trotzki aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ausgeschlossen.
1928	Verbannung nach Sibirien, zusammen mit anderen Trotzkisten. ►

1929	Trotzki wird in die Türkei ausgewiesen und schreibt in Konstantinopel an den autobiografischen Schriften „Geschichte der Russischen Revolution“ und „Mein Leben“.
1933/34	Nach Aberkennung seiner sowjetischen Staatsbürgerschaft beginnt der russische Geheimdienst ihn als Gegner von Stalins Alleinherrschaft zu verfolgen. Trotzki zieht nach Frankreich an einen geheimen Ort, der jedoch nach einem Jahr bekannt wird.
1937	Nach zweijährigem Aufenthalt in Oslo siedelt Trotzki mit Visum nach Mexiko über.
1939	Er mietet ein Haus in Coyoacán und baut es zur bewachten Festung aus. Arbeit an Biografien Lenins und Stalins.
1940	*Mai:* Trotzki entgeht nur knapp einem bewaffneten Überfall des russischen Geheimdienstes auf sein Wohnhaus.
	21. August: Nachdem er einen Tag zuvor von einem eingeschleusten Mörder, der sich als Sympathisant ausgegeben hatte, mit einem Eispickel angegriffen wurde, erliegt Leo Trotzki seinen Verletzungen.

Zit. nach: Manfred Wichmann, Deutsches Historisches Museum, 14.9.2014.
URL: https://www.dhm.de/lemo/biografie/leo-trotzki. Stand 15.6.24. Text: CC BY NC SA 4.0.

Q1 „Wofür wir kämpfen“ – Plakat von Dmitryi Moor (1919)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wurde für die Rote Armee geworben?

Text:

1. Zarische Regimenter und Rote Armee
2. links oben nach unten: Schikane, Bigotterie, Schmarotzertum; Mitte oben u. unten: Knechtschaft, Der Blutige; rechts oben nach unten: Imperialismus, Pogrome, Ausbeutung
3. von links nach rechts: Kunst, Freiheit, Freie Arbeit, Brot, Wissenschaft
4. Wofür früher gekämpft wurde
5. Wofür jetzt gekämpft wird

Lubok von Dmitryi Moor (Orlov) (1883–1946). Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:1919._%D0%A6%D0%B0%D1%80%D1%81%D0%BA%D0%B8%D0%B5_%D0%BF%D0%BE%D0%BB%D0%BA%D0%B8_%D0%B8_%D0%BA%D1%80%D0%B0%D1%81%D0%BD%D0%B0%D1%8F_%D0%90%D1%80%D0%BC%D0%B8%D1%8F.jpg

Q2 „Sibirisches Brot“

Text oben: „Sibirisches Brot“
Text in Blau: „Die Armee kämpft gegen diese räuberische blutige Hand der Bolschewiki, die nicht sät, sondern nur Fremdes erntet. Meldet euch freiwillig! Die Freiwilligen sind das Bollwerk der Armee.“

Anti-Bolschewiki-Plakat, ca. 1918–19.
Autor unbekannt. Quelle: WikiCommons.
Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%D0%90%D0%B3%D0%B8%D1%82%D0%B0%D1%86%D0%B8%D0%BE%D0%BD%D0%BD%D1%8B%D0%B9_%D0%BF%D0%BB%D0%B0%D0%BA%D0%B0%D1%82_%D0%B0%D1%80%D0%BC%D0%B8%D0%B8_%D0%9A%D0%BE%D0%BB%D1%87%D0%B0%D0%BA%D0%B0.jpg

D4 Bürgerkrieg und „Kriegskommunismus“

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Faktoren steuerten und entschieden den Verlauf der Machtkämpfe?

Die Zuspitzung der inneren Konflikte durch die Bolschewiki

Der Bürgerkrieg erfasste Russland schrittweise sowohl vom Zentrum aus als auch von der Peripherie. In den Revolutionen des Jahres 1917 formierten sich erste Fronten. Soziale und ethnische Konflikte wurden zunehmend gewaltsam ausgetragen. Nach dem Oktober schürten die Bolschewiki die Gegensätze und versuchten, mit drakonischen Mitteln ihre Herrschaft zunächst im russischen Kernland auszubauen und zu sichern.

Mit dem Dekret über die Versorgungsdiktatur vom 13. Mai 1918 versuchten sie, die gesamte Wirtschaft in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu zentralisieren. Industriebetriebe wurden verstaatlicht, der private Handel verboten. Bauern erhielten für ihre Produkte lediglich einen symbolischen Preis. Bewaffnete Beschaffungseinheiten beschlagnahmten Getreide und Vieh für die Versorgung der Roten Armee und der Städte.

Tscheka und „Kriegskommunismus“

Die am 20. [7.] Dezember 1917 geschaffene „Außerordentliche Kommission“ (Tscheka) sollte Ordnung in das allgemeine Chaos bringen und jede Form von „Konterrevolution“ und „Sabotage“ bekämpfen. Die Folge war, dass schließlich jede Opposition und alle Gegner der Bolschewiki, angefangen mit den Sozialrevolutionären bis hin zu den Monarchisten und Rechten, als „konterrevolutionär“ [also „gegenrevolutionär“] galten. Selbst die Linken Sozialrevolutionäre wurden nach ihrem Austritt aus der Regierung erbarmungslos verfolgt. Nach der Ermordung des deutschen Botschafters Wilhelm Graf von Mirbach-Harff am 5. Juli 1918 und des Leiters der Petrograder Tscheka Moissei Urizki am 30. August 1918 sowie einem Attentat auf Lenin am selben Tag, die alle den Linken Sozialrevolutionären angelastet wurden, erklärte die bolschewistische Regierung mit der Einführung des „Roten Terrors“ allen Gegnern den Krieg.

Im „Kriegskommunismus“, wie später das Wirtschaftssystem der Bürgerkriegszeit bezeichnet wurde, verknüpften die Bolschewiki ideologische Ziele mit der praktischen Lösung akuter Probleme. Während einige gegen alle Widerstände unverzüglich kommunistische Ideale verwirklichen wollten, legitimierten andere das harte Vorgehen mit der herrschenden Not der Arbeiter und Soldaten.

Der Aufstand der Tschechoslowakischen Legion

Eine wichtige Rolle bei der Verschärfung des Bürgerkrieges spielte auch die Tschechoslowakische Legion. Sie war aus ehemaligen Kriegsgefangenen gebildet worden und sollte nach dem Kriegsaustritt Russlands durch Sibirien nach Frankreich evakuiert werden, um auf Seiten der Entente an der Westfront eingesetzt zu werden. Ende Mai 1918 versuchten lokale bolschewistische Kräfte im mittleren Wolga-Gebiet, die Einheiten der Legion zu entwaffnen. Diese antworteten darauf mit einem Aufstand. Ihm schlossen sich Kampfverbände der Sozialrevolutionäre sowie Bauern an, die mit der Versorgungsdiktatur unzufrieden waren. In Sibirien und im Uralgebiet konnte ein Komitee der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung (Komutsch) die Macht übernehmen. Inzwischen nahmen die „Volksarmee“ des Komutsch und die Tschechoslowakische Legion einzelne Wolga-Städte ein und rückten weiter in Richtung Moskau vor. Um diese Offensive aufzuhalten, musste die Sowjetmacht die im Januar 1918 gegründete, noch kleine und unterlegene Rote Arbeiter- und Bauern-Armee in kurzer Frist ausbauen und aufrüsten. Im August 1918 wurde Kasan zurückerobert.

Die Allrussische Regierung scheitert und die Armeen der „Weißen“ formieren sich

Zwar stieß die Politik des „Kriegskommunismus“ im Kernland auf breiten Widerstand in allen Schichten der Bevölkerung. Der Versuch der sozialistischen Parteien, diesen Widerstand unter demokratischen Parolen zusammenzuführen, scheiterte jedoch. Ein Direktorium und danach eine Allrussische Provisorische Regierung in Omsk unter Beteiligung liberaler Kräfte wurde am 18. November 1918 durch einen Militärputsch unter Admiral Alexander Koltschak gestürzt. Damit setzten sich seit dem Herbst 1918 die Armeen der „Weißen“ von der Peripherie des untergegangenen Zarenreiches aus an die Spitze des bewaffneten Kampfes gegen die Bolschewiki. Dabei gelang es ihnen nicht, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die Bauern, dauerhaft auf ihre Seite zu ziehen.

Weitere Zentren des militärischen Widerstandes gegen die Herrschaft der Bolschewiki entstanden am Don und im Nordkaukasus, wo Kosakenverbände gemeinsam mit der von General Michail Alexejew gegründeten Freiwilligenarmee agierten. Nach seinem und dem frühen Tod seines Nachfolgers als Oberbefehlshaber, General Lawr Kornilow, übernahm am 13. April 1918 Anton Denikin die Führung. Starke Truppenverbände der Weißen kämpften ebenso gegen Petrograd (General Nikolai Judenitsch) und im Norden Russlands (General Jewgeni Miller).

Bauernaufstände

Hinter den Fronten der Roten und Weißen Armeen bestimmten aber neben Streiks der Arbeiter vor allem Aufstände der Bauern das Geschehen des Bürgerkrieges. Der Widerstand dieser sogenannten „Grünen“ bildete eine „dritte Macht“, die sowohl die Herrschaft der Bolschewiki als auch die der Weißen Gegenregierungen wiederholt in Bedrängnis brachte. Im März 1919 erfasste beispielsweise der bäuerliche „Kaftanaufstand“ (tschapannoe wosstanie) das Wolgagebiet. Dauerhafter als solche lokal begrenzten Aktionen waren die Massenbewegung der Bauern und Arbeiter unter der Führung des Anarchisten Nestor Machno in der Ukraine oder der hartnäckige Widerstand der bewaffneten Verbände unter den Antonow-Brüdern im Gebiet Tambow. ▶

Der Kampf um das Erbe des zerfallenen Zarenreiches

Seit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk hatte sich der Zerfall des Zarenreiches erheblich beschleunigt. Dem Ausstieg aus dem Weltkrieg folgte ein verheerender Kampf um das imperiale Erbe. Im russischen Kernland konnte sich die Sowjetmacht trotz heftigen Widerstands ununterbrochen behaupten. Alle anderen Gebiete waren heftig umkämpft, einige, wie etwa die Ukraine, das Mittlere Wolga-Gebiet, die Kosaken-Territorien oder Westsibirien, wechselten mehrfach die Herrschaft. Insbesondere die Bewohner der nationalen Randgebiete in Zentralasien, im Süden und Fernen Osten sahen sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, ihr Überleben eigenständig oder mit wechselnden Verbündeten zu sichern. Einige strebten nach Unabhängigkeit, andere favorisierten die Rückkehr in einen russländischen Gesamtstaat. Oftmals gerieten die lokalen Gewalten zwischen die Fronten der Bürgerkriegsarmeen und zerstritten sich über der Frage, welcher Seite sie sich anschließen sollten. Nicht selten wurden sie Opfer taktischer Manöver der jeweiligen Besatzer, die mit gegensätzlichen politischen Zielen die teilweise oder vollständige Rückeroberung des ehemaligen Reichsgebiets anstrebten.

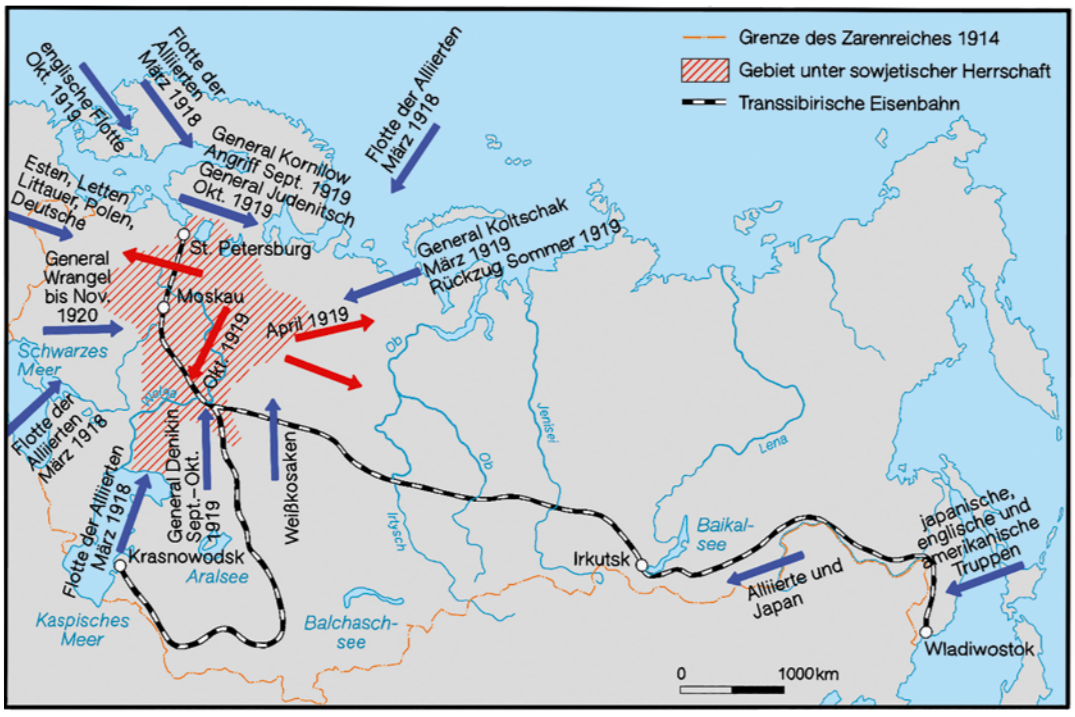
Entscheidung im Bürgerkrieg

Die Weißen Armeen erzielten im Sommer 1919 ihre größten Erfolge und einigten sich auf eine gemeinsame „Allrussische Regierung“ unter Admiral Koltschak mit Sitz in Omsk. Doch weder sie noch die Sowjetregierung in Moskau fanden internationale Anerkennung oder wurden zu den Versailler Friedensgesprächen geladen. Nach dem Scheitern von Denikins Marsch auf Moskau wendete sich das Blatt. Trotz fortgesetzter Bauernrebellionen, Arbeiterunruhen oder dem Aufstand der Matrosen von Kronstadt 1921 bestand seit 1920 kein Zweifel mehr am militärischen Sieg der Roten Armee und am Fortbestand der sowjetischen Herrschaft. Mit der Neuen Ökonomischen Politik leitete Lenin auf dem 10. Parteitag der Russländischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) einen fundamentalen Kurswechsel ein, der darauf zielte, das Land im Inneren zu befrieden.

Aus: Nikolaus Katzer, Alexander Schubin: Bürgerkrieg und „Kriegskommunismus“. In: Helmut Altrichter, Nikolaus Katzer, Wassili Dudarew und Anna Matwejewa (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, S. 38–42.

D5 Karte zum Bürgerkrieg 1918–1922

Möglicher Erschließungsimpuls: Welcher entscheidende Vorteil der Sowjets gegenüber ihren Gegnern ist aus der Karte zu erkennen?



Karte: Emma Stelljes

Q2 Aufruf „Die Organisation von Versorgungsabteilungen“ (21. Mai 1918)

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum weitet Lenin den Revolutionsterror jetzt auch auf die Mittel- und Kleinbauern aus?

Trotz des Friedenschlusses mit dem Deutschen Reich spitzte sich die Versorgungslage zu. Die Bolschewiki griffen zu immer härteren Maßnahmen und errichteten eine Versorgungsdiktatur. Zur Requirierung des Getreides wurden Beschaffungseinheiten gegründet. Die hungernden Arbeiter sollten so selbst den Krieg gegen das Dorf führen und dort das Feuer des Klassenkampfes entzünden. Der hier im Auszug wiedergegebene Aufruf „Die Organisation von Versorgungsabteilungen“ an die Petrograder Arbeiter forderte zum Eintritt in die Beschaffungseinheiten auf.

Genossen Arbeiter, wenn man bei der Dorfbourgeoisie Brot nicht mit den üblichen Mitteln erhalten kann, muß man es eben mit Gewalt nehmen. Ein Kampf ums Brot tut not. Und wir rufen Euch auf zu diesem Kampf.

Meldet Euch für die Versorgungsabteilungen, die vom Versorgungskommissariat aufgestellt werden! Waffen und Hilfsmittel wird man Euch geben! Andere Maßnahmen gegen die ausgestreckte Knochenhand des Hungers, die schnelle positive Resultate zeitigen könnten, gibt es nicht.

Ihr habt den Sieg über Gutsbesitzer und Großbourgeoisie davongetragen. Um diesen Sieg zu Ende zu bringen, ist es nötig, über die mittlere und die Kleinbourgeoisie zu siegen, über die dörflichen Kulaken. Dieser Sieg kann nur unter großen und beharrlichen Anstrengungen errungen werden.

Aber welche Schwierigkeiten sich auch immer beim neuen Kampf in den Weg stellen, es ist nicht möglich, auf ihn zu verzichten.

Kampf um Getreide bedeutet jetzt Kampf gegen die Konterrevolution, die bereits in Finnland, in der Ukraine und auf dem Baltikum triumphiert, bedeutet Kampf um die Sowjetmacht, um den Sozialismus.

Erinnert Euch daran, Arbeiter des Roten Petersburg, und beginnt unverzüglich, ohne zu schwanken, den erbarmungslosen Kampf gegen die dörflichen Kulaken ums Brot.

Unterschrift:
Lenin, Cjurupa

Zit. nach: Helmut Altrichter, Heiko Haumann (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987, S. 59–60.

Q3 Beschluss über den Roten Terror (5. September 1918)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wurde dieser Beschluss aufgenommen?

Mit dem Beschluss über den Roten Terror sanktionierte der Rat der Volkskommissare die Organisation eines Terrorapparates zur Ausschaltung der antibolschewistischen Opposition.

Nachdem sich der Rat der Volkskommissare den Bericht des Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution über die Tätigkeit dieser Kommission angehört hatte, kam er darüber überein,

dass es in der bestehenden Situation unmittelbar notwendig ist, die Sicherheit des Hinterlandes mittels des Terrors zu gewährleisten;

dass es notwendig ist, eine möglichst große Anzahl von verantwortlichen Parteigenossen zur Allrussländischen Außerordentlichen Kommission zu schicken, um ihre Tätigkeit zu verstärken und dieser eine größere Planmäßigkeit zu verleihen;

dass es notwendig ist, die Sowjetrepublik von den Klassenfeinden zu befreien, weshalb diese in Konzentrationslagern zu isolieren sind;

dass es notwendig ist, die Namen aller Erschossenen sowie die Gründe für die Anwendung dieser Maßnahme gegen sie zu veröffentlichen.

Alle Personen, die zu weißgardistischen Organisationen, Verschwörungen und Aufständen in Beziehung stehen, sind zu erschießen; […].

Volkskommissar für Justiz [gez.] Kurski
Volkskommissar für Innere Angelegenheiten [gez.] Petrowski
Geschäftsleiter des Rates der Volkskommissare [gez.] Wlad. Bontsch-Brujewitsch
Sekretär des Sownarkom [gez.] L. Fotijewa
Moskau, Kreml.
5. September 1918.

Zit. nach: Beschluss über den Roten Terror. In: 100(0) Schlüsseldokumente. URL: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Beschluss_%C3%BCber_den_Roten_Terror#Volltext. Stand 16.12.2024.

Q4 „Typischer Tagesablauf eines Russen“ (1920)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wirkte sich der Bürgerkrieg auf den Alltag der russischen Bevölkerung aus?

Der Petrograder Professor Wassili Wodowosow, ein führender Liberaler um 1900 und Jugendfreund Lenins, beschreibt in seinem Tagebuch den typischen Tagesablauf eines Russen nach der Revolution von 1917:

„Ich beschreibe meinen Tag im Einzelnen – natürlich nicht, weil meine persönlichen kleinen Missgeschicke für irgendjemanden von Interesse wären, sondern weil sie typisch sind und fast jeder solche oder ähnliche Dinge erlebt hat, mit Ausnahme sehr weniger, die jetzt Herren der Lage sind.

Heute stand ich um 9 Uhr auf. Früher aufzustehen ist schwierig, denn es ist dunkel […], tagsüber gibt es kein (elektrisches) Licht, es fehlt uns an Petroleum […]. Ein Dienstmädchen habe ich nicht mehr (wenn mir noch Zeit bleibt, werde ich schreiben, warum es weggegangen ist); deshalb musste ich selbst den Samowar aufsetzen, meine kranke Frau versorgen und Holz hacken […]. Ich trank Kaffee (keinen echten, sondern Kaffee aus Hafer), ohne Milch und Zucker, dafür aber mit einer Scheibe Brot, sogar mit Butter (vor einiger Zeit hat meine Frau ein Pfund Butter zu 1500 Rubel gekauft, davon haben wir noch), in dieser Hinsicht geht es mir vorläufig besser als den meisten, die ohne Butter auskommen müssen […]. Nach einem solchen Frühstück hat man immer noch einen leeren Magen. Deshalb beschloss ich, […] in das vegetarische Imbisslokal in der 6. Linie zu gehen. Dort ist das Essen sogar für heutige Verhältnisse furchtbar teuer, aber vergleichsweise gut, und vor allem ist es der einzige Ort in Petrograd, den ich kenne, wo man auch als Externer ohne besondere Voranmeldung, ohne die Genehmigung irgendeines *Natschalnik*, einfach essen kann. […] Aber es stellte sich heraus, dass auch dieses Lokal geschlossen war und frühestens in einer Stunde öffnen würde. Es war nichts zu machen, ich musste ohne Mahlzeit weitergehen. Ich ging zum Bestuschew-Kurs bzw. in die so genannte Dritte Petrograder Universität, die als Universität seit dem Herbst zwar aufgelöst war, in der es aber noch eine Kaffeestube gab; ausgerechnet in ihr waren wir registriert. Dort wollte ich Essen für mich und meine Frau holen. Dieses Essen wärmten wir uns gewöhnlich zum Abendbrot auf – auch für die Familie Wedenski, denn sowohl wir als auch die Wedenskis sind in dieser Kantine registriert, und wie man weiß, bekommt man heute nichts ohne Registrierung. Leider war auch das vergeblich: Ich traf auf eine sehr lange Schlange – noch länger als sonst – von Leuten, die auf Essen warteten; in den Gesichtern aller standen Trübsal und Ärger geschrieben; die Schlange rührte sich nicht.

– Was ist los?

– Der Kessel ist kaputt, und frühestens in einer Stunde kann man hoffen, dass es etwas gibt.

[…] Ich beschloss, das Essen erst nach dem Dienst zu holen. […] Es war schon 13 Uhr, so entschied ich, zum zweiten Mal in dem vegetarischen Lokal vorbeizuschauen. Wieder umsonst. […] Es war noch nichts fertig, und es würde erst in einer halben Stunde etwas geben. Da konnte man nichts machen, also ging ich, ohne gegessen zu haben, ins Archiv.

Auf der Nikolai-Brücke holte ich dieselbe Straßenbahn Nr. 4 ein, in der ich hatte sitzen bleiben wollen. Es gab keinen Strom, und auf allen Strecken standen die Bahnen und warteten. Ich verstand das nicht. Kein Strom bedeutet keine Triebkraft, das ist klar. Aber warum waren die Straßenbahnen am Morgen losgefahren, wenn bekannt war, dass die Energie kaum 3–4 Stunden reichen würde? […] Manche Fahrgäste blieben jedoch in der Bahn sitzen […]; es sah so aus, als ob ein Teil von ihnen zu Fuß weitergegangen war, doch bewies ein anderer eine sisyphusartige Geduld. Eineinhalb Stunden später bemerkte ich, dass die Bahnen wieder fuhren […], aber um 17 Uhr standen sie bereits wieder still.

Etwa um 14 Uhr erreichte ich mühsam das Archiv, blieb eine halbe Stunde dort und ging wieder. Ich kehrte zur Universität zurück, damit ich rechtzeitig um 15 Uhr dort wäre, da Kraut ausgegeben werden sollte. An wen, wusste ich nicht. Möglicherweise an Professoren – eine solche Gelegenheit durfte man nicht verpassen. […] Wieder war es umsonst; das Kraut gab es nicht heute, sondern morgen, und nicht für Professoren, sondern für Studenten.

Dort fand ich obendrein heraus, dass es eine Woche lang auch keine Brotrationen geben würde: Es hieß, sie seien zur Verpflegung verschiedener kommunistischer Ausschüsse, die ihre Aufgaben zu bearbeiten hätten, abgegeben worden.

[…] Von dort kehrte ich um 17 Uhr nach Hause zurück – und hatte zum ersten Mal an diesem Tag Glück: Bei uns brannte Licht. (Petrograd war, was die Stromversorgung anging, in Sektoren eingeteilt, und wegen der Energieknappheit kamen abends die Sektoren der Reihe nach dran.) Auf diese Weise stand mir fast eine ganze Stunde zum Arbeiten zur Verfügung, die erste Stunde an diesem Tag, in der ich nicht irgendwo um Essen, Brot, Kraut oder Brennholz herumlief, sondern arbeitete. […]“

M. McAuley: Bread and Justice. State and Society in Petrograd, 1917–1922, Oxford 1991, S. 286–295. Übersetzung: Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 769–771.

D5 Der britische Historiker Stephen A. Smith über die Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Russland 1917–1922

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wirkte sich der Bürgerkrieg auf die russische Wirtschaft und Gesellschaft aus?

Der Bürgerkrieg hatte den Zusammenbruch der demographischen Ordnung und der sozialen Beziehungen zur Folge. Die Wirtschaftskrise, die sich seit 1914 entwickelt hatte und 1917 ausgebrochen war, führte nach dem Oktober zur Implosion der industriellen Ökonomie. 1920/21 war das Bruttonationaleinkommen um mehr als 60 Prozent gefallen, was vor allem dem Kollaps der Industrieproduktion geschuldet war. Sie fiel auf ein Fünftel, die Kohle- und Konsumgüterproduktion auf jeweils ein Viertel des Niveaus von 1913. Zum Absturz der Produktion kam das Chaos im Transportwesen: 1921/22 waren zwei Drittel der Lokomotiven unbrauchbar und Bahnstrecken in einer Gesamtlänge von 1885 Kilometer zerstört. Die Inflation erreichte unfassbare Höhen: 1922 war eine Ein-Rubel-Note *(sowsnak)* so viel wert wie 10.000 Rubel von 1918. Eine Blockade der Alliierten verschärfte die Katastrophe zusätzlich. Die Arbeitsproduktivität betrug vielleicht nur noch 18 Prozent des Vorkriegsniveaus; die Gründe dafür waren mannigfaltig: Verschleiß der Maschinerie, fehlende Lagerbestände, Zusammenbruch der Transportmöglichkeiten, Versorgungsengpässe, Verfall der Arbeitsdisziplin, vor allem aber das Absinken der Arbeitsintensität durch Hunger, Unterernährung und Kälte. In der neueren Geschichtsschreibung wurde hervorgehoben, inwieweit die Bolschewiki selbst dafür verantwortlich waren. Natürlich lässt sich gar nicht leugnen, dass ihre Ideen und politischen Methoden bei der Verursachung der Krise eine Rolle spielten, doch insgesamt war die Situation das Ergebnis von Strukturproblemen, die im Ersten Weltkrieg wurzelten.

Industrieller Zusammenbruch und Lebensmittelknappheit waren die beiden Hauptfaktoren, die das urbane Leben fast zum Erliegen brachten. Das war in Petrograd besonders schmerzhaft spürbar, in geringerem Maße auch in Moskau. Zwischen 1917 und 1920 fiel der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung von 18 auf 15 Prozent, in Petrograd und Moskau aber war der Rückgang viel dramatischer: in Petrograd von 2,4 Millionen auf 722.000, und in Moskau um fast die Hälfte. Das Leben bestand nur noch aus der Suche nach Nahrung, Brennstoff, Obdach und warmer Kleidung, während die Menschen zugleich versuchten, Krankheit und Verbrechen zu vermeiden. Weil viele Männer zur Armee eingezogen und die Fabriken geschlossen wurden, bildeten Frauen in der Stadtbevölkerung die Überzahl. Im Frühjahr und Sommer 1918 und erneut im Sommer 1919 standen viele Städte kurz vor dem Hungerkollaps. In den Provinzen, die selbst mehr Lebensmittel verbrauchten als sie produzierten, überlebte die Stadtbevölkerung mit einer Ration von 396 Gramm Getreide pro Tag. 1919 konnten in Petrograd mehr als 600.000 Menschen (in einer Gesamtbevölkerung von 800.000) und in Moskau mehr als 800.000 (in einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als einer Million) dank des minderwertigen Essens überleben, das umsonst in Cafeterias, Schulen und Arbeitsstätten angeboten wurde. Die Menschen fütterten ihre Öfen mit Holzzäunen, Möbeln und den letzten verfügbaren Bäumen, bis es keinen Brennstoff mehr gab. Der Literaturwissenschaftler Wiktor Schklowski schrieb: „Leute, die in Behausungen mit Zentralheizung lebten, starben scharenweise. Sie erfroren – Wohnung für Wohnung." Es war eine Stadtgemeinschaft, deren ganze Energie für das Überleben ge- und verbraucht wurde. In Moskau stieg die Sterberate, die 1910–1914 auf 231 Todesfälle pro 10.000 Einwohner gefallen war, in der ersten Jahreshälfte von 1919 auf schwindelerregende 504. In der zweiten Hälfte dieses Jahres sank sie dann auf 390, um in der ersten Hälfte von 1920 wieder auf 462 zu steigen. In Petrograd stieg sie von 215 im Jahr 1914 auf 437 im Jahr 1918 und auf 506 im Jahr 1920. Landesweit starb ein Säugling von dreien während des ersten Lebensjahrs. 1920 war die Lebenserwartung auf 19,5 Jahre für Männer und 21,5 Jahre für Frauen gefallen.

Tödliche Kälte, schlechte Ernährung, mangelhafte Hygiene und ein Gesundheitssystem am Abgrund – das waren günstige Bedingungen für verheerende Epidemien, die viel mehr Leben kosteten als Gewehre und Säbel. Zwischen 1917 und 1922 starben rund drei Millionen Menschen an Krankheiten, dazu 1921/22 fünf Millionen, die verhungerten. 1918/19 forderte allein der Typhus 1,5 Millionen Opfer. Aber der Überlebenskampf schlug sich auch auf Geist und Seele nieder. Der bedeutende Psychologe W.M. Bechterew bemerkte: „Parallel zur Schwächung des Organismus gibt es einen Rückgang der neuropsychischen Energie, die eine allgemeine Niedergeschlagenheit der Persönlichkeit zur Folge hat. Sie äußert sich als Passivität, als mehr oder weniger umfassende Schwächung der geistigen Fähigkeiten, als seelische Lethargie und als Insuffizienz der Willenskraft."

Stephen A. Smith: Revolution in Russland, Das Zarenreich in der Krise 1890–1928, Darmstadt 2017, S. 252–254.

Q5 Eine neue Revolution?

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie wirkte sich der Bürgerkrieg auf die politischen Strukturen und das bolschewistische Regime aus? Wie sind die Forderungen der Arbeiter und Matrosen einzuordnen?

Auf die Versorgungsengpässe und den Terror der bolschewistischen Führung im Bürgerkrieg reagierten Petrograder Arbeiter am 27. Februar 1921 (4. Jahrestag der Februarrevolution) mit dem Aufruf zu einer neuen Revolution:

Vor allem brauchen die Arbeiter und Bauern Freiheit. Sie wollen nicht nach den Dekreten der Bolschewiki leben, sondern ihr Schicksal selbst bestimmen. Wir fordern die Freilassung aller verhafteten Sozialisten und nicht parteigebundenen Arbeiter, die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für alle, die arbeiten, freie Wahlen von Fabrikkomitees, freien Gewerkschaften und Räten.

Beruft Versammlungen ein, verabschiedet Resolutionen, schickt Delegierte zur Regierung, erwirkt die Erfüllung eurer Forderungen.

Quelle: V. Brovkin: Behind the Front Lines of the Civil War. Political Parties and Social Movement in Russia 1918–1922, Princeton 1994, S. 391–394. Übersetzung: Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 802.

Q6 Aufstand in Kronstadt

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie passten die Forderungen der Matrosen zum revolutionären Programm der Bolschewiki?

Im Frühjahr 1921 stürzten Matrosen aus Kronstadt, die bereits 1917 die Revolution vorangetrieben hatten, die bolschewistische Stadtregierung. Vom 1. bis zum 18. März konnten sie sich halten. Danach wurde ihr Aufstand von der Roten Armee grausam niedergeschlagen.

a) Aufruf des Militärischen Revolutionskomitees vom 25. Oktober 1917

Nachdem wir den Bericht der Vertreter der Mannschaften gehört haben, die von der Vollversammlung der Schiffsmannschaften nach Petrograd entsandt worden waren, um sich über die Lage in Petrograd Klarheit zu verschaffen,

HABEN WIR BESCHLOSSEN:

1. Angesichts der Tatsache, dass die bestehenden Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringen, unverzüglich Neuwahlen zu den Sowjets
   unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe und freier vorhergehender Wahlagitation für alle Arbeiter und Bauern durchzuführen.
2. Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linke sozialistische Parteien.
3. Versammlungsfreiheit, Freiheit der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen.
4. Spätestens bis zum 10. März 1921 eine nichtparteigebundene Konferenz von Arbeitern, Rotarmisten und Matrosen aus den Städten Petrograd und Kronstadt sowie aus dem Petrograder Gouvernement einzuberufen.
5. Alle politischen Gefangenen, die sozialistischen Parteien angehören, zu befreien ebenso wie alle Arbeiter und Bauern, Rotarmisten und Matrosen, die in Verbindung mit Arbeiter-und Bauernbewegungen eingesperrt wurden.
6. Eine Kommission zur Überprüfung der Prozessakten aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern Eingeschlossenen zu wählen.
7. Alle POLITISCHEN ABTEILUNGEN abzuschaffen, da nicht eine einzige Partei Privilegien für die Propagierung ihrer Ideen beanspruchen und vom Staat zu diesem Zweck Geld erhalten darf. An ihre Stelle sollen von den örtlichen Organisationen gewählte Kultur- und Bildungskommissionen treten, für die Mittel vom Staat bewilligt werden müssen.
8. Unverzüglich alle Kontrollabteilungen abzuschaffen.
9. Gleiche Lebensmittelrationen für alle Werktätigen mit Ausnahme derjenigen in gesundheitsschädlichen Berufen.
10. Die kommunistischen Kampfgruppen in allen Truppeneinheiten sowie auch die verschiedenen kommunistischen Aufsichtsdienste in den Fabriken und Betrieben aufzulösen.
11. Den Bauern das volle Recht zu geben, über ihr ganzes Land so zu verfügen, wie sie es wünschen, und auch Vieh zu besitzen, sofern sie es mit eigenen Kräften halten, d.h. sich keiner Lohnarbeit bedienen.
12. Wir bitten alle Truppeneinheiten sowie die Genossen Militärkadetten sich unserer Resolution anzuschließen.
13. Wir verlangen, dass alle Resolutionen durch die Presse breit bekannt gegeben werden.
14. Ein mobiles Büro mit Kontrollbefugnissen zu ernennen.
15. Freie handwerkliche Produktion auf der Basis von eigener Hände Arbeit zu gestatten.

Die Resolution wurde von der Brigadeversammlung einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen.

Quelle: Helmut Altrichter, Heiko Haumann (Hg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987, S. 126–127. URL: https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb00151488?q=%28Die+Sowjetunion+%29&page=130,131

b) Am 8. März 1921 veröffentlichten die Matrosen eine Erklärung mit dem Titel „Wofür wir kämpfen“:

Möglicher Erschließungsimpuls: Was wird dem bolschewistischen Regime vorgeworfen?

Die Arbeiterklasse hatte gehofft, durch die Oktoberrevolution ihre Befreiung aus der Sklaverei zu erreichen. Stattdessen entstand daraus eine noch schlimmere Versklavung des Menschen.

Die Macht der Monarchie mit ihrer Polizei und Gendarmerie ist in die Hände der kommunistischen Usurpatoren übergegangen, die den Werktätigen nicht die Freiheit gebracht haben, sondern die ständige Furcht, in die Folterkammern der Tscheka der Geheimpolizei zu geraten, die mit ihren Gräueln die Herrschaft der Gendarmen unter dem zaristischen Regime bei weitem übertrifft. […]

Das ruhmreiche Wappen des Staats der Werktätigen – Hammer und Sichel – hat die kommunistische Macht in Wahrheit durch Bajonett und Gefängnisgitter ersetzt, um der neuen Bürokratie, den kommunistischen Kommissaren und Beamten, ein ruhiges, sorgenfreies Leben zu erhalten.

Am niederträchtigsten und kriminellsten ist jedoch die moralische Versklavung, die die Kommunisten geschaffen haben: Auch an der inneren Welt der Werktätigen haben sie sich vergangen, indem sie sie gezwungen haben, nur nach ihrem Willen zu denken.

Die Arbeiter hat man mit Hilfe der staatlich kontrollierten Gewerkschaften an die Werkbänke gekettet und damit die Arbeit nicht zu einer Freude, sondern zu einer neuen Sklaverei gemacht. Auf die Proteste der Bauern, die sich in elementaren Aufständen äußerten, und die der Arbeiter, die durch die unmittelbaren Lebensumstände zu Streiks gezwungen waren, antworteten sie mit Massenerschießungen und einer Blutgier, die sie nicht einmal bei den zaristischen Generälen lernen konnten.

Das werktätige Russland, das als erster Staat die rote Fahne der Befreiung der Arbeit gehisst hat, ist vom Blut derer überströmt, die zum Ruhme der kommunistischen Herrschaft zu Tode gequält wurden. In diesem Meer von Blut ertränken die Kommunisten all die großartigen und lichten Verheißungen und Losungen der Revolution der Arbeit.

Quelle: Prawda o Kronschtadte, Prag 1921, S. 82–83. Übersetzung: Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 806.

Q7 Die „Einheit der Partei“ (1921)

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie reagierte das bolschewistische Regime auf die Aufstände? Wie sicherte es seine Macht?

Auf die Aufstände der Arbeiter und Bauern reagierten die Kommunisten mit einer vom Parteitag am 16. März 1921 angenommenen Geheimresolution:

Es ist notwendig, dass alle klassenbewussten Arbeiter die Schädlichkeit und Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsbildung klar erkennen, die, selbst dann, wenn die Vertreter der einzelnen Gruppen den besten Willen haben, die Parteieinheit zu wahren, in der Praxis unweigerlich dazu führt, dass die einmütige Arbeit geschwächt wird und dass die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Zerklüftung zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen. […] Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strengste Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit, bei Ausmerzung jeglicher Fraktionsbildung, zu erzielen, ermächtigt der Parteitag das Zentralkomitee, in Fällen von Disziplinbruch oder von Wiederaufleben oder Duldung von Fraktionsbildung alle Parteistrafen bis zum Ausschluss aus der Partei […] in Anwendung zu bringen.

Quelle: Wanda Kampmann: Die Geschichte der Sowjetunion – Didaktischer Entwurf. Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1964, S. 1.

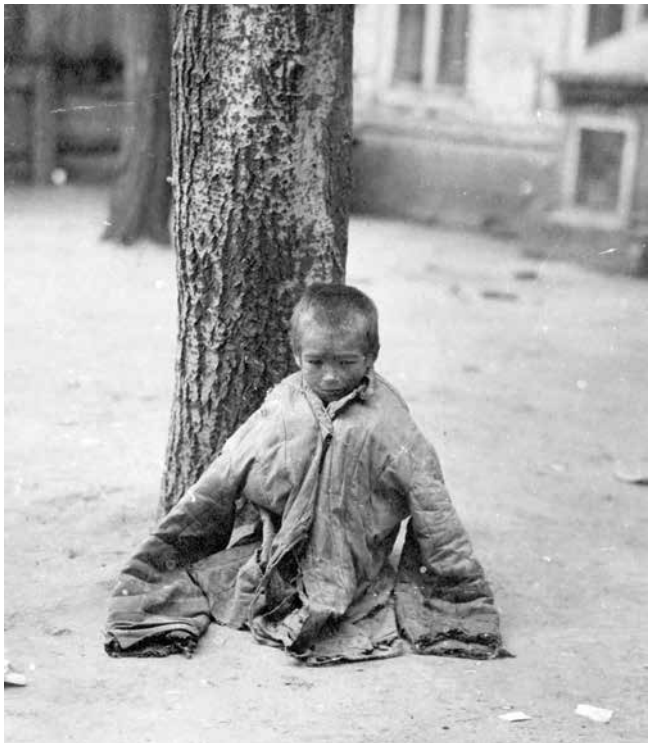
Q8 Das Schweizer Rote Kreuz reist nach Russland (1922)

Mögliche Erschließungsimpulse: Wie wirkte sich der Bürgerkrieg auf die Bevölkerung aus? Wie reagierten die Nachbarstaaten in Europa auf die humanitäre Katastrophe?

Auf Empfehlung von Fridtjof Nansen, dem Polarforscher und Hochkommissar für Flüchtlinge beim Völkerbund, entschloss sich das Schweizer Rote Kreuz, eine Erkundungsmission nach Zarizyn, dem späteren Stalingrad (heute Wolgograd), zu entsenden. Sie sollte dort den Bedarf im Bereich der Gesundheitsversorgung abklären und gespendete Lebensmittel und Medikamente übergeben. In der Stadt mit ihren über 100.000 Einwohnern herrschten Hungersnot und Epidemien. Besonders betroffen waren die Kinder, die in einem improvisierten Spital untergebracht waren:

„Dieses Spital, früher ein Privathaus, war zu einem Notspital eingerichtet worden, in welchem hauptsächlich magendarmkranke Kinder verpflegt wurden. […] Man muss sich unter den Kinderhäusern von damals absolut nicht etwa Häuser vorstellen, in denen für das Wohl dieser Kinder gesorgt wurde. Es waren ganz einfache Häuser, in denen elternlose Kinder untergebracht und nur aufs allernotwendigste gekleidet und gefüttert wurden. […] Infolge davon war es auch an der Tagesordnung, dass Zöglinge dieser Häuser ausrückten, um zu betteln; sehr oft aber verhungerten sie auch irgendwo auf der Strasse. […] Gewiss muss bei vielen als einzige Todesursache ganz einfach der Hunger angesehen werden. Ein Gang durch die Kinderhäuser führte einem hunderte von elenden, abgemagerten Gerippen vor Augen, deren Lebensdauer auf den ersten Blick nur noch auf wenige Tage berechnet werden konnte, und in der Tat konnte man jeden Morgen den Leichenwagen von Kinderhaus zu Kinderhaus fahren sehen, und kein Tag verging, an welchem nicht aus jedem Haus […] furchtbar abgemagerte Kinderleichen weggeführt wurden."

Bericht über die Spitalexpedition des Schweizerischen Roten Kreuzes nach Russland 1922/1923, S. 23.



Die Hilfe aus der Schweiz konzentrierte sich von Anfang an auf die Versorgung der Kinder. Am 22. Juni eröffnete die Delegation ein erstes Spital für sie. Im ersten Monat wurden dort 191 schwerkranke Kinder gepflegt:

„[…] wie überhaupt bei allen Patienten der ersten Zeit, musste von vorneherein eine Kombination der klinisch diagnostizierten Krankheit mit einer mehr oder weniger schweren Unterernährung angenommen werden. Das waren aber noch die relativ einfachen Kombinationen. In sehr vielen Fällen kamen noch dazu Malaria, Skorbut und dazu in fast allen Fällen Scabies nebst einer durch diese hervorgerufenen Furunculose. Vor solchen Erscheinungen stand man oft fast ratlos da. Behandelte man die Kinder mit Diät, dann verhungerten sie. Gab man ihnen zu essen, starben sie an den Folgen ihrer Magendarmerkrankungen. […] In vielen Fällen konnte man übrigens zum vorneherein sehen, dass jede Hilfe zu spät kommt. Mehr als einmal sahen wir Kinder sterben, während sie mit den letzten Kräften ein Stück Brot aßen." ▶

„Fast ein Viertel der im ersten Monat aufgenommenen Kinder starben. Angesichts des enormen Bedarfs wurde nach der Anfangsphase der Personalbestand erhöht. Dank einer zusätzlichen Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidern konnte das SRK seinen Tätigkeitsbereich ausweiten. Neben der medizinischen Versorgung leistete es umfangreiche materielle Hilfe für die Bevölkerung und für verschiedene soziale Institutionen und Gesundheitseinrichtungen. Zu Beginn des Winters 1922–1923 betrieb das SRK sieben Gesundheitseinrichtungen mit insgesamt 1180 Betten: ein Kinderspital, zwei Augenkliniken, zwei Heime für rekonvaleszente und elternlose Kinder, ein Säuglingsheim sowie ein Heim für Ein- bis Dreijährige. Hinzu kam die Leitung von zwei Polikliniken, in denen rund 700 Konsultationen pro Tag durchgeführt wurden.

Vom 22. Juni 1922 bis zum 1. Juni 1923 wurden in den „Spitalhäusern“ des SRK 6176 kranke Kinder behandelt. Außerdem versorgte das SRK in diesem Zeitraum 15 Spitäler in der Region Zarizyn mit Medikamenten und führte in seinen Ambulatorien über 120.000 Konsultationen durch.“

Bericht über die Spitalexpedition des Schweizerischen Roten Kreuzes nach Russland 1922/1923, S. 26.

Quelle (Text und Bilder): Spitalexpedition nach Russland. In: Schweizerisches Rotes Kreuz. URL: https://geschichte.redcross.ch/ereignisse/ereignis/spitalexpedition-nach-russland.html. Stand 10.6.2024.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Vgl.: https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 17.1.2024.

D6 Jörg Baberowski: Gründe für den Sieg der Bolschewiki

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie gelang es den Bolschewiki, ihre Macht zu sichern?

Neue Ordnung durch Terror

Einmal an der Macht, standen die Bolschewiki vor den gleichen Schwierigkeiten wie ihre Vorgänger. Sie beanspruchten die Macht, aber sie besaßen sie nicht. Denn den Bauern war es gleichgültig, wer die Bolschewiki waren und wonach ihnen der Sinn stand, solange diese es ihnen erlaubten, Land zu nehmen und Gutsbesitzer zu vertreiben. „Kaum strecken sich aber die kommunistischen Tatzen nach dem Dorf aus, wird der Bauer unangenehm“, kommentierte die Lyrikerin Sinaida Hippius das, was im zweiten Jahr der Revolution geschah. Die Freiheitsversprechen, so wie Arbeiter und Bauern sie verstanden hatten, wurden von den Bolschewiki gebrochen. Und weil sie keines der Versprechen einlösen konnten, schmolz die Gefolgschaft rasch dahin. Dabei blieb es nicht. Die Bolschewiki ließen keine Gelegenheit aus, sich neue Feinde zu machen. Sie terrorisierten nicht nur die Angehörigen der alten Elite und Oppositionelle, die sie als Geiseln nehmen und zu Tausenden erschießen ließen. In ihrem Wahn, eine neue Ordnung durch Terror schaffen zu können, unterband Lenins Regime den freien Handel, es bestrafte Händler als Spekulanten, raubte den Bauern das Getreide und schreckte nicht davor zurück, streikende Arbeiter niederschießen zu lassen.

Während des Bürgerkrieges, als sich der Widerstand gegen die Herrschaft der Roten auch militärisch organisierte, standen die Bolschewiki mit dem Rücken zur Wand. Sie waren von Feinden umgeben und wurden der Gewalt nicht mehr Herr, die sie ausgelöst hatten. Und doch entschieden sie den Bürgerkrieg für sich. Wie konnten die Bolschewiki siegen? Warum kam es zu keiner erfolgreichen Erhebung gegen die neuen Machthaber? Hippius gab eine psychologische Antwort: Die Bolschewiki hätten nur überleben können, weil sie angesichts der „schwarzen Unbeweglichkeit“ des Volkes, der Apathie der Hungernden und Elenden, jeden Widerstand mühelos hätten brechen können.

Niemand wusste besser als die Bolschewiki selbst, dass ihre Herrschaft ohne Zustimmung auf unsicherem Grund stand. Sie fürchteten das Volk nicht weniger als ihre Vorgänger in der zarischen Regierung, aber sie hatten weniger Skrupel, sich gegen alle Widerstände mit exzessiver Gewalt durchzusetzen. Man könnte auch sagen, dass es ihre Schwäche war, die sie dazu verleitete, Gewalt immer zu und überall einzusetzen. Nur unter den Bedingungen des Krieges konnte eine solche Strategie erfolgreich sein, weil sie den Handlungsgesetzen des Krieges entsprach. Der Krieg war die Lebensform der Bolschewiki. Hätte es ihn nicht gegeben, hätten sie ihn erklären müssen, um zu tun, was sie tun mussten. Denn der Bürgerkrieg war ein Vernichtungskrieg, in dem nur siegen konnte, wer den Gegner vollständig auslöschte. So sahen es nicht nur Lenin und Trotzki, die sich mit der militärischen Niederlage der Weißen und der Bauern nicht zufrieden gaben. In ihrer Skrupellosigkeit und Gewalttätigkeit, ihrer Bereitschaft, der Vernichtungsrhetorik Taten folgen zu lassen, waren die Bolschewiki allen Akteuren des Bürgerkrieges überlegen. Ihr Sieg war ein Vernichtungssieg, der verbrannte Erde, materielle und seelische Verwüstungen hinterließ. Sie gewannen nicht, weil sie über das attraktivere politische Programm geboten, sondern weil sie ihren Widersachern als Gewalttäter überlegen waren und weil sich die hungernde und abgestumpfte Bevölkerung apathisch dem Wahnsinn hingab. „Wir leben“, schreibt Hippius, „schon so lange im Strom der offiziellen Worte erdrücken', ersticken', vernichten', zermalmen', ausrotten', im Blut ertränken', ins Grab bringen' usw., daß die alltägliche Wiederholung unflätiger Schimpfworte auf uns keinen Eindruck mehr macht.“

Die Bolschewiki profitierten von den Fehlern ihrer Gegner. Die weiße Bewegung war uneinig und zerstritten, ihre Generäle operierten von den multiethnischen Rändern des Imperiums und vertraten die Auffassung, das eine und unteilbare Russland müsse als Zentralstaat wiedererstehen. Den Bauern hatten sie keine attraktive Alternative anzubieten. Solange die Bauern fürchten mussten, dass die Gutsbesitzer zurückkommen könnten, zogen sie die Roten den Weißen vor. Erst nach der Niederlage der Weißen erhoben sich die Bauern gegen die Kommunisten und ihr Terrorregime, denn nun mussten sie die Wiederherstellung der alten Ordnung nicht mehr fürchten. So stand es auch um die nationalen Minderheiten, die sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges auf die Seite der Roten schlugen oder sich neutral verhielten und den Bolschewiki erst im letzten Jahr des Bürgerkrieges entschlossenen Widerstand entgegensetzten.

Aus: Jörg Baberowski: Was war die Oktoberrevolution? APuZ 44-45/2007. URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30140/was-war-die-oktoberrevolution/?p=all

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. Arbeite aus dem Text heraus, welche Interessen die verschiedenen politischen Akteure am Ende des Ersten Weltkrieges hatten und welche Maßnahmen sie zur Durchsetzung ergriffen (D1).

2. Beurteile, wer sich am Ende mit welchen Interessen erfolgreich durchgesetzt hat und wer Nachteile in Kauf nehmen musste (D1).

3. Beschreibe und analysiere das Plakat von Dmitryi Moor und ordne es in den historischen Zusammenhang ein (Q1).

4. Vergleiche das Plakat Q1 mit dem antibolschewistischen Plakat Q2.

4. Erstelle ein Schaubild mit den Akteuren des Bürgerkriegs und zeichne in dieses ein, wer gegen wen kämpfte und wer mit wem verbündet war. Erkläre, welcher politische Akteur sich warum am Ende durchgesetzt hat (D4).

5. Analysiere Lenins Politik gegen politische Feinde (Q2, Q3).

6. Beschreibe und analysiere die Auswirkungen des Bürgerkriegs und des kommunistischen Umbaus der Gesellschaft auf die Stadtbewohner (Q4).

7. Fasse zusammen, wie sich der Bürgerkrieg auf die sowjetische Gesellschaft und Wirtschaft auswirkte (D4).

8. Analysiere, wie Lenin und die bolschewistische Führung auf die politischen Unruhen 1921 reagierten. Vergleiche die Forderungen der Matrosen mit früheren Unruhen (1905, 1917) (Q5, Q6, Q7).

10. Arbeite aus den Quellen des Schweizerischen Roten Kreuzes (Q8) heraus, welche Verhältnisse die Delegation in Wolgograd vorfand. Welche gesellschaftliche Gruppe litt besonders unter dem Bürgerkrieg?

12. Fasse zusammen, warum nach Jörg Baberowski es den Bolschewiki gelang, sich im Bürgerkrieg durchzusetzen (D6).

13. Wähle eine Perspektive:

a) **Anastasia Anatolewna Iwanowa**, eine junge gebildete Frau aus Sankt Petersburg und Teil der jungen russischen Intelligenz, ist in Briefkontakt mit ihrer Freundin in Deutschland geblieben. Sie unterstützt den neuen, harten Kurs Lenins und sieht die Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die Gegner im Bürgerkrieg gefährdet. Sie rechtfertigt daher in einem Brief das rücksichtslose Vorgehen der Bolschewiki, auch gegen alle Oppositionskräfte. Nur bezüglich der nationalen Minderheiten ist sie hin- und hergerissen.

Verfasse diesen Brief aus der Perspektive dieser jungen, gebildeten Frau. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit dieses Briefes. Benutze dazu alle Materialien.

b) **Aleksandr Walentinowitsch Popow** ist ein junger Anhänger der Bolschewiki. Seine Eltern sind Kaufleute aus der kleinen Mittelschicht in Moskau, er selbst war nach seinem Abitur in die zaristische Armee eingezogen worden. Die Zustände in der Armee haben ihm die Augen geöffnet: Er möchte sofortigen Frieden und tiefgreifende Veränderungen und ist so zum Anhänger der Bolschewiki geworden, für die er im Bürgerkrieg eine Einheit als Offizier führt. Nun erlebt er die Gräuel des Krieges, auch die Folgen der harten Maßnahmen Lenins und die Verfolgung aller Andersdenkenden. Er sieht aber auch, dass viele Gegner der Bolschewiki reaktionär sind oder nationalen Minderheiten angehören. Er bleibt seinen Überzeugungen treu, beginnt aber auch zu zweifeln und überlegt, wie eine friedlichere Entwicklung gelingen könnte. Seine Gedanken vertraut er seinem geheimen Tagebuch an, das er in einer Geheimschrift verfasst.

Verfasse diesen Eintrag. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Offenheit des Tagebuchs. Benutze dazu alle Materialien.

14. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Hätte ein gemäßigter Friedensschluss in Brest-Litowsk und eine Einheit aller Gegner der Bolschewisten eine Chance für ein demokratischeres Russland eröffnet?*

    Benutze dazu alle Materialien (**D1**–**D6**, **Q1**–**Q8**).

    a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die beiden Begriffe in der Leitfrage.

    b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den beiden Begriffen zu, **differenziere** auch die „Grauzonen", in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.

    c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

8 Von Lenin zu Stalin – Festigung der Einparteiendiktatur

Ines Stelljes, Helge Schröder

Die Bolschewiki entschieden den Bürgerkrieg für sich. Auch von außen drohten keine direkten Angriffe auf das geschrumpfte Staatsgebiet mehr, und die Gründung eines neuen Staates, der zukünftigen Sowjetunion, stand bevor. Die „Neue Ökonomische Politik" hatte zudem die Ernährungs- und Wirtschaftslage deutlich verbessert. Ein leichter Optimismus könnte angebracht sein: War eine gemäßigtere, vielleicht sogar demokratischere Zukunft Russlands und der anderen Völker vielleicht doch noch möglich? Doch es kam anders: War der Weg in den Totalitarismus Stalins unvermeidlich? Nichts ist unvermeidlich. Hier werden daher Situationen und Räume genau beschrieben, damit man versteht, was Menschen wissen und wie sie handeln konnten, worin Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns lagen.

D1 Zeittafel

November 1917	Proklamation des „Rechtes der Völker auf freie Selbstbestimmung bis zur Sezession" durch die neue Regierung
10. Juli 1918	Gründung der „Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" (RSFSR) durch den Sowjetkongress
März 1921	Der X. Parteitag beschließt eine „Neue Ökonomische Politik" (NÖP), die einen gewissen Grad an Marktwirtschaft wieder zuließ.
April 1922	Das Zentralkomitee-Plenum wählt Stalin in das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei.
Dezember 1922	Zusammenschluss der RSFSR mit den Republiken Ukraine, Weißrussland, Armenien, Georgien und Aserbaidschan zur „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" (UdSSR)
21. Januar 1924	Tod Lenins
1925	Zustimmung des XIV. Parteikongresses zu Stalins Industrialisierungskonzept
Dezember 1927	Trotzki, Sinowjew und andere Gegner Stalins werden aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen (Vorwurf der Fraktionstätigkeit).
1927	Der XV. Parteikongress beschließt den ersten Fünfjahresplan und die Kollektivierung der Landwirtschaft.

D2 Was heißt das: Totalitarismus

[lat.] T. bezeichnet eine politische Herrschaft, die die uneingeschränkte Verfügung über die Beherrschten und ihre völlige Unterwerfung unter ein (diktatorisch vorgegebenes) politisches Ziel verlangt. Totalitäre Herrschaft, erzwungene Gleichschaltung und unerbittliche Härte werden oft mit existenzbedrohenden (inneren oder äußeren) Gefahren begründet, wie sie zunächst Faschismus und vom Nationalsozialismus, nicht zuletzt auch im Sowjetkommunismus Stalins von den Herrschenden behauptet wurden. Insofern stellt der T. das krasse Gegenteil des freiheitlichen Verfassungsstaates, des Prinzips einer offenen, pluralen Gesellschaft und moderner Demokratien dar.

Quelle: Totalitarismus. In: Klaus Schubert, Martina Klein (Hg.): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020. URL: https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18343/totalitarismus/

D3 Alternativisten versus Fatalisten: Hätte es eine Alternative zum Totalitarismus gegeben?

Möglicher Erschließungsimpuls: War der Weg zum totalitären stalinistischen System unvermeidlich?

Der Historiker Alexander Schubin setzt sich mit möglichen Alternativen zum Totalitarismus auseinander und bezieht Position.

Der Kampf gegen den Totalitarismus beginnt bereits vor Entstehen eines totalitären Regimes – als Kampf für eine demokratische Alternative. Um die Aussichten eines solchen Kampfes zu verstehen, ist es wichtig zu klären, inwieweit im Russland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine totalitäre Entwicklung hätte vermieden werden können. […] seit 1987 [wird] zwischen „Alternativisten" und „Fatalisten" diskutiert. Die „Fatalisten" führen den Beweis, dass die Summe der Gründe für das Entstehen eines totalitären Regimes Russland praktisch keine andere Wahl ließ, die „Alternativisten" sind der Ansicht, dass es trotzdem Möglichkeiten für eine demokratische oder eine gemäßigtere autoritäre Entwicklung als den Totalitarismus gab. Eine eigene Frage ist, wie die industrielle Modernisierung ohne die Mobilisierungsmöglichkeiten des totalitären Regimes hätte durchgeführt werden können. […]

Zu den Gründen des Entstehens des Totalitarismus in Russland kann man die autoritäre Tradition der politischen Kultur zählen, die sich durch die weltweiten Prozesse des Strebens von Eliten nach einer Forcierung der industriellen Modernisierung erklären lässt. Doch es darf nicht vergessen werden, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine einzige der großen politischen Bewegungen im Land totalitären Charakter hatte.

In allen Parteien tobte der innere ideologische Kampf, das Recht auf eine eigenständige Meinung wurde in unterschiedlichem Maße anerkannt. Der wichtigste Faktor, der den Verlauf der Revolution beeinflusste, war der Erste Weltkrieg. Militärische Prinzipien, Kasernengrundsätze in der Organisation einer Gesellschaft haben eine gewisse Nähe zum Totalitarismus. Eine sehr große Rolle spielte die außer Kontrolle geratende Masse der Soldaten, die eine möglichst rasche Demobilisierung anstrebte. Zugleich verschärfte sich durch Krieg und Revolutionsereignisse die Wirtschaftskrise, die die ohnehin schwierige Lage der Werktätigen weiter verschlechterte. Die Marginalisierung der sozialen Struktur wurde zu einem langfristigen Faktor der sozialen Situation in Russland und in der UdSSR. Dies führte zu radikalen Stimmungen, zur Suche nach Möglichkeiten, diese kritische Situation mittels eines Sprungs zu überwinden. Auch der Übergang zur Industriegesellschaft fördert im Prinzip die Zunahme totalitärer Tendenzen, denn die Fabrikproduktion setzt eine totale Steuerbarkeit des Mitarbeiters im Rahmen der Spezialisierung voraus. In gewisser Weise ist der Totalitarismus die Übertragung der Organisationsgrundsätze einer Fabrik auf die ganze Gesellschaft.

Allerdings kamen die gleichen Faktoren auch in einer Reihe asiatischer und lateinamerikanischer Länder zusammen, ohne dass dies zu einer totalitären Transformation geführt hätte. Dies veranlasst uns, uns auf die Seite der „Alternativisten" zu schlagen und an die „subjektiven Faktoren" der Totalitarisierung zu erinnern – den Erfolg der bolschewistischen Partei, die sich zur Ideologie des totalen wirtschaftlichen Zentralismus (Marxismus) bekannte, und die Willenseigenschaften ihrer Anführer.

Alexander Schubin: Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme. In: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Band 3, Berlin 2008, S. 207–224.

Neue Ökonomische Politik (NÖP, russ. NĖP):

Kurzbezeichnung für eine wirtschaftspolitische Atempause, in der Lenin die zentrale kommunistische Planwirtschaft aus taktischen Gründen teilweise zurücknahm und, insbesondere auf der Ebene bäuerlicher Produzenten, eine in Teilen marktwirtschaftlich orientierte Produktion zuließ.

Die NÖP verbesserte die Grundversorgung der Bevölkerung erheblich, sie sicherte auch das Fortbestehen der Herrschaft der Bolschewiki. Von vornherein als temporäre Übergangsphase gedacht, endete die NÖP 1928 und wurde durch zentral gesteuerte planwirtschaftliche Fünfjahrespläne ersetzt.

D4 Das Zerreißen der dünnen Schicht der Zivilisation

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie gelang es den Bolschewiki, ihre Macht zu sichern?

Der Historiker Jörg Baberowski erörtert 2007 die Gründe für den Sieg der Bolschewiki und den dauerhaften Weg Russlands in eine antidemokratische Ordnung.

Erst nach dem Ende des Krieges befassten sich die bolschewistischen Führer mit der Frage, wie sie das Imperium verstaatlichen und unter ihre Herrschaft bringen sollten. Mit Gewalt allein konnte dieser Kraftakt nicht gelingen, denn es kam den neuen Machthabern darauf an, die Bevölkerung nicht nur zu unterwerfen, sondern sie auch zu mobilisieren, sie für sich zu gewinnen und „alte" in „neue Menschen" zu verwandeln. Zu diesem Zweck mussten sie die Untertanen in ihr Ordnungssystem integrieren und sich ihrer Loyalität versichern. Das geschah 1921, als die Regierung den freien Handel wieder zuließ, berechenbare Steuern einführte, kleinere Industriebetriebe privatisierte und den Terror gegen die Bauern vorläufig einstellte.

Zwei Jahre später kam es zur Neuvermessung und Neustrukturierung des Imperiums, das in nationale Republiken und Gebiete eingeteilt wurde. Die Bolschewiki indigenisierten[1] das Vielvölkerreich, indem sie die einheimischen kommunistischen Eliten am Aufbau des neuen Staates beteiligten und sich auf diese Weise Loyalität erkauften. Aber diese Phase der friedlichen Staatsbildung war nur von kurzer Dauer. Am Ende der 1920er Jahre gelangten Stalin und seine Anhänger in der Parteiführung zu der Einsicht, dass die Neue Ökonomische Politik (NEP) und die Indigenisierung des Imperiums den Kontrollbedürfnissen des Zentrums nicht länger entsprachen. Sie hatten die Eigenständigkeit der Bauern und der nationalen Republiken gestärkt und das revolutionäre Umgestaltungsprogramm auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die bolschewistische Vision vom neuen Staat konnte nur durch den Einsatz von Gewalt und Terror durchgesetzt werden. So sahen es Stalin und seine Gefolgsleute, und sie griffen auf die Gewalttechniken des Bürgerkrieges zurück, um den vermeintlichen Widerstand der Bauern gegen das Projekt des Sozialismus niederzuwerfen. Staatsbildung als Kriegführung – so könnte man auf den Begriff bringen, worin für die Bolschewiki die Essenz des Sozialismus lag. Es waren die Erfahrungen der Revolution und des Bürgerkrieges, die ihnen die Gewissheit gaben, dass der Sieg am Ende den Gewalttätern gehörte. In diesem Sinn war der Stalinismus eine machtvolle Neuinszenierung der Oktoberrevolution und zugleich ihr krönender Abschluss.

Die Bolschewiki zerrissen die dünne Schicht der Zivilisation, die sich in nur einem Jahrhundert über das alte Russland gelegt hatte, sie vernichteten das europäische Russland, seine Eliten und Wertvorstellungen und ersetzten sie durch eine barbarische und maßlose Gewaltherrschaft. Miljukow[2] fand dafür bereits unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkrieges eine einleuchtende Erklärung. Die Revolution sei nicht durch den Import europäischer und sozialistischer Ideen in die Maßlosigkeit getrieben worden. „Denn bei allen der in dieser Revolution aufgestellten ultramodernen Programme, Etiketten und Losungen eröffnete die Wirklichkeit der russischen Revolution ihre tiefe und untrennbare Verbindung mit der ganzen russischen Vergangenheit. Wie eine mächtige geologische Umwälzung hat sie die dünne Decke der obersten kulturellen Schichten abgeworfen und die lange unter ihnen verborgenen Schichten hervorgebracht […] Lenin und Trotzki sind Pugatschow[3], Rasin[4], Bolotnikow[5], dem 18. und 17. Jahrhundert unserer Geschichte, viel näher als den letzten Ideen des europäischen Anarchosyndikalismus[6]." Nur wer die Revolution für eine Auseinandersetzung um die beste aller Welten hält, wird den Sieg der Bolschewiki für ein Mysterium halten.

Jörg Baberowski: Was war die Oktoberrevolution?, APuZ 44-45/2007. URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30140/was-war-die-oktoberrevolution/?p=all

1 Hier: Die Einbindung der nichtrussischen Völker in den Gesamtstaat „Sowjetunion".
2 Pavel M. (1859–1943): russ. Historiker, Vorsitzender der Konst. Demokraten (KD), Außenminister in der Prov. Regierung 1917.
3 Anführer eines Bauernaufstandes 1773–1775.
4 Anführer eines Don-Kosaken-Aufstandes 1670–1671.
5 Anführer eines Aufstandes 1606–1607.
6 Hier: Organisation der Arbeiter durch Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Solidarität untereinander.

Q1 A. A. Bogdanov: „Das Erziehungsideal“ (1918)

Möglicher Erschließungsimpuls: Was unterscheidet die sozialistische von der bürgerlich-individualistischen Erziehung?

Der kommunistische Theoretiker Bogdanov, von Beruf Arzt, fasst 1918 die grundsätzliche Erziehungsideologie der Bolschewiki hin zu einer kollektivistischen Gesellschaft zusammen.

Erziehung ist jene Arbeit, die die menschliche Larve zu einem tätigen Mitglied der Gesellschaft macht. […] Sie entspricht der Aushebung, Ausbildung, Disziplinierung und Verteilung von Rekruten für eine Armee. Ihr Wesen besteht darin, den Menschen auf die Ausübung jener Rolle und jener Funktionen vorzubereiten, die er im System der Gesellschaft zu erfüllen hat. […]

Die bürgerliche individualistische Welt

Die bürgerliche Welt ist eine in ihren Grundlagen *individualistische* Welt. Sie ist durch die Isolierung der Persönlichkeit, des feindlichen Gegenüberstehens von Mensch zu Mensch charakterisiert, welches Resultat der grundlegenden Lebensbedingungen dieser Gesellschaft selbst ist: sich entwickelnde Spezialisierung, Privateigentum, äußerliche Unabhängigkeit der Privatwirtschaft, Widersprüche privater Marktinteressen, Kampf auf allen Lebensgebieten. Das Leben stellt die einzelne Persönlichkeit allen anderen gegenüber – als Spezialist, als Eigentümer, als Kontrahent oder Konkurrent, als besonderer Mittelpunkt von Bestrebungen und Interessen wie auch als Kämpfer für sich und sein Eigentum. Dadurch aber wird gesellschaftliche Zusammenarbeit unmöglich gemacht; sie verschwindet aus dem Bewusstsein des Menschen unter den pausenlosen Zusammenstößen der menschlichen Atome, im Kampf aller gegen alle.

Dieser Zusammenhang hört jedoch nicht auf, objektiv zu existieren; sonst gäbe es keine Gesellschaft […] Nur existiert diese im Bewusstsein der Epoche in verdunkelter Form, unter der Hülle einer Vielzahl von Fetischen: über dem Menschen stehende „Gesetze“, „Recht“, „Gerechtigkeit“, „moralische Schuld“ usw. sind zwar für ihn verpflichtend, hängen aber nicht mit seinen Begriffen von „Schönheit“ und „Wahrheit“ zusammen. In seiner Unverständlichkeit […] erscheinen [dem Menschen die Fetische] als selbständige, isolierte Ziele, für die alle anderen nur Mittel sind: „Mag die Welt auch untergehen, wenn nur die Gerechtigkeit siegt.“

In der Welt des Kampfes siegt und überlebt der Mächtigste, der, der am besten ausgerüstet ist. Dieser Kampf führt daher mittels der Auswahl zur Vervollkommnung der Spezialisten und lässt die Gesellschaft ständig reicher an Erfahrung werden; so entsteht das wissenschaftliche Denken, das seinem Wesen nach progressiv und traditionsfeindlich ist.

Kampf und Fortschritt verändern ununterbrochen die Beziehungen der Menschen untereinander. Infolgedessen ist auch die Rolle jeder beliebigen Persönlichkeit in der Gesellschaft im Vorhinein nicht bestimmbar. Der Mensch muss sich selbst bestimmen, seinen Beruf wählen, sich spezialisieren. Jede gesellschaftliche Tätigkeit führt zur Spezialisierung; das gilt auch für die erzieherische. Der Charakter der Gesellschaft ist klar und unbestreitbar durch die Aufgabe der Erziehung gekennzeichnet. Sie ist bei weitem komplizierter als dies früher der Fall war. Sie muss den Menschen auf die *freie Wahl* einer besonderen Funktion in der Gesellschaft vorbereiten, auf ihre *Erfüllung* und ihre *Vervollkommnung*; und alles dies muss mit der *Verteidigung der persönlichen Interessen*, die aber wiederum *den allgemeinen sozialen Zusammenhang nicht zerstören dürfen*, übereinstimmen.

Von hier ergibt sich das Schema der individualistischen Erziehung. Ihre Elemente sind: allgemeine Bildung, Spezialbildung, Charaktererziehung. Die Allgemeinbildung vermittelt das wichtigste und allgemeinste Wissen sowie die Methoden aus den verschiedenen Spezialgebieten als Einführung und Vorbereitung. Weiter gibt es die Spezialbildung, die sich auf die Erfüllung und Vervollkommnung der von den Menschen übernommenen Funktionen bezieht. Die Charaktererziehung besteht in der Entwicklung der Selbständigkeit und Disziplin. Die Selbständigkeit ist für den Kampf, für die Verteidigung der subjektiven Interessen erforderlich; diese Selbständigkeit ist in erster Linie eine kämpferische. Disziplin bedeutet hier Unterwerfung unter die Fetische der Moral, des Rechts u.a. Sie muss den Kampf für sich und das Eigentum in den Grenzen des sozialen Rahmens halten, sie muss verhindern, dass er zur Zerstörung ausartet, zur Desorganisation der Gesellschaft führt.

Dieses ist das individualistische Erziehungsideal. Es entspricht den besonderen Tendenzen der bürgerlichen Welt. Aber die bürgerliche Welt trat in die Geschichte nicht als genau umrissenes und kristallisiertes System ein. Sie ordnete sich allmählich, entwickelte sich anfangs innerhalb der feudalen Gesellschaft, sprengte ihren Rahmen und streifte dann deren Hülle ab. Sogar in ihren vollendetsten Formen sind ihr noch eine Menge autoritärer Elemente eigen: in der Familie, im kapitalistischen Betrieb, im Staat mit seiner Bürokratie, besonders aber in der Armee. In den verschiedenen Gruppen und Klassen der bürgerlichen Gesellschaft vereinigen sich die Elemente des Individualismus und der Autorität in den vielfältigsten Formen und Beziehungen. Dementsprechend war in den verschiedenen Erziehungsschemata das Hauptideal, in Abhängigkeit vom Charakter der herrschenden Gruppen und Klassen, durch den Zusatz von Resten der Vergangenheit verwirrt; neben dem Christentum werden die Wissenschaften gelehrt, aber auch tote Sprachen, die der Jugend nur aus dem Geist der Tradition vermittelt werden; den Kindern wird neben den Ideen des freien und reinen Dienstes an der Pflicht, der Wahrheit und der Gerechtigkeit auch der unreflektierte Gehorsam der Gewalt gegenüber eingeflößt. ▶

Die neue kollektivistische Welt

Die neue Welt, eine kollektivistische, die sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in Form der Arbeiterklasse, ihrer Organisationen und ihrer neuen Kultur entwickelt hatte, wird erst im Sozialismus vollendet sein.

Die organisatorische Grundlage des Kollektivismus ist die *kollegiale Zusammenarbeit*, und zwar in ihrer höchsten Form, die auf der Maschinenproduktion basiert und sich weiter zur Klassenvereinigung des Proletariats entwickelt. Bei dieser Zusammenarbeit hört, wie wir wissen, die Teilung der Funktionen, die die Menschen trennt, auf: alle nehmen je nach ihrem Wissen und ihrer Erfahrung an der Ausarbeitung des kollektiven Willens (Beratung und Entscheidung) und an seiner Ausführung teil. Die Rolle jedes einzelnen in der Gesellschaft muss und wird sich entsprechend den Bedürfnissen des Kollektivs ändern; jeder bestimmt sie gemeinsam mit den anderen, jeder nimmt an ihrer Bestimmung für die anderen teil; dies vollzieht sich immer wieder aufs Neue, so dass sich die Funktionen des einzelnen ständig ändern. Die Ausarbeitung der Arbeitsmethoden in der Maschinenproduktion und der allgemeinen wissenschaftlichen Erkenntnismethoden machen zum ersten Mal eine solche Beweglichkeit der Arbeit möglich. […] Für den Sozialismus […] ist diese Beweglichkeit Voraussetzung für die schnelle Änderung der Produktionsformen und ihrer planmäßigen Entwicklung.

Hier ist der gesellschaftlich Tätige kein Spezialist oder genauer: bei weitem nicht nur Spezialist. Jeder ist an der Ausarbeitung des kollektiven Willens beteiligt wie überhaupt jede Arbeit im Bewusstsein des Menschen einen klar gesellschaftlichen Charakter annimmt; die soziale Zusammenarbeit ist nicht überschattet von Kampf und Absonderung; ihr Zusammenhang ist eindeutig.

Das neue Erziehungsideal

Das neue Erziehungsideal ergibt sich von selbst aus den Hauptbedingungen der neuen Gesellschaft. Es muss den Menschen nicht nur auf die Wahl seiner Funktionen im System der Zusammenarbeit vorbereiten, wobei die Wahl wiederholbar ist, sondern auch zum Dienst für alle übrigen Mitglieder des Kollektivs. Die Erziehung muss folglich *allgemeines* Wissen und *allgemeine* Methoden vermitteln, die der jeweiligen Entwicklungsstufe entsprechen; darin unterscheidet sich die neue „allgemeine Bildung“ von der alten, die sich auf die Vermittlung von Bruchstücken (wenn auch den wichtigsten und allgemeinsten) aus den Spezialgebieten des Wissens und der Methoden beschränkte.

Für die Ausübung und Vervollkommnung der Funktionen bedarf es offensichtlich wie früher einer besonderen Ausbildung. Aber sie nimmt nicht mehr jenen ungeheuren Platz im Leben ein, wie dies früher der Fall war, sie weicht nicht von der allgemeinen Erziehung ab und ist auch nicht auf die Spezialisierung des Menschen beschränkt. Unter diesen Bedingungen engt sie nicht die Psyche ein, sondern ergänzt und erweitert die allgemeine Erziehung und fördert sie nach dieser oder jener Seite hin.

[…]

So sieht das neue Erziehungsideal aus. Es steht über den vergangenen, daher ist auch seine Verwirklichung schwieriger. Aber es ist durch das Leben selbst vorgezeichnet, und Schritt für Schritt überwindet es auf seinem Weg die Hindernisse.

Der Rolle des Erziehers kommt damit höchste Wichtigkeit und Verantwortung zu, er wird sich ihrer in aller Tiefe und Größe bewusst. Er erkennt sich als wirklichen Organisator der Gesellschaft, der den wahren Menschen aus dem, was bisher kein Mensch war, schafft.

Proletarskaja Kul’tura 1918, Nr. 2, S. 16–19. Übersetzung: Richard Lorenz (Hg.): Proletarische Kulturrevolution in Sowjetrussland (1917–1921), Dokumente des „Proletkult“, München 1996, S. 179–184.

Q2 „Bildung ist der Weg zum Kommunismus“, 1920

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie gestalteten die Bolschewiki ihr Bildungsprogramm?

In Jiddisch (mit hebräischen Buchstaben) ist die Losung „Bildung ist der Weg zum Kommunismus“ abgedruckt. Die Bolschewiki gingen sofort mit vielen Maßnahmen gegen das Analphabetentum an. Wichtig waren dabei Plakate, die beispielsweise für Alphabetisierungskurse warben.

Abgebildet ist der mythologische Held Bellerophon auf seinem geflügelten Pferd Pegasus, mit dem er unter anderem das feuerspeiende Ungeheuer Chimära besiegte. In seinen Händen hält er ein Buch, auf dem „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ zu lesen ist.
Das Plakat wurde auch in russischer, polnischer und tatarischer Sprache in einer Auflage von 50.000 Ex. publiziert.

Quelle: Tate Images, David-King-Sammlung, DK0039. URL: https://www.tate-images.com/DK0039-Literacy-is-the-Path-to-Communism-Poster-by-an.html

D5 Vom Kriegskommunismus zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie organisierten die Bolschewiki nach dem Bürgerkrieg den wirtschaftlichen Wiederaufbau?

Der Bürgerkrieg war zu Ende, die Bolschewiki hatten gesiegt. Das Land musste aus dem Ruin geführt werden, aber die Zwangsrequisitionen und die kargen Rationierungen, die die Grundlage des Kriegskommunismus bildeten, waren ein schlechter Anreiz zur Arbeit. Die Menschen sahen keinen Sinn darin, in einer Situation zu arbeiten, in der ihnen alles genommen und nichts zurückgegeben wurde.

Darüber hinaus vollzogen sich für die Sowjetmacht gefährliche soziale Prozesse. Hungrige Arbeiter flohen aus den Städten aufs Dorf, näher an ihre Nahrungsquelle, das Land. Die Zahl der Arbeiter hatte sich in den Bürgerkriegsjahren halbiert, dabei waren es Arbeiter, die das soziale Rückgrat der Sowjetmacht bildeten. Die Bauern hatten sich auch in den Kriegsjahren gegen die Requirierungen gewehrt, und mit dem Ende des Krieges begannen Bauernaufstände. Auch in der Armee, deren Soldaten Bauernsöhne waren, kam es zu Unruhen.

Um an der Macht zu bleiben, musste die Innenpolitik geändert werden. Der Kriegskommunismus wurde 1921 durch eine neue Wirtschaftspolitik, die NÖP, ersetzt. Die Lebensmittel- und Warenkarten sowie die Requirierungen wurden abgeschafft – stattdessen begannen die Bauern, feste Steuern zu zahlen.

Vor allem aber wurde privates Kapital offiziell in die Wirtschaft des Landes gelassen. Eben die privaten Initiativen und das private Kapital bewirkten raschen Wandel zum Besseren. Die Menschen sahen wieder einen Sinn darin, zu arbeiten und Geld zu verdienen. Zuvor verstaatlichte Kleinbetriebe gingen in Privatbesitz über. Viele private Geschäfte, Läden, Cafés und Restaurants eröffneten. Mit der Aufhebung der Requirierungen begannen die Bauern, Lebensmittelvorräte anzulegen. Das Leben blühte auf und veränderte sich.

Hier sind die Eindrücke von Armand Hammer, einem Amerikaner, der dank der kommunistischen Verbindungen seines Vaters Konzessionen in Sowjetrussland erhielt. Er schreibt:

> „Der August 1921 neigte sich dem Ende zu, als ich nach Moskau zurückkehrte. Ich war etwas mehr als einen Monat fort gewesen, aber ich traute meinen Augen nicht. War das wirklich dasselbe elende, schmutzige, trostlose Moskau, das ich vor einem Monat verlassen hatte? Jetzt waren die Straßen, die vorher menschenleer gewesen waren, voller Menschen. Alle eilten irgendwohin, ihre Gesichter waren voller Energie und Tatendrang. Überall entfernten Arbeiter die Bretter, mit denen die Fassaden der Gebäude verbarrikadiert waren, verglasten die Fenster, verputzten und strichen die Wände. Voll beladene Waggons brachten Waren in die Geschäfte.“

[…] Natürlich sollten wir die NÖP nicht idealisieren. Es muss jedoch anerkannt werden, dass das Land während der NÖP nicht von einer Hungersnot bedroht war. Der relative und zerbrechliche Wohlstand der NÖP ruhte hauptsächlich auf den Schultern der Bauern. Die Bauern, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachten, ernährten sich selbst. Der ländliche Handel war bescheiden und nur eine Ergänzung der Wirtschaft. Wenn ein Bauer in den Dorfladen ging, dann nicht, um Brot und Fleisch zu kaufen – er kaufte das, was er selbst nicht herstellen konnte: Salz, Streichhölzer, Seife, Petroleum, Kattun.

Das Wohlergehen der bäuerlichen Wirtschaft war auch ein Garant für das Wohlergehen der Stadt. Der Bauernmarkt, den es in jeder Stadt gab, war die wichtigste Versorgungsquelle für die Stadtbewohner. Die Waren kamen von wohlhabenden Bauern und Mittelständlern, die sie entweder an private, staatliche und genossenschaftliche Abnehmer verkauften oder selbst damit handelten. In den Jahren der NÖP entwickelte sich auf der Grundlage des bäuerlichen Handels ein komplexes System von Verbindungen, das den Warenverkehr zwischen den Bezirken ausmachte. Der bäuerlichen Wirtschaft und dem Markt ist es zu verdanken, dass es in der Zeit der NÖP keine ernsthaften Probleme mit Nahrungsmitteln gab.

Elena Osokina: Handel in der UdSSR. In: Arzamas.academy. URL: https://arzamas.academy/materials/2412. Stand 16.12.2024. Übersetzung: F. Coppenrath.

Q3 Darstellung eines NÖP-Mannes (1927)

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie wurden die Profiteure der NÖP wahrgenommen?

Zeichnung von Konstantin Rudakov (1891–1949) für die Zeitschrift „Behemoth".

Gemeinfrei. Quelle: arthive.com.
URL: https://arthive.com/de/artists/1984~Konstantin_Ivanovich_Rudakov/works/379078~Nepmen_Serie_NEP_Zeichnung_fr_die_Zeitschrift_Behemoth

Q4 Stalin schwört Lenin die Treue

Möglicher Erschließungsimpuls: Was beabsichtigte Stalin mit diesem Panegyrikus (Lobgesang)?

Nach dem Tod Lenins am 21. Januar 1924 verlas Stalin am 26. Januar auf dem II. Sowjetkongress ein feierliches Gelöbnis.

Genossen! Wir Kommunisten sind Menschen besonderen Schlages. Wir sind aus einem besonderen Stoff gemacht […] Es gibt keinen höheren Titel als den, Mitglied der Partei zu sein, die von dem Genossen Lenin gegründet und geleitet wurde. Es ist nicht jedem gegeben, Mitglied einer solchen Partei zu sein. Es ist nicht jedem gegeben, die Entbehrungen und die Stürme zu ertragen, die den Mitgliedern einer solchen Partei nicht erspart sind. Die Söhne der arbeitenden Klasse, die Söhne der Not und des Kampfes, die Söhne unvorstellbarer Entbehrungen und heldenhafter Leistungen, sie, vor allem sie, sollen Mitglieder einer solchen Partei sein […] Als er uns verließ, hieß uns der Genosse Lenin, den stolzen Titel, Mitglied einer solchen Partei zu sein, hoch und rein zu halten. Wir geloben dir, Genosse Lenin, dass wir dieses dein Gebot getreulich erfüllen werden […] Als er uns verließ, hieß uns der Genosse Lenin, die Einigkeit in der Partei zu hegen und zu schützen wie unsern Augapfel. Wir geloben dir, Genosse Lenin, dass wir auch dieses dein Gebot getreulich erfüllen werden […] Als er uns verließ, hieß uns der Genosse Lenin, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu stärken. Wir geloben dir, Genosse Lenin, dass wir unsere Kraft nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot getreulich zu erfüllen […] Als er uns verließ, hieß uns der Genosse Lenin, die Union der Sowjetrepubliken zu stärken und zu vergrößern. Wir geloben dir, Genosse Lenin, dass wir auch dieses dein Gebot getreulich erfüllen werden […] Als er uns verließ, hieß uns der Genosse Lenin, den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale die Treue zu bewahren. Wir geloben dir, Genosse Lenin, dass wir Leib und Leben dafür einsetzen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt, die Kommunistische Internationale, zu stärken und zu vergrößern.

Zit. nach: Wolfgang Lautemann, Manfred Schlenke (Hg.): Geschichte in Quellen. Band V: Weltkriege und Revolutionen 1914–1945, München 1961, S. 140.

Q5 Lenins Warnung vor Stalin

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie und warum versuchte Lenin Einfluss auf die Machtstrukturen der KPdSU zu gewinnen?

a) Nach einem Schlaganfall diktierte Lenin zwischen dem 23. Dezember 1922 und 4. Januar 1923 Briefe an den Parteitag:

„Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen. […]

In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK [Zentralkomitees] auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. […] [Dies ist nötig], sowohl um die Autorität des ZK zu heben als auch um ernsthaft an der Verbesserung unseres Apparats zu arbeiten und um zu verhindern, dass Konflikte kleiner Teile des ZK eine übermäßig große Bedeutung für das ganze Schicksal der Partei erlangen könnten. […]“

„Gen[osse] Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermessliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, dass er immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen[osse] Trotzki […] nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß an Selbstbewusstsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat. […]“

b) Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922:

„Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen[osse] Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, dass er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegen über aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. […]“

Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 36, Berlin (O) 1962, S. 577–580. URL: https://kommunistische-geschichte.de/LeninWerke/LW36.pdf

Q6 Auszug aus dem Vertrag über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Rechte erhielten die verschiedenen Unionsrepubliken in der Sowjetunion durch den Unionsvertrag?

Die Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR), die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) und die Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik (ZSFSR – Georgien, Aserbaidschan und Armenien) schließen den vorliegenden Unionsvertrag über die Vereinigung in einem Bundesstaat, der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, der auf folgenden Grundlagen beruht: […]

13. Die Dekrete und Beschlüsse des Rats der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind für alle Unionsrepubliken obligatorisch und werden unverzüglich auf dem gesamten Territorium der Union umgesetzt.
14. Die Dekrete und Beschlüsse des Zentralen Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare der Union werden in den Sprachen gedruckt, die in den Unionsrepubliken allgemein gebräuchlich sind (russisch, ukrainisch, belarussisch, georgisch, armenisch, Turksprache). […]
21. Für die Bürger der Unionsrepubliken wird eine einheitliche Unionsstaatsbürgerschaft festgesetzt.
22. Die Union der Sozialistischen Sowjetpubliken hat ihre Flagge, ihr Wappen und ein staatliches Siegel.
23. Die Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die Stadt Moskau.
24. Die Unionsrepubliken bringen entsprechend dem vorliegenden Vertrag Änderungen in ihre Verfassungen ein.
25. Die Bestätigung, Änderung und Ergänzung des Unionsvertrags unterliegen ausschließlich dem Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.
26. Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht auf freien Austritt aus der Union vorbehalten.

Quelle: Deklaration und Vertrag über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In: 100(0) Schlüsseldokumente. URL: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Deklaration_und_Vertrag_%C3%BCber_die_Gr%C3%BCndung_der_Union_der_Sozialistischen_Sowjetrepubliken#Volltext. Stand 16.12.2024.

D6 Lenins letzter Kampf – das Verhältnis zu den nichtrussischen Republiken

Möglicher Erschließungsimpuls: Wovon hing der Grad an Eigenständigkeit für die autonomen Sowjetrepubliken im Endeffekt ab?

Lenins letzte Aufzeichnungen konzentrierten sich auf drei Hauptprobleme – wobei Stalin in allen der Hauptschuldige war. Das erste war die georgische Affäre und die Frage, was für einen Unionsvertrag Russland mit den ethnischen Grenzländern schließen sollte. Stalin stand trotz seiner georgischen Herkunft an der Spitze jener Bolschewiki, die Lenin während des Bürgerkrieges wegen ihres „großrussischen Chauvinismus“ kritisiert hatte. Die meisten Anhänger Stalins in der Partei hegten dieselben imperialistischen Ansichten. Für sie war die Kolonisierung der Grenzländer, vor allem der Ukraine, durch russische Arbeiter und die Unterdrückung der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung („kleinbürgerlichen Nationalisten“) gleichbedeutend mit der Einführung der kommunistischen Macht. Im späten September schlug Stalin als Volkskommissar für Nationalitätenfragen vor, die drei bis dahin entstandenen nichtrussischen Republiken (die Ukraine, Weißrussland und Transkaukasien) sollten sich Russland als lediglich autonome Gebiete anschließen und den Löwenanteil der Macht der föderativen Regierung in Moskau überlassen. Der „Autonomisierungsplan“, wie man Stalins Vorschläge später nannte, hätte das „vereinte und unteilbare Russland“ des Zarenreichs wiederhergestellt. Das hatte Lenin ganz und gar nicht im Sinn gehabt, als er Stalin die Aufgabe übertrug, die Pläne für eine föderative Union zu entwerfen. Lenin unterstrich die Notwendigkeit, die in seinen Augen berechtigten historischen Klagen der Nichtrussen gegen Russland zu beschwichtigen, indem er ihnen den Status „souveräner“ Republiken (für die größeren Ethnien) oder „autonomer“ Republiken (für die kleineren) garantierte mit weitgehenden kulturellen Freiheiten und dem formalen Recht – was immer das wert war –, aus der Union auszuscheiden.

Stalins Plänen widersetzten sich die georgischen Bolschewiki aufs heftigste, deren Bemühungen, ihre eigene zerbrechliche Basis aufzubauen, von dem Zugeständnis dieser nationalen Rechte abhing. Bereits im März 1922 hatten Stalin und sein georgischer Landsmann Ordschonikidse, Chef des Moskauer Kaukasusbüros, Georgien gegen den Willen seiner Führer gezwungen, sich mit Armenien und Aserbaidschan zu einer Transkaukasischen Föderation zu verbinden. Den Führern Georgiens schien es, als würden Stalin und sein Handlanger Georgien wie ihr Lehen behandeln und es rücksichtslos überrennen. Sie wiesen den Autonomisierungsplan zurück und drohten mit Rücktritt, falls Moskau den Plan durchdrückte.

An diesem Punkt griff Lenin ein. Als erstes stellte er sich auf Stalins Seite. Obgleich dessen Vorschläge nicht wünschenswert seien – Lenin setzte durch, dass sie zugunsten der föderativen Union fallengelassen wurden, die später als der 1924 ratifizierte Vertrag der Sowjetunion bekannt wurde –, hätten die Georgier unrecht getan, Ultimaten zu stellen, was er ihnen in einem verärgerten Telegramm am 21. Oktober mitteilte. Am nächsten Tag trat das gesamte Zentralkomitee der georgischen Kommunistischen Partei aus Protest zurück. Nichts auch nur annähernd Vergleichbares war je zuvor in der Geschichte der Partei geschehen. Vom späten November an, als Lenin sich mehr und mehr gegen Stalin wandte, änderte er seine Einstellung. Neue Beweismittel aus Georgien ließen ihn seine Position überdenken. Er schickte eine von Dserschinski und Rykow geleitete Untersuchungskommission nach Tiflis, durch die er erfuhr, dass Ordschonikidse bei einer Auseinandersetzung einen prominenten georgischen Bolschewiken (der ihn ein „stalinistisches Arschloch“ geschimpft hatte) zusammengeschlagen hatte. Lenin war außer sich. Es bestätigte seinen Eindruck von Stalins wachsender Unverschämtheit und ließ das georgische Thema in einem anderen Licht erscheinen. In seinen Notizen an den Parteikongress vom 30./31. Dezember verglich er Stalin mit einem „großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäter“, der nur kleine Nationen wie Georgien drangsaliere und unterdrücke, während doch für die Regierung in Russland „größte Vorsicht, Zuvorkommenheit und Nachgiebigkeit unsererseits“ gegenüber deren legitimen nationalen Bestrebungen notwendig sei. Lenin behauptete sogar, dass in einer sozialistischen Föderation „unterdrückte Nationen“ wie Georgien mehr Rechte haben sollten als die „unterdrückende Nation“ (d.h. Russland), weil eine solche Anerkennung „jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt“. Am 8. Januar versprach Lenin in dem Brief, der sein letzter sein sollte, der georgischen Opposition, dass er ihre Angelegenheit „von Herzen“ verfolge.

Orlando Figes: Russland, Die Tragödie eines Volkes, Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1996, S. 843–844.

D7 Stalin setzt sich durch

Möglicher Erschließungsimpuls: Wie sicherte Stalin seine Macht?

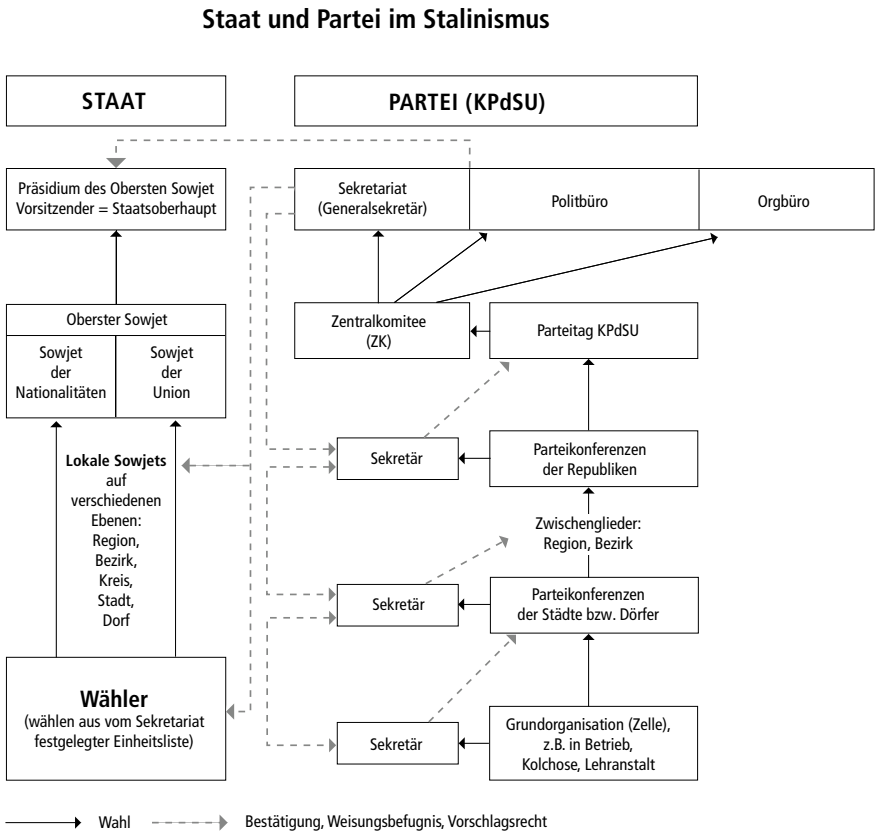
a) Stalin und der Machtapparat

Ab April 1922 war Stalin das einzige Mitglied der Oligarchie [Herrschaft weniger], das gleichzeitig Vollmitglied im Politbüro, im Orgbüro und im Sekretariat war. Durch seine Kontrolle über die beiden letztgenannten Instanzen konnte er die Agenda des Politbüros bestimmen und auf die Besetzung von Posten bis hinunter auf die Ebene der Bezirksparteisekretäre bestimmenden Einfuss nehmen. Eine seiner ersten Handlungen als Generalsekretär bestand in der Anordnung, dass letztere ihm jeweils am Fünften jedes Monats persönlich Bericht zu erstatten hatten. Er nutzte seinen Einfluss, um Anhänger auf Schlüsselpositionen im Partei- und Staatsapparat zu bringen und so die Machtbasis seiner Gegner – zum Beispiel die Sinowjews in Leningrad oder die „rechte“ Basis von Nikolaj Uglanow in Moskau – zu zerstören. Bei allen Wendepunkten der innerparteilichen Kämpfe mit Ausnahme des Kampfs gegen die „Rechtsabweichler“ in Jahr 1928 sammelten sich die meisten niederrangigen Parteiführer hinter Stalin. Im Jahr 1929 hatte der „Schnurrbärtige“ die absolute Herrschaft über den Parteiapparat erlangt. Er verwandelte das Sekretariat in seine persönliche Kanzlei und entwickelte eine geradezu byzantinische Fähigkeit [= übertrieben kompliziert, undurchsichtig und bürokratisch] im Spinnen von Intrigen und Ränken.

Steve Smith: Die Russische Revolution, Stuttgart 2002, S. 169–170.

b) Staat und Partei in der Sowjetunion

Verfassungsschema der Sowjetunion nach der Verfassung von 1936



Nach Sönke Jaek: Die „Stalin-Verfassung“ und der „Große Terror“, in: Praxis Geschichte 1/2012, Braunschweig, S. 20.

D8 Mit Lenin zum stalinistischen Massenterror: Ideologische und soziale Disziplinierung als Instrument der Herrschaftsdurchsetzung

Möglicher Erschließungsimpuls: Wieso konnte Stalin den (toten) Lenin nutzen, um seinen absoluten Herrschaftsanspruch durchzusetzen?

Der Historiker Baberowski arbeitet die ideologischen Grundlagen der Alleinherrschaft Stalins heraus:

Was hier geschah, war nichts weiter als ein Akt sozialer Disziplinierung, der Abweichungen von der Norm mit dem Ausschluss aus der Gemeinschaft bestrafte. Nunmehr unterwarfen sich die Mitglieder der Partei nicht nur den Beschlüssen des Politbüros, sie sprachen eine verordnete Sprache und übten Selbstkritik, sobald sie in den Verdacht gerieten, Abweichler zu sein. Wo Glaubenssätze in der stetigen Wiederholung des Ritus eingeübt wurden, bedurfte eines Zeremonienmeisters, der über die Einhaltung des Rituals wachte. Es war Stalin, dem diese Rolle zufiel, und es war kein Zufall, dass der künftige Diktator einst das Priesterseminar in Tiflis besucht hatte. Eine Kostprobe seines Talentes, Glaubenssätze in Formeln zu gießen, die klangen, als stammten sie aus einem Gebetbuch, gab Stalin anlässlich der Beerdigung Lenins im Januar 1924. Er leistete einen Schwur, das Vermächtnis des Revolutionsführers zu erfüllen. Unmittelbar nach dem Tod Lenins begann die Parteiführung damit, Fabriken, Schulen, Straßen und Plätze nach dem verstorbenen Revolutionsführer zu benennen. Petrograd, die Wiege der Revolution, wurde in Leningrad umgetauft, Lenin selbst einbalsamiert und seine Leiche in einem Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau zur Schau gestellt. Lenin erhielt postum den Status eines Heiligen der Revolution, seine Schriften wurden kanonisiert und sakralisiert. Sie durften zitiert, aber nicht mehr kritisiert werden. Lenin erhielt postum die Qualität eines Religionsstifters zugewiesen. Wer sich in der Partei zu Gehör bringen wollte, musste sein Anliegen im Verweis auf die Werke Lenins vortragen. Und es war Stalin, der als Generalsekretär und großer Manipulator am Ende darüber befand, wie und was zu sprechen sei. Jetzt kam die Rede vom Leninismus auf. Sie bezeichnete einen Kanon von Glaubenssätzen, dem sich jedes Mitglied der Partei bedingungslos zu unterwerfen hatte. Wer gegen Stalin und seine Anhänger sprach, verstieß gegen das Gebot der Einheit. Er übte Verrat am Leninismus und den vorherrschenden Lehren, die von der Mehrheitsfraktion in den Rang von göttlichen Gesetzen erhoben wurden. Die Rededuelle, die in den zwanziger Jahren auf den Parteitagen und Plena des Zentralkomitees ausgetragen wurden, verrieten Meinungsverschiedenheiten, aber sie kannten nur noch eine Sprache. Man rief sich Zitate aus den Werken Lenins zu, begründete seine Thesen im Verweis auf Aussprüche des verstorbenen Führers und kleidete sein Anliegen in eine standardisierte Rhetorik, die an scholastische Dispute des Mittelalters erinnerte. Und weil niemand die kanonisierten Regeln in Frage stellte, weil, von wenigen Ausnahmen abgesehen, niemand danach strebte, die monolithische Fassade der Partei niederzureißen, mussten jene, die im Machtkampf unterlagen, Reue zeigen und Sünden bekennen. Sünden beging, wer gegen den Glaubenskanon und die jeweils herrschende Generallinie der Partei verstieß. Er konnte im Orden nur verbleiben, wenn er Selbstkritik übte und Besserung gelobte. Darin liegen die Ursachen für das entwürdigende und groteske Schauspiel von Kritik und Selbstkritik, das sich in den dreißiger Jahren auf allen Ebenen der Parteiorganisation durchsetzte. In der Selbstkritik vollzog der Delinquent ein Selbstreinigungsritual. Sie diente dazu, Feinde zu entlarven und Reumütige in die Gemeinschaft zu reintegrieren. An der Errichtung des geistigen Gefängnisses, das alle Parteimitglieder in Haft nahm, hatten die führenden Bolschewiki selbst mitgewirkt. Sie konnten die Regeln deshalb nicht außer Kraft setzen, wenn sie sie selbst bedrohten. Weil niemand anders auftreten konnte als in der verordneten Sprache und im verordneten Ritual der Freundschaft, brachten die führenden Bolschewiki einander stetiges Misstrauen entgegen. Wo Schwüre und Bekenntnisse abgegeben wurden, regierte der Verdacht. Der eingeübte Sprachgebrauch verriet Kritiker und Abweichler als Lügner, die Loyalität nur vortäuschten, um nicht verstoßen werden. Der Verfolgungswahn gedeiht nur dort, wo sich Wahrheiten hinter verordneten Lügen verbergen und am Ende nicht mehr zu entscheiden ist, was die Vortäuschung vom Bekenntnis unterscheidet. Darin liegt nicht zuletzt die Ursache für die groteske Spionagemanie und den Verfolgungswahn, der Stalin und seine Helfer in den dreißiger Jahren ergriff. Dieser Wahn führte in den stalinistischen Massenterror.

Jörg Baberowski: Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Bonn 2007, S. 92–93.

Q7 Zwangskollektivierungen: Der Kampf gegen die Bauern

Möglicher Erschließungsimpuls: Welche Grundlagen und Folgen der kommunistischen Ideologie werden hier sichtbar?

a) Aus einem Artikel Stalins in der Tageszeitung Prawda vom 7. November 1925:

„Heute […] besteht die Aufgabe darin, einerseits das Proletariat und die arme Bauernschaft mit der Mittelbauernschaft auf der Grundlage eines festen Bündnisses zwischen ihnen zusammenzuschließen, die Führung des Proletariats innerhalb dieses Bündnisses zu sichern, die Entwicklung und Neuausrüstung unserer Industrie voranzutreiben, die Millionenmassen der Bauernschaft in die Genossenschaften einzubeziehen und damit den Sieg des sozialistischen Kerns unserer Wirtschaft über die Elemente des Kapitalismus zu sichern […].

Eine einfache Entwicklung der staatlichen Industrie genügt heute bereits nicht mehr. Umso weniger genügt ihr Vorkriegsniveau. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Neuausrüstung unserer staatlichen Industrie und ihre weitere Entfaltung auf neuer technischer Basis voranzubringen. Denn unsere staatliche Industrie ist ihrem Typus nach eine sozialistische Industrie. Denn sie ist die Hauptgrundlage der Diktatur des Proletariats in unserem Lande. Denn ohne eine solche Grundlage kann von einer Verwandlung unseres Landes in ein Industrieland […] keine Rede sein.

Eine einfache Entwicklung der Genossenschaften auf dem Lande genügt heute bereits nicht mehr. Jetzt besteht die Aufgabe darin, die Millionenmassen der Bauernschaft in die Genossenschaften einzubeziehen und das Genossenschaftswesen auf dem Lande zur Entfaltung zu bringen. Denn unter der Diktatur des Proletariats und bei Vorhandensein einer ihrem Typus nach sozialistischen Industrie sind die Genossenschaften der Hauptanknüpfungspunkt für die Einbeziehung der Bauernschaft in das System des sozialistischen Aufbaus.“

Josef V. Stalin: Werke, Bd. 7, Berlin (O) 1952, S. 132.

Kulaken

Im zaristischen Russland wurden relativ wohlhabende Bauern als „Kulaken“ bezeichnet. Bereits Lenin erkannte einen Klassengegensatz zwischen diesen und den anderen Bauern, Stalin begann im Rahmen der Kollektivierung der Landwirtschaft eine systematische Verfolgung. Die Definition ‚Kulak‘ war willkürlich: es konnte ausreichen, eine Magd zu beschäftigen oder eine Kuh zu besitzen. Durch die Verfolgung wurden mehrere Millionen Menschen deportiert, mehr als 500.000 wurden getötet. Der durch die Kollektivierung verursachte Zusammenbruch der Landwirtschaft führte zum Hungertod von fünf bis sieben Millionen Menschen.

b) Stalin über die Kulaken, Dezember 1925:

„Ein paar Worte über die Unterschätzung der Kulakengefahr. […] Gegenwärtig haben die sozialistischen Elemente das Übergewicht. Wir werden sowohl den Kulaken als auch den Privatkapitalisten in der Stadt unterkriegen. Vorläufig aber bleibt es bei der Tatsache, dass die Kulaken an Stärke zunehmen, dass wir sie ökonomisch noch lange nicht zerschlagen haben. Der Kulak sammelt zweifellos Kräfte, und wer dies nicht bemerkt, wer da sagt, dies sei eine Bagatelle, der Kulak sei nur ein Popanz, der setzt die Partei der Gefahr aus, ihre Wachsamkeit einzubüßen und im Kampf gegen den Kulaken, im Kampf gegen den Kapitalismus ohne Waffen dazustehen, denn der Kulak ist der Agent des Kapitalismus im Dorfe.“

Aus einer Rede auf dem XIV. Parteitag der VKP (B) vom 18. Dezember 1925. In: Josef V. Stalin: Werke, Bd. 7, Berlin (O) 1952. URL: https://kommunistische-geschichte.de/StalinWerke/stalin-band07.pdf

c) „Jagen wir die Kulaken aus den Kolchosen“, Plakat 1930

Autor unbekannt. Quelle: WikiCommons. Gemeinfrei. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:%D0%92%D1%8B%D1%88%D0%B8%D0%B1%D0%B5%D0%BC_%D0%BA%D1%83%D0%BB%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%B2_%D0%B8%D0%B7_%D0%BA%D0%BE%D0%BB%D1%85%D0%BE%D0%B7%D0%BE%D0%B2_1930.jpg

d) Bäuerlicher „Aktivist“ mit seiner von Kulaken ermordeten Familie, 1930

Beim Kampf gegen die Kulaken traten auch im sozialen Nahbereich Konflikte auf. Arme Bauern denunzierten ihre „wohlhabenden“ Nachbarn, die dann im staatlichen Auftrag ihre Habe verloren. Das führte zu starken Auseinandersetzungen – auch mit tödlichem Ausgang, was wiederum von der Presse propagandistisch ausgenutzt wurde. In den kürzlich freigegebenen Archiven lassen sich 1700 Opfer dieser speziellen sozialen Konflikte finden, während zur gleichen Zeit 20.000 Todesurteile gegen Kulaken verhängt wurden, 300.000 wurden in Arbeitslagern gefangen genommen und über 2 Millionen deportiert.

Autor unbekannt. Quelle: Mark Grosset, Nicolas Werth: Die Ära Stalin. Leben in einer totalitären Gesellschaft, Stuttgart 2007, S. 38.

e) Enteignete Kulakenfamilie vor ihrem ehemaligen Haus, Ukraine 1930

Die übliche Praxis der Vertreibung war, dass männliche Familienmitglieder gefangen genommen wurden und ins Gefängnis kamen. Frauen und Kinder blieben erst einmal übrig und flüchteten häufig in die Städte, um einer Verhaftung zu entgehen.

Autor unbekannt. Quelle: Mark Grosset, Nicolas Werth: Die Ära Stalin. Leben in einer totalitären Gesellschaft, Stuttgart 2007, S. 38.

f) Der Schriftsteller Lew Kopelew beschreibt die Folgen der Kollektivierung für die Menschen auf dem Lande:

„Ich sah, was durchgängige Kollektivierung bedeutete – wie sie kulakisierten und entkulakisierten, wie sie im Winter 1932/33 den Bauern erbarmungslos alles nahmen. Ich nahm selbst daran teil, durchstreifte die Dörfer auf der Suche nach verstecktem Getreide, stocherte mit einem Stock in der Erde herum, um es zu finden. Gemeinsam mit anderen leerte ich die Vorratskisten alter Leute und verstopfte mir die Ohren, um das Geschrei der Kinder nicht anhören zu müssen. […] im schrecklichen Frühjahr 1933 sah ich, wie Menschen Hungers starben. […] Ich sah all das und verlor doch nicht den Verstand. Ich verfluchte auch diejenigen nicht, die mich ausgesandt hatten, um den Bauern im Winter oder im Frühjahr das Getreide wegzunehmen und die zum Skelett abgemagerten oder aufgedunsenen Menschen, die sich kaum auf den Beinen halten konnten, zu überzeugen, auf die Felder zu gehen und den Anbauplan der Bolschewiki nach Art von Stoßbrigaden zu erfüllen. Ich verlor auch meinen Glauben nicht. Wie bisher glaubte ich, weil ich glauben wollte."

Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen, Göttingen 1996.

h) Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse

Auf einer Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler rechtfertigte sich Stalin am 27.12.1929.

[…] Die Enteignung der Kulaken [Großbauern] war unzulässig, […] solange wir nicht die Möglichkeit hatten, die Produktion des Kulakentums durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Damals [1927] war eine Politik, die die Enteignung der Kulaken als unzulässig betrachtete, notwendig und richtig. Und heute? Heute liegen die Dinge anders. Heute haben wir die Möglichkeit, eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen. Heute wird die Enteignung der Kulaken durch die Massen der armen und Mittelbauern selbst durchgeführt, die die durchgängige Kollektivierung verwirklichen. […]

Nicht minder lächerlich ist eine andere Frage: ob man den Kulaken in die Kollektivwirtschaft lassen darf. Natürlich darf man ihn nicht in die Kollektivwirtschaft aufnehmen. Man darf es nicht, weil er ein geschworener Feind der kollektivwirtschaftlichen Bewegung ist. […]

Josef V. Stalin: Werke, Bd. 12, Berlin (O) 1952, S. 90. URL: https://kommunistische-geschichte.de/StalinWerke/stalin-band12.pdf

g) Ein Augenzeuge über die Kollektivierung:

„Die ‚durchgängige Kollektivierung' wurde auf der Basis der Liquidierung des Kulakentums als Klasse durchgeführt, wobei eigentlich jeder beliebige wohlhabende Bauer als Kulak, ländlicher Ausbeuter, galt. Mehr als fünf Millionen solcher ‚wohlhabender Bauern' wurden ausgemerzt. Man nahm ihr gesamtes Hab und Gut und verschickte sie in Gruppen mit der Bahn unter Bewachung nach Nordsibirien oder in den Fernen Osten. Die Familien wurden zerrissen, die Männer zu Waldarbeiten, zum Bau von Eisenbahnen, zum Beispiel der Baikal-Amur-Bahn, die Frauen mit Kindern zur Fischverarbeitung und anderen Arbeiten eingesetzt. Sie lebten in Zelten, in Schuppen oder Erzhütten. Wer nicht fliehen konnte, war nach spätestens drei Jahren dem Tode geweiht. […]

Die ‚Liquidierung des Kulakentums' sollte die Masse der Bauernschaft terrorisieren und ihren Widerstand gegen den Plan der ‚durchgängigen Kollektivierung' brechen. Jeden, der sich wehrte oder auch nur laut Zweifel äußerte, erklärte man kurzerhand für einen Kulakenfreund, was entsprechende Folgen hatte. Bewaffnete Obrigkeit berief Bauernversammlungen, unter Bewachung ein, überredete, drohte und zählte die Stimmen, wobei die Pistole als ‚Wegweiser' diente."

Quelle: Alexander Wolgin: Hier sprechen Russen. Gedanken, Analyse, Gespräche, Tatsachen aus der Sowjetunion. Mainz 1965, S. 17.
Der Autor zeichnete 1962/63 eigene Erfahrungen und Erlebnisse von Begegnungen mit Zeitzeugen auf und veröffentlichte sie unter einem Pseudonym.

i) Sogenannte „Klassenstruktur“ der Bevölkerung 1913–1959 (in %)

	1913	1924	1928	1937	1939	1959
Gesamtbevölkerung (einschließlich nicht arbeitender Familienangehöriger)	100	100	100	100	100	100
Arbeiter	14,6	10,4	12,4	31	33,5	49,5
Angestellte	2,4	4,4	5,2	14,8	16,7	18,8
Kolchozniki	--	0,8	1,7	46,4	44,9	31,4
Kooperierte Handwerker (1959 unter Arbeiter gefasst)	--	0,5	1,2	0,9	2,3	--
Einzelbauern und nichtkooperierte Handwerker, Bourgeoisie, Großgrundbesitzer, Händler	66,7	75,4	74,9	5	2,6	0,3
Kulaken *(wohlhabende Bauern)* (1937 einschließlich Angehörige der freien Berufe)	16,3	8,5	4,6	1,9	--	--

Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 1176.

D9 Eine „Zivilisierung“? Rolle und Etablierung der Tscheka (Geheimpolizei) nach dem Bürgerkrieg

Möglicher Erschließungsimpuls: Warum wurde die aus der Tscheka hervorgegangene GPU zu einer dauerhaften „Demokratieverhinderungsmaschine“?

Der Historiker Jörn Petrick beschreibt und beurteilt die Rolle der GPU nach dem Ende des Bürgerkrieges.

Die mit dem Ende des Bürgerkriegs eingetretene Ruhepause führte zwar nicht zu einer Einschränkung des Terrors der Tscheka, aber doch langsam zu einer Art „Zivilisierung“ des Roten Terrors. Im Rahmen des Übergangs zur Neuen Ökonomischen Politik (NĖP) wurde die Tscheka mit Beschluss vom 6. Februar 1922 in die Staatliche Politische Abteilung (GPU, seit 1923 OGPU) umgewandelt […]. Die Kompetenzen der GPU waren nun geringer, aber die Kontrolle über die Konzentrationslager und das Recht zur Einweisung in diese verblieben bei ihr. Auch Todesurteile wurden von der GPU weiterhin vollstreckt, so 1923 einige hundert und 1924 etwa 2500. Die Zahl der Mitarbeiter wurde 1922/23 drastisch reduziert. Von den Ende 1921 90.000 öffentlichen und 60.000 geheimen Tscheka-Mitarbeitern blieben 36.000 in den Diensten der GPU.

Das Personal der Tscheka setzte sich aus ethnisch unterschiedlichen Bevölkerungskreisen zusammen. Auffallend war der hohe Anteil an Polen, Letten und Juden. Erstere stießen besonders zum Anfang über die Netzwerke des polnischen Tscheka-Chefs Dzeržinskij zu der Kommission. Die häufig gut ausgebildeten Juden rückten als eine Art „Ersatzintelligenz“ in die nun freien Führungspositionen des Staates, und somit auch der Tscheka, ein, die ihnen im Zarenreich verwehrt geblieben waren. Aber auch Mitglieder der russischen Unterschichten nutzten die Tscheka als Möglichkeit zum sozialen Aufstieg.

Die von ihnen ausgeübte und auch erlebte Gewalt schweißte die Mitarbeiter der Tscheka, die sich selbst stolz Tschekisten nannten, zu einer Kampfgemeinschaft zusammen, die in der Folgezeit in der sowjetischen Öffentlichkeit heroisiert wurde. Die Gewalt im Bürgerkrieg, auf roter und weißer Seite, war ein Ergebnis des Verfalls sämtlicher moralischer Barrieren, der Willkür der Herrschenden und des Überlebenskampfes; die Bolschewiki setzten die im Weltkrieg ausgebildeten Formen der Mobilisierung, der Kontrolle und der „sozialen Chirurgie“ nun zu klassenkämpferischen Zwecken ein. Als institutionalisierter Kern des bolschewistischen Terrors und als „Schwert der Partei“ führte die Tscheka den Klassenkampf anhand der physischen Gewalt (Erschießungen, Folter), des polizeilich-administrativen Zwangs (Geisel, Lagerhaft) und des Umverteilungszwangs (Zuteilung von Papieren, Lebensmitteln etc.).

Die Opfer des stark ausgeprägten Freund-Feind-Denkens waren nichtbolschewistische Politiker, Arbeiter, die für ihre von der Revolution versprochenen Rechte kämpften, Bauern, die sich gegen die Requirierungen wehrten, Kosaken, die als die Feinde der Sowjetmacht schlechthin galten, und sonstige sogenannte „Kapitalisten“, „Ehemalige“, Kirchenleute und „sozial fremde Elemente“, die im Denken der Bolschewiki nur ihre Feinde sein konnten. Nach Schätzungen […] exekutierte die Tscheka in der Zeit ihres Bestehens ca. 140.000 Menschen.

Die Tätigkeit der Tscheka wurde in den nachfolgenden Sowjetjahren heroisiert, ihre Gewalttaten vor dem Hintergrund des weißen Terrors verharmlost und ihr Handeln zum selbstlosen und gerechten Kampf bei der Behauptung der Sowjetmacht über alle inneren und äußeren Gegner hochstilisiert. Die Tscheka wurde zum Mythos erhoben. Ein Mythos, der heute, wie Diskussionen über die Wiederaufstellung des Dzeržinskij-Denkmals vor der Lubjanka zeigen, in Russland noch lange nicht verblasst ist.

Jörn Petrick: Einführung. Auszug aus dem Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Rates der Volkskommissare (Gründung der VČK). In: 100(0) Schlüsseldokumente. URL: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Auszug_aus_dem_Protokoll_Nr._21_der_Sitzung_des_Rates_der_Volkskommissare_(Gr%C3%BCndung_der_V%C4%8CK). Stand 16.12.2024.

D10 Opposition zum Totalitarismus unter Stalin

Möglicher Erschließungsimpuls: Wieso war es aus Stalins Sicht notwendig, jede Opposition präventiv und gewaltsam zu zerschlagen?

Der Historiker Alexander Schubin beschäftigt sich mit der Opposition gegenüber dem System Stalins und versucht, die Motive für den stalinistischen Terror zu entschlüsseln.

Die Struktur der gesellschaftlichen Organisationen, die Ende der 20er Jahre im Untergrund existierten, entsprach in ihren Ausmaßen insgesamt der informellen Opposition der Jahre 1987–1988, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit einen erfolgreichen Angriff auf das politische Monopol der KPdSU startete [und schließlich zum Sturz des Systems 1990/91 führte, HS]. Nur hatten die „Informellen" Ende der 20er Jahre wesentlich mehr politische Erfahrungen und Beziehungen. Stalin hatte Grund, diese Gruppen angesichts der akuten sozialen Krise zu fürchten, und er zog es vor, sie zu vernichten.

Doch die Zerschlagung der nicht kommunistischen Gruppierungen war für Stalin keine Lösung des Problems der innerparteilichen Opposition. Sie agierte weiterhin als „Schattenkabinett" und wartete darauf, dass einflussreiche Regional- und Militärführer Stalin der Macht enthoben und ein toleranteres Parteiregime errichteten. Inwieweit war dies eine ernst zu nehmende Gefahr für das totalitäre Regime? […] Es wird über die Existenz verschiedener Gruppierungen diskutiert, die damals, Mitte der 30er Jahre, eine Gefahr für Stalin und seine engsten Kampfgenossen darstellten: 1. linke Radikale (unter anderem Anhänger von Trotzki und Sinowjew), überwiegend junge Menschen, die von einer Wiederholung der Großtaten der „Narodnaja volja" träumten; 2. linkskommunistische Politiker, die verschiedene taktische Möglichkeiten zur Beseitigung der Stalin-Gruppe und Wiederherstellung der innerparteilichen „Demokratie" diskutierten; 3. rechte Intellektuelle; 4. „Parteibarone", die mit Stalins Zentralismus und Voluntarismus nicht zufrieden, von den ersten Ergebnissen der Umsetzung der Stalin'schen Strategie enttäuscht und über die repressive Offensive des NKWD empört waren; 5. unzufriedene Militärführer. Die Beziehungen zwischen all diesen Gruppen sind instabil, die strategischen Ziele unterschiedlich. Doch es verbindet sie ein gemeinsames taktisches Ziel – die Beseitigung der Stalin'schen Oligarchie [= Herrschaft einer kleinen Personengruppe].

[…] In den 30er Jahren hatte Stalin allen Grund, um seine Macht und die Fortsetzung des von ihm eingeschlagenen strategischen Kurses zu fürchten. Der Sieg der Opposition, die Wiederherstellung des innerparteilichen Pluralismus führten zur Zersetzung des Regimes und später auch zur Liberalisierung der Gesellschaft. Ein ähnlicher Prozess lief in den 50er bis 70er Jahren auch in so unterschiedlichen Ländern wie Spanien, Portugal, Polen, Jugoslawien u.a. ab. Im Kampf gegen diese Perspektive war Stalin der Ansicht, er müsse nicht warten, bis klare Beweise für die Schuld seiner Gegner vorlagen, und vernichtete die Verdächtigen wie die Despoten vergangener Jahrhunderte, wobei er ihre Schuld stark übertrieben darstellte, um zu verhindern, dass die elenden Volksmassen der Opposition Mitgefühl entgegenbrachten. Im Unterschied zu den Despoten in einer traditionellen Gesellschaft verfügte Stalin jedoch über die enorme Macht einer Industriemaschinerie, unter anderem einer Maschinerie zur Vernichtung von Menschen. Er konnte „flächendeckend zuschlagen", und daher beträgt der Preis für den Sieg seiner Strategie Millionen von Menschenleben.

Aleksandr Schubin: Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme. In: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Band 3, Berlin 2008, S. 214–217.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung, die das **Weltbild** einer Gruppe oder Kultur bestimmt. Dabei werden **gesellschaftliche Ereignisse** oder **Ideen** in Geschichten verpackt.

Narrative helfen also, sich **gesellschaftlich zu orientieren** und die **Welt zu verstehen**, denn sie vermitteln ein **Gemeinschaftsgefühl**, positive Emotionen und Sinnhaftigkeit. Narrative beschreiben dabei **nicht nur** historische Fakten, sondern wirken auch auf der Gefühlsebene. Auch heutzutage beeinflussen verschiedene Narrative unsere Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Unsicherheit suchen viele Menschen nach **einfachen Narrativen**.

Vgl.: https://studyflix.de/geschichte/narrativ-5966. Stand 17.1.2024.

ARBEITSAUFTRÄGE:

1. Schubin schlägt sich auf die Seite der „Alternativisten“. Zeichne seine Argumentation in einem Schaubild nach (D3).

2. Vergleiche das „bürgerliche“ mit dem „kollektivistischen“ Erziehungsideal (Q1). Setze dich mit beiden „Erziehungsidealen“ auseinander und bestimme, welches davon heutzutage in unserer Gesellschaft vorherrschend ist.

3. Interpretiere das Plakat Q2. Setze es in Bezug zu Q1.

4. Fasse zusammen, wie nach Jörg Baberowski die Bolschewiki ihre Macht nach dem Bürgerkrieg sicherten (D4).

5. Stelle anhand von D5 die Veränderungen in der sowjetischen Volkswirtschaft während der NÖP in einem Schaubild dar.

6. Analysiere die Zeichnung (Q3) und setze sie in Beziehung zu D5.

7. Fasse zusammen, was nach Stalin der Auftrag Lenins an die Parteimitglieder der Kommunistischen Partei war. Untersuche dabei auch den Ton und die Struktur dieses „Gelöbnisses“. Was war die Intention Stalins mit diesem Text? (Q4)

8. Analysiere Lenins Empfehlungen an den Parteitag (Q5).

9. Stelle anhand von Q7 in einer Tabelle zusammen, welche Rechte den Unionsrepubliken und dem Zentralstaat eingeräumt wurden. Beurteile den Rechtscharakter dieses Vertrages.

10. Untersuche den Konflikt zwischen Lenin, Stalin und den georgischen Bolschewiki (D6).

11. Erkläre mithilfe des Textes und des Schaubildes, wie Stalin seine Macht sicherte (D7).

12. Erkläre mithilfe des Textes, wie der „Leninkult“ schließlich zum „stalinistischen Massenterror“ führte (D9).

13. Analysiere mithilfe von Q7 a-h, wie und warum unter Stalin der „Kampf gegen die Bauern“ geführt wurde und welche Auswirkungen dieser auf die gesellschaftliche Struktur hatte. Vergleiche insbesondere die Darstellung der Kulaken auf den Fotos und Plakaten.

14. Arbeite die Chancen für sozialen Aufstieg heraus, die Organisationen wie die GPU für ethnische oder andere Minderheiten bot (D9).

15. Charakterisiere die Rolle der Tscheka in der Sowjetunion nach Ende des Bürgerkriegs (D9).

16. Untersuche anhand der Quellen Q7, wie das System des „Terrors“ in der Sowjetunion unter Stalin umgesetzt wurde.

17. Erkläre mithilfe von D10, welche Gruppierungen Stalin als „gefährlich“ erschienen und wie er sie bekämpfte.

18. Wähle eine Perspektive:

    a) **Aleksandr Walentinowitsch Popow** hat durch den Bürgerkrieg Karriere bei den Bolschewiki machen können und sich auch mit der Diktatur Stalins arrangiert. Er musste verkraften, dass seine Eltern in einem Schauprozess zu einer langjährigen Gulag-Haft in Sibirien verurteilt wurden. Die Überlebenschancen für das schon ältere Ehepaar sind nicht hoch. Sascha überlegt jetzt, was er tun kann. Er trifft sich mit einem engen Freund, der bei der Tscheka arbeitet. Beide besprechen eine mögliche Strategie, um die Eltern zu befreien.

    Verfasse dieses Gespräch. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität, Kontextgebundenheit und private Vertraulichkeit des Gespräches. Benutze dazu alle Materialien, auch Q1.

    b) **Anastasia Anatolewna Iwanowa** ist zu einer Gegnerin des stalinistischen Systems geworden. Sie ist in die Ukraine gereist und hat dort die Folgen der Zwangskollektivierung erlebt. Für eine amerikanische Zeitung schreibt sie anonym einen Bericht darüber und schildert auch das Gulag-System.

    Verfasse diesen Artikel aus der Perspektive dieser Frau in ihren Vierzigern, die immer noch an kommunistische Ideale glaubt. Achte vor allem auf die Prinzipien Multiperspektivität und Kontextgebundenheit. Benutze dazu alle Materialien. ▶

17. **Argumentiere** und **nimm Stellung**: *Hätte ein gemäßigter Friedensschluss in Brest-Litowsk und eine Einheit aller Gegner der Bolschewisten eine Chance für ein demokratischeres Russland eröffnet?*

    Benutze dazu alle Materialien (**D1**–**D6**, **Q1**–**Q7**).

    a) **Definiere** zunächst deine Kriterien für die beiden Begriffe in der Leitfrage.

    b) **Ordne** die Argumente aus allen Materialien den beiden Begriffen zu, **differenziere** auch die „Grauzonen", in denen das Argument zu keinem Begriff eindeutig passt.

    c) **Nimm nun Stellung zur Leitfrage:** Benutze dazu deine Kriterien, die verschiedenen Argumente und die verschiedenen Perspektiven in ihrem historischen Kontext.

Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut (GEI)

Das Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut (GEI) betreibt Forschungen zu Produktion, Inhalten und Aneignung von schulischen Bildungsmedien in ihren soziokulturellen, politischen, ökonomischen und historischen Kontexten. Es stellt einzigartige Forschungsinfrastrukturen forschungsbasiert, digital und vor Ort bereit. Im Zentrum steht die weltweit umfangreichste internationale Schulbuchsammlung des GEI.

Das GEI erbringt Transferleistungen aus kritischer Forschungsperspektive für die nationale und internationale Bildungspraxis, Bildungsmedienproduktion und Bildungspolitik. Als außeruniversitäre Einrichtung, die Bildungsmedienforschung gleichermaßen betreibt und ermöglicht, hat sich das GEI zu einem internationalen Referenzzentrum in diesem Feld entwickelt.

www.gei.de

Nordost-Institut
AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG

Das Nordost-Institut (IKGN e.V.) in Lüneburg ist eine kulturwissenschaftliche Forschungseinrichtung und kooperiert als „An-Institut“ mit der Universität Hamburg. Es widmet sich der Kultur und Geschichte der Deutschen im nordöstlichen Europa und verbindet Grundlagenforschung mit innovativen Perspektiven der historischen Wissenschaften.

Ein internationales Netzwerk aus zahlreichen wissenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen im In- und Ausland, vor allem in Polen, dem Baltikum, Russland und der Ukraine, sowie die Sprachkompetenz bilden grundlegende Merkmale der Arbeit des Instituts. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit werden in Publikationen, digitalen Angeboten sowie Tagungen und Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Die Bibliothek des Instituts ist die größte Spezialbibliothek Norddeutschlands zur nordosteuropäischen Geschichte und Kultur.

www.ikgn.de

Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.

Ziele des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V.:

- Geschichte in ihrer ganzen Breite – einschließlich der Epochen vor der Neueren und Zeitgeschichte – für die Ausbildung des Geschichtsbewusstseins nutzen.
- Geschichte als unverzichtbaren Teil historisch-politischer Bildung und als eines der „Demokratiefächer“ stärken.
- Die europäischen und globalen Dimensionen, genau wie die regionalen und lokalen Perspektiven der Geschichte in den Unterricht integrieren.
- Die unterschiedlichen historischen Dimensionen (Politik-, Wirtschafts-, Kultur-, Umwelt- und Geschlechtergeschichte, Geschichte der Mentalitäten) verstärkt in den Unterricht einführen.
- Neue Wege der medialen Geschichtsvermittlung neben dem Schulbuch fördern.
- Die fachlichen und fachdidaktischen Anteile am Lehrerstudium sichern oder wieder ausweiten.
- Die Lehrerfortbildung sowohl fachwissenschaftlich als auch fachdidaktisch verbessern, ihre Quantität erhöhen.
- Junge Geschichtslehrerinnen und -lehrer beim Einstieg in den Beruf unterstützen.
- In der Sekundarstufe I einen zweistündigen, in der Sekundarstufe II einen mindestens dreistündigen Geschichtsunterricht sicherstellen.
- Geschichte als Leistungskurs und als Fach für die Abiturprüfung sichern.

https://geschichtslehrerverband.de/

Dieses erste Heft unserer Reihe zur deutsch-russischen Geschichte regt dazu an, die russische Geschichte im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts multiperspektivisch zu betrachten, zu analysieren und zu bewerten.

Im Vordergrund stehen die Quellen, die auch von Chancen auf Demokratie und Bürgerrechten „erzählen“ – aber auch die Wege in dunklen Zeiten erhellen.

Gefördert von:

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien